

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Bundesfinanzgericht hat durch den Richter Dr. Siegfried Fenz in der Beschwerdesache Bf., vertreten durch Dr. Michael Kotschnigg, Wirtschaftstreuhänder, Steuerberater, Stadlauer Straße 39/I/Top 12, 1220 Wien, über die Beschwerde vom 18.03.2013 gegen die Bescheide des Finanzamtes Wien 3/6/7/11/15 Schwechat Gerasdorf vom 18.02.2013, betreffend Wiederaufnahme der Verfahren hinsichtlich Körperschaftsteuer, Körperschaftsteuer und Haftung für Kapitalertragsteuer für 2006 bis 2009 zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird gemäß § 279 BAO als unbegründet abgewiesen.

Gegen dieses Erkenntnis ist eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Art. 133 Abs. 4 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) nicht zulässig.

Entscheidungsgründe

Bei der Beschwerdeführerin, einer im Baugewerbe tätigen GmbH, wurde eine Außenprüfung umfassend die Jahre 2006 bis 2009 durchgeführt.

Im **Bericht** gemäß § 150 BAO über das Ergebnis der Außenprüfung traf die Prüferin folgende Feststellungen:

"Tz. 1 Dokumentation Prüfungsabschluss

Nach erfolgter Überprüfung der vorgelegten Buchhaltung und Belegsammlung und nach Auswertung sämtlicher vorhandener Unterlagen (zB Anzeige + Einvernahme, etc.) erging, datiert mit 16.7.2012, hinsichtlich der für das Unternehmen tätig gewesenen Fremdleister die Aufforderung zur Empfängernennung gem. § 162 BAO.

Datiert mit 30.7.2012 wurde vom geprüften Unternehmen ein Antrag auf Fristverlängerung zur Beantwortung bis 1.9.2012 gestellt.

Dieser Termin wurde nicht eingehalten, woraufhin mehrmals telefonisch ersucht wurde, mit dem [damaligen] steuerlichen Vertreter einen Besprechungstermin zu vereinbaren. Weil dies

aber nicht möglich war, erging am 18.9.2012 eine schriftliche Einladung zur Schlussbesprechung für den 10.10.2012.

Mit Datum 24.9.2012 wurden vom geprüften Unternehmen eine Stellungnahme (Bekämpfung) betreffend Empfängernennung gem. § 162 BAO sowie mehrere Beweisanträge eingebracht.

Datiert mit 2.10.2012 erging zusätzlich ein Ersuchen um Verschiebung des Schlussbesprechungstermines infolge Steuerberaterwechsels.

Da kein neuer steuerlicher Vertreter bekanntgegeben wurde, erging wieder eine Ladung zur Schlussbesprechung für den 8.11.2012 (datiert mit 12.10.2012). Im gleichen Schreiben wurde von der Behörde auf den Antrag vom 24.9.2012 reagiert indem die Aufforderung zur Empfängernennung gem. § 162 BAO antragsgemäß zurückgezogen wurde. Die ebenfalls gestellten Beweisanträge wurden abgelehnt.

Am 8.11.2012 erschien lt. vorheriger telefonischer Ankündigung der neue steuerliche Vertreter, Herr Ihm wurden der Verfahrensstand sowie die beabsichtigten Feststellungen der BP mitgeteilt; Akteneinsicht bzw. Einsicht in den Arbeitsbogen wurden angeboten.

Datiert mit 15.11.2012 wurde eine schriftliche Verzichtserklärung für die Schlussbesprechung abgegeben.

Tz. 2 Fremdleistungen

Die ausführliche Darstellung hinsichtlich Fremdleistungen ist der Beilage A1 ff zu entnehmen. Die zahlenmäßigen Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Auf eine Wiederaufnahme der Umsatzsteuer 2006 bis 2009 wird aus verwaltungsökonomischen Gründen verzichtet, weil die Korrektur der KZ 048 (Steuerschuld aus Bauleistungen) und der KZ 082 (Vorsteuer aus Bauleistungen) zu keinerlei steuerlichen Auswirkungen führen würde.

	2006	2007	2008	2009
erklärter Fremdleist.aufw.	2.297.975,93	1.461.943,54	2.547.823,18	1.075.234,06
davon anerk. Lohnaufw. 50%	1.148.987,97	730.971,77	1.273.911,59	537.617,03
verd. Aussch. 50%	1.148.987,97	730.971,77	1.273.911,59	537.617,03
Passiv. Lohnabg. 19,95%	229.223,10	145.828,87	254.145,36	107.254,60
Passiv. KEST 25%	287.246,99	182.742,94	318.477,90	134.404,26

Ford. KEST an Ges.er	287.246,99	182.742,94	318.477,90	134.404,26
-------------------------	------------	------------	------------	------------

Steuerliche Auswirkungen

2006 bis 2008:

	2006 EUR	2007 EUR	2008 EUR
Kapitalertragst.: Abgabe	287.246,99	182.742,94	318.477,90
Körperschaftst.:			
Körperschaftst.	229.941,21	146.285,72	254.941,55
Verd. Ausschütt.	1.148.987,97	730.971,77	1.273.911,59

2009:

Kapitalertragst.: Abgabe			134.404,26
Körperschaftst.:			
Körperschaftst.			107.590,60
Verd. Ausschütt.			537.617,03

Einkunftsquellen

Baugewerbe

2006 bis 2008:

	2006 EUR	2007 EUR	2008 EUR
Vor BP	19.393,43	19.732,58	19.459,94
Fremdleist. - Passiv. Lohnabg.	-229.223,10	-145.828,87	-254.145,36

Fremdleist. - Passiv. KESt.	-287.246,99	-182.742,94	-318.477,90
--------------------------------	-------------	-------------	-------------

Fremdleist. - Ford. KESt	287.246,99	182.742,94	318.477,90
-----------------------------	------------	------------	------------

Fremdleist. - Passiv. KÖSt.	-229.941,21	-146.285,72	-254.941,55
--------------------------------	-------------	-------------	-------------

Nach BP	-439.770,88	-272.382,01	-489.626,97
---------	-------------	-------------	-------------

2009:

2009 EUR

Vor BP	7.529,94
--------	----------

Fremdleist. - Passiv. Lohnabg.	-107.254,60
-----------------------------------	-------------

Fremdleist. - Passiv. KESt.	-134.404,26
--------------------------------	-------------

Fremdleist. - Ford. KESt	134.404,26
-----------------------------	------------

Fremdleist. - Passiv. KÖSt.	-107.590,60
--------------------------------	-------------

Nach BP	-207.315,26
---------	-------------

Prüfungsabschluss (Seite 8 des Berichtes)

Wiederaufnahme des Verfahrens gem. § 303 Abs. 4 BAO

Hinsichtlich nachstehend angeführter Abgabenarten und Zeiträume wurden Feststellungen getroffen, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens gem. § 303 Abs. 4 BAO erforderlich machen:

Abgabenart	Zeitraum	Feststellung
Kapitalertragsteuer	2006 - 2009	Tz. 2

Körperschaftsteuer

2006 - 2009

Tz. 2

Die Wiederaufnahme erfolgt unter Bedachtnahme auf das Ergebnis der durchgeführten abgabenbehördlichen Prüfung und der sich daraus ergebenden Gesamtauswirkung. Im vorliegenden Fall können die steuerlichen Auswirkungen nicht als geringfügig angesehen werden. Bei der im Sinne des § 20 BAO vorgenommenen Interessensabwägung war dem Prinzip der Rechtsrichtigkeit (Gleichmäßigkeit der Besteuerung) der Vorrang vor dem Prinzip der Rechtsbeständigkeit (Parteiinteresse an der Rechtskraft) einzuräumen.

Schlussbesprechung

Die Schlussbesprechung entfiel.

Verzichtserklärung vom 15.11.2012"

Beilage A/1:

Im Zuge einer ursprünglich für die Jahre 2007 bis 2009 (später sei die Ausdehnung des Prüfungszeitraumes auf 2006 erfolgt) durchgeführten BP sei Folgendes festgestellt worden:

Die Bf. sei als Bauunternehmen tätig, welches sich zur Erbringung seiner Leistungen, die in keinem Stand des Prüfungsverfahrens in irgendeiner Form angezweifelt worden seien, neben eigenem Personal diverser Subleister bedient.

Details zu den jeweiligen Subleistern seien den Beilagen A/2 - A/18 zum BP-Bericht zu entnehmen.

Folgende Beträge seien als Betriebsausgaben geltend gemacht worden:

	2006	2007	2008	2009
A	72.180,73			
B	257.802,93			
C	562.541,65			
D	958.219,81			
E	247.852,39			
F	199.378,42	249.394,94		
G		481.029,01		
H Bau		731.519,59		

I Bau	321.838,22			
J	1.276.254,89			
K	566.114,33			
L	383.615,74	112.488,37		
M **		486.993,65		
N		76.684,23		
O		157.295,73		
P		28.853,96		
Q		212.918,12		
	2.297.975,93	1.461.943,54	2.547.823,18	1.075.234,06

Besonders auffällig sei dabei die Tatsache, dass kein einziges im Prüfungszeitraum vorgefundenes Subunternehmen noch besteht bzw. kaum eines länger als 3 Monate für die Bf. tätig war, d.h. es seien oft sehr hohe Beträge in einem relativ kurzen Zeitraum fakturiert worden.

Weiters ungewöhnlich erscheine auch, dass für sämtliche Subfirmen Ordner zur Verfügung gestellt wurden, in denen sich ein nahezu identer Ablauf nachvollziehen habe lassen. Das jeweilige Unternehmen sei von sich aus an die Bf. herangetreten, und zwar in Form eines Angebots- oder Bewerbungsschreibens, und zwar immer in zeitlicher Nähe zur Kündigung eines anderen Subunternehmers durch die Bf. (ebenfalls schriftlich vorliegend für die einzelnen Subleister).

Ziemlich zeitnah zum Bewerbungsschreiben sei ein Besprechungsprotokoll mit dem jeweiligen Geschäftsführer unter Anschluss einer Kopie des Reisepasses sowie einer Meldebestätigung verfasst worden. Am selben Tag (lt. Datum auf Protokoll und Bauvertrag) sei bereits ein Bauvertrag abgeschlossen worden und seien diverse Auftragsbestätigungen erstellt worden. Sogar die SV-Anmeldungen der Arbeiter des jeweiligen Fremdleisters seien teilweise in den vorgelegten Ordnern enthalten gewesen.

Kurz bevor die einzelnen Subleister in Konkurs gegangen seien bzw. ein Konkursantrag gestellt worden sei, sei die schriftliche Kündigung des Fremdleisters durch die Bf. erfolgt, meist mit der Begründung, es seien keine Arbeiter auf der Baustelle erschienen bzw. die Arbeiten seien nicht erledigt worden.

Teilweise seien plötzlich Barauszahlungen erfolgt, auch wenn der Ausgleich der vorliegenden Eingangsrechnungen bis dahin per Banküberweisung durchgeführt worden sei.

Nach Ansicht der BP handle es sich bei sämtlichen Fremdleistern des geprüften Unternehmens um die im Baugewerbe verbreiteten und in der Branche bekannten substanzlosen, kurzlebigen Einmann-GmbHs mit ausländischen Geschäftsorganen. Diese 'Briefkasten-GmbHs' würden nur für eine mehrmonatige Geschäftstätigkeit errichtet bzw. eine bereits bestehende GmbH übernommen und hätten ausschließlich den Zweck, dass die - nach der formalrechtlich gestalteten Vertrags- und Leistungsbeziehung - zu erbringenden Bauleistungen einer beschränkt haftenden juristischen Person zugerechnet werden könnten. Während die 'Briefkasten-GmbHs' dann ihre Geschäftstätigkeit entfalten, tauchten die ausländischen Gesellschafter und Geschäftsführer, meist ohnehin ident, unter und seien für die Behörden nicht mehr greifbar. Die Geschäftsorgane seien nicht oder nicht mehr polizeilich gemeldet. Wenn sie in Österreich überhaupt (noch) aufhältig sind, sei ihr Aufenthaltsort der Behörde unbekannt (U-Boot). Zum Teil würden auch gefälschte Identitäten verwendet.

Mietverträge oder vielfach nur Untermietverträge würden bloß zum Zweck der Gesellschaftsgründung abgeschlossen. Geschäftsadressen würden gewechselt und die Gesellschaft sei im weiteren Verlauf an keiner Örtlichkeit mehr auszumachen. Sobald sich das Insolvenzverfahren der Gesellschaft abzeichne, würden die weiteren Bauleistungen schon über die nächste vorrätig gehaltene Briefkasten-GmbH als Subunternehmer abgewickelt.

Es stelle sich die Frage, ob die Bf. bzw. der Geschäftsführer der Bf. wusste oder hätte wissen müssen, dass die von ihr beauftragten 'Briefkasten-GmbHs' planmäßig ihren abgabenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen werden und somit durch bewusstes Herbeiführen oder zumindest in Kauf nehmen an einem inkriminierten Leistungsaustausch mitgewirkt hat.

Die Bf. bzw. deren Geschäftsführer habe langjährige Erfahrung im Baugewerbe. Die 'Schwarzarbeit am Bau' sei immer wieder Gegenstand von Medienberichten und in der breiten Öffentlichkeit bekannt. Umso mehr könne vorausgesetzt werden, dass auch der Geschäftsführer der Bf. über das Auftreten von Scheinfirmen am Bau und dem damit verfolgten Zweck Kenntnis hat bzw. hatte. Für jedermann sei erkennbar, dass die meist kurz zuvor aus dem Ausland eingereisten Personen, die als Gesellschafter und Geschäftsführer der 'Briefkasten-GmbHs' eingesetzt worden seien, weder die finanziellen Mittel noch die Sachkenntnis hätten, um solche Unternehmen zu gründen bzw. zu übernehmen und zu führen.

Ob es sich tatsächlich um den Gesellschafts-Geschäftsführer der jeweiligen Briefkasten-GmbH handelt oder dieser nur seinen Namen für die Unternehmensgründung (gegen einen Vorteil) hergegeben hat oder **ein anderer - für viele solcher Scheinfirmen - in dessen Namen handelt (zB Abrechnungen erstellt, Geld kassiert bzw. vom Bankkonto behebt und**

weiterleitet, etc.) bleibe normalerweise im Dunkeln. Die Drahtzieher, die tatsächlich hinter der Errichtung und Geschäftsentfaltung der 'Briefkasten-GmbHs' stünden, seien jedenfalls andere Personen, die im Hintergrund agieren. Offenkundig sei, dass diese Hintermänner für eine Vielzahl von Scheinfirmengründungen stehen und für den laufenden Nachschub sorgen. Im gegenständlichen Prüfungsfall gebe es im Prüfungszeitraum 2006 bis 2009 zumindest 17 Fremdleister, auf welche die obigen Ausführungen zutreffen (siehe gesonderte Auflistung der einzelnen Subfirmen).

Die Erkundigung vor Ort, ob die Firmen tatsächlich an den angegebenen Adressen existierten, sei von der Bf. nie behauptet und betreffend die Fa. *** **M*** GmbH (siehe Beschuldigteneinvernahme) sogar verneint worden.

Die Behauptung, untermauert durch vorgelegte Angebots- bzw. Bewerbungsschreiben, die betreffenden 17 Unternehmen seien an die Bf. herangetreten und man sei schließlich nach Einholung sämtlicher zumutbarer Erkundigungen (FB-Auszug, UID-Nummer, teilw. Unbedenklichkeitsbescheinigung, etc.) mit diesen Unternehmen in Geschäftsverbindung getreten, sei im Rahmen der freien Beweiswürdigung als unglaublich zu erachten. Für jedermann, und erst recht für die Bf. als Branchenkenner, seien die Scheinfirmen am Bau an ihren typischen Merkmalen eindeutig zu erkennen (GmbH ohne Vermögenssubstanz, mit ausländischen Gesellschaftsorganen, die erst kürzere Zeit in Österreich gemeldet sind, etc.). Für das wissentliche Mitwirken an Leistungsbeziehungen mit Scheinfirmen spreche auch die Häufigkeit der Geschäftsverbindungen mit derartigen Unternehmen. Ein Fehler könne passieren, eine Kontrolle einmal versagen, die wiederholte Geschäftstätigkeit mit einer beträchtlichen Zahl an typischen 'Briefkasten-GmbHs' beweiße jedoch nach Ansicht der BP die Absicht des gegenständlichen Unternehmens.

Eine dem ho Finanzamt vorliegende und dem seinerzeitigen steuerlichen Vertreter zur Kenntnis gebrachte (anonymisierte) Anzeige, sowie die daraufhin erfolgte Zeugeneinvernahme des Anzeigers untermauerten die Feststellungen der BP dahingehend, dass es sich bei den Rechnungen der Subunternehmer um solche von 'nicht leistungserbringenden Unternehmen' handelt. Vom Anzeiger seien sogar **Auszahlungslisten der Bf. vorgelegt worden, aus denen nachvollziehbar sei, dass offensichtlich Arbeiter entlohnt wurden, die offiziell bei div. Fremdleistern angemeldet** gewesen seien. Auch wenn diese Auszahlungslisten nicht vollständig vorhanden seien und teilweise den einzelnen Zeiträumen nicht lückenlos zugeordnet werden könnten, so rundeten sie doch das sich im Zuge der Prüfung ergebende Bild über den Sachverhalt ab.

Während des offenen BP-Verfahrens sei auch eine Akteneinsicht beim LKA Wien erfolgt, wobei aus diversen Protokollen bzw. Berichten an die Staatsanwaltschaft hervorgegangen sei, dass zB bei der ***H*** Bau GmbH keine Geschäftstätigkeit nachvollziehbar war, jedoch auf dem Firmenkonto Gutschriften in Höhe von EUR 687.000 erfolgt und regelmäßige Behebungen höherer Beträge durchgeführt worden seien; hinsichtlich des Geschäftsführers der Fa. ***J*** GmbH, Herrn *** **J***, geb. ***1967, sei erhoben worden, dass keine

Person mit diesen Daten existiert.

Der Masseverwalter der Fa. ***L*** habe div. Ermittlungen durchgeführt, im Zuge derer sich herausgestellt habe, dass **bei Anrufen auf den Firmenhandys der Fa. ***L*** der Geschäftsführer der Bf. abgehoben hat.**

Dem ho Finanzamt liege weiters eine **Mail von der Bf. an die Fa. ***L*** vor, in der die Bf. der Fa. ***L*** mitteilt, welche Arbeitnehmer sie ab wann anmelden soll.**

Es werde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei diesen Beispielen um keine taxative Aufzählung handelt.

Hinsichtlich der bei den Fremdleistern beschäftigten Dienstnehmer sei zu bemerken, dass es sich offensichtlich **immer um dieselben Arbeiter handle, die je nach Bedarf beim 'aktuellen' Subleister und dazwischen auch manchmal bei der Bf. selbst angemeldet** worden seien.

5 Beispiele davon seien als Beilage A/19 (keine taxative Aufzählung) diesem Bericht angeschlossen.

Im Rahmen der freien Beweiswürdigung komme die BP zu folgendem Ergebnis:

An den durch die Bf. erbrachten Leistungen sei nicht gezweifelt worden und werde nicht gezweifelt, ebenso wie an der Tatsache, dass zur Erbringung dieser Leistungen eine gewisse Anzahl an Arbeitern erforderlich sei.

Was jedoch aufgrund sämtlicher bekannter Umstände und aufgrund sämtlicher vorliegender Unterlagen angezweifelt wird, sei, dass **diese Arbeiter den Subfirmen lt. Belegsammlung unterstehen bzw. unterstanden.** Vielmehr sei davon auszugehen, nachdem zum Teil auch Auszahlungslisten an die Arbeiter vorlägen, dass die Bf. die Arbeiter beschäftigt und auch entlohnt hat. Der 'Briefkasten-GmbHs' habe sich die Bf. offensichtlich bedient, um Ausgaben in einer Höhe zu lukrieren, die nicht dem tatsächlichen Lohnaufwand entsprachen (siehe dazu auch die erklärten Jahresergebnisse), sowie um lohnabhängige Abgaben einzusparen.

Der tatsächliche Aufwand im Prüfungszeitraum könne mangels Vorliegen vollständiger Aufzeichnungen nur geschätzt werden, wobei die BP davon ausgehe, dass 50% der erklärten Fremdleistungssummen als Lohnaufwand anzuerkennen sind. Eine entsprechende Passivierung der darauf entfallenden Lohnabgaben (LSt, DB, DZ) in entsprechender Höhe erfolge.

Die Differenz zwischen dem bisher erklärten Fremdleistungsaufwand und dem anerkannten Lohnaufwand sei als verdeckte Ausschüttung an den Gesellschafter der Bf. zu behandeln.

Die Beilagen A/2 bis A/18 betreffen die Einzelfeststellungen zu nachstehenden Punkten (von der Wiedergabe der Einzelfeststellungen Firmenbuch-Nr. bis Zahlungsmodalität/en wird an dieser Stelle im Hinblick auf die nachfolgenden Sachverhaltsfeststellungen Abstand genommen):

- Firmenbuch-Nr.
- UID-Nr.

- Geschäftsführer
- ZMR
- Protokoll
- Bauvertrag
- 1. Auftragsbestätigung
- erste Eingangsrechnung
- letzte Eingangsrechnung
- Konkurs
- verrechnete Summe
- Zahlungsmodalität/en
- Sonstiges:

A:

vorgelegter Mietvertrag von vornherein befristet (1.5.05-31.3.06)

Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet!

B:

Firmenzeichnung (Unterschrift) auf Anbot, Protokoll, Bauvertrag und div.

Auftragsbestätigungen unterschiedlich (obwohl vom selben Tag!)

lt. Finanzamt bereits im März 2006 Post retour

C:

unterschiedliche Unterschriften auf Reisepass des GF, Protokoll, Bauvertrag, div.

Auftragsbestätigungen, Musterzeichnung lt. Firmenbuch

D:

Unterschr. lt. Firmenbuch stimmen nicht überein mit jener des GF auf Bauvertrag;

verschiedene Unterschriften auf div. Auftragsbestätigungen, sämtl. davon nicht ident mit Unterschriften der beiden GF!

E:

Musterfirmazeichnung lt. Firmenbuch stimmt nicht überein mit GF-Unterschriften auf Anbot, Vertrag

verschiedene Unterschriften auf div. Auftragsbestätigungen vom selben Tag!!!

Obwohl Bescheid betr. Ford.pfändung (v. 16.11.06) erhalten, Eilüberweisung am 1.12. an Fa.

E (EUR 41.871,83)!!!

F:

Musterzeichnung des GF lt. Firmenbuch stimmt nicht überein mit Unterschriften GF auf Bauvertrag, Auftragsbestätigungen

G:

Unterschriften auf K-Ausgangsbelegen, Angebot stimmen nicht überein mit Unterschrift d.

GF. lt. Musterzeichnung Firmenbuch; Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet.

H:

am 31.01.08 noch Barzahlung EUR 50.000 (Konkurs 23.1.08!)

Empfänger?

lt. Hausverwaltung nur von ca. Juni - Anfang August 07 im Objekt
Musterzeichnung GF lt. Firmenbuch stimmt nicht überein mit Unterschrift auf Vertrag,
Auftragsbest.

Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet

J:

auf ER ist eine falsche Firmenbuchnummer ausgewiesen
für Betriebsprüfung des Finanzamtes schon im Jänner 08 kein Ansprechpartner

J:

Unterschrift GF auf Bewerbungsschreiben, Bauvertrag, ER stimmt nicht überein mit
Unterschrift GF lt. Musterzeichnung im Firmenbuch

K:

Barzahlungen erfolgten über Anforderungen v. 20.10. u. 14.11.08 (Sonderkonditionen 8%
Skonto!), ansonsten Überweisungen

Unterschrift lt. Musterzeichnung im Firmenbuch stimmt nicht überein mit div. Unterschriften
auf Anbot, Bauvertrag, Auftragsbestätigungen, Schreiben Zahlungsanford. vom 20.10. u.
14.11.08

L:

Unterschrift lt. Bilanz im FB, Anhang zur Bilanz, Passkopie, ER nicht ident mit
Musterzeichnung

Mail (von der Bf.) an ***L*** GmbH vorhanden über anzumeldende Arbeiter bei der
L GmbH

div. Ermittlungen des Masseverwalters der ***L*** GmbH

M:

GF-Anmeldung in Ö am Tag der Gesellschafterbestellung für 1 Tag!

Wohnsitz am Firmensitz, Unterkunftgeber *** ***M*** GmbH!

lt. LKA Wien: Modus Operandi: ***2*** i.A. d. Brüder ***1***

N:

Mietvertrag mit Immob.kanzlei Dr. ***3*** wurde vorgelegt, lt. div. Abfragen
keine Immob.kanzlei ***3*** gefunden! Lt. Erhebungen FA bei HV ***4*** (für ***gasse):
Firma dort völlig unbekannt!

Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet

O:

Unterschrift lt. Musterzeichnung nicht ident mit Unterschriften auf Protokoll, Vertrag,
ER, Vertrag mit Danada

auf ER keine Bankverbindung angegeben

lt. Erhebungen FA: Gesellschafter 'auf Anordnung' tätig

P:

sämtliche ER mit falscher Firmenanschrift!

Musterzeichnung lt. Firmenbuch nicht ident mit Unterschriften auf Vertrag, ER
s. div. Ermittlungen des Masseverwalters der Fa. ***L*** GmbH

Q:

Zeichnung lt. Bilanz 03 (Firmenbuch) nicht ident mit Unterschriften aus Angebot, Protokoll, Vertrag,

lt. Finanzamt: zumindest seit 19.7.09 keine Tätigkeit mehr; keine Ansprechperson

Beilage A/19

Bilic Jeronim SV-Nr: 5...

beschäftigt bei:	von	bis
C	20.03.2006	24.03.2006
C	05.04.2006	09.06.2006
D	04.09.2006	06.10.2006
E	09.10.2006	01.12.2006
F	04.12.2006	07.12.2006
F	29.03.2007	30.03.2007
Bf.	02.04.2007	26.04.2007
G	21.05.2007	29.06.2007
H	18.07.2007	30.11.2007
I	22.01.2008	14.03.2008
J	17.03.2008	27.06.2008
J	30.07.2008	01.08.2008
K	04.08.2008	16.10.2008
L	20.10.2008	18.12.2008
L	08.01.2008	27.02.2009
Bf.	02.03.2009	26.03.2009
Bf.	17.11.2009	19.11.2009

Seker Ekrem SV-Nr. 3...

beschäftigt bei:	von	bis
D	12.09.2006	06.12.2006
E	09.10.2006	30.11.2006
Bf.	10.01.2007	09.02.2007
F	29.03.2007	29.03.2007
G	11.06.2007	06.07.2007
H	09.07.2007	20.11.2007
K	02.09.2008	17.10.2008
L	20.10.2008	23.12.2008
L	08.01.2009	27.02.2009

Dilberovic Andjelko SV-Nr. 5...

beschäftigt bei:	von	bis
C	15.06.2006	16.06.2006
D	19.06.2006	27.07.2006
Bf.	11.09.2006	20.09.2006
E	09.10.2006	01.12.2006
F	04.12.2006	06.12.2006
F	12.02.2007	28.03.2007
J	19.05.2008	09.06.2008
J	16.06.2008	25.07.2008

Ay Savas SV-Nr. 6...

beschäftigt bei:	von	bis
Bf.	16.01.2006	20.01.2006
B	30.01.2006	12.05.2006
C	15.05.2006	14.06.2006
D	25.07.2006	13.10.2006
E	02.11.2006	15.11.2006
Bf.	16.01.2007	04.05.2007
G	07.05.2007	06.07.2007
H	09.07.2007	19.12.2007
Bf.	09.01.2008	15.08.2008
K	18.08.2008	17.10.2008
L	20.10.2008	22.12.2008
L	07.01.2009	27.02.2009
Bf.	02.03.2009	25.06.2009

Özdemir SV-Nr. 4...

beschäftigt bei:	von	bis
H	05.11.2007	20.12.2007
Bf.	09.01.2008	18.01.2008
I	21.01.2008	14.03.2008
J	17.03.2008	18.07.2008
K	18.08.2008	17.10.2008
L	20.10.2008	22.12.2008

L

12.01.2009

27.02.2009

Bf.

02.03.2009

19.11.2009

Mit dem Rechtsmittel der als **Beschwerde** geltenden Berufung wird die ersatzlose Aufhebung der angefochtenen Bescheide beantragt wie folgt:

Die BP sei mit den von ihr gezogenen Schlüssen nicht im Recht. Es fehle trotz der (Über-)Länge des Berichtes der entscheidende Zusatz, dass die Bf. im Hintergrund die (welche?) Fäden gezogen und die kurzlebigen Vehikel (die im Bericht angeführten GmbHs) ebenso geschickt wie gezielt inszeniert hätte. Schon alleine (aber nicht nur) deshalb brächen die angefochtenen Bescheide völlig in sich zusammen.

Zum selben Ergebnis gelange man auch über die Arbeitskräfte: Selbst mit viel Phantasie sei nicht erkennbar, welcher Arbeiter welchen Subunternehmens auf Grund welcher Beweise tatsächlich bei der Bf. beschäftigt (gewesen) sein soll und welche Bewandnis es mit den übrigen Arbeitern hat. Oder stehe jeder einzelne von ihnen in einem (steuerlichen) Dienstverhältnis zur Bf. und wurde 'nur' der bisher geltend gemachte Fremdleistungsaufwand um die Hälfte (zzgl. Lohnaufwand) gekürzt.

Eine (auch nur halbwegs) geschlossene Sachverhaltsdarstellung fehle völlig.

Die Beweiswürdigung bestehe nur auf dem Papier.

Die Beweislast liege zu 100% bei der Behörde. Sie habe den Nachweis des Vorliegens steuerlicher Dienstverhältnisse zum Personal der Sublieferanten der Bf. zu erbringen, nicht die Bf. den (negativen) Beweis des Nichtvorliegens.

Anstelle der unpassenden Bezeichnung 'Briefkasten- oder Scheinfirmen' hätte die Prüferin den Nachweis erbringen müssen, dass die im Firmenbuch eingetragenen Gesellschaften, diese Vehikel, nur auf dem Papier bestehen und die Bf. im Hintergrund die Fäden zog. Derartiges sei nicht einmal behauptet, geschweige denn schlüssig bewiesen worden.

Die Schätzung der Besteuerungsgrundlagen lasse nicht einmal andeutungsweise erkennen, wie die BP zu diesem Ergebnis gelangt ist.

Bereits diese wenigen Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit genügten um zu erkennen, dass hier auf Seite der BP redensartlich der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Die Prüferin habe rein gar nichts gegen die Bf. in der Hand.

Damit erweise sich die Verfügung der Wiederaufnahme als unzulässig (und werde hierauf bei der Rechtsrüge eingegangen).

Fehlen einer geschlossenen Sachverhaltsdarstellung

Den angefochtenen Bescheiden (dem Bericht) fehle eine auch nur halbwegs geschlossene Darstellung des maßgeblichen (steuerrelevanten) Sachverhaltes völlig.

Es wäre Aufgabe der Prüferin (und damit des Finanzamtes) gewesen, klipp und klar zu sagen,

- bei welchem Arbeiter
- welchen Subunternehmers
- es sich aus welchen Gründen
- in Wirklichkeit um einen Dienstnehmer der Bf. handelt.

Doch sei dem BP-Bericht genau dazu rein gar nicht(s) zu entnehmen, ohne dass dazu noch viel zu sagen wäre.

Fehlen einer Beweiswürdigung

Mit der auf Seite 3 des Berichtes gemachten Aussage: "Im Rahmen der freien Beweiswürdigung kommt die Betriebsprüfung zu folgendem Ergebnis: ... Die Differenz zwischen dem bisher erklärten Fremdleistungsaufwand und dem anerkannten Lohnaufwand ist als verdeckte Ausschüttung an (den Gesellschafter der Bf.) zu behandeln." ist die Behörde nicht im Recht.

Diesen Ausführungen sei Folgendes entgegenzuhalten:

Anstatt die aufgenommenen Beweise (welche?) konkret zu bezeichnen, sei im Bericht bloß lapidar von 'sämtlichen bekannten Umständen und aufgrund sämtlicher vorliegender Unterlagen' die Rede. Das sei nichtssagend und dem Fehlen einer Beweiswürdigung gleichzuhalten. Dementsprechend nichtssagend sei auch der daraus abgeleitete 'Sachverhalt'. Einige Beispiele aus der Beilage A/1 zum Bericht illustrierten dies ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Auf Seite 2 Mitte dieser Beilage heiße es:

"Die (Bf.) bzw. deren GF Herr ... hat langjährige Erfahrung im Baugewerbe. ... um solche Unternehmen zu gründen bzw. zu übernehmen und zu führen."

Das möge alles sein, nur fehle die entscheidende Verknüpfung zwischen der Bf. und den Vehikeln: Was habe die Bf. mit ihnen zu tun? Wer habe die gelenkt? Wie habe die Bf. wissen können, dass es sich dabei um 'Briefkasten- oder Scheinfirmen' handelt (beide Begriffe seien alles andere als deckungsgleich: Erstere seien bloß inaktiv, während Letztere nicht einmal real existierten)? Das seien nur einige wenige Fragen, auf die es angekommen wäre, zu denen aber im Bericht rein gar nichts zu entnehmen sei. Das überrasche nicht: Dazu hätte es konkreter Beweise bedurft, die hier aber weit und bereit nicht zu sehen seien. Noch deutlicher formuliert: Die BP behaupte - zu Recht - nicht einmal, dass die Bf. bei (einzelnen oder allen) diesen Vehikeln im Hintergrund die Fäden gezogen haben, geschweige denn, dass sie dafür konkrete Beweise ins Treffen geführt hätte.

Die BP beschreibe ihr Dilemma an anderer Stelle treffend (Beilage A/1, S 2 ganz oben):

"Nach Ansicht der BP handelt es sich bei sämtlichen Fremdleistern des geprüften Unternehmens um die in der Baubranche verbreiteten und in der Branche bekannten

substanzlosen, kurzlebigen Einmann-GmbHs mit ausländischen Gesellschaftsorganen. ...

Zum Teil werden auch gefälschte Identitäten verwendet."

Diese Beschreibung eines in der Baubranche weit verbreiteten Zustandes (Missstand trifft die Sache wohl besser) sei zugleich als ebenso offenes wie faires Eingeständnis der Prüferin zu werten, auf der Stelle zu treten bzw. auf verlorenem Posten zu stehen. Wenn die BP in diesem Dickicht den Durchbruch nicht geschafft hat, sie also nicht wisse, wer wem welchen Auftrag gegeben bzw. wer welche Rolle gespielt hat, wer also im Hintergrund die Fäden gezogen hat, sei es definitiv der falsche Weg, die steuerlichen Konsequenzen bei 'Irgendjemandem' (hier: bei der Bf.) zu ziehen. Das könne nur in die Irre führen, zumal die BP aus durchsichtigen (deswegen aber nicht zulässigen) Gründen die Augen vor der Ineffizienz des eigenen Apparates verschließe: Wenn die Dinge so klar liegen, wie es hier darzustellen versucht werde, sei es nicht zu verstehen, warum diesen Vehikeln überhaupt UID-Nummern vergeben worden sind: Schließlich handle es sich durchwegs um

- GmbHs
- in der verruchten Baubranche
- mit ausländischen Gesellschaftern und/oder Organen
- ohne nennenswerte Infrastruktur

somit um 'Briefkastenfirmen' wie aus dem Lehrbuch. Daraus folge zwangsläufig:

Wenn der heimische Fiskus bei der Vergabe der UID-Nummern nicht in der Lage ist, redensartlich 'zwei und zwei zusammen zu zählen', dann sei es in einem modernen und liberalen (Steuer)Rechtsstaat wie Österreich hoch an der Zeit, dort die Hebel anzusetzen anstatt - wie hier - die Jagd auf unschuldige Dritte zu eröffnen. Bezeichnenderweise sei dem BP-Bericht gerade dazu rein gar nichts zu entnehmen und auch dazu nicht, dass die hier abfällig als 'Briefkasten- oder Scheinfirmen' bezeichneten Vehikel trotzdem der Körperschaftsteuer (KSt) unterliegen.

Zudem habe die BP auch die Judikatur gegen sich, wie folgender Rechtssatz zur Entscheidung des VwGH vom 14.12.2000, 2000/15/0124, beweise:

"Die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft als Steuersubjekt kann nicht negiert werden, um so deren Tätigkeit einem anderen Steuersubjekt zuzurechnen. Denn eine Gesellschaftsgründung allein führt noch nicht dazu, in wirtschaftlicher Betrachtungsweise zu dem Schluss zu gelangen, die Kapitalgesellschaft sei iSd § 17 SlbG. LAO nicht existent (Hinweis Erkenntnis 2.8.2000, 98/13/0152)."

Genau das sei hier der Fall: Die Subunternehmer der Bf. würden durch den Transfer ihres Personals zur Bf. gedanklich eliminiert. Richtigerweise hätte die Prüferin den Nachweis erbringen müssen, dass diese Vehikel ungeachtet ihrer rechtlichen Existenz nur auf dem Papier bestehen, d.h. am Markt selbst nicht in Erscheinung getreten sind. Folglich handle es sich bei ihnen um 'Schachfiguren', die von anderen nach deren Vorstellungen bewegt und gelenkt worden sind. Nur unter dieser Voraussetzung wäre es zulässig, ihre (behauptete) unternehmerische Tätigkeit unter wirtschaftlichem Aspekt (§ 21 Abs. 1 BAO) einem anderen -

hier: der Bf. - steuerlich zuzurechnen. Erforderlich gewesen wäre somit der Durchgriff auf den wahren wirtschaftlichen Gehalt (VwGH 11.8.1993, 91/13/0005), Das hätte ein zweistufiges Vorgehen erfordert (so explizit VwGH 21.9.2006, 2003/15/0053, unter Hinweis auf Erk. 11.3.1992, 90/13/0230):

"Mit dem Versuch, zunächst den tatsächlichen Inhalt der vertraglichen Rechte zivilrechtlich klarzustellen, kann die Abgabenbehörde mit dem Grundsatz der wirtschaftlichen Betrachtungsweise noch nicht in Widerspruch geraten. Schließt doch das Gebot wirtschaftlicher Betrachtungsweise die Ermittlung der zivilrechtlich herbeigeführten Rechtsfolgen nicht aus, sondern erfordert sie geradezu. Erst wenn feststeht, welche Rechtsfolgen ein Abgabepflichtiger mit dem von ihm vertraglich gesetzten Tatbestand zivilrechtlich bewirkt hat, ist die nach den § 21ff BAO vorzunehmende Prüfung an der Reihe, welches wirtschaftliche Ergebnis der Abgabepflichtige im Kleid der zivilrechtlichen Rechtsfolgen herbeigeführt hat."

Doch hapere es hier bereits an den zivilrechtlichen Grundlagen: Die BP sei aus bereits dargelegten Gründen nicht einmal in der Lage, auch nur anzudeuten, mit wem wir wann welche Vereinbarung getroffen haben sollen. Damit hingen die gesamten Überlegungen des BP-Berichtes ein weiteres Mal völlig in der Luft.

Der Umgang der BP mit der Beweiswürdigung sei aus einem weiteren Grund überaus problematisch. Signifikant dafür sei folgende Passage aus der Beilage A/1, auf S 2 unten:

"Die Behauptung, untermauert durch vorgelegte Angebots- bzw. Bewerbungsschreiben, dass die betreffenden 17 Unternehmen an die (Bf.) herangetreten seien und man schließlich nach Einholung sämtlicher zumutbarer Erkundigungen (FB-Auszug, UID-Nr., teilw. Unbedenklichkeitsbesch. etc) mit diesen Unternehmen in Geschäftsverbindung getreten sei, ist im Rahmen der freien Beweiswürdigung als unglaubwürdig zu erachten."

Hier sei sehr viel in Unordnung geraten:

Erstens, die freie Beweiswürdigung sei als abschließende Bewertung des gesamten Verfahrensstoffes jenes Stadium, in dem der rechtserhebliche Sachverhalt gewonnen wird (zumindest sollte es so sein). Dazu bedürfe es einer sorgfältigen und fairen Auseinandersetzung mit dem gesamten vorhandenen Beweismaterial, zu dem auch das Entlastende gehört (Stichwort: Objektivitätsgebot des § 115 Abs. 3 BAO). Doch sei die BP aus durchsichtigen Gründen dazu nicht bereit. Das erleichtere die Entscheidungsfindung nur scheinbar: Die angefochtenen Bescheide hielten der nachprüfenden Kontrolle des Bundesfinanzgerichtes alleine schon aus den bisher dargelegten Gründen nie und nimmer stand.

Zweitens, die BP gerate in Erklärungsnotstand: Warum sind die vom eigenen Apparat - von mehreren Finanzämtern - vergebenen UID-Nummern 'unglaubwürdig'? Warum wurden sie dann überhaupt vergeben? Auch dieses Element wäre bei der abschließenden Bewertung des gesamten Prozessstoffes angemessen mitzubersichtigen gewesen. Doch sei die BP auf diesem Auge betriebsblind.

Drittens, selbst wenn man der BP die bloß behauptete, aber völlig unbewiesen gebliebene Unglaublichkeit durchgehen lassen könnte (bereits das sei völlig auszuschließen), sei für sie damit noch rein gar nichts gewonnen: Dann wäre es ihre Aufgabe gewesen, zum einen klipp und klar zu sagen, wie sich die maßgebenden Ereignisse in der realen Welt tatsächlich zugetragen haben, und sich zum anderen mit diesem gegenläufigen Beweismaterial erkennbar zu beschäftigen.

Ermittlungsdefizite

Der maßgebliche (steuerrelevante) Sachverhalt ist weder aufbereitet noch das Ergebnis einer (freien) Beweiswürdigung im materiellen Sinn noch in der gebotenen Weise dargestellt. Davon sei bereits die Rede gewesen.

Zwei weitere Beispiele für alle sollten dies verdeutlichen:

Für die BP handle es sich bei den Subunternehmern der Bf. ausnahmslos um 'Briefkasten- oder Scheinfirmen.' Nicht nur, dass zwischen beiden Begriffen sprichwörtliche 'Welten' liegen, fehle es am erforderlichen Nachweis, dass sie von der Bf. inszeniert worden sind. Diese Frage hätte allein deshalb nicht offen bleiben dürfen, weil dieses Phänomen nach Ansicht der BP in der Baubranche weit verbreitet ist. Damit erweise sich aber die der Bf. so ohne weiteres unterstellte Urhebererschaft als eine reine Spekulation ohne schlüssigen Beweis.

In der Beilage A/1 heiße es auf Seite 2 unten:

"Für jedermann, und erst recht für die Bf. als Branchenkenner, sind die Scheinfirmen am Bau an ihren typischen Merkmalen eindeutig zu erkennen (GmbH ohne Vermögenssubstanz, mit ausländischen Gesellschaftsorganen, die erst kürzere Zeit in Österreich gemeldet sind, etc.). Für das wissentliche Mitwirken an Leistungsbeziehungen mit Scheinfirmen spricht auch die Häufigkeit der Geschäftsverbindungen mit derartigen Unternehmen. Ein Fehler kann passieren, eine Kontrolle einmal versagen, die wiederholte Geschäftstätigkeit mit einer beträchtlichen Zahl von typischen 'Briefkasten-GmbHs' beweist jedoch nach Ansicht der BP die Absicht des gegenständlichen Unternehmens."

Diese Feststellung sei nichtssagend und zudem definitiv nicht zu Ende gedacht. Das bedeute im Einzelnen: *Erstens*, was für 'jedermann' gilt, gelte erst recht für den heimischen Fiskus, der somit nach Ansicht der BP Vehikeln, die mit freiem Auge selbst aus großer Distanz als 'Scheinfirmen' zu erkennen sind, leichtfertig (amtsmissbräuchlich trifft die Sache besser) UID-Nummern verteilt. Schade, dass die Prüferin diesen richtigen Ansatz nicht konsequent zu geführt, sondern stattdessen wiederum leichtfertig die Jagd auf die Bf. eröffnet habe. *Zweitens*, die BP bleibe jeden Beweis schuldig, wie die Bf. wissen hätte können, dass es sich bei diesen Vehikeln um 'Scheinfirmen' handelt. Schließlich sei die Bf. der beste Beweis dafür, dass es auch in der Baubranche anständige Unternehmen unter ausländischer Führung gibt. *Drittens*, die Bezeichnung 'Scheinfirma' für ein im Firmenbuch eingetragenes und vom Fiskus

durch Vergabe einer UID-Nummer als 'steuerlich unbedenklich' eingestuftes Vehikel sei völlig fehl am Platz. Es scheine, als ob (nicht nur) hier der Versuch unternommen wird, die fehlende Substanz durch besonders kraftvolle Begriffe kompensieren zu wollen. Das könne nur in die Irre führen. *Viertens*, die BP tue so, als verstehe es sich von selbst, was die 'Absicht' der Bf. gewesen sei, ohne auch nur anzudeuten, worin diese genau bestanden hätte. Damit ihre Überlegungen Sinn machen, hätte sie zumindest behaupten müssen, wir hätten diese Vehikel selbst in Szene gesetzt, deren Scheinhaftigkeit (was auch immer darunter zu verstehen ist) also von vornherein inszeniert. Doch sei Derartiges - zu Recht - nicht einmal behauptet, geschweige denn durch (welche?) Beweise erhärtet worden. Das hier erkennbare Strickmuster ziehe sich wie der sprichwörtliche rote Faden durch den gesamten BP-Bericht: Es würden völlig unbewiesene Behauptungen (Spekulationen trifft die Sache besser) in den Raum gestellt, die sich bei näherem Hinsehen von selbst in Luft auflösen.

Zur Beweislast der Behörde

An die objektive Beweislast sei erinnert: Sie liege für steuerbegründende oder -erhöhende Tatsachen ausnahmslos bei der Behörde. Daher wäre es Sache der BP gewesen, den Nachweis zu führen, bei welchem Arbeiter, welchen Subunternehmers, es sich aus welchen Gründen in Wirklichkeit um einen Dienstnehmer der Bf. handelt.

Doch sei dem BP-Bericht genau dazu bis auf bloße Behauptungen rein gar nicht(s) zu entnehmen.

Verwechslung von Sachverhalt und Verwaltungsgeschehen

Es sei ein weit verbreiteter Aberglauben, Sachverhalt und Verwaltungsgeschehen seien dasselbe. Sachverhalt sei, was war. Damit seien jene Ereignisse aus der realen Welt gemeint, um die es in concreto geht, somit jene Geschichte, die das Leben geschrieben hat.

Bezogen auf diesen Fall: Bereinigt man den BP-Bericht um die völlig unbewiesenen Annahmen, Mutmaßungen, Spekulationen, so reduziere er (der Sachverhalt) sich - leider nicht übertrieben - auf wenige Zeilen.

Rechtsanwendungsfehler rund um die Schätzung

Selbst wenn die BP mit ihren Überlegungen im Recht wäre (das ist jedoch zu 100% auszuschließen), ist für sie damit in Bezug auf die Schätzung noch rein gar nichts gewonnen.

Das bedeute im Einzelnen:

Unter dieser - wie gesagt: nicht gegebenen - Voraussetzung wäre eine Schätzung als solche berechtigt.

Es wäre Aufgabe der BP gewesen, Auskunft über die Schätzungsmethode zu geben, die der Behörde grundsätzlich frei stehe. Dem sei hier aber nicht so gewesen: Die BP habe sich darauf beschränkt, den Fremdleistungsaufwand um die Hälfte zu kürzen, ohne auch nur anzudeuten, was für dieses Schätzungsergebnis spricht.

Auch Schätzungsergebnisse unterliegen nach Maßgabe des § 93 Abs. 3 lit. a BAO der Pflicht zur Begründung. Die Behörde habe

- die für die Schätzungsbefugnis sprechenden Umstände,
 - die Schätzungsmethode,
 - die der Schätzung zugrunde gelegten Sachverhaltsannahmen und
 - die Ableitung der Schätzungsergebnisse (Darstellung der Berechnung)
- schlüssig darzutun.

Davon sei der BP-Bericht meterweit entfernt, ohne dass dazu noch viel zu sagen wäre. Damit habe die BP ihre eigenen Erledigungen ein weiteres Mal mit prozessualer Rechtswidrigkeit belastet.

Grundsätzliche Bemerkungen zu den Subunternehmern

Um den Rahmen dieser Berufungsschrift nicht unnötig zu sprengen, beschränke man sich auf allgemein gehaltene Hinweise, die auf jedes einzelne dieser Vehikel - jedoch in unterschiedlichem Ausmaß - zuträfen:

- Der Fiskus habe den GmbHs eine UID-Nummer erteilt und solcherart zum Ausdruck gebracht, es handle sich dabei um steuerehrliche Gebilde. Darauf dürfe der Abfragende auch außerhalb der USt vertrauen (EuGH 5.9.2012, C-273/11, Mecsek-Gabona Kft).
- Die UID-Nummer ist zwingendes Rechnungsmerkmal (§ 11 Abs. 1 Z 3 lit b UStG 1994). Wenn also Rechnungen ab einer bestimmten Höhe (EUR 10.000) diese Angabe enthalten müssen und unseren Sublieferanten eine UID-Nummer erteilt worden ist, habe die Bf. solange von der steuerlichen Unbedenklichkeit ihrer Vertragspartner ausgehen dürfen und können, bis sie vom Widerruf der UID-Nummer erfahren hat.
- Die Angaben der BP zu den einzelnen Vehikeln seien - ohne an dieser Stelle ins Detail zu gehen - teilweise objektiv unzutreffend. Insoweit könne die Bf. den Nachweis der Unrichtigkeit sehr leicht führen, halte dies aber nicht für unbedingt erforderlich, weil von den Feststellungen der BP schon längst nichts mehr übrig geblieben sei.
- Die BP bleibe jeden Beweis auch dafür schuldig, wie die Bf. bei Aufnahme der Geschäftsbeziehung wissen konnte (oder gewusst hat), dass dieses Vehikel nur eine sehr geringe Lebensdauer hat. Ohne dieses Spezialwissen brächen sämtliche Überlegungen der Behörde ein weiteres Mal in sich zusammen.
- Die Vehikel seien allesamt im Firmenbuch eingetragen, somit real existent.

Ein weiteres Eingehen auf die einzelnen Subunternehmer erscheine angesichts der auch so evidenten Fehlerhaftigkeit der angefochtenen Bescheide nicht mehr unbedingt erforderlich.

Materielle Rechtsanwendungsfehler

Das EU-Recht samt Judikatur des EuGH gelte auch hier. Daher wäre es Aufgabe der BP gewesen, beides angemessen mitzuberücksichtigen, und da vor allem die grundlegende Entscheidung des EuGH vom 5.9.2012, C-273/11, Mecsek-Gabona Kft. Der EuGH habe zu deren Gunsten entschieden und dazu mit Blick auf diesen Fall in Rz 63 folgende Kernaussage getroffen:

"Da die zuständige nationale Behörde den Status eines Steuerpflichtigen zu prüfen hat, bevor sie ihm eine UID zuteilt, können eventuelle Unregelmäßigkeiten des Registers nicht dazu führen, dem Wirtschaftsteilnehmer, der sich auf die Angaben in diesem Register gestützt hat, die Steuerbefreiung zu nehmen, auf die er einen Anspruch hätte."

Bezogen auf diesen Fall:

Hätte der heimische Fiskus denselben Maßstab, den die Prüferin bei der Bf. anlegt, bei sich selbst - bei der Vergabe der UID-Nummern an die Subunternehmer der Bf. - angelegt, so gäbe es diesen Fall nicht.

Das EU-Recht samt Judikatur des EuGH sei keine 'unverbindliche Empfehlung', an die man sich halten kann, aber nicht muss, sondern Teil des innerstaatlichen Rechts. Im Klartext: Angesichts laufender UID-Abfragen der Geschäftspartner der Bf. brächen die gesamten - von vornherein nebulösen - Überlegungen der BP aus Rechtsgründen in sich zusammen, ohne dass dazu noch viel zu sagen sei. Vielleicht nur soviel: Hätte die BP - wie es ihre Aufgabe gewesen wäre - das EU-Recht samt Judikatur des EuGH von vornherein angemessen mitberücksichtigt, so wären die Bücher und Akten dieses Falles schon längst für immer geschlossen. Stattdessen werde die Bf. (auch) wegen des Negierens des Unionsrechts durch die Prüferin (und damit durch das Finanzamt insgesamt) steuer- und steuerstrafrechtlich verfolgt. Niemand werde ernsthaft behaupten können, dass ein solches Vorgehen mit Gesetz, Legalität und Rechtsstaatlichkeit auch nur ansatzweise zu tun hätte.

KESt- Haftungsbescheid

Dieser Haftungsbescheid erweise sich bereits aus den bisher dargelegten Gründen als unzulässig.

Zudem verletze ein Mehrjahresbescheid die Inhaltserfordernisse des § 198 Abs. 2 BAO. Aussagekräftig sei das Erkenntnis des VwGH vom 4.2.2009, 2006/15/0204. Die Kernaussage laute:

"Zur voraussichtlichen Höhe der Abgabenschuld hat der VwGH bereits in seinem Erkenntnis vom 19. Oktober 1999, 98/14/0122, ausgesprochen, dass sie nach den einzelnen Abgabensarten und Zeiträumen aufzugliedern ist. Die Angabe eines einheitlichen Betrages für mehrere Steuerperioden genügt diesen Anforderungen nicht. Das Prinzip der

Abschnittsbesteuerung bringt es nämlich mit sich, dass für jeden Abschnitt ein eigener Abgabenanspruch entsteht."

Zur Unzulässigkeit der Wiederaufnahme

Der BP-Bericht treffe dazu auf Seite 8 folgende Aussage:

"Prüfungsabschluss Verschieben zur Wiederaufnahme

Wiederaufnahme des Verfahrens gem. § 303 Abs. 4 BAO

Hinsichtlich nachstehend angeführter Abgabenarten und Zeiträume wurden Feststellungen getroffen, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens gem. § 303 Abs. 4 BAO erforderlich machten:

Abgabenart	Zeitraum	Feststellung
Kapitalertragsteuer	2006 - 2009	Tz. 2
Körperschaftsteuer	2006 - 2009	Tz. 2"

Damit sei die BP unter Hinweis auf das bisherige Vorbringen aus zwei Gründen nicht im Recht, wie ein Blick auf § 303 Abs. 4 BAO deutlich mache.

[Wiedergabe der Bestimmung des § 303 Abs. 4 BAO]

Folglich hätte es Neuerungen im Tatsachenbereich bedurft, die es aber nicht gebe. Zudem fehle es ihnen - wenn es sie gäbe - an der Eignung, den Spruch zu ermöglichen, den die BP von Anfang an im Visier gehabt habe. Mehr sei dazu nicht mehr zu sagen.

Über die Beschwerde wurde erwogen:

Zur Wiederaufnahme:

Laut Seite 8 des BP-Berichtes "wurden Feststellungen getroffen, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 303 Abs. 4 BAO erforderlich machen"; verwiesen wurde auf die Tz. 2 des Berichtes.

Gemäß § 303 Abs. 1 BAO ist eine Wiederaufnahme des Verfahrens von Amts wegen unter den Voraussetzungen des Abs. 1 lit. a und nach lit. c in allen Fällen zulässig, in denen Tatsachen oder Beweismittel im abgeschlossenen Verfahren neu hervorgekommen sind und die Kenntnis dieser Umstände allein oder in Verbindung mit dem sonstigen Ergebnis des Verfahrens einen im Spruch anders lautenden Bescheid herbeigeführt hätte.

Welche gesetzlichen Wiederaufnahmegründe durch einen konkreten Sachverhalt als verwirklicht angesehen und daher als Gründe für die Wiederaufnahme des Verfahrens

herangezogen werden, bestimmt bei der Wiederaufnahme von Amts wegen die gemäß § 305 BAO für die Wiederaufnahme zuständige Abgabenbehörde. Aufgabe der Berufungsbehörde bei der Entscheidung über ein Rechtsmittel gegen die Wiederaufnahme des Verfahrens von Amts wegen ist die Prüfung, ob das Finanzamt als Abgabenbehörde erster Instanz das Verfahren aus den von ihm gebrauchten Gründen wiederaufnehmen durfte, nicht jedoch, ob die Wiederaufnahme auch aus anderen Wiederaufnahmegründen zulässig gewesen wäre (vgl. VwGH 30.11.1999, 94/14/0124, VwGH 12.4.1994, 90/14/0044).

Im vorliegenden Fall wurden die angefochtenen Bescheide betreffend Wiederaufnahme der Verfahren gemäß § 303 Abs. 1 BAO von der Abgabenbehörde auf das Hervorkommen neuer Tatsachen und Beweismittel gestützt.

Tatsachen im Sinne des § 303 BAO sind nach ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ausschließlich mit dem Sachverhalt des abgeschlossenen Verfahrens zusammenhängende, tatsächliche Umstände, also Sachverhaltselemente, die bei einer entsprechenden Berücksichtigung zu einem anderen Ergebnis als vom rechtskräftigen Bescheid zum Ausdruck gebracht, geführt hätten, wie etwa Zustände, Vorgänge, Beziehungen und Eigenschaften.

Neue Erkenntnisse in Bezug auf die rechtliche Beurteilung solcher Sachverhaltselemente - gleichgültig, ob diese späteren rechtlichen Erkenntnisse (neuen Beurteilungskriterien) durch die Änderung der Verwaltungspraxis oder Rechtsprechung oder nach vorhergehender Fehlbeurteilung oder Unkenntnis der Gesetzeslage eigenständig gewonnen werden - sind keine Tatsachen.

Die nachteiligen Folgen einer früheren unzutreffenden Würdigung oder Wertung des offen gelegt gewesenen Sachverhaltes oder einer fehlerhaften rechtlichen Beurteilung - gleichgültig durch welche Umstände veranlasst - lassen sich bei unveränderter Tatsachenlage nicht nachträglich im Wege der Wiederaufnahme des Verfahrens beseitigen (vgl. VwGH 23.4.1998, 95/15/0108). Eine nachträglich anders geartete rechtliche Beurteilung oder Würdigung eines schon bekanntgewesenen Sachverhaltes allein rechtfertigt den behördlichen Eingriff in die Rechtskraft nicht (vgl. VwGH 23.11.1992, 92/15/0095).

Das Hervorkommen neuer Tatsachen ist allein aus der Sicht des von der zuständigen Behörde geführten konkreten Verfahrens zu beurteilen (vgl. VwGH 30.5.1994, 93/16/0096).

Für die Wiederaufnahme von Amts wegen ist es unmaßgeblich, ob die neuen Tatsachen im Erstverfahren verschuldet oder unverschuldet nicht berücksichtigt worden sind. Dies bedeutet, dass auch ein behördliches Verschulden an der Nichtfeststellung der maßgebenden Tatsachen im Erstverfahren die Wiederaufnahme von Amts wegen nicht ausschließt. Eine solche Wiederaufnahme kann jedoch nur auf Tatsachen gestützt werden, die neu hervorgekommen sind, von denen die Abgabenbehörde also bisher keine Kenntnis hatte (vgl. VwGH 22.10.1992, 92/16/0059).

Es sind dann keine Tatsachen neu hervorgekommen, wenn der Abgabenbehörde in dem wiederaufzunehmenden Verfahren der Sachverhalt so vollständig bekannt gewesen ist, dass sie schon in diesem Verfahren bei richtiger rechtlicher Subsumtion zu der nunmehr im wiederaufgenommenen Verfahren erlassenen Entscheidung gelangen hätte können (vgl. VwGH 20.11.1996, 96/15/0015, 0016).

Seitens der Bf. wird bezüglich Tz. 2 des BP-Berichtes argumentiert, es hätte Neuerungen im Tatsachenbereich bedurft, die es aber nicht gebe. Zudem fehle es ihnen - wenn es sie gäbe - an der Eignung, den Spruch zu ermöglichen, den die BP von Anfang an im Visier gehabt habe. Mehr sei dazu nicht mehr zu sagen.

Entgegen dem erstatteten Vorbringen werden in den Beilagen A/1 bis A/18, auf welche Beilagen in Tz. 2 ausdrücklich verwiesen wird, Tatsachen und Beweismittel geltend gemacht, und zwar:

In der Beilage A/1 des Berichtes wird eine ganze Reihe geltend gemacht und in den Beilagen A/2 bis A/18 bezogen auf den jeweiligen Subunternehmer.

Praktisch das gesamte Datenmaterial, auf Grund dessen von der Prüferin die Schlussfolgerung gezogen wurde, die Bf. habe sich 17 an sie nicht leistungserbringende GmbHs bedient, bei welchen je nach Bedarf Arbeiter (sozialversicherungsmäßig) angemeldet worden sind, um Ausgaben in einer Höhe zu lukrieren, die nicht dem tatsächlichen Lohnaufwand entsprachen, ist im Sinne der obigen Rechtsausführungen neu hervorgekommen.

Im Einklang mit der Aktenlage wurde seitens der Bf. zutreffend kein konkretisiertes Vorbringen erstattet, wonach einzelne oder etwa eine bestimmte Reihe von Feststellungen keine neu hervorgekommenen Tatsachen im Sinne des § 303 BAO darstellen, vielmehr beließ man es beim pauschalen in den Raum gestellten Vorbringen, es hätte Neuerungen im Tatsachenbereich bedurft, die es aber nicht gebe.

Neu hervorgekommen sind die zentralen Begründungselemente, worauf infolge Anführung im Bericht auch bereits die erstinstanzlichen Bescheide gestützt sind, und zwar

1. die Feststellungen, die alle 17 oder mehrere GmbHs betreffen - die Beilage A/1 des Berichtes und
2. die Fülle der Detailfeststellungen zu den 17 GmbHs - Beilagen A/2 bis A/18 des Berichtes.

Feststellungen, die alle 17 oder mehrere GmbHs betreffen (vgl. auch die nachfolgenden Auflistungen: Beilagen A/2 - A/18 und die sich daraus ergebenden Detailfeststellungen):

- keine einzige der im 3-jährigen Prüfungszeitraum eingeschaltet gewesenen GmbHs, 17 an der Zahl, bestand (bei Prüfungsbeginn) noch bzw. war kaum eine länger als drei Monate für die Bf. tätig und wurden oft sehr hohe Beträge in einem relativ kurzen Zeitraum fakturiert

- ein nahezu identer Ablauf für sämtliche 17 GmbHs laut den von der Bf. zur Verfügung gestellten Unterlagen: immer in zeitlicher Nähe zur Kündigung einer GmbH trat von sich aus die nächste GmbH an die Bf. heran
- Verfassung eines Besprechungsprotokolls ziemlich zeitnah zum Bewerbungsschreiben und Anfertigung eines Bauvertrages (zu den in allen Bauverträgen gleichen Inhalten vgl. unten) am selben Tag
- teilweise erfolgten (von der Bf.) plötzlich Barauszahlungen, obwohl davor Banküberweisungen durchgeführt wurden (vgl. unten: betreffend die ***D*** , ***H*** und ***K***)
- substanzlose, kurzlebige Einmann-GmbHs mit ausländischen Gesellschaftsorganen gemäß den Detailfeststellungen zu den 17 GmbHs
- Errichtung einer GmbH oder Übernahme einer bereits bestehenden GmbH für einen mehrmonatigen Zeitraum mit dem Zweck der formalrechtlichen Gestaltung einer Vertrags- und Leistungsbeziehung
- der ausländische Gesellschafter [im Sinne von: Alleingesellschafter] war meistens auch Geschäftsführer [im Sinne von: Alleingeschäftsführer]
- die meist kurz zuvor aus dem Ausland eingereisten Personen sind als [Allein]Gesellschafter und [Allein]Geschäftsführer der GmbHs eingesetzt worden
- die ausländischen (Allein)Gesellschafter und -geschäftsführer waren für die Behörde (u.a. für die Prüferin) nicht mehr greifbar
- die Gesellschaftsorgane waren nicht oder nicht mehr polizeilich gemeldet, wenn sie in Österreich überhaupt (noch) aufhältig sind, ist ihr Aufenthaltsort der Behörde unbekannt (U-Boot)
- zum Teil wurden auch gefälschte Identitäten verwendet
- (Unter)Mietverträge wurden bloß zum Zweck der Gesellschaftsgründung abgeschlossen, Geschäftsadressen wurden gewechselt und war die GmbH im weiteren Verlauf an keiner Örtlichkeit mehr auszumachen
- die Erkundigung vor Ort, ob die GmbHs tatsächlich an den angegebenen Adressen existierten, wurde von der Bf. nie behauptet und betreffend eine GmbH, die *** **M*** HandelsgmbH, verneint

- sobald sich das Insolvenzverfahren der GmbH abzeichnete, wurden die weiteren Bauleistungen schon über die nächste vorrätig gehaltene GmbH "als Subunternehmer abgewickelt"
- eine beträchtliche Zahl von GmbHs mit den angeführten Auffälligkeiten, die sich wie ein roter Faden durch alle bzw. nahezu alle 17 GmbHs ziehen

Detailfeststellungen zu den 17 GmbHs:

Auf die Beurteilung, ob/dass diese Umstände bei einer entsprechenden Berücksichtigung zu einem anderen Ergebnis als von den rechtskräftigen Bescheiden zum Ausdruck gebracht geführt hätten, wird unten im Rahmen der Erwägungen bezüglich der Sachbescheide eingegangen.

Die sich auf die einzelnen GmbHs beziehende Auflistung enthält folgende neu hervorgekommene Tatsachen und Beweismittel:

A (Beilage A/2)

UID-Nr.:	ATU ... gültig 10.08.2005 - 03.03.2006
Geschäftsführer:	***7*** ab 01.04.2005 + 100% Gesellschafter
lt. ZMR:	in Ö gemeldet v. 29.04.2005 - 27.12.2005 23.) ***gasse (davon 28.09.2005 - 03.10.2005 ***gasse!
2. Geschäftsführer:	Ing. ***11*** vom 01.04.2005 bis 10.10.2005 Abberufung durch sich selbst am 10.10.2005
Protokoll:	31.10.2005
Bauvertrag:	31.10.2005
1. Auftragsbestätigung:	31.10.2005
erste ER:	11 od. 12/2005
letzte ER:	10.01.2006 [aktenkundige ER: 23.01.2006, verbucht 01.02.]
Konkurs:	15.03.2006
verrechnete Summe:	72.180,73 (2006)

Zahlungsmodalitäten: Banküberweisungen

Sonstiges: vorgelegter Mietvertrag von vornherein befristet
(1.5.05 - 31.3.06)
Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet!

B Personalbereitstellungs- und Handels GmbH (Beilage 1/3):

UID-Nr.: ATU ... gültig 10.02.2003 - 13.10.2006

Geschäftsführer: ***8*** seit 27.12.2004 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR: in Ö gemeldet: 16.12.04 - 02.06.06: ***gasse
26.10.06 - 24.01.07
Justizanstalt Korneuburg;
24.01.07 - 07.03.07

Angebot: 26.01.2006 (s. Datum Protokoll, 1. Auftr.best.!!!)

Protokoll: 25.01.2006

Bauvertrag: 25.01.2006

1. Auftragsbestätigung 25.01.2006

erste ER: 10.02.2006

letzte ER: 20.04.2006 [aktenkundig ist Rechnung vom 05. Mai 2006 Nr. 0192-2006]

Konkurs: 07.12.2006

verrechnete Summe: 257.802,93 (2006)

Zahlungsmodalitäten: Banküberweisungen

Sonstiges: Firmenzeichnung (Unterschrift) auf Anbot, Protokoll,
Bauvertrag und div. Auftragsbestätigungen unterschiedlich
(obwohl vom selben Tag!)
lt. Finanzamt bereits im März 2006 Post retour

C Handelsgesellschaft m.b.H (Beilage A/4):

UID-Nr.:	ATU ... gültig 29.9.2004 - 26.09.2006
Geschäftsführer:	***25*** seit 03.02.2006 + 100 % Gesellschafter
lt. ZMR:	HWS in Ö: 03.02.2006 - 28.12.2006: 16.) ***gasse NWS 20.01.12 - 11.06.2012: 22.) ***Str.
Protokoll:	27.02.2006
Bauvertrag:	27.02.2006
1. Auftragsbestätigung:	27.02.2006
erste ER:	21.04.2006
letzte ER:	23.05.2006
Konkurs:	01.12.2006
verrechnete Summe:	562.541,65 (2006)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen
Sonstiges:	unterschiedliche Unterschriften auf Reisepass des GF, Protokoll, Bauvertrag, div. Auftragsbestätigungen, Musterzeichnung lt. Firmenbuch
D Handels GmbH (Beilage A/5)	
Geschäftsführer:	Ibrahim Salihov Uruchov 01.06.06 - 05.09.06 Hulio Ector Falterani seit 06.09.2006
lt. ZMR:	Ibrahim Salihov Uruchov 15.02.05 - 30.03.07 in Ö gemeldet 15.) ***gasse Hulio Ector Falterani 05.09.06 - 11.09.06 in Ö gemeldet 12.) **gasse
Angebot:	07.06.2006
Protokoll:	02.06.2006
Bauvertrag:	02.06.2006

1. Auftragsbestätigung:	02.06.2006
erste ER:	23.06.2006
letzte ER:	01.10.2006
Konkurs:	04.01.2007
verrechnete Summe:	958.219,81 (2006)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen bis 28.9., danach Barzahlungen (€ 162.255,98!!)
Sonstiges:	Unterschr. lt. Firmenbuch stimmen nicht überein mit jener des GF auf Bauvertrag; verschiedene Unterschriften auf div. Auftragsbestätigungen, sämtl. davon nicht ident mit Unterschriften der beiden GF!

E Handels GmbH (Beilage A/6)

UID-Nr.:	ATU ... 10.08.06 - 31.07.07
Geschäftsführer:	***23*** seit 20.09.2006 + 100 % Gesellschafter
lt. ZMR:	in Ö gemeldet v. 14.09.2006 - 14.02.2007: 18.) ***gasse
Angebot:	26.09.2006
Protokoll:	29.09.2006
Bauvertrag:	29.09.2006
1. Auftragsbestätigung:	29.09.2006
erste ER:	23.10.2006
letzte ER:	20.11.2006
Kündigung:	05.12.2006
Konkurs:	14.02.2007

verrechnete Summe:	247.852,39
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen
Sonstiges:	Musterzeichnung lt. Firmenbuch stimmt nicht überein mit GF-Unterschriften auf Anbot, Vertrag verschiedene Unterschriften aus div. Auftragsbestätigungen vom selben Tag!!! Obwohl Bescheid betr. Ford.pfändung (v. 16.11.06) erhalten, Eilüberweisung am 1.12. an Fa. ***E*** (€ 41.871,83)!!! ***F*** Handels GmbH (Beilage A/7):
UID-Nr.:	ATU ... gültig 24.02.06 - 28.09.07
Geschäftsführer:	***14*** seit 17.03.2006 + 100 % Gesellschafter
lt. ZMR:	in Ö gemeldet 15.03.06 - 04.06.07: 16.) ***gasse
Angebot:	27.10.2006
Protokoll:	30.10.2006
Bauvertrag:	30.10.2006
1. Auftragsbestätigung	30.10.2006
erste ER:	04.12.2006
letzte ER:	28.02.2007
Kündigung:	30.03.2007
Konkurs:	28.03.2007
verrechnete Summe:	199.378,42 (2006) 248.394,94 (2007)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisung / ab Ende März 07 Entlohnung der Arbeiter der ***F*** direkt (bar)

Sonstiges: Musterzeichnung des GF lt. Firmenbuch stimmt nicht
überein mit Unterschriften GF auf Bauvertrag,
Auftragsbestätigungen

G ***13*** (Reinigung) GmbH (Beilage A/8)

UID-Nr. ATU ... gültig 12.01.07-11.10.07

Geschäftsführer: ***18*** seit 28.11.2006 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR: in Ö gemeldet 30.11.06 - 04.12.06: 10.) ***str.
27.02.07 - 05.03.08: 19.) ***gasse

Angebot: 26.01.2007

Protokoll: 26.02.2007

Bauvertrag: 26.02.2007

erste ER: 30.03.2007

letzte ER: 29.06.2007

Kündigung: 06.07.2007

Konkurs: 09.10.2007

verrechnete Summe: 481.019,01 (2007)

Zahlungsmodalitäten: überwiegend bar, nur am 7.5.07 Überweisung (€ 66.648,77)

Sonstiges: Unterschriften auf K-Ausgangsbelegen, Angebot stimmen
nicht überein mit Unterschrift d. GF lt. Musterzeichnung
Firmenbuch
Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet

H Bau GmbH (Beilage A/9):

UID-Nr.: ATU ... gültig 12.06.07 - 30.01.08

Geschäftsführer: ***16*** seit 29.06.2007 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR: in Ö gemeldet 02.07.07 - 02.07.08: 13.) ***gasse

Angebot: 25.06.2007

Protokoll: 02.07.2007

Bauvertrag: 02.07.2007

1. Auftragsbestätigung: 02.07.2007

erste ER: 16.07.2007

letzte ER: 19.12.2007

Kündigung: 21.01.2008

Konkurs: 23.01.2008

verrechnete Summe: 731.519,59 (2007)

Zahlungsmodalitäten: überwiegend bar, selten per Banküberweisung

am 31.01.08 noch Barzahlung € 50.000,-- !!! (Konkurs: 23.1.08!)

Empfänger?

Sonstiges: lt. Hausverwaltung nur von ca. Juni - August 07 im Objekt
Musterzeichnung GF lt. Firmenbuch stimmt nicht überein
mit Unterschrift auf Vertrag, Auftragsbest.
Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet

| Bau GmbH (Beilage A/10):

UID-Nr.: ATU ... begrenzt mit 02.10.07; neuerl. 26.03.08-31.05.08

Geschäftsführer: ***24***seit 11.12.2007 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR: in Ö gemeldet 10.12.07 - 05.03.09:
14.)

Protokoll: 07.01.2008

Bauvertrag: 07.01.2008

1. Auftragsbestätigung:	07.01.2008
erste ER:	31.01.2008
letzte ER:	21.03.2008
Kündigung:	14.03.2008
Konkurs:	17.07.2008
verrechnete Summe:	321.838,22 (2008)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen
Sonstiges:	auf ER ist eine falsche Firmenbuchnummer ausgewiesen; für Betriebsprüfung d. Finanzamtes schon im Jänner 08 kein Ansprechpartner
J GmbH (Beilage A/11):	
UID-Nr:	ATU ... gültig 01.02.08-10.09.08
Geschäftsführer:	*** **J*** seit 27.11.07 + 100 % Gesellschafter
lt. ZMR:	in Ö gemeldet 16.11.07 - 01.10.08: 21.) ***str.
Angebot:	ohne Datum
Protokoll:	07.03.2008
Bauvertrag:	07.03.2008
1. Auftragsbestätigung:	07.03.2008
erste ER:	28.03.2008
letzte ER:	01.08.2008
Kündigung:	02.09.2008
Konkurs:	03.10.2008

verrechnete Summe: 1,276.254,89 (2008)

Zahlungsmodalitäten: Banküberweisungen

Sonstiges: Unterschrift GF auf Bewerbungsschreiben, Bauvertrag, ER stimmt nicht überein mit Unterschrift GF lt. Musterzeichnung im Firmenbuch

K Bau & Gebäudereinigung GmbH (Beilage A/12):

UID-Nr.: ATU ... gültig 06.05.04-16.11.09

Geschäftsführer: ***22*** seit 18.07.2008 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR: in Ö gemeldet 31.07.08 - 31.07.08: 5.) ***gasse
31.07.08 - 03.07.09: 5.) ***gasse

Angebot: ohne Datum

Protokoll: 01.08.2008

Bauvertrag: 01.08.2008

1. Auftragsbestätigung: 01.08.2008

erste ER: 14.08.2008

letzte ER: 14.11.2008

Kündigung: 21.11.2008

Konkurs: 20.11.2008

verrechnete Summe: 566.114,33 (2008)

Zahlungsmodalitäten: Banküberweisungen / bar

Sonstiges: Barzahlungen erfolgten über Anforderungen v. 20.10. u. 14.11.08
(Sonderkonditionen 8 % Skonto!), ansonsten Überweisungen
Unterschrift lt. Musterzeichnung im Firmenbuch stimmt

nicht überein mit div. Unterschriften auf Anbot, Bauvertrag,
Auftragsbestätigungen, Schreiben Zahlungsanford. vom
20.10. u. 14.11.08

L Handels GmbH (Beilage A/13):

UID-Nr.:	ATU ... gültig 29.09.08 - 13.02.09
Geschäftsführer:	*** **L*** seit 30.06.2008 + 100 % Gesellschafter
lt. ZMR:	1 Tag in Ö gemeldet: 21.05.2008: ***str.
Angebot:	04.08.2008
Protokoll:	29.09.2008
Bauvertrag:	29.09.2008
erste ER:	16.10.2008
letzte ER:	01.02.2009
Kündigung:	27.02.2009
Konkurs:	25.02.2009
verrechnete Summe:	383.615,74 (2008) 112.488,37 (2009)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen
Sonstiges:	Unterschrift lt. Bilanz im FB, Anhang zur Bilanz, Passkopie, ER nicht ident mit Musterzeichnung Mail von Bf an ***L*** GmbH vorhanden über anzumeldende Arbeiter bei der ***L*** GmbH div. Ermittlungen des Masseverwalters der ***L*** GmbH

*** **M*** HandelsgmbH (Beilage A/14):

UID-Nr.:	ATU ... gültig 10.04.06 - 28.07.09
Geschäftsführer:	***2*** seit 23.12.2008 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR: in Ö gemeldet 23.12.08 - 04.06.09: 12.) ***gasse

Angebot: 16.01.2009

Protokoll: 30.01.2009

Bauvertrag: 30.01.2009

erste ER: 16.02.2009

letzte ER: 12.06.2009

Kündigung: 23.06.2009

Konkurs: 29.06.2009

verrechnete Summe: 486.993,65 (2009)

Zahlungsmodalitäten: Banküberweisungen

Sonstiges: GF-Anmeldung in Ö am Tag der Gesellschafterbestellung für 1 Tag!
 Wohnsitz am Firmensitz, Unterkunftgeber *** **M***
 GmbH!
lt. LKA Wien: Modus operandi: *2*** i.A. d. Brüder**
*****1*****

N Express-Transport-Dienst-GmbH (Beilage A/15):

UID-Nr.: ATU ... gültig 22.04.05 - 01.10.06!!!

Geschäftsführer: Dezsö K. seit 27.11.2008 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR: in Ö gemeldet 27.11.08 - 27.02.09: 19.) ***gasse
 27.02.09 - 20.05.10: ***str.

Angebot: 25.05.2009

Protokoll: 04.06.2009

Bauvertrag: 04.06.2009

erste ER:	01.07.2009
letzte ER:	15.07.2009
Kündigung:	15.07.2009
Konkurs:	30.09.2009
verrechnete Summe:	76.684,23 (2009)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen
Sonstiges:	Mietvertrag mit Immob.kanzlei Dr. ***3*** vorgelegt, lt. div. Abfragen keine Immob.kanzlei ***3*** gefunden! Lt. Erhebungen FA bei HV ***4*** (für ***gasse.): Firma dort völlig unbekannt!! Geschäftsführer an Firmenanschrift gemeldet

O Handelsgesellschaft mbH (Beilage A/16):

UID-Nr.:	ATU ... gültig 29.09.94 - 29.07.09!!!
Geschäftsführer:	***10*** seit 02.04.09 + 100 % Gesellschafter
lt. ZMR:	in Ö gemeldet 02.04.09 - 24.08.09: 10.) ***gasse
Angebot:	22.05.2009
Protokoll:	29.06.2009
Bauvertrag:	29.06.2009
erste ER:	17.07.2009
letzte ER:	18.09.2009
Kündigung:	21.09.2009
Konkurs:	16.10.2009
verrechnete Summe:	157.295,73 (2009)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen

Sonstiges: Unterschrift lt. Musterzeichnung nicht ident mit
Unterschriften auf Protokoll, Vertrag, ER, Vertrag mit
Danada
auf ER keine Bankverbindung angegeben
lt. Erhebungen FA: Gesellschafter "auf Anordnung" tätig

p **TT*** GmbH (Beilage A/17):

UID-Nr.: ATU ... gültig 15.05.07 - 05.11.09

Geschäftsführer: *** ** **p*** seit 14.03.07

lt. ZMR: in Ö gemeldet 13.03.07 - 05.06.07: 10.) ***gasse

Protokoll: 18.09.2009

Bauvertrag: 18.09.2009

erste ER: 30.09.2009

letzte ER: 30.09.2009

Kündigung: 31.10.2009

Konkurs: § 40 FB

verrechnete Summe: 28.853,96 (2009)

Zahlungsmodalitäten: Banküberweisungen

Sonstiges: sämtliche ER mit falscher Firmenanschrift!
Musterzeichnung lt. Firmenbuch nicht ident mit
Unterschriften auf Vertrag, ER
s. div. Ermittlungen des Masseverwalters der Fa. ***L***
GmbH

Q Bauservice & Schwarzdeckerei (Beilage A/18):

UID-Nr.: ATU ... gültig 10.09.03 - 01.07.10

Geschäftsführer: ***Gf*** seit 17.06.2003 + 100 % Gesellschafter

lt. ZMR:	in Ö Nebenwohnsitz: 21.07.03-1201.05: 16.) ***gasse 20.04.06 - 07.09.06: 15.) ***str. 05.04.07 - 27.01.10: 15.) ***str.
Angebot:	25.09.2009
Protokoll:	02.10.2009
Bauvertrag:	02.10.2009
erste ER:	05.11.2009
letzte ER:	03.12.2009
Kündigung:	23.06.2009
Konkurs:	05.08.2010
verrechnete Summe:	212.918,12 (2009)
Zahlungsmodalitäten:	Banküberweisungen
Sonstiges:	Zeichnung lt. Bilanz 03 (Firmenbuch) nicht ident mit Unterschriften auf Angebot, Protokoll, Vertrag lt. FA: zumindest seit 19.07.09 keine Tätigkeit mehr; keine Ansprechperson

Auf Grund dieser sich auf die einzelnen (17) GmbHs beziehenden Auflistungen, beinhaltend neu hervorgekommene Tatsachen und Beweismittel, ergibt sich folgendes Gesamtbild:

Gültigkeit der UID-Nummern bezogen auf den Zeitraum der ersten und letzten Eingangsrechnung:

	UID vor der ersten Eingangsр. gültig	UID nach der letzten Eingangsр. gültig
A	3 Monate	2 Monate
B	3 Jahre	6 Monate
C	1 Jahr 7 Monate	4 Monate

D	2 Monate	4 Monate
E	2 1/2 Monate	8 Monate
F	9 Monate	7 Monate
G	2 1/2 Monate	3 1/2 Monate
H Bau	1 Monat	1 1/2 Monate
I Bau	nicht gültig, begrenzt mit 02.10.07	neuerlich erst: 26.03.- 31.05.2008
J	2 Monate	1 1/2 Monate
K	3 Monate	1 Jahr
L	2 Wochen	12 Tage
*** **	2 Jahre 2 Monate	1 1/2 Monate
N	nicht gültig (nur bis 01.10.2006)	--
O	15 Jahre	Ablauf zwischen erster u. letzter ER
P	2 Jahre vier Monate	5 Wochen
Q	6 Jahre	7 Monate

Zeitraum zwischen der **erstmaligen** Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes durch den **ausländischen** Gesellschafter bzw. Geschäftsführer und der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages, der zur Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer in das Firmenbuch führte:

im Firmenbuch eingetragen als

Wohnsitz danach: 4 Wochen	Alleingesellschafter und -geschäftsführer ab 11.10.2005 (Geschäftsführer Ing. M.P. (ab 01.04.2005) berief sich selbst am 10.10.2005 ab
A	

B	11 Tage	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
C	am selben Tag	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
D	Uruchov: 1 Jahr 3 Monate Falterani: 1 Tag	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
E	6 Tage	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
F	2 Tage	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
G	Wohnsitz danach: 2 Tage	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
H Bau	Wohnsitz danach: 3 Tage	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
I Bau	1 Tag	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
J	11 Tage	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
K	Wohnsitz danach: 13 Tage	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
L	-- / 1 Tag in Österr. gem.	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
*** **	am selben Tag	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
N	am selben Tag	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen

O	am selben Tag	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen
P	1 Tag	als Alleingesellschafter und -Geschäftsführer eingetragen
Q	Wohnsitz danach: 1 Monat	als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen

Zeitraum zwischen der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages, der zur Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer in das Firmenbuch führte und dem Angebot, dem Bauvertrag und der 1. Auftragsbestätigung:

GmbH	Abtretung	Angebot	Bauvertrag	1. Auftragsbest.
A	01.04.2005		6 Monate	wie Bauvertrag
B	27.12.2004	13 Monate	13 Monate	wie Bauvertrag
C	03.02.2006		24 Tage	wie Bauvertrag
D	01.06.2006	6 Tage (vor Angebot)	1 Tag (vor Angebot)	1 Tag
E	20.09.2006	6 Tage	9 Tage	wie Bauvertrag
F	17.03.2006	7 1/2 Monate	7 1/2 Monate	wie Bauvertrag
G	28.11.2006	2 Monate	3 Monate	
H	29.06.2007	3 Tage	3 Tage	wie Bauvertrag
I	11.12.2007		4 Wochen	wie Bauvertrag
J	27.11.2007		3 Monate 1 Woche	wie Bauvertrag
K	18.07.2008		14 Tage	wie Bauvertrag
L	30.06.2008	5 Wochen	3 Monate	
M	23.12.2008	3 Wochen	3 Wochen	
N	27.11.2008	6 Monate	6 Monate 1 Woche	

O	02.04.2009	7 Wochen	8 Wochen
P	14.03.2007	2 Jahre 6 Monate	2 Jahre 6 Monate
Q	17.06.2003	6 Jahre	6 Jahre

Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung:

GmbH

A Bau	ca. 2 Monate
B	ca. 3 Monate
C	ca. 1 Monat
D	ca. 3 Monate
E	ca. 1 Monat
F	ca. 3 Monate
G	3 Monate
H	5 Monate
I	ca. 2 Monate
J	4 Monate
K	3 Monate
L	3 1/2 Monate
M	4 Monate
N	2 Wochen
O	2 Monate
P	-- (1 Rechnung)
Q	1 Monat

Zeitraum zwischen der letzten Eingangsrechnung und der Konkurseröffnung:

GmbH

A Bau	1 1/2 Monate
B	ca. 7 1/2 Monate
C	ca. 6 Monate
D	ca. 3 Monate
E	ca. 3 Monate
F	1 Monat
G	ca. 3 Monate
H	ca. 1 Monat
I	ca. 4 Monate
J	2 Monate
K	1 Woche
L	3 Wochen
M	2 Wochen
N	2 1/2 Monate
O	1 Monat
P	amtswegige Löschung Vermögenslosigkeit
Q	8 Monate

Unterschiedliche Unterschriften - Unterschriftsfälschungen:

GmbH

A	Bau	---
B		Firmenzeichnung (Unterschrift) auf Anbot, Protokoll, Bauvertrag und div. Auftragsbestätigungen unterschiedlich (obwohl vom selben Tag!)
C		unterschiedliche Unterschriften auf Reisepass des GF, Protokoll, Bauvertrag, div. Auftragsbestätigungen, Musterzeichnung lt. Firmenbuch
D		Unterschr. lt. Firmenbuch stimmen nicht überein mit jener des GF auf Bauvertrag; verschiedene Unterschriften auf div. Auftragsbestätigungen, sämtl. davon nicht ident mit Unterschriften der beiden GF!
E		Musterzeichnung lt. Firmenbuch stimmt nicht überein mit GF-Unterschriften auf Anbot, Vertrag verschiedene Unterschriften aus div. Auftragsbestätigungen vom selben Tag!!!
F		Musterzeichnung des GF lt. Firmenbuch stimmt nicht überein mit Unterschriften GF auf Bauvertrag, Auftragsbestätigungen
G		Unterschriften auf K-Ausgangsbelegen, Angebot stimmen nicht überein mit Unterschrift d. GF lt. Musterzeichnung Firmenbuch
H		Musterzeichnung GF lt. Firmenbuch stimmt nicht überein mit Unterschrift auf Vertrag, Auftragsbest.
I		---
J		Unterschrift GF auf Bewerbungsschreiben, Bauvertrag, ER stimmt nicht überein mit Unterschrift GF lt. Musterzeichnung im Firmenbuch
K		Unterschrift lt. Musterzeichnung im Firmenbuch stimmt nicht überein mit div. Unterschriften auf Anbot, Bauvertrag, Auftragsbestätigungen, Schreiben Zahlungsanford. vom 20.10. u. 14.11.08
L		Unterschrift lt. Bilanz im FB, Anhang zur Bilanz, Passkopie, ER nicht ident mit Musterzeichnung
M		---
N		---

O	Unterschrift lt. Musterzeichnung nicht ident mit Unterschriften auf Protokoll, Vertrag, ER, Vertrag mit Danada
P	Musterzeichnung lt. Firmenbuch nicht ident mit Unterschriften auf Vertrag, ER
Q	Zeichnung lt. Bilanz 03 (Firmenbuch) nicht ident mit Unterschriften auf Angebot, Protokoll, Vertrag

Folgende neu hervorgekommene Tatsachen und Beweismittel treten hinzu:

☐ Anzeige und nachfolgende Zeugeneinvernahme des Anzeigers:

Die Eisenbieger, mit denen die Bf. arbeitete, waren in Wahrheit Personal der Bf., nur angemeldet waren sie nicht bei der Bf., sondern bei "Scheinfirmen". Die Arbeiter wechseln von einer zur anderen Firma (vgl. die oben wiedergegebenen 5 Beispiele der Beilage A/19 des BP-Berichtes).

☐ Vom Anzeiger vorgelegte Auszahlungslisten der Bf. betreffend die Entlohnung von Arbeitern, die sozialversicherungsmäßig bei den eingeschalteten GmbHs ***D*** GmbH und ***F*** Handels GmbH angemeldet waren:

Die mit "Monat: September 2006 ARBEITNEHMER" überschriebene Liste ("Auszahlungslisten") beinhaltet sowohl die bei der GKK als Dienstnehmer der ***D*** GmbH (welche GmbH die in diesem Zeitraum eingeschaltete war) angemeldeten Eisenbieger, als auch die Arbeitnehmer der Bf.; die mit "Monat: Jänner 2007 ARBEITNEHMER" überschriebene Liste beinhaltet sowohl die bei der GKK als Dienstnehmer der ***F*** Handels GmbH (welche GmbH in diesem Zeitraum eingeschaltet war), als auch die Arbeitnehmer der Bf. Auf diesen Feststellungen gründet sich die - die Angaben des Anzeigers als richtig darstellende - Folgerung der Prüferin, wonach aus den vom Anzeiger vorgelegten Auszahlungslisten der Bf. "nachvollziehbar ist, dass offensichtlich Arbeiter entlohnt wurden, die offiziell bei div. Fremdleistern angemeldet waren"; die Eintragungen in die Liste und die damit übereinstimmenden Anmeldungen laut Versicherungsdatenauszug bzw. Abgabainformationssystemabfrage erweisen das seitens der Bf. erstattete Vorbringen, der Bezug der Listen zur Bf. liege völlig im Dunkeln, ja stehe nicht einmal fest, ob die dort genannten Beträge überhaupt ausbezahlt worden sind, als nicht stichhältig (näheres vgl. unten ***D*** und ***F***).

☐ div. Ermittlungen des Masseverwalters der Fa. ***L*** GmbH (Beilage A/17):

Die diesbezüglichen Feststellungen - unter Beilage A/1, viertletzter Absatz - lauten:

Der Masseverwalter der Fa. ***L*** führte div. Ermittlungen durch, im Zuge derer sich herausstellte, dass bei Anrufen auf den Firmenhandys der Fa. ***L*** Herr (der Geschäftsführer der Bf.) abgehoben hat.

Dem ho Finanzamt liegt weiters eine Mail von der Fa. (Bf.) an die Fa. ***L*** vor, in der die Fa. (Bf.) der Fa. ***L*** mitteilt, welche Arbeitnehmer sie ab wann anmelden soll (näheres vgl. unten ***L***).

- ☐ diverse Protokolle bzw. Berichte an die Staatsanwaltschaft (Beilage A/1, viertletzter Absatz):

Aus diversen Protokollen bzw. Berichten an die Staatsanwaltschaft ging hervor, dass zB bei der Fa. ***H*** Bau GmbH keine Geschäftstätigkeit nachvollziehbar war, jedoch auf dem Firmenkonto Gutschriften in Höhe von EUR 687.000 erfolgt und regelmäßige Behebungen höherer Beträge durchgeführt wurden; hinsichtlich des (im Firmenbuch eingetragenen) Geschäftsführers der Fa. ***J*** GmbH, Herrn *** ***J*** , geb. ..., sei erhoben worden, dass keine Person mit diesen Daten existiert.

- ☐ bei den bei den Fremdleistern "beschäftigten" (in Wahrheit von der Prüferin gemeint: sozialversicherungsmäßig, bei der GKK, **angemeldet** - die Prüferin beurteilte die eingeschaltet gewesenen GmbHs, dem Anzeiger folgend, ja als an die Bf. nicht leistungserbringend ! dazu vgl. unten) Dienstnehmern handelt es sich offensichtlich immer um dieselben Arbeiter, die je nach Bedarf beim "aktuellen" Subleister und dazwischen auch manchmal bei der Fa. (Bf.) selbst angemeldet wurden.

5 Beispiele davon sind als Beilage A/19 (keine taxative Aufzählung!) diesem Bericht angeschlossen (Beilage A/1):

Die oben wiedergegebenen 5 Beispiele der Beilage A/19 zeigen, dass

- der Erstangeführte bei 10 der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs - und zwischendurch, im April 2007, und 2009, bei der Bf. - angemeldet war,
- der Zweitangeführte bei 7 der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs - und zwischendurch, im Jänner bis Anfang Februar 2007, bei der Bf. - angemeldet war,
- der Drittangeführte bei 5 der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs - und zwischendurch, im September 2006, bei der Bf. - angemeldet war,
- der Viertangeführte 5 Tage, vom 16. bis 20. Jänner 2006, bei der Bf. und sodann, beginnend mit 30. Jänner 2006, bei 8 der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs - und zwischendurch, im April 2007, und 2009 bei der Bf. - angemeldet war, und
- der Fünftangeführte bei 5 der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs - und zwischendurch, im Jänner 2008, und 2009, bei der Bf. - angemeldet war.

☐ bei (***)Q***)Rechnungszeitraum November u. Dezember 2009: lt. Finanzamt
zumindest seit 19.7.09 keine Tätigkeit mehr; keine Ansprechperson (Beilage A/18):

Q: Dem Angebot vom 25. September 2009, dem Protokoll und Bauvertrag vom 02. Oktober 2009 und der ersten und letzten Eingangsrechnung vom 05. November 2009 bzw. 03. Dezember steht der Umstand entgegen, dass für das Finanzamt bei einer am 19. Juli 2009 (!) begonnenen Betriebsprüfung keine Ansprechperson mehr vorhanden war (näheres vgl. unten: ***Q***).

☐ lt. Finanzamt bereits im März 2006 Post retour (Beilage A/3):

B : Der letzten Eingangsrechnung vom 20. April 2006 steht der Umstand entgegen, dass die Postsendungen an die ***B*** bereits im März 2006 retourniert worden sind.

Abschließend ist betreffend das Ausmaß der Feststellungen (Beanstandungen) der Prüferin festzuhalten:

Wie der Vergleich dieser Beträge mit den unter Tz. 2 auf Seite 3 des Berichtes und in der Beilage A/1 zum Bericht angeführten Beträgen ergibt:

100% der geltend gemachten Position "Fremdleistungen".

Die neu hervorgekommenen Tatsachen und Beweismittel bestätigten die Richtigkeit der Angabe des Anzeigers, dass die GmbHs: ***A*** , ***B*** , ***D*** , ***H*** , ***G*** , ***F*** und ***I*** an die Bf. nicht leistungserbringend waren; die Eisenbieger, mit denen die Bf. arbeitete - wie die Eisenbieger der in der Beilage A/19 des Berichtes angeführten 5 Beispiele

- Bilic J. (vgl. unten ***C*** , Pkt. 10. und die ***C*** -Erwägungen)
 - Seker E. (vgl. unten ***D*** Pkt. 12. und die ***D*** -Erwägungen)
 - Dilberovic A. (vgl. unten ***D*** Pkt. 12. und ***F*** Pkt. 5.)
 - ***26*** und (vgl. unten ***B*** Pkt. 12.)
 - Özdemir A. (vgl. unten ***D*** Pkt. 12., ***F*** Pkt. 5. und die ***K*** -Erwägungen)
- in Wahrheit Personal der Bf. waren, nur angemeldet nicht bei der Bf. waren, sondern bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs.

Die Beschwerde war daher, soweit sie sich gegen die Bescheide betreffend Wiederaufnahme der Verfahren richtet, als unbegründet abzuweisen.

Zur Sache:

Auf Grund folgender anonymer Anzeige

"Geschäftstätigkeit der Firma *Bf1*****

Alle Sub-Unternehmen die im Zeitraum von 2001 bis 2010 für die Firma

****Bf1*** tätig waren, wurden alle nur einzig und allein benutzt und/oder gegründet um Bauaufträge steuerschonend abzuwickeln. Dieses "System" ist meiner Ansicht nach ausreichend der Finanz, der Staatsanwaltschaft Wien, und dem Bundeskriminalamt Wien bekannt.*

Folgende Unternehmen sind mir bekannt, die zur steuerschonenden Abwicklung benutzt und/oder gegründet wurden:

AKTUELL PROJEKT BAU GmbH

ARABELLA BAU GmbH

****12*** GmbH*

****A*** BAU- UND HANDELSGMBH*

"PEMI" Bau & Personalbereitstellungs GmbH

****B*** Personalbereitstellungs- und Handels GmbH*

****D*** " Handels GmbH*

****H*** BAUGmbH*

****G*** " ***13*** Reinigung GmbH*

****F*** HANDELS GmbH*

****J*** Bau- und HandelsgmbH*

Angelika de DONNOVA, Wohnhaft in Slowakei, Bratislava

*(unverheiratete Lebensgefährtin von Hr. Bf. ***) bzw. der Bruder, die Schwester*

oder die Eltern von der oben erwähnten Angelika de DONNOVA

Jetzt die große Frage:

*Wie ist es Hr. Bf. *** gelungen, so viele Reichtümer zu erwerben, wenn er offiziell nur einen durchschnittlichen monatlichen Verdienst bezogen hat."*

und der daraufhin erfolgten Zeugeneinvernahme des Anzeigers, anlässlich welcher der Anzeiger angab,

das Personal, mit dem die Bf. GmbH arbeitete, sei das der Bf. GmbH gewesen, nur angemeldet gewesen sei das Personal nicht bei der Bf. GmbH, sondern seien diese Personen über Scheinfirmen angestellt gewesen,

wurde eine Außenprüfung (BP) durchgeführt.

Die Durchführung einer BP wurde mit folgendem Hinweis begründet:

"Bp Bf. GmbH

Begründung für § 99-Prüfung

*Es besteht der begründete Verdacht, dass Herr Bf. *** als Geschäftsführer der Bf. GmbH Geschäftsbeziehungen mit tatsächlich nicht existenten bzw. nicht leistungserbringenden Firmen vorgetäuscht hat, was zu einer Verkürzung der Körperschaftsteuer für das Jahr 2009 führte und damit der Tatbestand des § 33 FinStrG verwirklicht wurde."*

Z. ist seit Firmengründung im Jänner 2002 Alleingesellschafter und Alleingeschäftsführer der Bf. GmbH. Unternehmensgegenstand ist das Baumeistergewerbe.

Die Gewinn- und Verlustrechnungen für die Jahre 2006 bis 2009 weisen u.a. folgende Positionen aus:

	Erlöse Bauleist.	Fremdleist.	J.überschuss
2006	3.466.336,66 €	2.297.975,93 €	5.764,60 €
2007	2.725.792,04 €	1.461.943,54 €	2.636,07 €
2008	5.089.043,61 €	2.547.823,18 €	5.575,31 €
2009	3.310.691,60 €	1.075.234,06 €	488,25 €

Die **Feststellungen (Beanstandungen)** der Prüferin **betreffen**, wie oben bereits festgehalten, **100% der geltend gemachten Position "Fremdleistungen" aller Jahre.**

Die Bf. machte als Betriebsausgaben "Fremdleistungen" im oben angeführten Ausmaß geltend, die in Rechnungen von 17 GmbHs ausgewiesen sind.

Betreffend

- die 17 GmbHs, hinsichtlich derer in den Jahren 2006 bis 2009 in das Rechenwerk der Bf. für einen Zeitraum von jeweils etwa zwei bis vier Monaten Eingangsrechnungen ("Subunternehmer"- bzw. "Sublieferanten"- Rechnungen) aufgenommen worden sind, und
- die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen bzw. die Leistungserbringung, wird ausgeführt wie folgt:

1. Rechnungen *A*** Bau- & HandelsgmbH bzw. ***A*** BAU & HANDELS GMBH**
erste Eingangsrechnung: Ende 2005, letzte Eingangsrechnung: 23. Jänner 2006

1.

Als Alleingesellschafter der ***A*** Bau- und HandelsgmbH wurde im Firmenbuch *ein Ausländer, ***7****, ein Kroat, mit 01. April 2005 *mit einer Wohnanschrift, an der er zu keinem Zeitpunkt einen Wohnsitz angemeldet hatte*, eingetragen; 4 Wochen danach (am 29. April 2005) wurde erstmalig ein inländischer Wohnsitz, ein Hauptwohnsitz, angemeldet (der am 27. Dezember 2005 ohne Anmeldung eines anderen Wohnsitzes abgemeldet wurde). Er und Ing. P. wurden als handelsrechtliche Geschäftsführer eingetragen.

Der Firmenname wurde geändert und hatte zuvor gelautet: ab Jänner 2005 Fertighaus Montage GmbH und davor: ... Liegenschaftsverwertung GmbH (Firmenbuchauszug mit aktuellen Daten vom 18. Juli 2005 bzw. mit historischen Daten vom 8.1.2013).

7 war zu keinem Zeitpunkt im Abgabensinformationssystem (AIS) steuerlich erfasst (Abgabensinformationssystemabfrage).

2.

Die bezogen auf den Zeitpunkt der Eintragung des ***7*** als Alleingesellschafter der ***A*** Bau- und HandelsgmbH (01. April 2005) - **drei Monate zurückliegende Bilanz** der ***A*** Bau- und HandelsgmbH (mit dem Bilanzstichtag 31.12.2004) weist folgende Aktiva und Passiva aus:

Aktiva: Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände € 887,27

Rechnungsabgrenzungsposten € 204,80

Passiva: Verbindlichkeiten € 515,58.

3.

Die Auftragsbestätigung weist eine Paraphe aus, die *keine Ähnlichkeit* mit den **Unterschriften** des Rahmenvertrages (Auftragsbestätigung und Rahmenvertrag weisen die idente Datierung 31. Oktober 2005 aus), des Mietvertrages und der Rechnung (bzw. der Unterschrift des 3 Wochen vor der Auftragsbestätigung ausgeschiedenen Ing. P.) aufweist.

4.

Am 23. August 2005 waren bei der ***A*** Bau- und HandelsgmbH **3 Dienstnehmer gemeldet** (ab 01. Juni 2005 zwei Dienstnehmer, ab 16. Juni 2005 drei) - **fünf Wochen danach**, am 30. September 2005, **54 Dienstnehmer** (Sozialversicherungsabfrage).

5.

Am 14. Oktober 2005 wurde die Löschung der Funktion des Ing. P. als (handelsrechtlicher) Geschäftsführer im Firmenbuch eingetragen.

6.

Am **27. Dezember 2005** wurde der inländische **Wohnsitz** des ***7*** **abgemeldet** (davor, von 28. September bis 03. Oktober 2005 befand er sich im Polizeianhaltezentrum, Wien) - die Eingangsrechnungen datieren vom *10. Jänner 2006 und 1. Februar 2006*.

7.

Betreffend Dezember 2005 erfolgten die letzten L-, DB-, DZ- Meldungen an das Finanzamt, entrichtet wurden die Beträge nicht mehr und erhöhte sich demgemäß der Abgabenrückstand (Abgabeninformationssystemabfrage).

8.

Anfang des Jahres 2006 verfügte die GmbH (seit zwei Monaten) über keinen gewerberechtlichen Geschäftsführer (mehr): Im Juli 2005 wurde die Bestellung des Ing. P. als gewerberechtlicher Geschäftsführer genehmigt, Anfang Oktober 2005 erfolgte seine Abberufung und war er laut Gewerberegister bis 31. Oktober 2005 gewerberechtlicher Geschäftsführer.

9.

Am 22. Februar 2006 wurde vom Finanzamt betreffend die ***A*** Bau- und HandelsgmbH, von der am 29. April 2005 hinsichtlich eines Bürogebäudes mit einem Flächenausmaß von zirka 50 m² g. 82-84 ein Mietvertrag abgeschlossen worden war, erhoben (Aktenvermerk vom 22.02.2006):

In der ...g. 82-84 existiert ein abgeschlossener Abstellplatz mit einem älteren Gebäude. *Das Areal dürfte schon längere Zeit nicht mehr benutzt worden sein.* Ein vor der Adresse abgestellter LKW wurde überprüft (LKW nicht von der Fa.). Schild auf dem Postkasten lautet auf ***A*** (Werbematerial von einigen Tagen ist darin) - VO-Auftrag wurde versuchsweise mit dem Termin 27-02-06 hinterlegt.

Die erste Eingangsrechnung datiert Ende 2005, die letzte Eingangsrechnung vom 1. Februar 2006.

10.

Obwohl der Firmenwortlaut im Zuge der Eintragung des ***7*** als Alleingesellschafter der ***A*** Bau- und HandelsgmbH geändert wurde, *geben keines der angefertigten Schriftstücke und die Stampiglie den Firmenwortlaut laut Firmenbuch wieder:*

A Bau- und Handelsges.m.b.H., ***A*** Bau & HandelsgmbH, ***A*** Bau- & HandelsgmbH, ***A*** BAU & HANDELS GmbH, statt ***A*** Bau- und HandelsgmbH.

Der gleiche Fehler trat auch bei der ***C***, ***G*** und ***N*** auf.

11.

Am selben Tag, am 09. Dezember 2005, wurden vier Eisenbieger, die *zuvor als Dienstnehmer der Bf. angemeldet waren*, in der Folge bei der GKK als Dienstnehmer der ***A*** Bau- und HandelsgmbH angemeldet:

Ein Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, der zuvor (bis Juli 2005) *bei der GKK als Dienstnehmer der Bf. und bei der ***12*** GmbH (vgl unten) angemeldet war*, ***S., wurde (am 09. Dezember 2005, somit rd. 5 Wochen nach Anfertigung des Rahmenvertrages) *bei der GKK als Dienstnehmer der ***A*** Bau- und HandelsgmbH angemeldet.*

Nicht in der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen enthaltene Dienstnehmer, *die zuvor als Dienstnehmer der Bf. angemeldet waren*, wurden in der Folge bei der GKK als Dienstnehmer der ***A*** Bau- und HandelsgmbH angemeldet:

- ***: Bf.: 05.06.2002 - 20.05.2005 / ***A*** : 09.12.2005 - 27.01.2006

- ***: Bf.: 05.09. - 30.09.2005 / ***12*** GmbH: 03.10. - 07.12.2005 /

A : 09.12. - 22.12.2005

- ***: Bf.: 05.08.2002 - 20.05.2005 / ***12*** GmbH: 26.09. - 07.12.2005 / ***A*** :

09.12.2005 - 27.01.2006

12.

Am 09. Dezember 2005 wurden *bei der GKK als Dienstnehmer der ***A*** Bau- und HandelsgmbH*

a) die 4 Dienstnehmer laut Pkt. 11. und

b) weitere 6 *Dienstnehmer, die davor alle bei der ***12*** angemeldet waren,*

insgesamt somit 10 Dienstnehmer,

angemeldet:

- ****, angemeldet bis 27.01.2006*

- ****, angemeldet bis 13.01.2006*

- ****, angemeldet bis 27.01.2006*

- ****, angemeldet bis 27.01.2006*

- ****, angemeldet bis 27.01.2006*

- ****, angemeldet bis 27.01.2006*

Die ****12*** GmbH* wurde am 04. März 2005 errichtet.

Am 09. September 2005 unterfertigte M.M., *kroatischer Staatsangehöriger*, im Abgabensinformationssystem nie einkommensteuerlich und im Firmenbuch nur betreffend die ****12*** GmbH* erfasst, die Liste der Gesellschafter der ****12*** GmbH*: M.M.:

übernommene Stammeinlage: EUR 35.000, hierauf einbezahlt:

EUR 17.500; am 27. September 2005 wurde über (den am 21. September 2005 eingelangten) Antrag M.M. als Alleingesellschafter und -geschäftsführer im Firmenbuch eingetragen.

Mit Beschluss des Gerichtes vom 13.01.2006 wurde betreffend die ****12*** GmbH* Konkurs eröffnet und wurde der Konkurs gem. § 166 KO *mangels kostendeckenden Vermögens* aufgehoben (Firmenbuchauszug).

Im Zeitraum ab Gründung der GmbH bis zum 11. September 2005 war bei der GKK *1 Dienstnehmer der ***12*** angemeldet* (vom 23.05.2005 - 28.06.2005).

Am 12. September 2005 wurden bei der GKK 38 Dienstnehmer angemeldet.

Am 15. Oktober 2005, *rd. fünf Wochen danach*, waren 72 *Dienstnehmer* und am 31. Oktober 2005 102 *Dienstnehmer* bei der GKK angemeldet.

Unter den bei der ****12*** GmbH* angemeldeten Dienstnehmern befinden sich *15 Dienstnehmer der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009:*

[...]

Daraus ist ersichtlich:

Den GKK-Anmeldungen dieser Eisenbieger bei der Sozialbetrugsfirma ****12**** folgten die GKK-Anmeldungen bei den nach und nach eingeschalteten Sozialbetrugsfirmen gemäß den Anmeldungsketten, betreffend die meisten Eisenbieger zwischen 30. Jänner und 20. Februar 2006 bei der ****B**** (dazu vgl. unten und die Beilage (des Schreibens vom 27. Juni 2017) GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009).

13.

Die einvernommenen (u.a. bei der ***A*** Bau- und HandelsgmbH bei der GKK angemeldet gewesenen) Eisenbieger: ***, *** (er war ein paar Monate danach *bei Anmeldung bei der ***D*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen; vgl. unten ***D****), ***, *** (er war ein paar Monate danach vom 22.12.2006 - 14.01.2007 arbeitslos und bezog Arbeitslosengeld und war bei Meldung bei der Bf. ab 15.01.2007 in der Lohnliste der Bf. mit 164 Std. ausgewiesen; vgl. unten ***F***), ***

- deren Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse vom jeweiligen Vorarbeiter der Baustelle (im Baucontainer) in die Wege geleitet wurde,

- haben *nie ein Büro* der ***A*** Bau- und HandelsgmbH *gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt*,

- hatten *eine Sekretärin nicht wahrgenommen*,

- erhielten den Lohn vom Vorarbeiter/Partieführer bar ausbezahlt auf der Baustelle (im Baucontainer).

14.

Der Konkurs wurde ca. zwei Monate nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.

Das Bundesfinanzgericht ersuchte die Bf., betreffend die beschwerdegegenständlichen Fremdleistungen unter Tz. 2 des Berichtes der Außenprüfung, folgende Unterlagen vorzulegen (Schreiben vom 28. März 2017):

- ☐ Auflistung der handelnden Personen betreffend die einzelnen Subunternehmer
- ☐ Nachweis der Identität der betreffend die einzelnen Subunternehmer aufgetretenen Personen
- ☐ Auflistung jener Subunternehmer, in deren Geschäftsräumlichkeiten Personen der Bf. gewesen sind und Nennung dieser Person/en
- ☐ Dokumentation der Geschäftsanbahnung betreffend die einzelnen Subunternehmer
- ☐ Nachweis, dass die Leistungserbringung durch den jeweiligen Subunternehmer erfolgte

Der steuerliche Vertreter der Bf. übermittelte folgendes Antwortschreiben:

Nach VwGH 14.10.1988, 88/14/0092, reicht die Mitwirkungspflicht der Partei nicht so weit, dass sie 'verpflichtet wäre, der Behörde ein dieser mögliches und zumutbares Ermittlungsverfahren abzunehmen.' Das gilt erst recht hier, sollen doch wir - so das eigenwillige Kalkül des BFG - auf diese Weise das von der BP Versäumte nachholen. Das kann

nicht gut gehen. Dazu im Einzelnen:

A. Ausgangslage; Blick zurück auf das bisherige Verfahren

I. BP-Bericht vom 12.2.2013

1. Die Tz 2 dieses BP-Berichtes ist beweis-, feststellungs- und sinnfrei, kurzum: für Besteuerungszwecke völlig ungeeignet.

...

II. Das nachfolgende Verfahren vor dem UFS

Der UFS hat ...

III. Erkenntnis des VwGH vom 22.2.2017, Ra 2014/13/0030-9

Die Kernaussagen ...

B. Zum laufenden Verfahren vor dem BFG

Zum Vorhalt vom 28.3.2017

...

Wir erachten den Vorhalt vom 28.3.2017 nicht nur als schikanös, sondern auch prozessual unvertretbar:

Schikanös deshalb, weil es nicht unsere Aufgabe ist, den Beweis unserer Unschuld zu führen bzw. der Behörde ein zumutbares Ermittlungsverfahren abzunehmen. ...

Prozessual unvertretbar deshalb, weil die Beweislastverteilung im Besteuerungsverfahren in eine grundlegend andere Richtung weist. ...

Prozessual unvertretbar auch deshalb, weil er definitiv keine Rolle spielt. ...

Prozessual unvertretbar erst recht deshalb, weil das Gesetz bei Beweis- und Feststellungslosigkeit des Finanzamtes die Kassation (§ 278 Abs 1 BAO) oder die Aufhebung vorsieht (§ 279 Abs 2 BAO). ...

Die mit Schreiben vom 28. März 2017 abverlangten Unterlagen wurden nicht vorgelegt.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 12. Juli 2005 stellte die Magistratsabteilung 63 gemäß § 340 GewO 1994 fest, dass die Voraussetzungen für die Ausübung des Gewerbes "Baumeister" im Standort Wien ...-Gasse 82-84, durch die ***A*** Bau- und HandelsgmbH vorliegen, und genehmigte gleichzeitig gemäß § 95 Abs. 2 GewO 1994 die Bestellung des Herrn Ing. ... P. zum Geschäftsführer bei Ausübung des Gewerbes.

Der Bescheid erging an die ***A*** Bau- und HandelsgmbH, Wien ...-Gasse.

Anfang Oktober 2005 erfolgte die Abberufung des gewerberechtlichen Geschäftsführers, laut Gewerberegister war er bis 31. Oktober 2005 gewerberechtlicher Geschäftsführer. Anfang des Jahres 2006 verfügte die GmbH (seit zwei Monaten) über keinen gewerberechtlichen Geschäftsführer (mehr) (vgl. oben Pkt. 8.).

Am 25. Oktober 2005 bescheinigte das Finanzamt Wien 1/23 der ***A*** Bau- u HandelsgmbH, dass gegen sie Abgabeforderungen gegenwärtig nicht bestehen. Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei Bauservice F. GmbH (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a15).

Am 23. November 2005 richtete die Wiener GKK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***A*** Bau- und HandelsgmbH (Schreiben vom 7. Februar 2018):

Die Wiener GKK bestätigt, dass der im Betreff genannte Dienstgeber der Verpflichtung zur Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachgekommen ist. Es bestehen keine Beitragsrückstände.

Am 23. November 2005 bescheinigte die Magistratsabteilung 6, Rechnungsamt, dass Firma ***A*** Bau- und HandelsgmbH im Standort Wien, Leo hinsichtlich der städtischen Abgaben als steuerlich zuverlässig angesehen werden kann.

Bemerkt wird, dass erst ab 6/05 Abgabepflicht besteht (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a16).

Die beschwerdegegenständlichen Leistungserbringungen und Rechnungen (im Jänner 2006 bzw. 1. Februar 2006) liegen nach diesen Bescheinigungen.

Gegenüber den Verhältnissen im Herbst 2005 lagen ab Dezember 2005 andere vor:

Der gewerberechtliche Geschäftsführer, der bis 10. Oktober 2005 auch handelsrechtlicher Geschäftsführer war, war bereits Anfang Oktober 2005 abberufen worden, am 27. Dezember 2005 wurde der inländische Wohnsitz des ausländischen (handelsrechtlichen) Alleingesellschafter und -geschäftsführers abgemeldet.

Betreffend Dezember 2005 erfolgten die letzten L-, DB-, DZ- Meldungen an das Finanzamt.

Die ***A*** - Rechnung, Rechnung-Nr. 001-2-2006, vom 10. Jänner 2006 hat folgenden Inhalt (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a18):

...

Bauvorhaben: Misanlage

Leistungszeitraum: 01/2006

Für bereits geleistete Arbeiten, erlauben wir uns, wie folgt zu verrechnen:

Pos. 01	BSTG Schneiden 4.752,00 kg x € 0,03	€	142,46
Pos. 02	Stabstahl 11.275,00 kg x € 0,17	€	1.916,75
	Nettosumme:	€	2.059,31
		-5%	-102,97
		€	1.956,34

Der Regie-/Arbeitsbericht 0028 Bauservice F... Baustelle: ***

Pl. Nr.	Bezeichnung	
B05/0	Bodenpl. Kiesdeponie	100% verl.
	Gesamtgewicht	6788,4 kg
B07/0	Bodenpl R...anlage teiw. verlegt	1.318,83
	Verlegt 4542,4 kg	

Datum 12. + 13.12.05

Die Aufstellung BV: [blank] Zeitraum: 12.12.2005-13.12.2005

Firma: HA Bau Seite: [blank] enthält Folgendes (Schreiben vom 7. Februar 2018):

PLNR B05/0 ... Gesamt 6787,4 kg

PLNR B07/0 ... Gesamt 4496,9 kg

+ Regie verr. 388,7 kg

Total 11673 kg

Diese Unterlagen lassen erkennen, dass Arbeiten (für die Bauservice F.) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden.

Bei der ***A*** handelt es sich um die 1. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH.

Die Umstände, die unter Bedachtnahme die unten folgenden Feststellungen und Erwägungen betreffend die danach eingeschaltet gewesenen GmbHs darauf schließen lassen, dass die ***A*** Bau- und HandelsgmbH. die in den ***A*** Bau- & HandelsgmbH / ***A*** BAU & HANDELS GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen *im Jänner 2006* nicht erbracht hat, sind

- ☐ dass im Firmenbuch *ein Ausländer, als Alleingesellschafter, mit einer Wohnanschrift, an der er zu keinem Zeitpunkt einen Wohnsitz angemeldet hatte*, eingetragen wurde (4 Wochen danach wurde erstmalig ein inländischer Wohnsitz angemeldet; betreffend den Zeitpunkt der Abmeldung vgl. unten),
- ☐ dass die an den Ausländer abgetretene GmbH *völlig substanzlos* war,

- ❑ dass es Ende August 2005 trotz der voranstehenden Verhältnisse zu einem *explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* kam - binnen 5 Wochen von 3 auf 54 Dienstnehmer,
- ❑ dass bei der Einmann-GmbH im Dunkeln blieb, weshalb die Paraphe auf der Auftragsbestätigung *keine Ähnlichkeit* mit der *Unterschrift* des Rahmenvertrages aufweist, obwohl beide die idente Datierung: 31. Oktober 2005 ausweisen,
- ❑ dass die GmbH seit Anfang November 2005 über keinen gewerberechtlichen Geschäftsführer mehr verfügte,
- ❑ dass am 09. Dezember 2005 die oben unter den Pkten. 11. und 12. angeführten Anmeldungen, bei welchen es sich um Zumeldungen handelte, vorgenommen wurden - näheres dazu folgt unten,
- ❑ dass der als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragene Ausländer, ein Kroat, *seinen inländischen Wohnsitz im Dezember 2005 aufgab* (und auch für die Prüferin *nicht greifbar war*),
- ❑ dass das Areal, an dem die Geschäftsanschrift und - bis Dezember 2005 - der Wohnsitz angegeben war, wie das Finanzamt am 22. Februar 2006 erhob, *schon längere Zeit nicht mehr benutzt worden sein dürfte*,
- ❑ dass sich die betriebliche Organisation und Geschehen den einvernommenen und u.a. bei der ***A*** Bau- und HandelsgmbH bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbiegern gegenüber so darstellten, dass ihre Ansprechperson für alle Angelegenheiten der Vorarbeiter/Partieführer war und alle Angelegenheiten auf der Baustelle/im Baucontainer erledigt wurden. Betriebliche Organisation und Geschehen waren so aufgebaut, dass die einvernommenen Zeugen keine Angaben zu machen imstande waren, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben und existierte somit im Jänner 2006 erkennbar ein ***A*** - Betrieb, in den die bei der Gebietskrankenkasse angemeldeten Arbeiter eingegliedert sein konnten, nicht.
- ❑ dass im Übrigen nur 7 Wochen nach der letzten Eingangsrechnung der Konkurs eröffnet wurde und es zur Löschung der Firma kam.

Die bei der ***A*** gegebene Kombination

- Eintragung eines Ausländers

-- als Alleingesellschafter und -geschäftsführer

-- der bereits für die Prüferin nicht mehr greifbar war

- substanzlose oder völlig substanzlose bzw. bei Abtretung inaktive GmbH

- Eröffnung des Konkurses und Löschung der Firma

wiederholte sich allen 17 (!) eingeschaltet gewesenen GmbHs (näheres vgl. unten unter Rechtlich folgt daraus).

Die augenfälligen Unterschriftenunterschiede betreffen hinsichtlich dieser GmbH vorgelegte Unterlagen und die hinsichtlich **dreizehn weiterer** der eingeschalteten GmbHs vorgelegten Unterlagen (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).

Auf Grund der Vielzahl der augenfälligen Unterschriftenunterschiede, eben 14 GmbHs betreffend, besteht kein Zweifel daran, dass diese das **Ergebnis und Teil systematischer Malversationen** sind. Auf die diesbezüglichen Ausführungen betreffend die *****D*****, *****F*****, *****J*****, *****L***** und *****O***** und unter Rechtlich folgt daraus wird verwiesen.

Ist die Prüferin auf Grund einer Vielzahl von Beweisen (die seitens der Bf. als nicht stichhaltig abgetan werden) zur Schlussfolgerung gelangt, dass es sich bei den Rechnungen der Subunternehmer um solche von Sozialbetrugsfirmen und an die Bf. nicht leistungserbringenden GmbHs handelt, wurde die Beweislage laut dem Bericht der Prüferin mit der (wenngleich aufgehobenen) Entscheidung des UFS und schließlich mit Schreiben des Bundesfinanzgerichtes an die Bf. vom 27. Juni 2017 ergänzt, fällt es der Bf. zur Last, dass dem oben wiedergegebenen Ersuchen um Vorlage von Unterlagen, insbesondere um Nachweis, dass die Leistungserbringung durch den jeweiligen Subunternehmer erfolgte, nicht nachgekommen wurde. Wurden trotz Verlangen Unterlagen zum Nachweis der Leistungserbringung - von wem bzw. im Rahmen welches Unternehmens die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen tatsächlich erbracht wurden - nicht vorgelegt, welche die Schlussfolgerungen der Prüferin entkräften hätten können, ist mit Recht davon auszugehen, dass die Bf. über solche ihren Beschwerdestandpunkt dartuende Unterlagen nicht verfügt und liegt die Annahme nahe, dass sie nie über solche verfügt hat. Hätte sie während der Außenprüfung oder bei Einbringung der Berufungsschrift über derartige Unterlagen verfügt, wären sie zweifellos ins Treffen geführt worden. Seitens der Bf. wurden zahlreiche Unterlagen vorgelegt, die nachweisen, dass die in den Unterlagen angeführten Leistungen erbracht wurden, nicht jedoch nachweisen, von wem sie erbracht wurden. Legte die Bf. vereinzelt Unterlagen (betreffend die *****E*****, *****F*****, *****H*****, *****I*****, *****J***** und *****L***** eine oder zwei von der Bf. angefertigte Telefax-Nachrichten) vor, die Namen von (tätig gewordenen) Eisenbiegern beinhalten, führte dies zu einem *die Bf. belastenden* Beweisergebnis: auf die diesbezüglich unten unter *****E*****, *****F*****, *****H*****, *****I*****, *****J***** und *****L***** folgenden Ausführungen bzw. Erwägungen wird verwiesen.

Betreffend die Beurteilung, ob die mit den (Deckungs)Rechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH angemeldet waren, verrichtet wurden, hielt die Prüferin fest:

Hinsichtlich der bei den Fremdleistern beschäftigten Dienstnehmer ist zu bemerken, dass es

sich offensichtlich **immer um dieselben Arbeiter** handelt, **die je nach Bedarf beim 'aktuellen' Subleister und dazwischen auch manchmal bei der Bf. selbst angemeldet** wurden.

5 Beispiele davon sind als Beilage A/19 (keine taxative Aufzählung) diesem Bericht angeschlossen.

Die von der Prüferin angesprochene und mittels 5 Beispielen dokumentierte Anmeldung derselben Arbeiter, die je nach Bedarf beim 'aktuellen' Subleister und dazwischen auch manchmal bei der Bf. selbst angemeldet wurden, wurde mit den Anmeldungsketten gemäß der Beilage: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 des Schreibens vom 27. Juni 2017 auf eine breitere Basis gestellt.

Die Anmeldungsketten der Beilage: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhalten Anmeldungen von der ersten eingeschaltet gewesenen GmbH, der *****A***** bis zur *****L*****. Auf die Anmeldungsketten und die unten folgenden Ausführungen betreffend die Anmeldungsketten wird verwiesen.

Betreffend 15 Dienstnehmer dieser Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 war die *****12***** GmbH vorgelagert: 15 Dienstnehmer dieser Aufstellung waren vor deren Anmeldung bei der *****A*****, *****B***** oder *****C***** bei der *****12***** GmbH angemeldet.

Bei der (vorgelagerten) *****12***** GmbH, bei welcher die oben angeführten Personen vor ihrer Anmeldung bei der ersten von der Bf. eingeschalteten GmbH angemeldet waren, handelte es sich gemäß dem o.a. Geschehen - um eine sehr kurzlebige, substanzlose Einmann-GmbH (Konkurseröffnung 3 1/2 Monate nach Eintragung der Firma und Aufhebung des Konkurses *mangels kostendeckenden Vermögens*) mit dem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK mit einem im Firmenbuch eingetragenen ausländischen (kroatischen) Alleingesellschafter und -geschäftsführer, mit anderen Worten: (wie bspw. bei der *****A*****) um eine Sozialbetrugsfirma.

Die als Dienstnehmer der *****A***** Bau- und HandelsgmbH - und anschließend weiterer eingeschalteter GmbHs - bei der GKK angemeldeten Arbeiter, Eisenbieger, wurden von der Bf. neben eigenem Personal der Bf. eingesetzt, betreut und bezahlt.

Diesen Umstand dokumentieren betreffend die nach und nach eingeschalteten GmbHs die Anmeldungsketten, die Auszahlungslisten, die gemischten Baustellenpartien und bspw. die Erhebungen des *****L***** - Masseverwalters und die anschließenden Vorgänge im Gefolge der Abmeldung der Dienstnehmer bei der *****L***** (vgl. unten).

Die mit den Deckungsrechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten wurden von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren und nur pro forma bei der *****A***** angemeldet waren, wie die am 09. Dezember 2005 bei der GKK als Dienstnehmer der *****A***** Bau- und HandelsgmbH angemeldeten Dienstnehmer, verrichtet.

In der Folge setzte sich dieses Vorgehen bei der nächsten eingeschaltet gewesenen GmbH, der übernächsten GmbH usw. fort und ergaben sich die Anmeldungsketten der beiliegenden Aufstellung GKK- Anmeldungen 2006 bis 2009 (dazu vgl. unten).

Handelt es sich bei den *****A***** Bau- & HandelsgmbH- Rechnungen um die ersten beanstandeten "Fremdleistungen" (Rechnungen), bekräftigt die **Zusammenschau dieses Geschehens mit jenem bei den nach und nach eingeschaltet gewesenen GmbHs das von der Bf. gehandhabte (Zumeldungs)System (näheres betreffend die Zusammenschau vgl. unten unter: Rechtlich folgt daraus).**

2. Rechnungen *****B***** GmbH

erste Eingangsrechnung: 10. Februar 2006, letzte Eingangsrechnung: 05. Mai 2006

1.

Seitens der *****B***** Personalbereitstellungs- und Handels GmbH. wurden betreffend das Jahr 2004 (wie in der Folge betreffend das Jahr 2005) *keine Steuererklärungen eingereicht und ergingen die Schätzungsbescheide für 2004 (erst) am 20. September 2006.*

2.

Ab Ende September/Anfang Oktober 2005, also seit Monaten vor Anfertigung des Bauvertrages, hatte die *****B***** *keinen gewerberechtlichen Geschäftsführer* mehr. Der gewerberechtliche Geschäftsführer E.K. schied Ende September 2005 aus der *****B***** aus.

3.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der *****B***** Personalbereitstellungs- und Handels GmbH wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ******8******, mittels eines **gefälschten Reisepasses** (des slowakischen Staatsbürgers *****8*****), in Wahrheit handelte es sich um Sinisa Scukanec, auf Grund eines **12 Tage nach der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen. Sinisa Scukanec hatte nie einen inländischen Wohnsitz angemeldet.

Der gleiche Umstand - Eintragung mittels eines gefälschten Reisepasses - war bei der *****J*****, *****L***** und *****O***** gegeben.

4.

Der vor ******8****** bis 28. Dezember 2004 als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der *****B***** im Firmenbuch eingetragene A.A. blieb bis 26. September 2005 auf dem *****B***** - Konto Nr. 280-....782/01 Zeichnungsberechtigter (Strafakt, Sachverständigengutachten vom 7. Mai 2009).

E.K., gewerberechtlicher Geschäftsführer der *****B***** GmbH, wurde im September 2005 seitens der *****B***** GmbH gekündigt. Er wurde dort mit Ende Sept. 2005 als

Mitarbeiter und gewerberechtlicher GF von Hrn. A... "entfernt". Ansprechpartner war bis zu seinem Ausscheiden Hr. A... . Ihm wurde zwar von Hrn. A... mitgeteilt, dass er aus der Geschäftsführung ausgeschieden ist und ein neuer handelsrechtlicher GF eingesetzt wurde, dieser wurde ihm jedoch nur einmal vorgestellt. Die Belange und Abläufe und Ansprechpartner blieben wie gehabt (Einvernahme des E.K. am 04. August 2008, Strafakt, Protokoll der Zeugenvernehmung).

Schied E.K. Ende September 2005 aus der ***B*** aus, ist bis zu diesem Zeitpunkt gesichert, dass A.A. zumindest neun Monate lang weiter faktischer Geschäftsführer war; dessen Angaben vermögen betreffend die Monate danach (Ende Jänner 2006) begonnenen Verhältnisse keine Aufklärung zu geben.

5.

Am 24. Jänner 2006 (ab 02. Jänner) waren bei der ***B*** **2 Dienstnehmer gemeldet - fünf Wochen danach**, am 28. Februar 2006, **37 Dienstnehmer** (Sozialversicherungsabfrage).

6.

Das (***B*** -) *Angebot an die Bf. weist ein späteres Datum (26. Jänner 2006) als der Bauvertrag (25. Jänner 2006) und die ersten 3 Auftragsbestätigungen (25. Jänner 2006) aus.* Der gleiche Fehler trat bei der ***D*** auf (vgl. unten ***D*** Pkt. 3.).

7.

4 Wochen nach Abschluss des Abtretungsvertrages wurde (am 25. Jänner 2006) ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten Eingangsrechnungen vom 16. bzw. 24. Februar 2006, somit drei bzw. vier Wochen nach Anfertigung des Bauvertrages, mit einem Betrag von insgesamt € 74.739,30.

8.

Der Reisepass und die Fertigung des Bauvertrages und der Auftragsbestätigungen weisen **unterschiedliche Unterschriften** auf.

Die Unterschriften auf dem Bauvertrag, lesbar als B... und den Auftragsbestätigungen, lesbar als B..., datiert mit 25. Jänner 2006, weisen mit dem Angebotschreiben, datiert mit 26. Jänner 2006, *keine Ähnlichkeit* auf.

9.

*6 Eisenbieger, die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der Bf. angemeldet waren, wurden am 30. Jänner und danach, bis Februar 2006, als Dienstnehmer der ***B*** angemeldet, 2 die zuvor bei der ***A*** angemeldet waren und 4 weitere Eisenbieger.*

10.

Die Zugänge auf den Bankkonten (Überweisungen seitens der Bf.) wurden im in Rede stehenden Zeitraum mittels **Scheck und Bar-Auszahlungen abgehoben, dies, von zwei Ausnahmen abgesehen, am selben Tag.**

Das Konto Nr. 280 ... 782/03 bei der Erste Bank beinhaltet folgende Ein- und Ausgänge (Strafakt, Sachverständigengutachten vom 7. Mai 2009):

Text	Datum	Betrag
RechnungNr. 0030 2006 (Bf.)	15.02.2006	26.047,49
Bar Auszahlung	17.02.2006	-25.230,00
...		
Einbeh. v. RE 3...	02.03.2006	2.875,49
R0055-0061-0071-0073-001 10101 (Bf.)	02.03.2006	74.739,30
Scheck 1...	02.03.2006	-77.400,00
...		
003... / 2006 ... B... Zentru	10.03.2006	2.450,00
Re.Nr. 0120-2006-0132-2006... (Bf.)	14.03.2006	46.195,59
Scheck 1... (selbe Nummer wie am 02.03.)	14.03.2006	-48.800,00

Das Konto Nr. 280 ... 782/04 bei der Erste Bank, eröffnet am 06. April 2006 und per 30. Mai 2006 wieder geschlossen, beinhaltet folgende Ein- und Ausgänge (Strafakt, Sachverständigengutachten vom 7. Mai 2009):

Text	Datum	Betrag
Bar Auszahlung	06.04.2006	-50.000,00
Re.Nr 0162-2006 0171-2006 1... (Bf.)	07.04.2006	67.053,38
Bar Auszahlung	07.04.2006	-17.000,00
...		
Aconto fuer ReNr. 01852006 1... (Bf.)	26.04.2006	21.989,00
Bar Auszahlung	26.04.2006	-22.000,00
Restbetrag ReNr. 0185 - 2006 1... (Bf.)	09.05.2006	13.143,61

Bar Auszahlung	09.05.2006	-13.000,00
RechnungNr. 0192 - 2006 1... (Bf.)	10.05.2006	8.623,56
Bar Auszahlung	10.05.2006	-8.750,00

11.

Unter den am 28. Februar 2006 bei der ***B*** bei der GKK gemeldeten Dienstnehmern befindet sich eine Reihe solcher der beigelegten Aufstellung

GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009:

***: 30.01.2006 - 26.05.2006
 ***: 30.01.2006 - 12.05.2006
 ***: 06.02.2006 - 10.05.2006
 ***: 30.01.2006 - 03.03.2006
 ***: 06.02.2006 - 03.03.2006
 ***: 20.02.2006 - 03.03.2006
 ***: 06.02.2006 - 26.05.2006
 ***: 20.02.2006 - 03.03.2006
 ***: 20.02.2006 - 26.05.2006
 ***: 20.02.2006 - 03.03.2006
 ***: 08.02.2006 - 26.05.2006
 ***: 30.01.2006 - 03.03.2006

12.

Die einvernommenen, u.a. bei der ***B*** bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbieger:

_ ***

a) bei der ***D*** bei der GKK vom 03.07. bis 13.10.2006 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im September 2006 ausgewiesen (vgl. unten ***D*** , insb. Pkt. 13.),

b) beim AMS vom 05.12.2006 bis 14.01.2007 und bei der Bf. bei der GKK vom 16.01. bis 04.05.2007 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im Jänner 2007 mit 168 Std. ausgewiesen (vgl. unten ***F*** , insb. Pkt. 5.),

c) erfasst auf I. Baustahl- Druckvorlagen Datum 18.11.2008 und 22.01.2009 (vgl. unten ***J*** , Pkt. 7.),

_ ***

a) bei der ***D*** bei der GKK vom 03.07. bis 13.10.2006 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im September 2006 ausgewiesen (vgl. unten ***D*** , insb. Pkt. 13.),

b) weder bei der Bf. noch bei der ***F*** im Jänner 2007 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im Jänner 2007 mit 9 Std. ausgewiesen (vgl. unten ***F*** , insb. Pkt. 5.),

c) erfasst auf I. Baustahl- Druckvorlagen Datum 31.07. und 18.11.2008 (vgl. unten ***J*** ,

Pkt. 7.),

- Omerovic E.

a) bei der ***D*** bei der GKK vom 07.08. bis 06.10.2006 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im September 2006 ausgewiesen (vgl. unten ***D***, insb. Pkt. 13.),

b) erfasst auf I. Baustahl- Druckvorlagen Datum 24.04. und 31.07.2008 (vgl. unten ***J***, Pkt. 7.),

- ***

a) bei der ***D*** bei der GKK vom 31.07. bis 06.10.2006 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im September 2006 ausgewiesen (vgl. unten ***D***, insb. Pkt. 13.),

b) erfasst in der I. Baustahl- Druckvorlage Datum 24.04.2008 (vgl. unten ***J***, Pkt. 7.),
*haben nie ein Büro der ***B*** Personalbereitstellungs- und Handels GmbH. gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt.*

Einer von ihnen versuchte, Büros von den Firmen (***B***, ***D*** GmbH, "***G*** " ***13*** und ***I*** Bau- und HandelsgmbH) zu finden, teilweise während er noch dort beschäftigt war, teilweise auch später, weil es Probleme mit der Bezahlung gab. Er konnte die *Büros aber nicht finden*, die Adressen, die er von Bekannten bekommen hat, waren offensichtlich nicht richtig.

Einer von ihnen (er war erstmalig vom 09.01.2008 bis 18.01.2008 bei der Bf. angemeldet) war nur um Büro der Bf.

- hatten *eine Sekretärin nicht wahrgenommen.*

- erhielten den Lohn vom Vorarbeiter/Partieführer bar ausbezahlt auf der Baustelle (im Baucontainer).

- ***, als Dienstnehmer laut Versicherungsdatenauszug angemeldet wie folgt:

05.09.2005 bis 30.09.2005: **Bf.**

03.10.2005 bis 07.12.2005: ***12*** GmbH (vgl. oben ***A***, Pkt. 12.)

08.12.2005 bis 15.01.2006: Arbeitslosengeldbezug

16.01.2006 bis 20.01.2006: **Bf.**

21.01.2006 bis 29.01.2006: Arbeitslosengeldbezug

30.01.2006 bis 12.05.2006: ***B*** GmbH

15.05.2006 bis 14.06.2006: ***C*** GmbH

15.06.2006 bis 24.07.2006: Arbeitslosengeldbezug

25.07.2006 bis 13.10.2006: ***D*** GmbH

14.10.2006 bis 01.11.2006: Arbeitslosengeldbezug

02.11.2006 bis 15.11.2006: ***E*** GmbH

16.11.2006 bis 15.01.2007: Arbeitslosengeldbezug

16.01.2007 bis 04.05.2007: **Bf.**

07.05.2007 bis 06.07.2007: ***G*** GmbH

09.07.2007 bis 19.12.2007: ***H*** Bau GmbH

21.12.2007 bis 08.01.2008: Arbeitslosengeldbezug

09.01.2008 bis 15.08.2008: **Bf.**

18.08.2008 bis 17.10.2008: ***K*** GmbH

20.10.2008 bis 22.12.2008: ***L*** GmbH

23.12.2008 bis 06.01.2009: Arbeitslosengeldbezug

07.01.2009 bis 27.02.2009: ***L*** GmbH

02.03.2009 bis 25.06.2009: **Bf.**

und

a) bei der ***D*** bei der GKK vom 25.07. bis 13.10.2006 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im September 2006 ausgewiesen (vgl. unten ***D*** , insb. Pkt. 13.),

b) beim AMS vom 16.11.2006 bis 15.01.2007 und bei der Bf. bei der GKK vom 16.01. bis 04.05.2007 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im Jänner 2007 mit 195 Std. ausgewiesen (vgl. unten ***F*** , insb. Pkt. 5.),

c) erfasst auf I. Baustahl- Druckvorlagen Datum 13.06. und 18.11.2008 (vgl. unten ***J*** , Pkt. 7.),

*befragt betreffend die ***B*** , ***D*** Handels GmbH, ***G*** ***13*** und ***H*** Bau, war niemals in irgendeinem Firmenbüro und erlangte keine Kenntnis von*

*einer Sekretärin. **Als Ansprechpartner fungierten *** Z., sein Sohn und der Bruder S.** Der Lohn wurde ihm zum Teil auf sein Gehaltskonto überwiesen und einen Teil bekam er auf der Baustelle in einem Kuvert in bar überreicht. Dieses Geld wurde immer vom Bruder S. auf der Baustelle übergeben. **Er wurde von seinem damaligen Chef, vom Geschäftsführer der Bf., informiert, dass er ihn bei den Firmen ***B*** , ***H*** Bau GmbH und bei der "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH anmeldet, da er dort auch der Chef ist.** Die Fragen: Wer kontrollierte die Baustellen? Wer war Polier? Wer gab auf den Baustellen die Anweisungen? beantwortete er wie folgt: Auf jeder Baustelle gab es einen anderen Vorarbeiter und Polier, welche mir die Anweisungen gaben (Strafakt, Zeugenernehmung 16.06.2012).*

*** wurde vom Bundesfinanzgericht zwecks Zeugeneinvernahme (mittels RSa-Briefsendung) geladen. Die Briefsendung wurde am 31. Jänner 2018 hinterlegt.

*** kam der Ladung nicht nach.

Seitens der Bf. konnte ***26*** zu folgender "Richtigstellung Aussage" (vom 29. August 2018) veranlasst werden (Schreiben vom 4. September 2018, Beilage a116):

Ich *** möchte meine Aussage vom 16.06.2012 bei der Polizei in 1090 Wien, Wasagasse richtigstellen wie folgt:

Wenn ich bei der (Bf.) beschäftigt war, war mein Chef (der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.). Das Geld habe ich immer auf mein Bankkonto erhalten. Bei allen anderen Firmen habe ich mein Geld im Kuvert auf der Baustelle vom Vorarbeiter bekommen. Der Chef war mir nicht bekannt.

Ich habe bei meinen (den Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.) belastenden Angaben überreagiert. Grund dafür waren die Kilometergelder für die Fahrten zu den Baustellen der (Bf.) mit meinem privaten PKW: Sie wurden in Wien generell nicht anerkannt (also zu 100%

abgelehnt) und für die auswärtigen Baustellen erheblich gekürzt. Außerdem habe ich auf einer solchen beruflichen Fahrt einen Verkehrsunfall gehabt, der finanziell ebenfalls voll zu meinen Lasten gegangen ist.

Ich kann über (den Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.) nichts Schlechtes sagen. Ich ziehe deshalb meine ihn belastenden Angaben zurück.

Ein Eisenbieger, ***, er war bei der Sozialversicherung angemeldet bei der

- ***B*** : 0602-0303 2006
- ***C*** : 0603-0906 2006
- ***D*** : 1206-0610 2006
- ***E*** : 0910-0112 2006
- ***F*** : 0412 2006 - 2803 2007
- Bf.: 0204-0607 2007
- ***H*** : 0907-1207 2007

und

a) bei der ***D*** bei der GKK vom 12.06. bis 06.10.2006 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im September 2006 ausgewiesen (vgl. unten ***D*** , insb. Pkt. 13.),

b) bei der ***F*** vom 04.12.2006 bis 28.03.2007 gemeldet und auf der Lohn-Auszahlungsliste der Bf. im Jänner 2007 (mit 131 Std.) ausgewiesen (vgl. unten ***F*** , insb. Pkt. 5.) und

c) in der am 22. Februar 2007 von der Bf. angefertigten Telefax-Nachricht angeführt (vgl. unten ***F***),

sagte aus: "Wenn eine Firma in Konkurs gegangen ist, hat der Vorarbeiter die neuen Papiere, die Anmeldungen auf die Baustelle mitgebracht."

Betreffend die Frage, ob mit den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen ein Wechsel der Baustellen, auf welchen er gearbeitet hatte, verbunden war - mit anderen Worten: ob er bei den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen von der jeweiligen Baustelle abgezogen wurde - sagte der Zeuge aus:

"Der Vorarbeiter hat für mich alles gemacht, ich habe auch bei der neuen Firma auf der selben Baustelle weitergearbeitet. Bei einem solchen Wechsel blieb während derselben Baustelle auch mein Vorarbeiter derselbe."

Weiters sagte der Zeuge aus: "Außer bei der (Bf.) war ich bei keiner der oben angeführten GmbHs in einem Büro.

Bei der (Bf.) hatte ich mit dem Chef zu tun, bei allen anderen oben angeführten GmbHs hatte ich nie einen Kontakt mit deren Chef, deren Geschäftsführer.

13.

Bereits im März 2006 kam laut Finanzamt die an die ***B*** versendete Post retour.

14.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt zwei Monate und 10 Tage (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs).

15.

Der Konkurs wurde ca. siebeneinhalb Monate nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs), *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.*

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 10. Februar 2006 bescheinigte das Finanzamt Wien 12/13/14 Purkersdorf das Nichtbestehen fälliger Forderungen gegen die ***B*** (Schreiben vom 1. Februar 2018, Beilage a6).

Die vorgelegte Bescheinigung beruht auf den Vorgängen unter Pkt. 1.

Die mit 10. Februar 2006 datierte "Wiener GKK"- Bescheinigung an die ***B*** Personalbereitstellung und Handels GmbH., ...gasse ... 1180 Wien (Schreiben vom 31.01.2018, Beilage a7, lautet:

"Betrifft: Unbedenklichkeitsbescheinigung

Sehr geehrter Dienstgeber

Es wird bescheinigt, dass für die Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum inkl. 01/06 bezahlt wurden."

Diese Bescheinigung betrifft einen Zeitraum vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK, im Jänner 2006 bestanden bis zum 24. des Monats (nur) *2 Dienstnehmeranmeldungen* (vgl. obigen Pkt. 5.).

Auf Grund der bis 24. Jänner 2006 geringen Anzahl der angemeldeten Dienstnehmer kann dahingestellt bleiben, dass es sich laut Auskunft der Wr. Gebietskrankenkasse vom 3. März 2009 bei der von der Bf. dem Sachverständigen vorgelegten Unbedenklichkeitsbescheinigung der GKK für die ***B*** GmbH um eine Fälschung handelt (Strafakt, Sachverständigengutachten vom 7. Mai 2009).

Dass es sich um eine Fälschung handelt, war/ist wegen einer Reihe von Auffälligkeiten erkennbar:

Auf der "Wiener GKK"- Bescheinigung: 10.02.2006 wurden die Eintragungen "Unser Zeichen", "Durchwahlklappe" und Telefax wie folgt vorgenommen:

Unser Zeichen

Durchwahlklappe

Telefax

BE-Nr.:19.. ... -

Kol

2356 3540

Auf allen anderen Bescheinigungen der Wiener GKK (vgl. zB die Bescheinigung an die ***A*** vom 23.11.2005, Schreiben vom 7.2.2018, Beilage a17) wurden die Eintragungen "Unser Zeichen", "Durchwahlklappe" und Telefax wie folgt vorgenommen:

Unser Zeichen	Durchwahlklappe	Telefax
BE-Nr.:1 9.. Kol	2356	3540

Auf der "Wiener GKK"- Bescheinigung: 10.02.2006 lautet die Anrede:

Sehr geehrter Dienstgeber

auf allen anderen Bescheinigungen der Wiener GKK (vgl. zB die o.a Bescheinigung und die Bescheinigung vom 01.02.2007, Schreiben vom 26.2.2018, Beilage a48).

Die "Wiener GKK"- Bescheinigung: 10.02.2006, enthält anders als alle anderen Bescheinigungen, wie oben angeführt, einen grammatikalisch unrichtigen Text.

Weisen der Bauvertrag vom 25. Jänner 2006 und die Rechnung vom 5. Mai 2006 einerseits die Anschrift 1180 Wien, Lei...gasse, aus und der Auszug aus dem Gewerberegister und die Bestätigung der Standortverlegung andererseits den Standort: Wien, Br...gasse bzw. 1130 Wien, Wo...strasse, aus, handelte es sich bei den letztgenannten *Unterlagen um bereits überholte*.

Am 03. März 2013 übermittelte die Landespolizeidirektion Wien das mit A.A. aufgenommene Protokoll der Zeugenvernehmung und hielt im Zwischen-Bericht Folgendes fest:

Das Landeskriminalamt Wien/Ermittlungsdienst übermittelt beiliegend die mit Hr. A... A... am 19.02.2013 aufgenommene Zeugenvernehmung.

Aus der Zeugenaussage ist eine Beteiligung (des Geschäftsführers der Bf.) an der von A... geführten Firma nicht ersichtlich.

Der Geschäftsführer der Bf. war nicht Beteiligter der ***B*** , vielmehr wurden, wie oben festgehalten, Eisenbieger, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren, nur pro forma bei der ***B*** angemeldet.

Am 10. Februar 2003 erging vom Finanzamt für den 8., 16. und 17. Bezirk in Wien an die ***B*** Personalbereitstell GmbH folgender Bescheid über die Erteilung der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

Gemäß Art. 28 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes 1994 (UStG 1994) idF des 2. Abgabenänderungsgesetzes 2002 (AbgÄG 2002) wird Ihnen folgende Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt: ATU***

Wurde die ***B*** als Sozialbetrugsfirma, von der die in den ***B*** - Rechnungen aufscheinenden Leistungen *von Ende Jänner bis Anfang Mai 2006* nicht erbracht

wurden, eingeschaltet (vgl. die obigen Pkte. 1. bis 15. und die unten folgenden Erwägungen), kann dem Umstand, dass ihr eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt worden ist, eine wesentliche Bedeutung nicht beigemessen werden.

Am 14. Februar 2003 wurde im Gewerberegister nachstehendes Gewerbe eingetragen (Auszug aus dem Gewerberegister vom 14. Februar 2003):

Gemäß § 340 Abs. 1 der Gewerbeordnung 1994 wurde nachstehendes Gewerbe im Gewerberegister eingetragen:

Gewerbeinhaber: ***B*** Personalbereitstellungs- und Handels GmbH

Gewerbe: Überlassung von Arbeitskräften

Standort: Wien, ***gasse

Tag der Gewerbeanmeldung: 12.2.2003

Am 20. März 2003 bestätigte das Magistratische Bezirksamt für den 13./14. Bezirk den Empfang der am 11.3.2003 erstatteten Anzeige betreffend die Verlegung des Betriebes des Gewerbes nach Wien 13, Wo...straße (Bestätigung vom 20.03.2003).

Am 16. Februar 2006 wurde folgende Rechnung erstellt (Schreiben vom 1. Februar 2018, Beilage a9):

B Personalbereitstellungs- und Handels GmbH.

A-1130 Wien, Wo...strasse 1

Tel: 01/...

Achtung Neue Adresse!

1180 Wien, Le...gasse

Tel: ...

An Firma

(Bf.)

Wien, 16. Feb. 2006

Fa. (Bf.) UID-Nummer: ATU 543...

RECHNUNG Nr. 0055 - 2006

BV: *** 1140

Leistungszeitraum: 02/06

Für geleistete Arbeiten verrechnen wir wie folgt:

1.	Stabstahl verr. lt. Plan 40.001	€ 0,180	€ 7.200,18
----	------------------------------------	---------	------------

Summe netto	€ 7.200,18
	-432,01
	6.768,17

Mit freundlichen Grüßen

Stampiglie ***B*** (keine Unterschrift / Paraphe)

Am 23. März 2006 wurde folgende Rechnung erstellt (Schreiben vom 1. Februar 2018, Beilage a10):

B Personalbereitstellungs- und Handels GmbH.

...

RECHNUNG Nr. 0170 - 2006

BV: ***weg

Leistungszeitraum: 03/06

Für geleistete Arbeiten verrechnen wir wie folgt:

1.	BSTG 4.558,00 kg	€ 0,165	€ 752,07
2.	Stabstahl Verr. Lt. Plan 62.376,47	€ 0,170	€ 10.604,00
3.	Stabstahl 90.950,00 kg	€ 0,180	€ 16.371,00
4.	BSTG Schneiden 4.558,00 kg	€ 0,050	€ 227,90
	Summe netto		€ 27.954,97

Der Regie-/Arbeitsbericht 5084 Bauservice F..., (Anschrift, Tel. Fax der Bauservice):

Firma: ***15***

Baustelle: ***weg Wien

Pl. Nr.	Bezeichnung		
27.02	6 Mann Eisen verlegen Wände	á 10 h	60 h
28.02	-"-	á 11 h	66 h

01.03	-"-	á 10 h	60 h
02.03	-"-	á 10 h	60 h
03.03	-"-	á 10 h	60 h
Gesamt			306 h

Der Regie-/Arbeitsbericht 5085 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien

Pl. Nr.	Bezeichnung		
39	Abschnitt 3 DÜ 1.KG		1.132,59
37	Abschnitt 1 DÜ 1.KG		2.272,38
38	...		

Der Regie-/Arbeitsbericht 5088 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien

Pl. Nr.	Bezeichnung		
06 03	8 man Regie wende	12 Std.	96
07 03	8 man Regie wende	10 Std.	80
Gesamt			176 Std.

Datum 07 03.06

Der Regie-/Arbeitsbericht 5089 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien

Pl. Nr.	Bezeichnung		
70	wende BT 3 Teil 4558, ...		
100	wende BT 3 Teil 554-66		
Gesamt			7350,65

Datum 13 03 06

Der Regie-/Arbeitsbericht 5090 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien

Pl. Nr.	Bezeichnung	
62	D. KG RT1-Achse G-H	8473,7
44	Rampenwend. Abschnitt 2	1048,4

Datum 13.03.06

Der Regie-/Arbeitsbericht 5091 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien

Pl. Nr.	Bezeichnung	
48	Deckensprünge Achse u	621,0
49	Decke über 1.KG untere lage	6122,3
50	...	

[weitere Regie/Arbeitsberichte mit gleichen Inhalten:

23 03 06: 5092 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien € 7.865,29

23.03.06: 5093 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien € 29682,1

23.03.06: 5094 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien € 10790,14

23.03.06: 5095 Bauservice F... Baustelle: ***weg*** 21 Wien € 10790,14

23.03.06:

Die Aufstellung BV: [blank] Zeitraum:[blank] Firma: [blank] Seite 1 enthält Folgendes:

LSNR 217 299 PLNR: 70 ... Gesamt: 50.948 + BSTG 4.558 = 55.506

Die Aufstellung BV: [blank] Zeitraum:[blank] Firma: [blank] Seite 2 enthält Folgendes:

PLNR: 62 ... (Gesamt:) 40.002 + 55.506 (Übertrag Seite 1) = 95.508

Am 20. April 2006 wurde folgende Rechnung erstellt (Schreiben vom 1. Februar 2018, Beilage a11):

B Personalbereitstellungs- und Handels GmbH.

...

RECHNUNG Nr. 0185 - 2006

BV: ***weg, Wien 21

Leistungszeitraum: 04/06

Für geleistete Arbeiten verrechnen wir wie folgt:

1.	Stabstahl 197.393,00 kg	€ 0,180	€ 35.530,74
2.	BSTG 2.500,00 kg	€ 0,165	€ 412,50
3.	Stabstahl Verr. Lt. Plan 6.729,00 kg	€ 0,170	€ 1.143,93
	Summe netto		€ 37.087,17
		-5%	-1.854,36
			35.232,81
	Korrektur Re.N. 0168 - 2006		89,20
			35.143,61
			-22.000,00
			13.143,60

[Regie/Arbeitsberichte und Aufstellung wie betreffend die Rechnung Nr. Nr. 0170 - 2006]

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die Bauservice F.) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen erstellt wurden.

Bei der ***B*** handelt es sich um die 2. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH.

Die Umstände, die unter Bedachtnahme auf die Feststellungen betreffend die 1. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung und die nachfolgend eingeschaltet gewesenen GmbH darauf schließen lassen, dass die ***B*** die in den ***B*** - Rechnungen aufscheinenden Leistungen *von Ende Jänner bis Anfang Mai 2006* nicht erbracht hat, sind

- ☐ dass als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der GmbH im Firmenbuch ein Ausländer mittels eines **gefälschten Reisepasses** (eines slowakischen Staatsbürgers), eingetragen wurde, und zwar *auf Grund eines 12 Tage nach der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes unterzeichneten Abtretungsvertrages* und war das auch bei der ***J***, ***L*** und ***O*** gegeben.

- ☐ dass der Reisepass und die Fertigung des Bauvertrages und der Auftragsbestätigungen **unterschiedliche Unterschriften** aufweisen und die Unterschriften auf dem Bauvertrag und den Auftragsbestätigungen mit dem Angebotschreiben **keine Ähnlichkeit** aufweisen - was sich betreffend die "Geschäftsführer"- Unterschriften bei weiteren 13 GmbHs wiederholte (bei 12 weiteren keine Ähnlichkeit aufweisend bei einer unterschiedlich).
- ☐ dass die GmbH seit Monaten vor Anfertigung des Bauvertrages keinen gewerberechtlichen Geschäftsführer mehr hatte und im Jänner 2006 2 Dienstnehmer angemeldet waren.
- ☐ dass die ***B*** - wie weitere 15 der 17 eingeschalteten GmbHs vor Eintragung eines Ausländers als Alleingesellschafter und -geschäftsführer *keinen Eisenbiege-Betrieb geführt* hatte (die eine mit einem Eisenbiegerbezug, die ***D*** , wurde um € 2.000,00 einen Tag vor Bauvertrag- Anfertigung und bezogen auf die erste Rechnungslegung rd. 3 Wochen davor übernommen (vgl. unten ***D***).
- ☐ dass es Ende Jänner 2006 trotz der unter den Pkten. 1., 2., und 4. angeführten Verhältnisse zu einem *explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* kam - binnen 5 Wochen von 2 auf 37 Dienstnehmer.
- ☐ dass *Eisenbieger, die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der Bf. angemeldet waren, als Dienstnehmer der ***B*** angemeldet wurden und sich unter den am 28. Februar 2006 bei der ***B*** bei der GKK gemeldeten Dienstnehmern eine Reihe solcher der beigelegten Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 befindet (dazu vgl. unten).*
- ☐ dass Zugänge auf den Bankkonten (Überweisungen seitens der Bf.) mittels **Scheck und Bar-Auszahlungen abgehoben** wurden, *dies, von zwei Ausnahmen abgesehen, am selben Tag.*
- ☐ dass bereits im März 2006 die an die ***B*** versendete Post an das Finanzamt retour kam.
- ☐ dass betreffend die ***B*** - *wie alle weiteren 16 GmbHs* - Konkurs eröffnet wurde und es in der Folge zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit kam.
- ☐ dass sich die betriebliche Organisation und Geschehen den einvernommenen und u.a. bei der ***B*** bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbiegern gegenüber so darstellten, dass ihre Ansprechperson für alle Angelegenheiten der Vorarbeiter/Partieführer war und alle Angelegenheiten auf der Baustelle/im Baucontainer erledigt wurden. Betriebliche Organisation und Geschehen waren so aufgebaut, dass die einvernommenen Zeugen - ausgenommen die nachstehend

angeführten Zeugen - keine Angaben zu machen imstande waren, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben. Diesbezüglich ist weiters auszuführen:

*Einer der einvernommenen Eisenbieger, ***26***, hatte bei seiner Einvernahme im Jahr 2012, wie oben festgehalten, angegeben, von seinem damaligen Chef, vom Geschäftsführer der Bf., informiert worden zu sein, dass er ihn bei den Firmen ***B***, ***H*** Bau GmbH und bei der "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH anmeldet. Als Ansprechpartner fungierten der Geschäftsführer der Bf., sein Sohn und der Bruder.*

In der vorgelegten von ***26*** mit seiner Unterschrift bestätigten Richtigstellung heißt es: Bei allen anderen Firmen habe ich mein Geld im Kuvert auf der Baustelle vom Vorarbeiter bekommen. Der Chef war mir nicht bekannt.

Ich habe bei meinen (den Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.) belastenden Angaben überreagiert.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass ***26***, der der Zeugenladung des BFG nicht nachgekommen war, die Unterschriftsleistung auf der vorgelegten Richtigstellung nicht abgerungen wurde, ist für den Standpunkt der Bf. aus mehreren Gründen nichts gewonnen:

Als Richtigstellung betreffend sein Überreagieren bei seinen den Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. belastenden Angaben wird angeführt, dass ihm bei allen anderen Firmen der "Chef ... nicht bekannt (war)". War als handelsrechtlicher Geschäftsführer, im Alltag üblicherweise als "Chef" bezeichnet, auf Grund eines gefälschten Reisepasses ein Strohhalm eingetragen und war der wahre Machthaber im Dunkeln geblieben, vermochte der Zeuge (lediglich) anzugeben, dass bei diesen Firmen, u.a. eben der ***B***, als Ansprechpartner der Geschäftsführer der Bf., sein Sohn und der Bruder fungierten, zu welchem Punkt in der Richtigstellung nichts enthalten ist, ist die Richtigstellung eine durchaus zutreffende: der mit Chef gemeinte wahre Machthaber war ja tatsächlich im Verborgenen geblieben. Wenn ihm als Arbeiter gegenüber während seiner GKK-Meldung bei der ***B*** und den weiteren GmbHs der Geschäftsführer der Bf., sein Sohn und der Bruder fungierten, bedeutet dies nicht, dass der Geschäftsführer der Bf. der wahre Machthaber der ***B*** und der weiteren GmbHs war. Standen die wahren Machthaber der ***B***, der ***H*** Bau und der ***G*** ***13*** mit dem Geschäftsführer der Bf. in einer wenn auch malversiven "geschäftlichen" Verbindung, waren dem Zeugen die "Chefs" der ***B***, der ***H*** Bau und der ***G*** ***13*** nicht bekannt, konnten ihm gegenüber "bei diesen Firmen" der Geschäftsführer der Bf., sein Sohn und der Bruder "fungieren", welche seinerzeitige Aussage, dass bei diesen Firmen als Ansprechpartner der Geschäftsführer der Bf., sein Sohn und der Bruder fungierten, nicht in Abrede gestellt oder richtig gestellt wird. Die Zeugenaussage, dass er vom Geschäftsführer der Bf. informiert wurde, dass er ihn bei den Firmen ***B***, ***H*** Bau GmbH und bei der "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH anmeldet, wird in der Richtigstellung nicht angesprochen. Hatte die ***B***, die ***H*** Bau bzw. die ***G*** ***13*** einen vom Geschäftsführer der Bf. verschiedenen wahren

Machthaber (zur ***H*** Bau und ***G*** ***13*** vgl. unten), war die Aussage des Zeugen nur dahingehend zu präzisieren: *dass er, der Geschäftsführer der Bf., ihn bei den Firmen ***B***, ***H*** Bau GmbH und bei der "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH durch deren wahre Machthaber anmelden lässt.*

Auf Basis der Zeugenaussage und der Richtigstellung ergibt sich,

- ☐ dass ***26***. die "Chefs", gemeint: die wahren Machthaber, der Firmen ***B***, "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH nicht bekannt waren,
- ☐ dass ***26*** über Veranlassung des Geschäftsführers der Bf. bei den Firmen ***B***, "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH anmeldet wurde und
- ☐ dass bei diesen Firmen als Ansprechpartner der Geschäftsführer der Bf., sein Sohn und der Bruder fungierten.

Hiermit stimmt die Aussage des einvernommenen E. Seker überein, dessen Aussage sich u.a. auf die ***G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH (und auf die ***D*** und ***F***) bezieht (vgl. unten ***D***).

Waren ***26*** die "Chefs" der ***B***, "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH nicht bekannt, lassen sich die Aussagen der weiteren einvernommenen Eisenbieger in Übereinstimmung bringen: Sie waren nie in einem Büro dieser Firmen (u.a. der ***B***), keine Sekretärinnen und andere Mitarbeiter gesehen, ihre Ansprechperson für alle Angelegenheiten war der Vorarbeiter/Partieführer und alle Angelegenheiten wurden auf der Baustelle/im Baucontainer erledigt.

Mit der Aussage des ***26***, dass er über Veranlassung des Geschäftsführers der Bf. bei den Firmen ***B***, "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH anmeldet wurde, können die Aussagen des ***19*** E. und des Kanber (Kamber) Ay in Deckung gebracht werden:

19 E.: Wenn eine Firma in Konkurs gegangen ist, hat der Vorarbeiter die neuen Papiere, die Anmeldungen, auf die Baustelle mitgebracht. Der Vorarbeiter hat für ihn alles gemacht, er hat auch bei der neuen Firma auf der selben Baustelle weitergearbeitet. **Beide Eisenbieger suchten sich keinen neuen Dienstgeber, die Initiative zur GKK-Anmeldung bei einer anderen GmbH ging nicht von ihnen aus**, mit anderen Worten: sie hatten sich beim Anmeldeungswechsel passiv verhalten ("wurden umgemeldet").

Kanber (Kamber) Ay hat niemals Büros der Firmen ***I*** Bau- und HandelsgmbH, ***H*** Bau GmbH und ***D*** Handels GmbH gesehen und erlangte keine Kenntnis von einer Sekretärin. Auf den Baustellen gab der Vorarbeiter die Anweisungen. Der Chef - der

Ansprechpartner für Arbeitnehmer - war *in der Wahrnehmung des Kanber Ay der Geschäftsführer der Bf.* und kümmerte sich dieser um die Anmeldung bei der Krankenkasse für die Firmen ***H*** Bau GmbH, "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH und um die Arbeitspapiere, Kanber Ay musste weiter nichts machen als seinen Reisepass aushändigen, der kopiert wurde.

Diese Umstände sind dadurch verursacht, dass alle drei Firmen Sozialbetrugsfirmen mit Strohmännern und im Dunkeln gebliebenen wahren Machthabern waren (betreffend die "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH und die ***H*** Bau GmbH die unten folgenden Ausführungen).

Hinzu kommt Folgendes:

Sowohl ***26*** als auch Seker E. und Ay K. sind in der mit Monat: September 2006 ARBEITNEHMER überschriebenen Liste (dazu vgl. unten ***D***) enthalten:

26 als auch Seker E. und Ay K. sind betreffend die zwischen der ***B*** und der "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH eingeschaltet gewesene GmbH, die ***D*** , bei Anmeldung bei der ***D*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen.

Auch die oben unter Pkt. 12. angeführten einvernommenen, u.a. bei der ***B*** und bei der ***D*** bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbieger: Coskuner N., Önsoy H., Omerovic E., Sedic M., *die nie ein Büro der ***B*** und bei der ***D*** gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt usw., sind allesamt bei Anmeldung bei der ***D*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen.*

Es existierte somit von Ende Jänner bis Anfang Mai 2006 erkennbar ein ***B*** - Betrieb, in den die bei der Gebietskrankenkasse explosionsartig angemeldeten Arbeiter eingegliedert sein konnten, nicht.

Die unterschiedlichen Unterschriften auf dem Reisepass und der Fertigung des Bauvertrages sowie die keine Ähnlichkeit mit den Auftragsbestätigungen finden ihre Erklärung im oben unter Pkt. 3. angeführten Umstand (gefälschter Reisepass des Slowaken ***8***). Weisen der Reisepass und die Fertigung des Bauvertrages bzw. der Auftragsbestätigungen **unterschiedliche Unterschriften** auf und die **Unterschriften** auf dem Bauvertrag und den Auftragsbestätigungen (datiert mit 25. Jänner 2006) mit dem Angebotschreiben (datiert mit 26. Jänner 2006), **keine Ähnlichkeit**, bleibt bei der Einmann-GmbH, deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer mit einem gefälschten Reisepass im Firmenbuch eingetragen wurde, **im Dunkeln, wer** (welcher Dritte) die Auftragsbestätigungen **unterfertigte**.

Ein derartiges Geschehen lässt im Übrigen - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit der zuvor und den danach eingeschaltet gewesenen GmbHs - außerdem den Schluss zu, dass "****8****" - in Wahrheit: Sinisa Scukanec mit einem gefälschten

Reisepass des ***8*** - von (einer) im Dunkeln gebliebenen Person(en) als Strohmann eingesetzt worden ist, erfolgte doch der Abschluss des Abtretungsvertrages (mit nachfolgender Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer) **wenige Tage nach erstmaliger** Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes. Sinisa Scukanec hatte nie einen inländischen Wohnsitz angemeldet.

Auf die obigen Ausführungen: ***A*** , Pkt. 3., wird verwiesen.

Bei der ***B*** als der 2. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH, die weder denselben handelsrechtlichen Geschäftsführer noch denselben im Firmenbuch eingetragenen Gesellschafter noch dieselbe Geschäftsanschrift wie die ***A*** hatte (was auch bei allen weiteren eingeschaltet gewesenen GmbHs der Fall war), ist bereits die Bildung der Anmeldungsketten, die in das **Zumeldungskarussell gemäß der Beilage: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009** mündeten, im Gange. Auf die obigen Pkte. 9., 11. und 12. wird verwiesen. Unter den am 28. Februar 2006 bei der ***B*** bei der GKK gemeldeten Dienstnehmern befindet sich eine Reihe solcher der beigelegten Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009.

Bspw. handelte es sich bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 2. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH betreffend

- ***26*** im **nicht einmal 5 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der ***B*** - Anmeldung um die **4. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

-- Anfang September 2005: Bf.

-- Anfang Oktober 2005: ***12*** (vgl. oben ***A*** , Pkt. 12.)

-- Mitte Jänner 2006: Bf.

-- Ende Jänner 2006: ***B*** ,

- ***28*** im **nicht einmal 5 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der ***B*** - Anmeldung um die **4. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

-- Anfang September 2005: Bf.

-- Anfang Oktober 2005: ***12*** (vgl. oben ***A*** , Pkt. 12.)

-- Mitte Jänner 2006: Bf.

-- Ende Jänner 2006: ***B*** ,

- *** im **5 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der ***B*** - Anmeldung um die **3. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

-- Anfang September 2005: Bf.

-- Anfang Oktober 2005: ***12*** (vgl. oben ***A*** , Pkt. 12.)

-- 20. Februar 2006: ***B*** und

- ***27*** im etwas mehr als **4 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der ***B*** - Anmeldung um die **3. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei

der GKK:

-- 19.09.2005: ***12*** (vgl. oben ***A*** , Pkt. 12.)

-- Mitte Jänner 2006: Bf.

-- Ende Jänner 2006: ***B*** .

Wer ist - unter Berücksichtigung der Verhältnisse bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs, wie oben betreffend die ***A*** und die ***B*** und unten betreffend die ***C*** , ***D*** usw. ausgeführt, des Nachweises, dass die bei der ***D*** bei der GKK gemeldet gewesenen ***26*** und ***27*** von der Bf. entlohnt wurden (vgl. unten ***D***) und der Umstände laut den Ermittlungen des Masseverwalters der ***L*** (vgl. unten ***L***) - als Dienstgeber/Beschäftigter anzusprechen, wenn

☐ bspw. ***26***

vom 16.01.-20.01.2006 bei der Bf. gemeldet

war,

vom 21.01.-29.01.2006 Arbeitslosengeld

bezog,

vom 30.01.-12.05.2006 bei der ***B***

gemeldet war

B - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:

erste Eingangsrechnung: 10.02.2006,

letzte Eingangsrechnung: 05.05.2006

vom 15.05.-14.06.2006 bei der ***C***

gemeldet war

C - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:

erste Eingangsrechnung: 21.04.2006,

letzte Eingangsrechnung: 23.05.2006

vom 15.06.-24.07.2006 Arbeitslosengeld bezog,

vom 25.07.-13.10.2006 bei der ***D***

gemeldet war **und er in der September 2006-**

Lohnliste der Bf. ausgewiesen wurde (vgl.

unten ***D***)

D - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:

erste Eingangsrechnung: 23.06.2006,

letzte Eingangsrechnung: 01.10.2006

vom 14.10.-01.11.2006 Arbeitslosengeld bezog,

vom 02.11.-15.11.2006 bei der ***E***

gemeldet war

E - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:

erste Eingangsrechnung: 23.10.2006,

letzte Eingangsrechnung: 20.11.2006

vom 16.11.2006-15.01.2007

Arbeitslosengeld bezog,

vom 16.01.-04.05.2007 bei der Bf. gemeldet

war **und er in der Jänner 2007- Lohnliste der**

Bf. mit 195 Std. ausgewiesen wurde (vgl. unten *F***)**

vom 07.05.-06.07.2007 bei der ***G*** gemeldet war

G - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:
erste Eingangsrechnung: 30.03.2007,
letzte Eingangsrechnung: 29.06.2007

vom 09.07.-19.12.2007 bei der ***H*** gemeldet war

H - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:
erste Eingangsrechnung: 16.07.2007,
letzte Eingangsrechnung: 19.12.2007

vom 21.12.2007-08.01.2008
Arbeitslosengeld bezog,
vom 09.01.-15.08.2008 bei der Bf. gemeldet war

vom 18.08.-17.10.2008 bei der ***K*** gemeldet war

K - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:
erste Eingangsrechnung: 14.08.2008,
letzte Eingangsrechnung: 14.11.2008

vom 20.10.-22.12.2008 bei der ***L*** gemeldet war,
vom 23.12.2008-06.01.2009
Arbeitslosengeld bezog,
vom 07.01.-27.02.2009 bei der ***L*** gemeldet war

L - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:
erste Eingangsrechnung: 16.10.2008,
letzte Eingangsrechnung: 01.02.2009

vom 02.03.-25.06.2009 bei der Bf. gemeldet war

?

bspw. ***27***

vom 16.01.-20.01.2006 bei der Bf. gemeldet war,
vom 21.01.-29.01.2006 Arbeitslosengeld bezog,

B - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden:
erste Eingangsrechnung: 10.02.2006,

vom 30.01.-03.03.2006 bei der ***B***
gemeldet war

letzte Eingangsrechnung: 05.05.2006

vom 06.03.-16.06.2006 bei der ***C***
gemeldet war

C - Rechnungen an die Bf. erstellt
wurden:

erste Eingangsrechnung: 21.04.2006,
letzte Eingangsrechnung: 23.05.2006

vom 19.06.-11.08.2006 bei der Bf. gemeldet
war,
vom 05.09.-06.10.2006 bei der ***D***
gemeldet war **und er in der September 2006-
Lohnliste der Bf. ausgewiesen wurde** (vgl.
unten ***D***)

D - Rechnungen an die Bf. erstellt
wurden:

erste Eingangsrechnung: 23.06.2006,
letzte Eingangsrechnung: 01.10.2006

vom 09.10.-30.11.2006 bei der ***E***
gemeldet war

E - Rechnungen an die Bf. erstellt
wurden:

erste Eingangsrechnung: 23.10.2006,
letzte Eingangsrechnung: 20.11.2006

vom 01.12.2006-08.01.2007
Arbeitslosengeld bezog,
vom 09.01.-16.02.2007 bei der Bf. gemeldet
war

vom 19.02.-28.03.2007 bei der ***F***
gemeldet war

F - Rechnungen an die Bf. erstellt
wurden:

erste Eingangsrechnung: 04.12.2006,
letzte Eingangsrechnung: 28.02.2007

vom 02.04.-03.05.2007 bei der Bf. gemeldet
war

vom 07.05.-06.07.2007 bei der ***G***
gemeldet war

G - Rechnungen an die Bf. erstellt
wurden:

erste Eingangsrechnung: 30.03.2007,
letzte Eingangsrechnung: 29.06.2007

vom 09.07.-28.09.2007 bei der ***H***
gemeldet war

H - Rechnungen an die Bf. erstellt
wurden:

erste Eingangsrechnung: 16.07.2007,

letzte Eingangsrechnung: 19.12.2007

?

Auf Grund der (von den bis zu dreitägigen Unterbrechungen abgesehen) lückenlosen und bei den nach und nach eingeschalteten GmbHs immer wieder gegebenen Verknüpfungen, in beiden Fällen über viele eingeschaltet gewesene GmbHs und Jahre hinweg, nur die Bf.

Die mit den Deckungsrechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten wurden von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH angemeldet waren, wie [...], verrichtet.

3. ***C*** Handels GmbH

erste Eingangsrechnung: 21. April 2006, letzte Eingangsrechnung: 23. Mai 2006

1.

Als *Alleingesellschafter und -geschäftsführer* der ***C*** Handels GmbH wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ein Slowake, ***25***, auf Grund eines **am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes**, am 3. Februar 2006, unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen.

2.

Der bezogen auf den Ende Februar 2006 angefertigten Bauvertrag **nicht einmal einen (1) Monat zurückliegend** unterzeichnete Abtretungsvertrages (vom 03. Februar 2006) betreffend die **mit diversen Gegenständen** - wie *Pasta Maker (Nudelmaschine) 116 Stk., Heat Pack Sets (Wärmekissen) 178 Stk., H. Pack div. 258 Stk., Cooler 10 l 185 Stk., Frosty Mug (Bierkrügel) 52 Stk., ...teller, Besteck, Serviertableau, Mokkaschalen, Grillpl weiß* (das um den Abtretungspreis mitverkaufte - Inventar umfasste auszugsweise wiedergegeben diese Gegenstände) - **handelnden ***C*** Handelsgesellschaft m.b.H.** weist den Abtretungspreis in Höhe von € 6.000,00 aus; der Abtretungspreis beinhaltete eine Vielzahl von Handelswaren der Handelsfirma wie 116 Nudelmaschinen, 178 Wärmekissen usw.

3.

Am 3. Februar 2006 (ab 01. Jänner) war bei der ***C*** **kein Dienstnehmer gemeldet - fünf Wochen danach**, am 10. März 2006 **46 Dienstnehmer**, am 31. März 2006 **66 Dienstnehmer** und am 30. April 2006 **130 Dienstnehmer** (Sozialversicherungsabfrage).

4.

Die **Unterschrift auf einer der Auftragsbestätigungen**, lesbar als ***25***, weist keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Reisepass und

Musterfirmazeichnungserklärung, lesbar als Olui/Dlui, auf und ist die Unterschrift einer der Auftragsbestätigungen, mit identer Datierung, gänzlich unlesbar und weist keine Ähnlichkeit mit den beiden identen Unterschriften laut Reisepass und laut Musterfirmazeichnungserklärung auf.

Auf die obigen Ausführungen: ***A***, Pkt. 3, und ***B***, Pkt. 8. wird verwiesen.

5.

- ☐ Die **Unterschrift der Fertigung des Bauvertrages** (seitens der ***C*** Handels GmbH), lesbar als ***25***, weist keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag, lesbar als Olui/Dlui, auf.

6.

Keines der angefertigten Schriftstücke (Auftragsbestätigung, Bauvertrag, Rechnungen) und die Stampiglie geben den Firmenwortlaut laut Firmenbuch, Abtretungsvertrag und Musterfirmazeichnungserklärung wieder:

C Handels GmbH statt ***C*** Handelsgesellschaft m.b.H.

Der gleiche Fehler trat bei der ***A***, bei der ***G*** und ***N*** auf (vgl. oben ***A*** Pkt. 4., unten ***G*** Pkt. 9.).

7.

Alle Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, **die ein paar Tage zuvor im Zeitraum 03. März bis Mitte Mai 2006 bei der GKK als Dienstnehmer der ***B*** angemeldet waren, wurden** (am 06. März 2006 und danach, bis Mitte Mai 2006) **bei der GKK als Dienstnehmer der ***C*** angemeldet.**

Obwohl die Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen erst am 03. März 2006 oder danach bei der GKK als Dienstnehmer der ***B*** abgemeldet wurden, war bereits 1 Woche zuvor - am 27. Februar 2006 - der ***C***-Bauvertrag angefertigt worden. Alle Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009, **die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***B*** angemeldet waren, wurden in der Folge bei der GKK als Dienstnehmer der ***C*** oder bei der ***D*** angemeldet.**

8.

3 Wochen nach Abschluss des Abtretungsvertrages - auf Grund dessen keine Eisenbieger-GmbH, nicht einmal eine Bau-GmbH, sondern eine substanzlose Handelsgesellschaft m.b.H. abgetreten und als Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Ausländer, der am selben Tag erstmalig einen inländischen Wohnsitz anmeldete, eingetragen wurde - wurde (am

27. Februar 2006) ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 31 Eingangsrechnungen vom 21. April 2006 mit einem Betrag von insgesamt **€ 146.987,15**.

9.

An die Anmeldungen der Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen bei der *****C***** schlossen sich Anmeldungen bei der *****D***** und bei weiteren der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs an (dazu vgl. unten).

10.

Bilic J., als Dienstnehmer laut Versicherungsdatenauszug angemeldet wie folgt:

*****C***** : 2003-2403 2006 und 0504-0906 2006

*****D***** : 0409-0610 2006

*****E***** : 0910-0112 2006

*****F***** : 0412-0712 2006

Bf.: 0204-2604 2007

AMS: ...

*****G***** : 2105-2906 2007

*****H***** : 1807-3011 2007

AMS: ...

*****I***** : 2201-1403 2008

*****J***** : 1703-2706 2008

AMS: ...

*****J***** : 3007-0108 2008

*****K***** : 0408-1610 2008

*****L***** : 2010-1812 2008

AMS: ...

*****L***** : 0801-2702 2009

Bf.: 0203-2603 2009

sagte aus:

"Ich erinnere mich an die Firma (Bf.) deshalb, weil es sich dabei um eine Firma gehandelt hat, bei der ich angemeldet war und ich meinen gesamten Lohn erhalten habe. War ich aus welchem Grund immer bei den anderen GmbHs angemeldet, so ist es immer wieder zu Schwierigkeiten gekommen. Es wurde nicht der gesamte Lohn ausbezahlt, es fehlten bspw. 300 oder 500 Euro. Nach und nach wurden Teile dieser Beträge bar auf die Hand gegeben. Es war dies ein Verwandter des (Gesellschafter-Geschäftsführers der Bf.). An den Namen erinnere ich mich jetzt nicht. Ich glaube der Name fängt mit Sch... an. Ich denke jetzt nach. Mir fällt der Name jetzt ein: Schemzo. Er hat auf der Baustelle auch geschaut, wie wer arbeitet.

(Der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.) hat die Firmen getauscht. Wenn ich ... eine Firmenbestätigung gebraucht habe, habe ich erst erfahren, dass ich auf eine andere Firma angemeldet war. Dann hat mich (der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.) auf die (Bf.)

angemeldet. In der Folge hat er mich ohne mein Zutun wieder auf eine andere Firma angemeldet.

Ich erinnere mich an einen Vorfall: Ich bin auf einer Baustelle kontrolliert worden und habe gesagt, dass ich für die (Bf.) arbeite. Der Kontrollierende hat mir gesagt, dass ich auf den Namen einer anderen Firma angemeldet bin. Irgendwann habe ich mit (dem Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. bzw. der Bf. nicht mehr zusammengearbeitet."

Betreffend die Frage, ob mit den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen ein Wechsel der Baustellen, auf welchen er gearbeitet hatte, verbunden war - mit anderen Worten: ob er bei den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen von der jeweiligen Baustelle abgezogen wurde, sagte der Zeuge aus: "Es haben keine Baustellenwechsel stattgefunden. Ich erinnere mich nicht an einen solchen Fall."

Seitens der Bf. wurde vorgebracht (Schreiben vom 4. September 2018):

Dieser Zeuge ist auf Grund einer schweren psychischen Erkrankung nicht in der Lage, zwischen Wahrheit und Einbildung zu unterscheiden und solcherart zur Wahrnehmung der zu beweisenden Tatsache unfähig. Der Befundbericht samt Honorarnote der Fachärztin für Psychiatrie und Neurologie Dr. E... vom 17.12.2015 liegen bei.

Da der Zeuge selbst Wahrgenommenes wiederzugeben hat, sind all jene Personen davon ausgeschlossen

- die zu der Zeit, auf die sich ihre Aussage bezieht, wahrnehmungsunfähig waren, oder
- die bei ihrer beabsichtigten Vernehmung wiedergabeunfähig sind bzw. es waren.

Dabei handelt es sich um ein absolutes Beweismittelverbot. Davon ist hier auszugehen.

Wertlose Angaben

Im Vorhalt vom 12.3.2018 heißt es auf Seite 39 wortwörtlich:

'Ich erinnere mich an einen Vorfall: Ich bin auf einer Baustelle kontrolliert worden und habe gesagt, dass ich für die (Bf.) arbeite. Der Kontrollierende hat mir gesagt, dass ich auf den Namen einer anderen Firma angemeldet bin.'

Diese Textstelle deckt sich mit jener der Niederschrift der Befragung vom 13.2.2018.

Diese Angabe wäre selbst im (völlig ausgeschlossenen) Fall ihrer Verwertbarkeit für Besteuerungszwecke absolut wertlos, will heißen:

Diese Zeugenaussage ist ziemlich nichtssagend und deshalb unbrauchbar: Besagter Vorfall, von dem hier die Rede ist, kann sich 2005, 2007, 2011 oder gar nicht zugetragen haben. Er kann erfolgt sein, als er für die Bf. oder für einen anderen Dienstgeber tätig war. Es gibt keinen einzigen Zeugen, der diese Angaben bestätigen könnte, obwohl es solche geben hätte müssen: J... ***20*** hat nie alleine auf einer Baustelle für die Bf. gearbeitet. Für uns liegt der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung - sie kann ihm auch in den Mund gelegt worden sein - weit unter 10%. Der Beitrag eines solchen Beweises zur Wahrheitsfindung tendiert gegen null.

Diese Niederschrift ist aus einem weiteren Grund für Besteuerungszwecke völlig ungeeignet:

Zunächst gibt der Zeuge an, er hätte erst im Nachhinein erfahren, dass er 'auf eine andere Firma angemeldet' worden sei, um ganz zum Schluss auf die Frage, ob mit einer Ummeldung

auf einen anderen Dienstgeber ein Baustellenwechsel verbunden gewesen sei, eine konkrete Antwort zu geben. Nur: Wie sollte er dazu in der Lage sein, wenn er - so seine Behauptung von eben - gar nicht gewusst hat, wann er bei wem angemeldet war.

Der o.a. Befundbericht (aus dem Jahr 2015) lautet (Beilage a118):

Hr. J... ***20***, geb. ... ist bei mir in psychiatrischer Behandlung.

Er ist nicht in der Lage auf Grund seiner psychischen Situation bei Gericht zu erscheinen.

Er ist nicht gerichtsfähig.

Die Honorarnote vom 17. Dezember 2015 (Beilage a119) beinhaltet Folgendes:

Honorarnote für Herrn J... ***20***, geb.: ... wohnhaft: ...

über die Ordination(en) am: 07.12., 09.12., 10.12., 11.12., 14.12., 15.12., 16.12., 17.12.

mit den Leistungen: 8 x 250 ml R... + 8x 2 A S...

wg. Diagnose: Major Depression

11.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *einen (1) Monat und 2 Tage* (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs).

12.

Der Vollständigkeit halber wird festgehalten: Der Konkurs wurde ca. sechs Monate nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs), *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.*

13.

Der Vollständigkeit halber wird festgehalten: Der inländische Wohnsitz wurde 4 Wochen nach Konkurseröffnung abgemeldet (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs).

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Mit Stichtag 27. Februar 2006 waren im Firmenbuch folgende Daten eingetragen

(Firmenbuchauszug mit aktuellen Daten, Stichtag 27.2.2006):

Firma

C Handelsgesellschaft m.b.H. (Ersterfassung abgeschlossen am 25.08.1993)

Geschäftsanschrift

Neusserplatz 4/6, 1150 Wien (eingetragen am 23.02.2006)

Geschäftsführer

25, ***gasse, 1160 Wien, vertritt seit 03.02.2006 selbständig (eingetragen am 11.02.2006)

Gesellschafter

25 Stammeinlage ATS 500.000 hierauf geleistet ATS 500.000 (eingetragen am 11.02.2006)

Am 07. März 2006 stellte das Finanzamt Wien 6/7/15 folgende Bescheinigung aus (Schreiben vom 22. Jänner 2018, Beilage ./v):

Es wird bescheinigt, dass gegen ***C*** Handels GmbH, Anschrift ***gasse, 1060 Wien, gegenwärtig *keine Abgabeforderungen* bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei: ***GmbH

Am 07. März 2006 war betreffend die ***C*** der Umsatzsteuerbescheid 2003 erlassen: Gesamtbetrag der Bemessungsgrundlagen für Lieferungen und sonstige Leistungen (einschließlich Anzahlungen) € 2.866,48, weiters der Körperschaftsteuerbescheid 2003 mit einem Einkommen in Höhe von € 0,00; die Bescheide für 2004 wurden erst im Juni 2006 erlassen. Bis 06. April 2006 waren auf dem Konto nur geringfügige Beträge verbucht. Erst nach dem o.a. Stichtag wurden (im Laufe des April 2006) sechsstellige Beträge verbucht.

Am 14. März 2006 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 22. Jänner 2018, Beilage a5)

Senden an: ***C*** Handels GmbH Von: B... (Geschäftsführer der Bf.)

laut heutigem Telefonat mit Herrn B... geben wir Ihnen für morgen 15.03.2006 folgendes bekannt:

4 Mann 1140 Wien

3 Mann „***weg“

6 Mann für Fa. I... „***gasse" 1190 Wien

4 Mann "****" ***park

Am 10. April 2006 wurde eine weitere Auftragsbestätigung angefertigt.

Die Unterschrift dieser Auftragsbestätigung ist gänzlich unlesbar und weist keine Ähnlichkeit mit den beiden identen Unterschriften Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf. Die Unterschrift weist mit der Unterschrift auf der drittgenannten Auftragsbestätigung vom 27. Februar 2006 betreffend den Schriftzug und den ersten Buchstaben, wie ein "I" mit Schlinge, eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß auf, welches darauf hinweist, dass diese beiden Unterschriften (vom 27. Februar und vom 10. April 2006) von derselben Person geleistet worden sind.

Am 12. April 2006 fertigte die Bf. folgende Rechnungsberichtigung aus (Schreiben vom 22. Jänner 2018, Beilage a3):

... wir haben folgende Rechnungskorrekturen vorgenommen:

Rechnung Nr.: 121-2006 von 23.03.2006 von € 9.545,26 auf € 9.082,51

Rechnung Nr.: 134-2006 von 23.06.2006 von € 2.739,50 auf € 2.313,29

Rechnung Nr.: 138-2006 von 23.03.2006 von € 2.643,03 auf € 2.313,51

Bei der nächsten Rechnungslegung werden die korrigierten Beträge abgezogen.

Am 05. Mai 2006 richtete die Bf. folgende Telefax-Nachricht an die BA-CA (Schreiben vom 22. Jänner 2018, Beilage a2):

Wir ersuchen Sie von unserem Konto ...

€ 149.209,15 - 3 % Skonto - Gegenverr. - Korrekturen

= € 142.362,40 zu Gunsten der Fa. ***C*** Handels GmbH, 1150 Wien, ...
zu überweisen.

Das Aufmaßblatt - Zeitraum -31 05 06 weist Folgendes aus (Schreiben vom 22. Jänner 2018, Beilage a1):

Firma Bauservice ...

Bauvorhaben: Arbeitsgemeinschaft TG ...Krankenhaus

Zeitraum: -31 05 06

Aufmaßblatt

BP 100 A ... Level	3.662,80
LS Nr. 301412 ...	3.927,94
-"- 3...	12.029,25
-"- 3...	296,66
	14,55
3...	11.739,54
	31.670

Am 19., 22., 24. Mai 2006 wurden Regie-/Arbeitsberichte Bauservice F. erstellt (Schreiben vom 22. Jänner 2018, Beilage a1ff):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***A*** mit gleichen Inhalten]

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die Bauservice F.) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen erstellt wurden.

Bei der ***C*** handelt es sich um die 3. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die Ausführungen betreffend die 1. und 2. im

Prüfungszeitraum der Außenprüfung sowie die nachfolgend eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Die Umstände, die darauf schließen lassen, dass die ***C*** Handelsgesellschaft m.b.H. die in den ***C*** Handels GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen *von März bis Mai 2006 nicht erbracht hat, sind*

- ☐ dass die Unterzeichnung des Abtretungsvertrages (auf Grund dessen im Firmenbuch ein Ausländer als *Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen wurde*) und die *erstmalige Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes am selben Tag vorgenommen wurden,*
- ☐ dass die an den Ausländer abgetretene GmbH aus dem Blickwinkel einer GmbH, die im Baugewerbe als Eisenbieger-Betrieb tätig werden hätte wollen, **völlig substanzlos und völlig branchenfremd** war: der Abtretungspreis in Höhe von € 6.000,00 beinhaltete eine Vielzahl von *Handelswaren der Handelsfirma wie 116 Nudelmaschinen, 178 Wärmekissen usw.; bezogen auf den Bauvertrag und die Auftragsbestätigungen lag der der Abtretungsvertrag nicht einmal einen (1) Monat zurück,*
- ☐ dass es Anfang Februar 2006 trotz der unter den Pkten. 1. und 2. angeführten Verhältnisse zu einem **explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK** kam - binnen 5 Wochen von keinem auf 46 Dienstnehmer,
- ☐ dass die Unterschriften bspw. jene auf dem Bauvertrag, keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag aufweisen, was in Verbindung mit der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages und der *erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes am selben Tag belegt, dass im Firmenbuch ein Strohmännchen eingetragen wurde. Seine Funktion als Strohmännchen nahm er bei Unterfertigung des Abtretungsvertrages und der Musterfirmazeichnungserklärung wahr, die weiteren Unterschriftenleistungen betreffend den Bauvertrag und die Auftragsbestätigungen nahm er nicht mehr vor (vgl. die obigen Ausführungen unter Pkt. 4.).* Dieses Geschehen war auch bei der zuvor eingeschaltet gewesenen ***B*** gegeben und wiederholte sich bei einer Reihe der danach eingeschalteten GmbHs. Weisen die Unterschriften keine Ähnlichkeiten auf, bleibt bei der Einmann-GmbH *im Dunkeln, wer die Auftragsbestätigungen und den Bauvertrag unterfertigte und damit, wer der wahre Machthaber war (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).*

- ☐ dass alle Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, *die ein paar Tage zuvor im Zeitraum 03. März bis Mitte Mai 2006 **bei der GKK als Dienstnehmer der ***B*** angemeldet waren**, (am 06. März 2006 und danach, bis Mitte Mai 2006) **bei der GKK als Dienstnehmer der ***C*** angemeldet wurden** und in der Folge alle Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009, die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***B*** angemeldet waren, **bei der GKK als Dienstnehmer der ***C*** oder bei der ***D*** angemeldet wurden.***
- ☐ *dass sich betriebliche Organisation und Geschehen den einvernommenen Eisenbiegern gegenüber so darstellten, dass ihre Ansprechperson für alle Angelegenheiten der Vorarbeiter/Partieführer war und alle Angelegenheiten auf der Baustelle/im Baucontainer erledigt wurden.*
- Betriebliche Organisation und Geschehen waren so aufgebaut, dass die einvernommenen Zeugen auf Grund der Organisation und des betrieblichen Geschehen keine Angaben zu machen imstande waren, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben.*

Betreffend ***26*** und ***19*** E., die vor der ***C*** bei der ***B*** bei der GKK gemeldet waren, wird auf die obigen Ausführungen unter ***B*** verwiesen.

Die Aussage des Zeugen J. ***20***, wonach vom Bruder des Geschäftsführers der Bf. (Schemzo) 'bei den anderen GmbHs' Teile des Lohnes 'bar auf die Hand gegeben (wurden)', ist mit der Aussage des E. Seker (vgl. unten) in Einklang zu bringen.

Die Aussage des J. ***20***, wonach der Geschäftsführer der Bf. die Firmen getauscht hat, ihn ohne sein Zutun auf andere Firmen angemeldet hat, stimmt mit den Aussagen des ***26***, des ***19*** E. und betreffend die ***D*** (vgl. unten) des Seker E. überein.

Die Aussage des J. ***20*** betreffend die Baustellenkontrolle zeigt solche Verhältnisse auf, die sich in gleicher Weise bei der ***K*** zutragen und betreffend diese (11.) eingeschaltete GmbH aufgedeckt werden konnten (vgl. unten ***K***, Pkt. 9.).

Die Aussage des J. ***20*** betreffend die Frage, ob mit den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen ein Wechsel der Baustellen, auf welchen er gearbeitet hatte, verbunden war - mit anderen Worten: ob er bei den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen von der jeweiligen Baustelle abgezogen wurde, mit: 'Es haben keine Baustellenwechsel stattgefunden.' deckt sich mit jener des Zeugen ***19*** E. (ich habe auch bei der neuen Firma auf der selben Baustelle weitergearbeitet), wird jedoch im nächsten Satz abgeschwächt durch den Zusatz: 'Ich erinnere mich nicht an einen solchen Fall.'

J. ***20*** ist in der mit Monat: September 2006 ARBEITNEHMER überschriebenen Liste (dazu vgl. unten ***D***) enthalten:

Er ist bei Anmeldung bei der ***D*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen. Die Entlohnung gemäß der Lohnliste der Bf. - und damit die Nichtentlohnung durch die ***D*** - entspricht den Angaben des Zeugen.

Fügen sich die Angaben des Zeugen J. ***20*** auf die dargestellte Weise in die sonstigen Ermittlungsergebnisse nahtlos ein, relativierte er seine Angabe betreffend nicht stattgefundenen Baustellenwechsel umgehend mit der Angabe, sich nicht an einen solchen Fall zu erinnern, und kam im Zuge der Einvernahme nichts hervor, was an der Fähigkeit des Zeugen, eine Zeugenaussage tätigen zu können, Zweifel aufkommen ließ, kann nicht davon gesprochen werden, J. ***20*** sei, wenngleich er im Dezember 2015 wegen einer schweren Depression nicht gerichtsfähig war, im Februar 2018 zur Zeugenaussage untauglich gewesen.

Es existierte somit von März bis Mai 2006 erkennbar ein ***C*** - Betrieb, in den die bei der Gebietskrankenkasse explosionsartig angemeldeten Arbeiter eingegliedert sein konnten, nicht.

Bei der ***C*** als der 3. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH ist die Bildung der Anmeldungsketten - wie davor bei der ***B*** - im Gange. Auf die obigen Pkte. 7. und 9. wird verwiesen.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 3. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH handelt es sich betreffend

- ***26*** im **7 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der ***C*** - Anmeldung um die **5. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 4 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben ***B***]

-- 15.05.2006: ***C***

- ***27*** im **5 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der ***C*** - Anmeldung um die **4. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 3 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben ***B***]

-- 06. März 2006: ***C***

- ***29*** im **5 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der ***C*** - Anmeldung um die **4. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

-- 19. September 2005: ***12*** (vgl. oben ***A*** , Pkt. 12.)

-- 09. Dezember 2005: ***A***

-- 30. Jänner 2006: ***B***

-- 06.03.2006: ***C***

- Özdemir N. im **9 Monate umfassenden Zeitraum** ab 12. September 2005 bei der ***C*** -

Anmeldung um die **3. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

-- 12. September 2005: ***12*** (vgl. oben ***A*** , Pkt. 12.)

-- 08. November 2005: Bf.

-- 15. Juni 2006: ***C***

(Bereits) Bei der dritteingeschalteten ***C*** ist das **synchrone Ablaufen**

- ☐ des Einschaltens der substanzlosen, kurzlebigen GmbHs mit ausländischem Alleingesellschafter und -geschäftsführer mit kurz davor erstmalig angemeldetem inländischen Wohnsitz und
- ☐ der Anmeldungen immer wieder derselben Dienstnehmer (u.a. auch von Dienstnehmern, die davor bei der Bf. angemeldet waren) bei den eingeschalteten GmbHs,

wie die oben angeführten Beispiele zeigen, zu sehen. Das synchrone Ablaufen des (GmbH)Einschaltens und der (GKK)Anmeldungen sticht bei den nachfolgend eingeschalteten GmbHs mit besonderer Deutlichkeit ins Auge (vgl. unten bspw. ***D*** , ***E*** , ***F***).

Die mit den Deckungsrechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten wurden von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH angemeldet waren, wie ***26***, ***27***, ***29*** und Özdemir N., verrichtet.

Bei der ***C*** und der ***D*** lagen weit gehend gleiche Verhältnisse vor und konnten bei der ***D*** auf Grund der in den Besitz der Abgabenbehörde gelangten ***D*** - Auszahlungslisten zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden und wird auf den anschließenden Pkt. 4. ***D*** HANDELS GmbH verwiesen.

4. ***D*** HANDELS GmbH

erste Eingangsrechnung: 23. Juni 2006, letzte Eingangsrechnung: 01. Oktober 2006

1.

Ab Gründung (im November 2005) bis 31. Mai 2006, somit 7 Monate lang, war Alleingesellschafter und -geschäftsführer Herr T., Stammeinlage EUR 35.000, hierauf geleistet EUR 17.500 (Firmenbuchauszug mit historischen Daten).

Das Geschäftsfeld waren 'ausschließlich Eisenbiegertätigkeiten. Zu Beginn waren zwei Personen beschäftigt. Später kamen noch zwei dazu. Gleichzeitig waren außer Herrn T. vier Eisenbieger in der Firma beschäftigt' (Strafakten Band IX, Vernehmung des abtretenden Alleingesellschafter und -geschäftsführer Herr T.).

Am 10. Februar 2006 stellte die Magistratsabteilung 63 gemäß § 340 GewO 1994 fest, dass die Voraussetzungen für die Ausübung des *Gewerbes* "Baumeister" im *Standort* Wien 22, *Am Krautgarten* 23/1, durch die ***D*** Handels GmbH, vorliegen, und genehmigte gleichzeitig gemäß § 95 Abs. 2 GewO 1994 die Bestellung des Herrn E. Ringhofer zum Geschäftsführer bei Ausübung des Gewerbes.

Der Bescheid erging an die ***D*** Handels GmbH, Wien 22, *Am Krautgarten* 23/1 (Bescheid vom 10.2.2006).

Von 14. Februar 2006 bis 19. Juli 2006 war E. Ringhofer gewerberechtlicher Geschäftsführer der ***D*** Handels GmbH (Abfrage mit historischen Daten).

In den Monaten Jänner bis Mai 2006 betrug die Anzahl der bei der WGKK angemeldeten ***D*** - Dienstnehmer (Gutachten Mag. Dr. K, Straftaten, Band IX):

	Jän.	Feb.	März	April	Mai
Anzahl der angemeldeten DN	0	4	4	8	9

Quelle: Beitragsgrundlagennachweis für 2006 der WGKK

2.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***D*** wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ein Bulgare, I.S. Uruchov, eingetragen und weist der bezogen auf den am 02. Juni 2006 angefertigten Bauvertrag **1 Tag (!) zurückliegend unterzeichnete Abtretungsvertrag** (vom 01. Juni 2006) betreffend die (im November 2005 errichtete) ***D*** Handels GmbH den Abtretungspreis in Höhe von **€ 2.000,00 aus** (bezogen auf die erste Rechnungslegung lag dies rd. 3 Wochen zurück).

I.S. Uruchov hatte am 15. Februar 2005 einen inländischen Wohnsitz angemeldet; einkommensteuerlich war er weder im Jahr 2005 noch im Jahr 2006 erfasst.

I.S. Uruchov wurde vom 17.07.2006 bis 31.08.2006 als Arbeiter bei der GKK bei der ***D*** angemeldet.

3.

Das *Angebot* (7. Juni 2006) weist ein *späteres Datum als das Protokoll, der Bauvertrag* und die 1. Auftragsbestätigung (je 02. Juni 2006) aus.

Der gleiche Fehler trat bei der ***B*** auf (vgl. oben ***B*** Pkt. 6.).

4.

1 Tag nach der Abgabe der Musterfirmazeichnungserklärung (am 1. Juni 2006) und anschließender Eintragung des I.S. Uruchov als Alleingesellschafter und -geschäftsführer wurde (am 02. Juni 2006) ein **Bauvertrag angefertigt**.

5.

In den Monaten Februar und März 2006 waren bei der ***D*** bei der GKK jeweils

4 Dienstnehmer und im April 2006 8 und im Mai 2006 bzw. am **31. Mai 2006 9 Dienstnehmer gemeldet**, zwei Wochen danach, am **15. Juni 2006, 56 Dienstnehmer** und am **30. Juni 2006 115 Dienstnehmer**.

Binnen 1 Monat (Juni 2006) nach der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages mit dem Abtretungspreis von € 2.000,00 und Eintragung des I.S. Uruchov als Alleingesellschafter und -geschäftsführer erhöhte sich die Anzahl der bei der Sozialversicherung angemeldeten Dienstnehmer von **9 auf über 100**.

In den Monaten Juni bis Dezember 2006 betrug die Anzahl der bei der WGKK angemeldeten *****D***** - Dienstnehmer (Gutachten Mag. Dr. K, Strafakten, Band IX):

Angemeldete DN im Jahr 2006

Anzahl der angemeldeten DN

Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
116	157	138	131	92	33	4

Quelle: Beitragsgrundlagennachweis für 2006 der WGKK

6.

Die ersten 52 Eingangsrechnungen datieren vom 23. Juni 2006 mit einem Betrag von insgesamt **€ 175.877,09**.

7.

Am 06. September 2006 wurde als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der *****D*** Handels GmbH** ein Ausländer, ein Portugiese, Húlio Ector Faltarani, auf Grund eines **1 Tag** nach Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes (5. September 2006) unterzeichneten Abtretungsvertrages und der abgegebenen Musterfirmazeichnungserklärung eingetragen.

8.

Von zwei Ausnahmen abgesehen wurden vom 30. Mai bis Juli 2006 alle **20 Eisenbieger** laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, **die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***C*** angemeldet waren, bei der GKK als Dienstnehmer der ***D*** angemeldet**; einzelne Eisenbieger wurden vor der Anmeldung bei der GKK als Dienstnehmer der *****D***** bei der GKK als Dienstnehmer der Bf. gemeldet.

*Obwohl von zwei Eisenbiegern laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen abgesehen alle weiteren 32 erst am 06. Juni 2006 oder danach bei der GKK als Dienstnehmer der *****D***** angemeldet wurden, war bereits vier Tage zuvor - am 02. Juni 2006 - der *****D***** -Bauvertrag angefertigt worden.*

9.

- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Bauvertrages seitens der ***D*** GmbH weist keine Ähnlichkeit mit den beiden identen Unterschriften laut Reisepass und laut Musterfirmazeichnungserklärung auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung dieser Auftragsbestätigung seitens der ***D*** GmbH weist keine Ähnlichkeit mit den beiden identen Unterschriften laut Reisepass und laut Musterfirmazeichnungserklärung auf und keine Ähnlichkeit mit einer der Unterschriften auf den vorangegangenen Auftragsbestätigungen vom 02. Juni 2006.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Kassa-Ausgangs seitens der ***D*** GmbH (Empfangsbestätigung betreffend Barbetrag) weist keine Ähnlichkeit mit der Unterschrift des (Alleingesellschafter-Geschäftsführers) Hudio Ector Faltarani laut Musterfirmazeichnungserklärung auf.

10.

Die Firma ***D*** Handels GmbH, St.Nr. ... hat im Juni 2006 zahlreiche Dienstnehmer bei der Krankenkasse angemeldet. Dienstnehmer des Unternehmens wurden im Zuge mehrerer Baustellenkontrollen angetroffen. Ein Telefonat mit der **Lohnverrechnerin Fr. ... ergab, dass dieser bis dato vier aufrecht gemeldete Arbeiter bekannt** sind. *Der im Firmenbuch genannte neue Geschäftsführer konnte weder an der neuen Firmenadresse, noch an der Wohnadresse angetroffen und auch nicht telefonisch erreicht werden.* Aufgrund des Sachverhaltes besteht der dringende Verdacht der vorsätzlichen Verkürzung von Lohn- und Sozialabgaben. Es werden daher die Lohnabgaben "Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag, Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag und Kommunalsteuer" im Schätzungswege ermittelt.

Eine Lohnsteuerbelastung von 13,5% wird angenommen.

Ergebnisübersicht für das Jahr 2006

L ... DB ... DZ ... Summe 22.080,00 € (Sachverhaltsdarstellung des (Lohnsteuer)Berichtes betreffend die ***D*** Handels GmbH).

11.

Am 01. Juli 2006 waren bei der ***D*** 109 Arbeiter gemeldet, am 15. Juli 2006 101 Arbeiter und am 31. Juli 2006 116 Arbeiter (Sozialversicherungsabfrage).

Das Abgabekonto der ***D*** Handels GmbH weist vom 22. August bis 22. November 2006 folgende Buchungen aus (Abgabeninformationssystemabfrage):

Buch.Tag	AA	Zeitr.	FT/ET	Betrag
22.08.06	L	07/06	16.08.06	20.411,02
22.08.06	DB	07/06		0,00

23.08.06	K	07-09/06	16.08.06	819,00
29.08.06			24.08.06	-12.300,00
11.09.06	SZA	2006	18.10.06	220,24
17.10.06	U	2005		-116,54
	K	2005	24.11.06	5.536,83
22.11.06	K	10-12/06	15.11.06	273,00

12.

Die einvernommenen Eisenbieger ([...])

deren Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse vom jeweiligen Vorarbeiter der Baustelle (im Baucontainer) in die Wege geleitet wurde,

- haben *nie ein Büro der ***D*** Handels GmbH gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt*; einer nahm den jeweiligen Firmenstandort (Büro, Adresse) dieser Firmen an der Anschrift der Bf. wahr und war für ihn der Chef - der Ansprechpartner für Arbeitnehmer - der Geschäftsführer der Bf.; einer war lediglich im Büro der Bf. (er war erstmalig vom 02.03.2009 bis 03.06.2009 bei der Bf. beschäftigt).

Einer der einvernommenen Eisenbieger (***), befragt betreffend die ***D*** Handels GmbH, ***F*** Handels GmbH, "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH, gab an:

*Der Chef aller Firmen war (der Geschäftsführer der Bf.). (Der Geschäftsführer der Bf.) sagte zu mir, dass ich zwar bei einer anderen Firma angestellt sei, dass ich aber das Geld von ihm erhalten würde (vgl. unten Pkt. 13. und unten ***F***, Pkt. 5.: bei Anmeldung bei der ***D*** bzw. ***F*** bei der GKK in den Lohnlisten der Bf. ausgewiesen).*

- hatten *eine Sekretärin nicht wahrgenommen.*

*Ekrem Seker, befragt betreffend die ***D*** Handels GmbH, ***F*** Handels GmbH, "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH, wusste nicht, wo die jeweiligen Firmenstandorte waren. Er erhielt die Papiere immer auf der Baustelle im Container.*

Die Lohnauszahlung erfolgte so: Es kam immer ein Mann, welcher vermutlich (vom Geschäftsführer der Bf.) geschickt wurde und er übergab uns das Geld in bar. Es handelte sich nämlich bei allen Firmen, bei welchen ich beschäftigt war, um denselben Mann, welcher auch bei Firma (Bf.) den Gehalt auszahlte.

Ich war ab und zu im Büro der Firma (Bf.). das Büro der Firma (Bf.) war auch für alle anderen Firmen, bei welchen ich gearbeitet habe, zuständig. *Der Chef aller Firmen war (der*

Geschäftsführer der Bf.). (Der Geschäftsführer der Bf.) sagte zu mir, dass ich zwar bei einer anderen Firma angestellt sei, dass ich aber das Geld von ihm erhalten würde. Das wussten auch die anderen Arbeiter. Ich möchte auch erwähnen, dass ich bei der Firma (Bf.) das Geld auf mein Konto angewiesen bekommen habe, dass ich aber bei den anderen Firmen mein Geld in bar erhalten habe. Ich weiß nicht, warum (der Geschäftsführer der Bf.) mit so vielen Firmen gearbeitet hat. Wenn ich wieder einmal bei einer neuen Firma angemeldet wurde, hat man mir auf der Baustelle gesagt, dass ich nach wie vor tatsächlich bei (der Bf.) arbeiten würde und (der Geschäftsführer der Bf.) mein Chef sei.

Die Papiere für die neuen Firmen brachte uns ein jedesmal der Bruder (des Geschäftsführers der Bf.), nämlich "Schemzo" oder so ähnlich. Dies ist der Bruder (vom Geschäftsführer der Bf.).

Bei einer Neumeldung wie soeben beschrieben, wurden meistens gleich alle Mitarbeiter der Partie neu angemeldet und erhielten neue Papiere. Ich weiß (gemeint: habe) diesen Vorgang so ca 10-mal erlebt. Also fast alle zwei Monate.

Ich weiß dann noch von Herrn

Koyuncu Ahmed, geb. ...

Ay Savas, geb. ... und

Cakir Mustafa, geb. ...

dass sie in denselben Firmen zum selben Zeitpunkt angestellt waren. Sie waren zwar nicht auf derselben Baustelle, hatten aber auch immer die neuen Papiere erhalten. Dies haben mir alle drei erzählt.

Ein Eisenbieger (Koyuncu A.) - er war bei der Sozialversicherung angemeldet bei der

D : 1209-0610 2006

E : 0910-3011 2006

AMS: ...

Bf.: 1001-0902 2007

F : 1202-2803 2007

AMS: ...

H : 1707-1912 2007

AMS: ...

Bf.: 0403-1712 2008

AMS: ...

L : 0402-2702 2009

beträgt betreffend die ***D*** , ***F*** und ***H*** , sagte aus: Ich kannte nur das Büro der Bf., andere Büros habe ich nie gesehen, da alles in den Baucontainern abgewickelt wurde. Die Auszahlung des Lohnes erfolgte bei den meisten Firmen durch einen gewissen "S" bzw. durch einen "Alije", es war nicht immer der gleiche aber oft.

Kanber (Kamber) Ay, befragt betreffend die ***D*** Handels GmbH, "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH, ***H*** Bau GmbH und ***I*** Bau- und HandelsgmbH, hat niemals

Büros der Firmen ***I*** Bau- und HandelsgmbH, ***H*** Bau GmbH und ***D*** Handels GmbH gesehen und erlangte keine Kenntnis von einer Sekretärin. Auf den Baustellen gab der Vorarbeiter die Anweisungen. Der Chef - der Ansprechpartner für Arbeitnehmer - war *in der Wahrnehmung des Kanber Ay der Geschäftsführer der Bf.* und kümmerte sich dieser um die Anmeldung bei der Krankenkasse für die Firmen ***H*** Bau GmbH, "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH und um die Arbeitspapiere, Kanber Ay musste weiter nichts machen als seinen Reisepass aushändigen, der kopiert wurde.

Der einvernommene Zeuge Cakir M. gab an,

- dass man vom Chef der einen Firma zur anderen Firma weiter gegeben wurde und
- hatte eine Reihe von Unterschieden bei der Bf. einerseits und bei den anderen GmbHs andererseits wahrgenommen:

Bf.:	andere GmbHs:
kannte den Firmenstandort	wusste nicht, wo der Firmenstandort war
kannte den Geschäftsführer	keinen Kontakt mit den Geschäftsführern
war im Büro	war nicht in Büros
übernahm Papiere im Büro	Papiere wurden in Cafe oder auf der Baustelle übergeben
Lohn wurde auf das Konto überwiesen	Lohn wurde bar ausbezahlt

Betreffend die Frage, ob mit den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen auf eine andere GmbH ein Wechsel der Baustellen, auf welchen er gearbeitet hatte, verbunden war - mit anderen Worten: ob er bei den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen von der jeweiligen Baustelle abgezogen wurde - sagte der Zeuge aus:

"Ich glaube, ich habe an diesem Gebäude hier kurz gearbeitet. An weitere Baustellen erinnere ich mich: bei Town Town habe ich lange gearbeitet, Tulln (eine Wohnanlage), Lainzer Tunnel. Ich kann mich erinnern, dass es vorgekommen ist, dass Anmeldungen gewechselt haben und damit ein Baustellenwechsel nicht verbunden war. Wann und bei welchen Baustellen, kann ich mich nicht mehr erinnern."

Betreffend die Angaben der einvernommenen Eisenbieger ***19*** E. und ***20*** J., bei der ***D*** bei der GKK jeweils vom 12. Juni bis 06. Oktober 2006 angemeldet, wird auf die obigen Ausführungen unter ***B*** bzw. ***C*** verwiesen.

13.

Die mit

"Monat: September 2006

ARBEITNEHMER

überschriebene Liste enthält Folgendes:

NAME	STD PRI	STD UKU	Unterschrift
	117	118	Unterschrift
	204,5	204,5	Unterschrift
	191	191	keine Unter.
	187,5	187,5	Unterschrift
	8	8	keine Unter.
	172	172	keine Unter.
	204	204	Unterschrift
	228	228	Unterschrift
	135	135	Unterschrift
	97	97	Unterschrift
	196	200	Unterschrift
	97	97	Unterschrift
	191	191	Unterschrift
	190	190	keine Unter.
	165,5	165,5	Unterschrift
	185,5	185,5	Unterschrift
	163	165,5	Unterschrift
	218	218	Unterschrift
	175,5	175,5	Unterschrift

186	186	Unterschrift
69,5	69,5	Unterschrift
199,5	196,5	Unterschrift
50,5	50,5	Unterschrift
73	73	Unterschrift
181	181	Unterschrift
16	16	Unterschrift
191	191	keine Unter.
133	133	keine Unter.
105	105	keine Unter.
105	105	keine Unter.
184,5	184,5	Unterschrift
25	25	Unterschrift
162	162	Unterschrift
244,5	244,5	Unterschrift
110	110	Unterschrift
185	185	Unterschrift
50	50	Unterschrift
10	10	keine Unter.
196	196	Unterschrift
206	205,5	Unterschrift
140	140	keine Unter.

100	100	keine Unter.
104	104	Unterschrift
128	128	keine Unter.
92	92	keine Unter.
213	213	Unterschrift
113	113	Unterschrift
9	9	keine Unter.
94	94	keine Unter.
9	9	keine Unter.
199	199	keine Unter.
208	208	Unterschrift
95	95	Unterschrift
183,5	183,5	keine Unter.
9	9	keine Unter.
9	9	keine Unter.
9	9	keine Unter.
145	145	Unterschrift
215,5	215,5	Unterschrift
172	172	keine Unter.
254+3	245	Unterschrift
172	172	keine Unter.
112	112	keine Unter.

105,5	105,5	keine Unter.
214	213	Unterschrift
113	113	Unterschrift
155	155	keine Unter.
183	183	keine Unter.
181	181	Unterschrift
200	200	Unterschrift
86	86	keine Unter.
194	194	keine Unter.
192	192	keine Unter.
59	59	keine Unter.
77	77	keine Unter.
77	77	keine Unter.
183	183,5	Unterschrift
7	7	keine Unter.
197	197	keine Unter.
243	241	Unterschrift
68	68	Unterschrift

Laut Versicherungsdatenauszug bzw. Abgabensystemabfrage waren die in der mit "Monat: September 2006 ARBEITNEHMER überschriebenen Liste angeführten Personen im September 2006 angemeldet wie folgt (die Nr.-Angabe gibt die im Versicherungsdatenauszug enthaltene Nummer an):

: 19.06.2006 bis 29.09.2006: ***D

: 17.07.2006 bis 03.11.2006: ***D

***: 01.01.2006 bis 14.12.2006: Bf. (1 / Nr. 32)

: 19.06.2006 bis 06.10.2006: ***D
 ***: 12.08.2006 bis 10.09.2006: AMS - davor 07.06. bis 03.08.: Bf. (2)
 **: 10.04.2006 bis 22.09.2006: Bf. (3 / Nr. 12)
 : 10.07.2006 bis 13.10.2006: ***D
 : 25.07.2006 bis 13.10.2006: ***D
 : 10.07.2006 bis 13.10.2006: ***D
 : 28.08.2006 bis 13.10.2006: ***D
 : 17.07.2006 bis 03.11.2006: ***D
 : 05.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 04.09.2006 bis 03.11.2006: ***D
 ***: 01.02.2006 bis 20.12.2006: Bf. (4 / Nr. 18)
 : 05.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 05.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 05.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 28.08.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 05.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 ***: 07.06.2006 bis 10.11.2006: Bf. (5 / Nr. 29)
 : 05.09.2006 bis 18.09.2006: ***D
 : 03.07.2006 bis 13.10.2006: ***D
 ***: 07.06.2006 bis 15.09.2006: Bf. (6 / Nr. 10); 21.09. bis 31.12.2006: AMS
 ***: 06.09.2006 bis 10.09.2006: AMS; 11.09.2006 bis 20.09.2006: Bf. (7 / Nr. 22); 25.09.2009
 bis 08.10.2006: AMS
 : 12.06.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 12.06.2006 bis 31.08.2006: ***D
 : 19.06.2006 bis 03.11.2006: ***D
 ***: 16.01.2006 bis 20.12.2006: Bf. (8 / Nr. 19)
 ***: 16.01.2006 bis 20.12.2006 (Bf.) (9 / Nr. 16)
 ***: 01.02.2006 bis 21.12.2006: Bf. (10 / Nr. 17)
 : 04.09.2006 bis 03.11.2006: ***D
 ***: Sept. keine Anmeldung; 2005: 05.09.2005 bis 21.12.2005: Bf.
 : 03.07.2006 bis 26.10.2006: ***D
 : 03.07.2006 bis 13.10.2006: ***D
 : 12.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 31.07.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 12.06.2006 bis 22.09.2006: ***D
 ***: 25.09.2006 bis 31.12.2006: AMS, davor Bf.: 15.05.2006 bis 17.08.2006
 : 20.06.2006 bis 06.10.2006: ***D
 ***: 21.08.2006 bis 14.09.2006: Bf. (11 / Nr. 24)
 : (40.): 28.08.2006 bis 06.10.2006: ***D
 ***: 07.04.2006 bis 22.09.2006: Bf. (12 / Nr. 30)

***: 21.08.2006 bis 14.09.2006: Bf. (13); 28.11.2006 bis 03.12.2006: AMS
 : 12.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 ***: 10.04.2006 - 20.09.2006 : Bf. (14 / Nr. 7)
 : 06.09.2006 bis 14.09.2006: ***D
 : 12.06.2006 bis 06.10.2006. ***D
 : 12.09.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 01.08.2006 bis 15.09.2006: ***D
 ***: 21.08.2006 bis 14.09.2006: Bf. (15 / Nr. 13), 15.09. bis 20.12.2006: AMS
 ***: 02.05.2006 bis 29.09.2006: Baup...; 02.10.2006 bis 18.10.2006: O... Bau
 ***: 16.01.2006 bis 21.12.2006: Bf. (16 / Nr. 25)
 : 19.06.2006 bis 13.10.2006: ***D
 : 17.08.2006 bis 08.09.2006: ***D ; 16.09. bis 15.10.2006: Kr.geld
 ***: 01.02.2006 bis 06.12.2006: Bf. (17 Nr. 11)
 ***: 12.08.2006 bis 15.09.2006: AMS; 27.09. bis 01.11.2006: AMS
 ***: 28.08. bis 08.09.2006: St... Bau, 11.09. bis 14.09. u. 07.12. bis 31.12.2006: Haj... GmbH;
 davor: ***A***
 ***: 9 Std. - keine Anmeldung
 : 07.08.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 03.07.2006 bis 13.10.2006: ***D
 ***: 10.04.2006 bis 22.09.2006: Bf. (18 / Nr. 9)
 : 21.08.2006 bis 13.10.2006: ***D
 ***: 10.04.2006 bis 22.09.2006: Bf. (19 / Nr. 21)
 : 26.06.2006 bis 31.10.2006: ***D
 ***: 01.02.2006 bis 20.09.2006: Bf. (20 / Nr. 27); 24.09. bis 20.10.2009: GKK
 ***: 21.08.2006 bis 20.09.2006: Bf. (21 / Nr. 20), 21.09. bis 31.12.2006: GKK
 : 03.07.2006 bis 13.10.2006: ***D
 : 12.09.2006 bis 06.12.2006: ***D
 : 20.06.2006 bis 29.09.2006: ***D
 ***: 01.02.2006 bis 19.12.2006: Bf. (22 / Nr. 23)
 : 31.07.2006 bis 06.10.2006: ***D
 : 28.08.2006 bis 06.10.2006: ***D
 ***: 20.06.2008 bis 13.09.2006: Bf. (23 /Nr. 3)
 ***: 16.01.2006 bis 20.12.2006: Bf. (24 / Nr. 31)
 ***: 16.01.2006 bis 20.12.2006: Bf. (25 / Nr. 28)
 ***: 15.05.2006 bis 14.09.2006: Bf. (26 /Nr. 14); 15.09. bis 18.10.2006: AMS
 ***: 15.05.2006 bis 14.09.2006: Bf. (27 / Nr. 15); 15.09. bis 17.10.2006: AMS
 ***: 03.07.2006 bis 14.09.2006: Bf. (28 / Nr. 6); 15.09. bis 18.10.2006: AMS
 : 04.09.2006 bis 03.11.2006: ***D
 ***: 7 Std. - ungenaue Angabe
 ***: 01.02.2006 bis 30.11.2006: Bf. (29 / Nr. 8)

: 21.08.2006 bis 13.10.2006: ***D

*** (82.): 18.09.2006 bis 06.10.2006: ***D***

Betreffend die im **September 2006** bei der ***D*** angemeldet gewesenen Personen beträgt die **Summe der Stunden** (Monat-Summe der STD UKU) **6.931,5**.

Der einvernommene ***20*** J. sagte aus:

Wenn mir die mit

- "Monat: September 2006 ARBEITNEHMER" - STD PRI 185,5 / STD UKU 185,5
- "Monat: Oktober 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 171
- "Monat: November 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 168,5
- "Monat: Dezember 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 18
- "Monat: Jänner 2007 ARBEITNEHMER" - STD UKU 140
- "Monat: Februar 2007 ARBEITNEHMER" - STD UKU 169

überschriebenen Listen vorgelegt werden, gebe ich an:

Die Unterschriften - ausgenommen jene auf den Listen: "Monat: Dezember 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 18, und Jänner- Liste und Februar-Liste (das r und das o schreibe ich nie zusammen(geschrieben) - stammen von mir. Es sind meine Unterschriften.

Wenn ich die Liste anschau, erkenne ich, dass es sich um die Unterschrift des *** handelt. Er hat eine Zeit lang mit mir gearbeitet. Er war aber Vorarbeiter.

Ich weiß nicht mehr, wie lange solche Listen geführt worden sind.

Mir sagen die Namen: [...] etwas.

Der einvernommene *** sagte aus:

Wenn mir die mit

- "Monat: September 2006 ARBEITNEHMER" - STD PRI 218 / STD UKU 218
- "Monat: Oktober 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 177
- "Monat: November 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 189,5
- "Monat: Dezember 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 145
- "Monat: Jänner 2007 ARBEITNEHMER" - STD UKU 168
- "Monat: Februar 2007 ARBEITNEHMER" - STD UKU 180

überschriebenen Listen vorgelegt werden, gebe ich an:

Ich habe keine konkrete Erinnerung mehr daran.

Die Unterschriften sind mit Ausnahme jener auf der Liste "Monat: Dezember 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 145 nicht meine. Wer unterschrieben hat, kann ich jetzt nicht sagen. Wenn mir vorgehalten wird, dass die Unterschrift mit jener von *** eine Ähnlichkeit aufweist gebe ich an, dass es sich bei **** um meinen Schwiegervater handelt.

Der einvernommene ***19*** E. sagte aus:

Wenn mir die mit

- "Monat: September 2006 ARBEITNEHMER" - STD PRI 213 / STD UKU 213

- "Monat: Oktober 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 188
- "Monat: November 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 167
- "Monat: Jänner 2007 ARBEITNEHMER" - STD UKU 131

überschriebenen Listen vorgelegt werden, gebe ich an:

Die Unterschrift auf der Liste: Monat: Dezember 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 127,5 " ist meine Unterschrift. Es ist mein kurze Unterschrift.

Die Unterschrift auf der Liste: Monat: Jänner 2007 ARBEITNEHMER" - STD UKU 131" ist meine Unterschrift. Es ist mein lange Unterschrift. Die Unterschrift wie sie auf dem Führerschein zu sehen ist.

14.

Die am 26. September und 01. Oktober 2006 von der Bf. verbuchten *****D*** - Rechnungen**, Leistungszeitraum: **September 2006** (die davor verbuchten *****D*** - Rechnungen** waren am 01. September 2006 verbucht worden), betrugen insgesamt **€ 219.522,76** (Lief.kto *****D*** HdlS GmbH (Kto 33009)** aus ACL-Daten 2006).

15.

Dem in der Strafsache gegen den ehem. Gesellschafter-Geschäftsführer der *****D*** Handels GmbH** bestellten Gutachter Mag.Dr. K. lagen - ebenso wie dem Masseverwalter - keinerlei Buchhaltungsunterlagen bezüglich der *****D*** Handels GmbH** vor.

Neben den Lohnverrechnungsunterlagen erhielt er *"von der Masseverwalterin auch die Bankkontoverdichtung für das Bankkonto Nr. 285...441/00 bei der ERSTE BANK DER ÖSTERREICHISCHEN SPARKASSEN AG der ***D*** Handels GmbH.*

Wir gehen auf Basis der vorliegenden Bankkontoverdichtung auf uns offenkundig gewordene Einnahmen des Unternehmens ein. Es wurde uns nur dieses eine Bankkonto bekannt gegeben, weder liegen uns weitere Bankkonten noch allfällige Hinweise auf Barzahlungen vor. ...

*Die Bankkontoverdichtung des Kontos 285...441/00 erstreckt sich von Jänner bis Dezember 2006. ... Weiters besteht die Möglichkeit, dass es noch andere Bankkonten und Kunden der ***D*** Handels GmbH geben könnte.*

*Durch die auf dem Bankkonto aufscheinenden Einzahlungen haben wir folgende Kunden der ***D*** Handels GmbH eruiert und von diesen deren Unterlagen aus der Buchhaltung angefordert:*

[Anschließend sind 6 GmbHs aufgelistet und befindet sich darunter nicht die Bf.; die Überweisungen der Bf. erfolgten auf ein anderes Konto, vgl. den folgenden Pkt.]

Waren bis Mai 2006 maximal neun Arbeitnehmer beschäftigt, werden im Juni 2006 116 Dienstnehmer bei der Sozialversicherung angemeldet." (Strafakten, Band IX, Gutachten Mag.Dr. K., Oktober 2007).

16.

Die Überweisungen seitens der Bf. an die *****D*** Handels GmbH** erfolgten nicht auf das Konto,

- das kurz zuvor im Anbot vom 07. Juni 2006 angeführt worden ist und
- auf das Überweisungen seitens 6 anderer GmbHs an die ***D*** Handels GmbH erfolgten. Vielmehr wurde (nach dem 07. Juni 2006) ein Konto eingerichtet, auf das die Überweisungen seitens der Bf. erfolgten.

17.

Sind mehrere Passagen der Anbotsschreiben ***D*** GmbH und ***E*** Handels GmbH ident

(z.B.: *Wir möchten uns als leistungsstarkes und zuverlässiges Bauunternehmen bei Ihnen vorstellen, und unsere Dienste betreffend Baumeisterarbeiten anbieten.*

Wir bieten Eisenverlegungsarbeiten, Maurerarbeiten, Fassadenarbeiten, Sanierungen sowie alle anderen Bauarbeiten in unserem Unternehmen an. ...

Wir würden uns freuen, wenn Sie an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert wären und sich mit uns in Verbindung setzten.),

diente das ***D*** - Anbotsschreiben als Vorlage des ***E*** - und des ***G*** - Anbotsschreibens und schließlich des ***K*** . Anbotsschreibens (dazu vgl. unten).

Hinsichtlich der vier Einmann-GmbHs mit verschiedenen im Firmenbuch eingetragenen Gesellschafter-Geschäftsführern und Geschäftsanschriften ***G*** ***13*** GmbH, ***E*** Handels GmbH, ***D*** Handels GmbH und ***K*** GmbH, bei welchen allesamt weiters im Dunkeln blieb, von wem die Geschäftspapiere unterfertigt wurden, blieb auch im Dunkeln, wie es dazu kam, dass das ***D*** - Anbotsschreiben bei den nachfolgend eingeschalteten GmbHs als Vorlage diente.

Die ***D*** - Rechnungen weisen die gleiche Schreibweise '***D*** HANDELS GmbH' wie das ***D*** - Anbotsschreiben aus.

18.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt ca. drei Monate (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs).

19.

Der Vollständigkeit halber wird festgehalten: Der Konkurs wurde ca. drei Monate nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs), *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.*

20.

Die inländischen Wohnsitze wurden 3 Monate nach (Ibrahim Salihov Uruchov) bzw. vor (Hulio Ector Faltarani) Konkurseröffnung abgemeldet (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs).

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 1. Juni 2006 stellte das Finanzamt Wien 21/22 folgende Bescheinigung aus:

Es wird bescheinigt, dass gegen ***D*** HANDELS GMBH, Anschrift Am Krautgarten 2/1, 1220 Wien, gegenwärtig keine fälligen Abgabensforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei (blank)

Die Bescheinigung liegt zeitlich vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK.

Am 01. Juni 2006 richtete die Wiener GKK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***D*** Handels GmbH (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a21):

Die Wiener GKK bescheinigt, dass die ***D*** Handels GmbH der Verpflichtung zur *Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachkommt.*

Das Beitragskonto besteht erst seit Februar 2006.

Derzeit sind *9 Dienstnehmer gemeldet.*

Diese Bescheinigung liegt zeitlich vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK.

Am 2. Juni 2006, dem Tag der Anfertigung des Bauvertrages, wurde als Firmenanschrift der ***D*** Handels GmbH im Vertrag angeführt "A-1120 Wien, Ratschkyg. 31/10". Die einen (1) Tag davor ausgestellte Bescheinigung des Finanzamtes Wien 21/22 wies als Anschrift der ***D*** Handels GmbH "Am Krautgarten 23/1, 1220 Wien" aus.

Der Bescheid betreffend die Gewerbeanmeldung weist als Standort der Ausübung des Gewerbe "Wien 22, Am Krautgarten 23/1" aus UND erging an die "***D*** Handels GmbH, Wien 22, Am Krautgarten 23/1".

Im Zeitpunkt der Anfertigung des Bauvertrages lagen somit

- eine *überholt gewesene Gewerbeanmeldung* und
- eine einen (1) Tag davor ausgestellte Bescheinigung des Finanzamtes Wien 21/22 mit einer *nicht mehr aktuellen Anschrift* vor.

Am 27. Juni 2006 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 10. Juli 2018, Beilage a103)

Senden an: Finanzamt Wien

Betreff: Vertrag

Sehr geehrter Herr Fr...!

In der Anlage übersenden wir Ihnen den Vertrag mit Sub Unternehmer Fa. ***D*** GmbH + Auftragsbestätigung BVH: 1... W...str.

Diesbezüglich wurde vorgebracht:

Die Fax-Nachricht (der Bf.) an das Finanzamt/Herr Fr... vom 27.6.2006 über die

Auftragsbestätigung für das BVH 1... Wien, W... Straße, samt Beiziehung von ***D*** als Subunternehmer spricht eine klare Sprache.

Am 03. Juli 2006 richtete das Finanzamt Wien 21/22 folgenden Bescheid - Pfändung einer Geldforderung an die Bf. (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a24):

Firma ***D*** Handels GmbH schuldet Abgaben ... in Höhe von 22.128,00 €.

Wegen dieses Gesamtbetrages werden die aus nachstehend angeführten Rechtsverhältnissen dem Abgabenschuldner angeblich gegen Sie zustehenden Forderungen in unbekannter Höhe gepfändet.

Betreffend diesen Bescheid wurde vorgebracht:

Der Bescheid - Pfändung einer Geldforderung des (damaligen) FA Wien 21/22 vom 3.7.2006 indiziert ein weiteres Mal operatives Tun von ***D*** für die Bf.

Der Bescheid wurde vom Finanzamtsteam "SEG" erlassen, auf dem Konto wurden L-, DB- und DZ-Beträge 01-06/2006 verbucht und betrug der Saldo auf Grund der Verbuchung der Beträge rd. € 22.000,00; von der SEG war eine Lohnsteuerprüfung durchgeführt worden.

Dieser Bescheiderlassung liegen die oben unter Pkt. 10 angeführten Vorgänge im Zusammenhang mit der Lohnsteuerprüfung bei der ***D*** zugrunde, welche zur Verschreibung einer L-, DB- und DZ-Summe von € 22.080,00 führte. Auf Grund der oben ab Pkt. 10 wiedergegebenen Vorgänge kann keine Rede davon sein, dass dieser Bescheid ein operatives Tun von ***D*** *für die Bf.* indiziert.

Am 02. Juni 2006 wurden Auftragsbestätigungen wie folgt angefertigt:

1.

(Namen und Anschriften)

Betrifft: Auftragsbestätigung

BVH: ... siedlung ...

Wir bestätigen dankend den Auftrag wie folgt:

Preise für Eisenverlegearbeiten:

[wie ***B*** nur: 1) BSTG 165,- per To. + BSTG Schneiden 0,050,- per To.

2) Stabstahl 190,- per To. 3) Regie 23,- Std.]

Stampiglie und Unterschrift der
Bf.

Stampiglie ***D*** Handels GmbH und Unterschrift "..."

2.

(Namen und Anschriften)

Betrifft: Auftragsbestätigung

BVH: 1030 Wien

Wir bestätigen dankend den Auftrag wie folgt:

Preise für Eisenverlegearbeiten:

... [wie ***B*** nur: 1) BSTG [blank] 2) Stabstahl [blank]
3) Regie 23,- Std.]

Stampiglie und Unterschrift der
Bf.

Stampiglie ***D*** Handels GmbH und Unterschrift "..."

Die beiden Unterschriften sind in einem Ausmaß ähnlich welches darauf hinweist, dass diese beiden Unterschriften (jeweils vom 02. Juni 2006) von derselben Person geleistet worden sind.

Weitere Auftragsbestätigungen wurden mit folgenden BVH angefertigt:

02. Juni 2006	1230 Wien
02. Juni 2006	Diverse kleine Baustellen bis 100 Tonnen *
12. Juni 2006	Wien 22
31. Juli 2006	WP ... G.

* vorgelegt mit Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a19

Am 12. Juni 2006 wurde eine weitere Auftragsbestätigung angefertigt.

Die *Unterschrift der Fertigung dieser Auftragsbestätigung* seitens der ***D*** GmbH weist keine Ähnlichkeit mit den beiden identen Unterschriften laut Reisepass und laut Musterfirmazeichnungserklärung auf und keine Ähnlichkeit mit einer der Unterschriften auf den vorangegangenen Auftragsbestätigungen vom 02. Juni 2006 auf.

Die Unterschrift weist mit der Unterschrift auf der Auftragsbestätigung der ***C*** Handels GmbH vom 10. April 2006 betreffend den Schriftzug (wie ein "I" mit Schlinge, usw.) eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß auf, welches darauf hinweist, dass diese beiden Unterschriften (Auftragsbestätigung ***D*** Handels GmbH vom 12.06.2006 und Auftragsbestätigung ***C*** Handels GmbH vom 10. April 2006) von derselben Person geleistet worden sind.

Am 31. Juli 2006 wurde eine weitere Auftragsbestätigung wie folgt angefertigt:

(Namen und Anschriften)

Betrifft: Auftragsbestätigung

WP ...

Wir bestätigen dankend den Auftrag wie folgt:

Preise für Eisenverlegearbeiten:

[wie 1. Auftragsbestätigung]

Stampiglie und Unterschrift der
Bf.

Stampiglie ***D*** Handels GmbH und Unterschrift "..."

Die Unterschriften der Fertigung dieser Auftragsbestätigung seitens der ***D*** GmbH und jener vom 02. Juni 2006 sind in einem Ausmaß ähnlich welches darauf hinweist, dass diese Unterschriften (31. Juli 2006 bzw. vom 02. Juni 2006) von derselben Person geleistet worden sind.

Am 18. August 2006 nahm die Bf. als Auftraggeberin folgende Inlandsüberweisung vor (Zahlungsverkehr - Inlandsüberweisung):

Auftraggeberdaten

Kontonummer 0...
Name (Bf.)

Empfänger

Name ***D*** Handels GmbH
Kontonummer 00092...978
Bankleitzahl 60000 *
Verwendungszweck: Re.Nr. 309-...

Überweisungsdaten

Betrag 39.836,68 EUR

* ***D*** - Bankkonto, auf das Überweisungen von 6 GmbHs erfolgten lautete: 285...441/00 (vgl. oben Pkt. 14.)

Die Rechnung, Rechnungsnummer: 414/2006, vom 31. August 2006 hat folgenden Inhalt (Schreiben vom 7. Februar 2018, a27):

D HANDELS GmbH

...

Bauvorhaben: Hainburg Römerg. Universale Bau

LZR: Aug.06

Betrifft:

Pos.	Betrifft	Menge	Einzelsumme	Gesamtsumme
1.	Stabthal	3.503,00 Kg.	0,19	€ 665,57
2.	Stabthal Verr. Lt. Plan	6.939,65 Kg.	0,232	€ 1.610,00

Gesamtsumme:	€ 2.275,57
-6%	136,53
	2.139,04

Zahlungsbedingungen: 8 Tage 6% Skonto

Arbeitsbestätigung Fa. Bauservice F.. GmbH

Firma: Universale

Baustelle: Hainburg /Römergasse

Pl.Nr.	Bezeichnung	Gewicht
1244...	Dü EG Haus 2	1970,7 KG
1244...	Dü EG Haus 1	1433,8 KG

ÜZ 4 Mann á 6 Std

Datum 1.09.06

Aufstellung

[14 Positionen]

Summe kg: 1970.7

Aufstellung

[15 Positionen]

Summe kg: 1433.8

Der (undatierte) Regie-/Arbeitsbericht 11611 Bauservice F... Baustelle: Hainburg Römergasse

Pl. Nr.	Bezeichnung		
Pl Nr.	-1244... Haus 2 D. UB Erdgeschoss		
37	Deckenbew. - Gesamt	kg	1970
Pl Nr.	-1244... HAus 1 D. ÜB Erdgeschoss		1533
	Gesamt		3.503 kg

Der Arbeitsbericht 9599 Bauservice F... Baustelle: Universale ... Römergasse

Pl. Nr.	Bezeichnung		
1244...	DÜ. KG OB		
1244...	DÜ EG nur Säulen		
1244...	Stiege KG-KG (1. Stiege)		
	28.08.06 4 Mann á 10 Std		40 Std
	29 08 06 3 Mann á 10 Std		30 Std
		Summe	70 Std

Datum 29 08 06

Die Rechnung, Rechnungsnr: 494/2006, vom 29. September 2006 hat folgenden Inhalt:

D HANDELS GmbH

...

Bauvorhaben: ***

LZR: Sep.06

Betrifft:

Pos.	Betrifft	Menge	Einzelsumme	Gesamtsumme
1.	Stabsthal Verr. Lt. Plan	10.706,89 Kg.	0,232	€ 2.484,00
			Gesamtsumme	€ 2.484,00

Zahlungsbedingungen: 8 Tage 6% Skonto

Die Rechnung wurde handschriftlich, anschließend an den o.a. Betrag von 2.484,00, ergänzt:

- Abzug lt. Beilage	-800,00
	1.684,00
-11%	185,24
	1.498,76

Die Unterlagen zu den weiteren Rechnungen vom 26. September 2006, Nr. 454/2006 und 483/2006 enthalten gleiche Angaben wie jene betreffend die Rechnung Nr. 414/2006.

Die Rechnung der Bf. an die Bauservice F., Rechnung Nr. 0904, vom 29. September 2006 enthält Folgendes (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a23):

BVH: ***

Für durchgeführte Arbeiten auf oben genannten Bauvorhaben verrechnen wird Ihnen wie folgt:

	Gewicht kg	Preis/kg	Betrag €
Stabtahl Verr. Lt. Plan	11.489,36 kg *	x 0,235	2.700,00
			2.700,00

* gegenüber der Menge der ***D*** - Rechnung (10.706,89 Kg.) um 782,47 kg höher

Die Beilage zur Re.Nr.: 0904 vom 29. September 2006 mit der FAX-Kennung: 12-Okt-2006 12:51 Bauservice F... GmbH enthält Folgendes (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a23):
BVH EVN T...

Abzug für in Re. 812 verrechnete, jedoch nicht erbrachte Leistung Summe € 800,00

Die Rechnung wurde handschriftlich, anschließend an den o.a. Betrag von 2.700,00, ergänzt:

Abzug Lt. Beilage	-800,00
	1.900,00

Die weiteren Korrekturen wurden wie folgt vorgenommen:

Rechnungsnr.	Menge	Gesamtsumme
498	statt 4.487: 4390 kg	statt 852,53: 834,10 €
499	statt 457: 18,70 kg	statt 75,40: 31,14 €
500	statt 220: 107,00 kg	statt 36,30: 17,66 €

Am 16. Oktober 2006 fertigte die Bf. folgende Rechnungsberichtigung aus (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a23):

Firma ***D*** Handels GmbH

Ratschkygasse ...

Rechnungsberichtigung

Wir haben folgende Rechnungskorrekturen vorgenommen:

Rechnung Nr.: 494 vom 29.09.2006 von € 2.484,00 auf € 1.684,00

Rechnung Nr.: 498 vom 29.09.2006 von € 880,91 auf € 862,48

Rechnung Nr.: 499 vom 29.09.2006 von € 2.189,40 auf € 2.057,64

Rechnung Nr.: 500 vom 29.09.2006 von € 4.524,57 auf € 4.505,93

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die Bauservice F.) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen erstellt wurden bzw. seitens der Bauservice F. veranlasste Rechnungskorrekturen erfolgten.

Am 21. Juni 2006 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 7. Februar 2006, Beilage a25):

Senden an: ***D*** Handels GmbH Von: B... [Name des Geschäftsführers der Bf.)

1) Für Morgen 22.06.2006 ist eine Decke von 5 Tonnen zu machen. Fa. Universale

In Verbindung mit Polier ***Hr. Friedl setzen. Tel.: 0664 ...

Draht mitnehmen

2) 1170 Wien Tonne Fertigteile

3) 1220 Wien

Wurden die Eisenbieger lediglich pro forma bei der ***D*** angemeldet und von der Bf. entlohnt, wurde diese Unterlage aus demselben Grund wie das Anbotsschreiben (dazu vgl. oben), die Auftragsbestätigungen und der Bauvertrag angefertigt.

Die mit **Bauservice überschriebene** (mit Schreiben vom 7. Februar 2018 vorgelegte) Aufstellung beinhaltet folgende Angaben (Beilage a26):

Nr.	Datum	Name	Brutto
453	26.09.2006	***D*** Handels GmbH	1.449,00
454	26.09.2006	***D*** Handels GmbH	2.143,00
...			
484	26.09.2006	***D*** Handels GmbH	828,00
			121.121,28
		- 11 % Skonto	13.323,34
			107.797,94

-GGR	1.392,00
	106.405,94
- A conto	35.000,00
	71.405,94

Betreffend diese Aufstellung wurde vorgebracht:

"Die beiliegende Unterlage mit dem zeichnenden Titel 'Bauservice' indiziert, dass '***D***' auch für F... tätig gewesen sein könnte".

Betreffend die vorgelegte Unterlage ist festzuhalten:

- ☐ Es ist nicht einmal zu erkennen, wer die Unterlage wann und betreffend welche Vorgänge bzw. zu welchem Zweck angefertigt hat.
- ☐ Es wurde nicht einmal dargetan und nachgewiesen, wie die Unterlage in den Bereich (Besitz) der Bf. gelangt ist.

Wurde gemäß den obigen Ausführungen unter Pkt. 13. nur etwas mehr als ein Drittel der im September 2006 bei der ***D*** gemeldet gewesenen Arbeiter/Eisenbieger von der Bf. entlohnt, waren rd. 80 Arbeiter von der ***D*** oder von (einem) von der Bf. verschiedenen Zumelder(n) zu entlohnen und dementsprechend von der ***D*** oder dritter Seite von (einem) von der Bf. verschiedenen Zumelder(n) zu beschäftigen.

Dass es sich **auch** bei diesen rd. 80 Arbeitern oder einem Teil dieser Arbeiter um bloß zugemeldete Dienstnehmer dritter Firmen handelte, ist in dieser Entscheidung, da erwiesen ist, dass die ***D*** von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt wurde (vgl. unten), nicht nachzuweisen. Befindet sich die Firma F. - anders als die Bf. - **nicht** unter den 13 verschiedenen Rechnungsempfängern des Rechnungsausstellers ***S*** (vgl. die Ausführungen ab Seite 128, 2. Absatz des Schreibens vom 27. Juni 2017), kann nicht davon ausgegangen werden, bei der Bf. und der Firma F. seien gleiche Verhältnisse vorgelegen.

Dass bei der Bf. und der Firma F. tatsächlich nicht gleiche Verhältnisse vorlagen, zeigen die unten folgenden Ausführungen zur *F*** und ***K***.**

Ermittlungen bei der Firma F., um diese je nach Ergebnis zugunsten oder zulasten der Bf. heranzuziehen, stehen in rechtlicher Hinsicht die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht und weiters in tatsächlicher Hinsicht der Ablauf der Aufbewahrungspflicht entgegen.

Auf die unten folgenden Ausführungen betreffend die ***F*** und die ***K*** wird verwiesen.

Bei der *****D***** handelt es sich um die 4. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor und die danach eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Der bezogen auf den am 02. Juni 2006 angefertigten Bauvertrag **1 Tag (!) zurückliegend unterzeichnete Abtretungsvertrag** (vom 01. Juni 2006) betreffend die (im November 2005 errichtete) *****D***** Handels GmbH um den Abtretungspreis in Höhe von **€ 2.000,00** weist diese als **substanzlos** aus (bezogen auf die erste Rechnungslegung lag dies rd. 3 Wochen zurück).

Bei der Einmann-GmbH (betreffend welche im Übrigen zwei Wochen vor dem Ende des in Rede stehenden Zeitraumes Hedio Ector Faltarani im Firmenbuch als neuer Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen wurde), bleibt **im Dunkeln, wer** den Bauvertrag, die Auftragsbestätigungen und den Kassa-Ausgang (mit keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Reisepass und Musterfirmazeichnungserklärung aufweisenden Unterschriften) **unterfertigte** (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).

Ein derartiges Geschehen lässt im Übrigen - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs - außerdem den Schluss zu, dass I.S. Uruchov und (in den letzten zwei Wochen) Hedio Ector Faltarani von (einer) im Dunkeln gebliebenen Person(en) als Strohmann eingesetzt worden sind, erfolgte doch die Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer 1 Tag nach Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes. Ihre Funktion als Strohmann nahmen sie bei Unterfertigung des Abtretungsvertrages und der Musterfirmazeichnungserklärung wahr, die weiteren Unterschriftenleistungen betreffend das Anbotschreiben, den Bauvertrag, die Auftragsbestätigungen und das Schreiben betreffend Überweisung einer Akontozahlung nahmen sie nicht mehr vor.

Für den einvernommenen Eisenbieger Cakir M., bei der *****D***** bei der GKK vom 28. August bis 06. Oktober 2006 angemeldet, existierte für ihn erkennbar bei den GmbHs: *****D*****, *****E*****, *****F*****, *****G***** *****13*****, *****H***** Bau und *****L***** - anders als bei der Bf., bei welcher er ebenfalls angemeldet war - kein *****D***** - Betrieb, in den er (und weitere Arbeiter) eingegliedert sein konnte(n). Auch die betreffend die *****D***** befragten Eisenbieger Coskuner N., Önsöy H., Omerovic E. und Sedic M. haben *nie ein Büro* der *****D***** *gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt*.

Die mit "Monat: September 2006 ARBEITNEHMER" überschriebene Liste ("Auszahlungslisten") beinhaltet Namen mit Unterschriften und Namen ohne Unterschriften, - von **46 Personen**, die als **Dienstnehmer bei der ***D*** GmbH** (welche GmbH die in

diesem Zeitraum eingeschaltete war) **angemeldet** waren und
 - von **29 Personen**, die als **Dienstnehmer bei der Bf.** angemeldet waren.

*Die Auszahlungsliste beinhaltet **alle** als Dienstnehmer bei der Bf. angemeldeten Arbeiter laut Versicherungsdatenauszug (nicht die vier Angestellten), ausgenommen Kosuta V., der in der Auszahlungsliste: August 2006 mit einer Stundenanzahl von 35,5 Stunden ausgewiesen ist, ab 20. September 2006 Bezüge der GKK erhielt und auch vom 18. Oktober 2006 bis 29. März 2007 Krankengeld bezog (vgl. unten ***F*** , Pkt. 5.).*

Auf diesen Umstand der in einer (1) Auszahlungsliste beinhalteten Dienstnehmer, ein Teil angemeldet bei der ***D*** , ein Teil bei der Bf. (der in gleicher Weise betreffend die Monat: Oktober-Auszahlungsliste getroffen wurde) gründet sich die Folgerung der Prüferin, wonach aus den vom Anzeiger vorgelegten Auszahlungslisten der Bf. "nachvollziehbar ist, dass offensichtlich Arbeiter entlohnt wurden, die offiziell bei div. Fremdleistern angemeldet waren".

Die Eintragungen in die Liste weisen - wie der Vergleich mit den Anmeldungen laut Versicherungsdatenauszug bzw. Abgabensinformationssystemabfrage zeigt - ausschließlich Namen solcher Personen aus, die im betreffenden Monat entweder bei der ***D*** GmbH oder bei der Bf. angemeldet waren. Betreffend niedrige STD (Stunden)- Angaben zeigt der (beispielhaft angeführte) Vergleich, dass betreffend diese Personen für Teile des Monats AMS-Meldungen/Bezüge oder keine Anmeldungen gegeben waren:

Name	STD	Meldungen / Bezüge
	165,5	***D*** : 05.09.2006-06.10.2006
	50,5	Bf.: 07.06.2006-15.09.2006 AMS: 21.09.2006-31.12.2006
	73	AMS: 07.06.2006-15.09.2006 Bf.: 11.09.2006-20.09.2006 AMS: 25.09.2006-08.10.2006
	100	Bf.: 21.08.-14.09.2006
	92	***D*** : 06.09.2006-14.09.2006
	113	V... GmbH: 12.06.2006-08.09.2006 ***D*** : 12.09.2006-06.10.2006
	94	Bf.: 21.08.2006-14.09.2006

59 Bf.: 15.05.2006-14.09.2006

77 Bf.: 15.05.2006-14.09.2006

68 V... : 19.06.2006-08.09.2006
 D : 18.09.2006-06.10.2006

Die mit den nicht den gesamten Monat umfassenden Anmeldezeiträumen korrespondierenden Stunden bestätigen die inhaltliche Richtigkeit der Liste.

Die einvernommenen und betreffend die Auszahlungslisten befragten Eisenbieger bestätigten, dass die Unterschriften auf den Auszahlungslisten ihre bzw. die Unterschrift des Vorarbeiters sind; einer sagte aus, dass nur die Unterschrift auf der Liste "Monat: Dezember 2006 ARBEITNEHMER" - STD UKU 145 seine ist und er jetzt nicht sagen kann, wer unterschrieben hat. Nach Vorhalt, dass die Unterschrift mit jener von ***30*** eine Ähnlichkeit aufweist, gab er an, dass es sich bei ***30*** um seinen Schwiegervater handelt.

Die unter ***B***, Pkt. 12., angeführten, u.a. bei der ***B*** und bei der ***D*** bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbieger: [...], *die nie ein Büro der ***B*** Personalbereitstellungs- und Handels GmbH. und bei der ***D*** gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt usw., und die oben unter Pkt. 12. angeführten u.a. bei der ***D*** bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbieger: [...], sind allesamt bei Anmeldung bei der ***D*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen.*

Diese Umstände erweisen das seitens der Bf. erstattete Vorbringen, der Bezug der Listen zur Bf. liege völlig im Dunkeln, ja stehe nicht einmal fest, ob die dort genannten Beträge überhaupt ausbezahlt worden sind, als nicht stichhältig.

Beträgt betreffend die im **September 2006** bei der ***D*** angemeldet gewesenen Personen die **Summe der Stunden** (Monat-Summe der STD UKU) **6.931,5** und belaufen sich die von der Bf. verbuchten ***D*** - **Rechnungen**, Leistungszeitraum: **September 2006** auf **€ 219.522,76, errechnet sich** (hinsichtlich der mit den Deckungsrechnungen im Betrag von € 219.522,76 'gedeckten' Eisenbiegearbeiten, die von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren, in 6.931,5 Std. verrichtet wurden) **ein Stundenlohn von** (€ 219.522,76 : 6.931,5 Std =) **€ 31,67**.

Die Anzahl der bei der GKK bei der ***D*** angemeldeten Dienstnehmer betrug, wie oben bereits angeführt, im September 2006 **131**, die Auszahlungsliste dieses Zeitraumes umfasste neben 29 bei der Bf. angemeldet gewesenen Arbeitern (nur) **46** - etwas mehr als ein Drittel - der bei der ***D*** angemeldeten Dienstnehmer.

Befanden sich (nur) etwas mehr als ein Drittel der bei der ***D*** angemeldeten Dienstnehmer auf der Lohnliste der Bf., folgt daraus, dass **etwas mehr als ein Drittel der bei der ***D*** angemeldeten Dienstnehmer von der Bf. und knapp zwei Drittel der bei der ***D*** angemeldeten Dienstnehmer nicht von der Bf., sondern von anderer Seite entlohnt** wurden.

Mit diesem Umstand stimmen überein

- seitens 6 anderer GmbHs an die ***D*** erfolgte Überweisungen laut obigem Pkt. 14.,
- die Einrichtung eines Bankkontos laut obigem Pkt. 15. und
- die Umstände, die sich aus den von der Bf. vorgelegten Unterlagen (vgl. oben) ergeben.

Weist die *Unterschrift* der Fertigung des Bauvertrages seitens der ***D*** GmbH keine Ähnlichkeit mit den beiden identen Unterschriften laut Reisepass und laut Musterfirmazeichnungserklärung auf und die *Unterschrift* der Fertigung dieser Auftragsbestätigung seitens der ***D*** GmbH keine Ähnlichkeit mit den beiden identen Unterschriften laut Reisepass und laut Musterfirmazeichnungserklärung und keine Ähnlichkeit mit einer der Unterschriften auf den vorangegangenen Auftragsbestätigungen vom 02. Juni 2006, stehen diese Umstände der seitens der Bf. ins Treffen geführten Argumentation entgegen, wonach die Übermittlung des Vertrages 'mit Sub Unternehmer Fa. ***D*** GmbH', des Bauvertrages, und der Auftragsbestätigung eine klare Sprache sprechen, gegenüber.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 4. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH handelt es sich betreffend

- ***26*** im etwas mehr als **10 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der ***D*** - Anmeldung um die **6. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 5 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben ***C***]

-- 25. Juli 2006: ***D***

- ***27*** im **11 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der ***D*** - Anmeldung um die **6. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 4 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben ***C***]

-- 19. Juni 2006: Bf.

-- 05. September 2006: ***D***

- ***29*** im **9 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der ***D*** - Anmeldung um die **4. Anmeldung** bei den ersten 4 der eingeschaltet gewesenen Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 3 Anmeldungen ab 19. September 2005: vgl. oben ***C***]

-- 19. Juni 2006: ***D***

- Özdemir N. im **11 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 12. September 2005 bei

der ***D*** - Anmeldung um die **4. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 3 Anmeldungen ab 12. September 2005: vgl. oben ***C***]

-- 21. August 2006: ***D***

Die mit den Deckungsrechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten wurden von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren, von der Bf. entlohnt wurden und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH angemeldet waren, wie ***26***, ***27***, ***29*** und Özdemir N., verrichtet.

Das oben unter ***C*** erwogene **synchrone Ablaufen** des (GmbH)Einschaltens und der (GKK)Anmeldungen wird neben den oben angeführten Beispielen auch dadurch unter Beweis gestellt, dass von zwei Ausnahmen abgesehen vom 30. Mai bis Juli 2006 alle **20 Eisenbieger** laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, **die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***C*** angemeldet waren, bei der GKK als Dienstnehmer der ***D*** angemeldet wurden**; einzelne Eisenbieger wurden vor der Anmeldung bei der GKK als Dienstnehmer der ***D*** bei der GKK als Dienstnehmer der Bf. gemeldet (vgl. den obigen Pkt. 8.).

Die ***D*** Handels GmbH hat die in den ***D*** HANDELS GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht.

Die ***D*** (mit den (für die Prüferin *nicht greifbaren*) *Ausländern*, I.S. Uruchov und (in den letzten zwei Wochen) Hulio Ector Faltarani, die im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der substanzlosen Einmann-GmbH *mit dem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* eingetragen waren, von denen jedoch - wie beim Unterschriftenvergleich augenfällig zu sehen ist - weder der Bauvertrag noch die Auftragsbestätigungen noch der Kassa-Ausgang (Empfangsbestätigung betreffend Barbetrag) unterfertigt wurde, wurde von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt (im für den September 2006 nachgewiesenen Ausmaß für 46 Dienstnehmer).

5. ***E*** Handels GmbH

erste Eingangsrechnung: 23. Oktober 2006, letzte Eingangsrechnung: 20. November 2006

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der rd. drei Monate zuvor errichteten ***E*** Handels GmbH wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ein Slowake, ***23***, auf Grund eines **6 Tage nach erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages vom 20. September 2006 eingetragen.

Die ***E*** hatte im Zeitpunkt der Eintragung des ***23*** abgesehen vom mit 20 Wochenstunden angemeldeten gewerberechtlichen Geschäftsführer **1 weiteren Dienstnehmer** (Arbeiter) angemeldet: ab 10. August 2006 den gewerberechtlichen Geschäftsführer, ab 14. August 2006 einen ersten Arbeiter (Mujic Hamdija).

2.

Am 25. September 2006 wurden **6 weitere Arbeiter angemeldet**.

Einen Tag danach bzw. **6 Tage** nach der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages wurde das oben betreffend die ***D*** erörterte Anbot vom 26. September 2006 erstellt.

Am 08. Oktober 2006 waren bei der ***E*** 12 Dienstnehmer angemeldet, am 09. Oktober 2006 **55 Dienstnehmer**, am 30. November 2006 **77 Dienstnehmer** und am 02. Dezember 2006 **37 Dienstnehmer** (am 01. Dezember 2006 wurde eine Reihe der Dienstnehmer der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 abgemeldet)(Sozialversicherungsabfrage).

Das Abgabenkonto der ***E*** weist vom 13. Oktober 2006 bis 22. Februar 2007 folgende Buchungen aus (Abgabeninformationssystemabfrage):

Buch.Tag	AA	Zeitr.	FT/ET	Betrag
13.10.06	L	09/06	16.10.06	246,52
31.10.06			25.10.06	-1.250,00
	K	10-12/06	15.11.06	1.250,00
23.11.06			06.11.06	-8.696,64
	L	10/06	15.11.06	8.696,64
	DB	10/06		0,00
	DZ	10/06		0,00
22.02.07	U	06-12/06	15.02.07	10.000,00
	K	01-03/07	15.02.07	312,00

Anlässlich einer Lohnsteuerprüfung im Mai 2007 wurden die Lohnabgaben an Hand des Breitbandausdruckes der WGKK ermittelt und errechnete sich für 2006 folgende Abfuhrdifferenz:

2006: € 21.818,57 L

2006: € 14.888,35 DB

2006: € 1.323,42 DZ

Summe: € 38.030,34

3.

Der gewerberechtliche Geschäftsführer der ***E*** - er war dies auch bei der ***G*** (vgl. unten), befragt zu einer Reihe von Fragen, konnte sich an beide GmbHs nicht mehr erinnern und keine Auskunft geben.

4.

9 Tage nach der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages wurde am 29. September 2006 ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 28 Eingangsrechnungen vom 23. Oktober 2006 mit einem Betrag von insgesamt **€ 123.246,45**.

5.

Alle 18 Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, **die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***D*** abgemeldet worden sind, wurden am 09. Oktober 2006 bei der GKK als Dienstnehmer der ***E*** angemeldet, ein (1) bereits am 22. September 2006 abgemeldeter am 25. September 2006 bei der ***E*** angemeldet.**

*Obwohl die Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen erst am 09. Oktober 2006 oder danach bei der GKK als Dienstnehmer der ***E*** angemeldet wurden, war bereits 10 Tage zuvor - am 29. September 2006 - der ***E***-Bauvertrag angefertigt worden.*

6.

Betreffend die Angaben der einvernommenen Eisenbieger ***19*** E. und ***20*** J. und Cakir M., bei der ***E*** bei der GKK jeweils vom 09. Oktober bis 01. Dezember 2006 angemeldet (und allesamt davor und danach bei weiteren eingeschaltet gewesenen GmbHs), wird auf die obigen Ausführungen unter ***B***, ***C*** bzw. ***D*** verwiesen.

Ein Eisenbieger (Akyeloglu C.) - er war bei der Sozialversicherung angemeldet bei der ***E*** : 0211-3011 2006

T.: 0305-1905 2007

AMS: 2205-1807 2007

H : 2808-1809 2007

H : 1510-2012 2007

Bf.: 0901-1801 2008

I : 2101-1403 2008

J : 1703-0108 2008

K : 0408-1411 2008

L : 1711-1712 2008

L : 0701-2702 2009

Bf: 0203-2606 2009

sagte aus, dass er den Chef der Bf. kennen gelernt hat und vermochte dessen Namen zu nennen. Die Geschäftsführer der anderen o.a. GmbHs hat er nicht kennen gelernt bzw. gab er an, sich nicht zu erinnern. Bei der Bf. und der T. war der Zeuge im Büro, jedoch bei keiner der anderen GmbHs.

Betreffend die Frage, ob mit den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen ein Wechsel der Baustellen, auf welchen er gearbeitet hatte, verbunden war - mit anderen Worten: ob er bei den Wechseln der Sozialversicherungsanmeldungen von der jeweiligen Baustelle abgezogen wurde - sagte der Zeuge aus:

"Ich habe auch bei der neuen Firma auf der selben Baustelle weitergearbeitet.

Bei einem solchen Wechsel blieb während derselben Baustelle auch mein Vorarbeiter derselbe, ich schätze, das war in 70 bis 80% der Fälle so. Die jeweiligen Papiere wurden mir vom Vorarbeiter übergeben."

7.

- ☐ Die fünf **Unterschriften** der (fünf) Auftragsbestätigungen sind gänzlich unlesbar und weisen alle keine Ähnlichkeit mit der gänzlich als ***23*** lesbaren Unterschrift laut Musterfirmazeichnungserklärung (und der knapp 3 Jahre davor abgegebenen nur als K... lesbaren Unterschrift laut Reisepass) auf.
- ☐ Die unlesbare **Unterschrift** der Fertigung des Schreibens (seitens der ***E*** Handels GmbH) vom 20. November 2006 weist keine Ähnlichkeit mit der Unterschrift laut Musterfirmazeichnungserklärung (und der Jahre zurückliegend abgegebenen Unterschrift laut Reisepass) auf und keine Ähnlichkeit mit einer der Unterschriften auf den fünf Auftragsbestätigungen auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Schreibens (seitens der ***E*** Handels GmbH) vom 20. November 2006 weist mit der Unterschrift auf der Auftragsbestätigung der ***C*** Handels GmbH vom 10. April 2006 betreffend den Schriftzug (wie ein "I" mit Schlinge, usw.) und der Auftragsbestätigung ***D*** Handels GmbH vom 12.06.2006 eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß auf, welches darauf hinweist, dass diese drei Unterschriften (dieses Schreiben, Auftragsbestätigung ***C*** Handels GmbH vom 10. April 2006, Auftragsbestätigung ***D*** Handels GmbH vom 12.06.2006) von derselben Person geleistet worden sind.
- ☐ Die unlesbare Unterschrift/Paraphe auf dem Bauvertrag weist keine Ähnlichkeit mit der gänzlich lesbaren Unterschrift laut Musterfirmazeichnungserklärung auf.

8.

Die **Unterschrift** der Fertigung des Schreibens (seitens der ***E*** Handels GmbH) vom 20. November 2006 weist mit der Unterschrift auf der Auftragsbestätigung der ***C*** Handels GmbH vom 10. April 2006 betreffend den Schriftzug (wie ein "I" mit Schlinge, usw.) und der Auftragsbestätigung ***D*** Handels GmbH vom 12.06.2006 eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß auf, welches darauf hinweist, dass diese drei Unterschriften (dieses Schreiben, Auftragsbestätigung ***C*** Handels GmbH vom 10. April 2006, Auftragsbestätigung ***D*** Handels GmbH vom 12.06.2006) von derselben Person geleistet worden sind.

9.

Die ***E*** - Rechnung Rechnungsnummer: 0120, vom 20. November 2006, beinhaltet *drei Merkmale, die auch die ***D*** -Rechnung, Rechnungsnr: 509/2006, beinhaltet:* Stabthal, die Punktsetzung nach der Gewichtsangabe "Kg." bzw. "kg." und am Rechnungsende die Zitierung "§ 19 Abs. 1A".

10.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *ca. 1 Monat* (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs).

11.

Der Konkurs wurde *ca. drei Monate* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs), es kam zur Aufhebung des Konkurses mangels Kostendeckung und erfolgte die amtswegige *Löschung* wegen Vermögenslosigkeit.

12.

Der inländische ***23***- Wohnsitz wurde **am Tag** der Konkurseröffnung abgemeldet. *Ein weiterer* inländischer Wohnsitz wurde in der Folge *nicht angemeldet* (vgl. die diesbezüglichen Zeiträume betreffend die anderen GmbHs).

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 12. Oktober 2006 richtete die Wiener GKK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***E*** Handels GmbH:

Die Wiener GKK bestätigt, dass der im Betreff genannte Dienstgeber der Verpflichtung zur Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachgekommen ist. Es bestehen keine Beitragsrückstände.

Am 12. Oktober 2006 stellte das Finanzamt Wien 4/5/10 folgende Bescheinigung an die ***E*** Handels GmbH aus:

Es wird bescheinigt, dass gegen ***E*** Handels GmbH, Anschrift ... gegenwärtig keine fälligen Abgabenforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei (unkenntlich)

Diese Bescheinigungen betrafen den Zeitraum vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK; die 18 Eisenbieger-Anmeldungen waren (erst) drei Tage davor - am 09. Oktober 2006 - vorgenommen worden.

Am 13. Oktober 2006 richtete die ARGE WP E... folgendes Telefax an die Bauservice F. (Schreiben vom 10.07.2018, Beilage a112):

Betreff: Unterweisung Arbeitnehmer

Am Donnerstag den 19.10.2006 findet in dem Besprechungszimmer der Bauleitung um 11:00 Uhr die Unterweisung der Arbeitnehmer statt. Dieser Termin ist Ihrerseits verbindlich einzuhalten und müssen alle auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter daran teilnehmen. Die Unterweisung wird vom Baustellenkoordinator durchgeführt.

Wir benötigen für die Unterweisung bis Dienstag den 17.10.2006 eine Liste aller von Ihnen teilnehmenden Arbeiter welche den Namen und die SV-Nummer aufweist.

Am 16. Oktober 2006 wurde folgendes ***E*** - Telefax an die Bf. erstellt:

Betreff: BVH: Arge WP E... Unterweisung Arbeitnehmer

Betreffend BVH Arge WP E... übergeben wir Ihnen die Arbeitnehmerliste mit SV-Nummern. [...]

Diesbezüglich wurde vorgebracht:

Die beim BVH E... straße eingesetzten Mitarbeiter dieses Fremdleisters (***E***) mussten am 19.10.2006 an einer 'Unterweisung' verpflichtend teilnehmen. Das BFG wird noch Rechenschaft darüber ablegen müssen, warum es sich dazu - wiederum einseitig parteilich zu Gunsten des Finanzamtes - vollends ausschweigt.

Die unlesbare Unterschrift auf dem Telefax weist keine Ähnlichkeit mit der gänzlich lesbaren Unterschrift laut Musterfirmazeichnungserklärung (und der Jahre zurückliegend abgegebenen Unterschrift laut Reisepass) auf.

Die Telefax-Nachricht weist von 8 Arbeitnehmern 7 Eisenbieger aus, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind und wurden 6 dieser Eisenbieger 3 Tage vor ihrer Anmeldung bei der GKK als Dienstnehmer der ***E*** bei der ***D*** abgemeldet sowie einen weiteren Dienstnehmer, Djokic S., - mit einer Anmeldungskette:

C : 03.04.2006 bis 09.06.2006

D : 12.06.2006 bis 31.08.2006

E : 16.10.2006 bis 30.11.2006 und

- war er auf der Lohnauszahlungsliste September 2006 der Bf. mit 16 Stunden erfasst (vgl. oben ***D***).

Die gleichen Umstände waren bei jenen GmbHs, betreffend die Unterlagen mit Namensnennungen vorgelegt wurden, der ***F***, ***H***, ***I***, ***J*** und ***L***, gegeben. Auf die diesbezüglichen Ausführungen unter ***F***, ***H*** usw. wird verwiesen.

Betreffend ***19*** E. wird auf die obigen Ausführungen unter ***B***, Pkt. 12., betreffend ***31*** M. unter ***D***, Pkt. 12. und 13., betreffend Cakir M. unter ***D***, Pkt. 12. und 13., betreffend ***20*** J. unter ***C*** Pkt. 10. und betreffend ***30*** unter ***D***, Pkt. 12. verwiesen.

Am 24. Oktober 2006 richtete die Fa. ***6*** folgendes Telefax an die Bauservice (Schreiben vom 17. Jänner 2018, Beilage ./q):

Betreff: ARGE WP ***

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bei der heutigen Begehung mit unserer Sicherheitsfachkraft mussten wir leider zum wiederholten Male feststellen, dass Ihr Personal die Helmtragepflicht auf der Baustelle nicht einhält.

Diesbezüglich fand auch am 19.10.2006 eine Unterweisung aller Arbeiter auf der Baustelle durch den Baustellenkoordinator Hr. Bmstr. statt.

Wir fordern Sie auf Ihr Personal dahingehend nochmals zu unterweisen, dass die persönliche Schutzausrüstung unbedingt zu tragen ist. Sollten Sie unserer Aufforderung nicht nachkommen, werden wir die betreffenden Personen der Baustelle verweisen.

Am 25. Oktober 2006 richtete die Bauservice F. folgendes Telefax an Hr. B. (Geschäftsführer der Bf.) (Schreiben vom 17. Jänner 2018, Beilage ./r):

Helmtragepflicht

Sehr geehrter Herr B... (Geschäftsführer der Bf.)!

Anbei sende ich Ihnen ein Schreiben der ARGE UTH/***6*** vom 24.10.2006 die Baustelle WP *** betreffend.

Wie Sie daraus entnehmen können, wurden abermals Ihrer Arbeiter ohne Schutzhelm angetroffen.

Bitte um nochmalige und sofortige Unterweisung Ihrer Arbeiter was das Tragen der persönlichen Schutzausrüstung betrifft.

Sollten uns aus diesem Titel Kosten entstehen, sehen wir uns gezwungen, diese und sämtliche daraus resultierenden Folgekosten an Sie weiterzuleiten.

Wir erbitten eine rasche Abhandlung.

Am 30. Oktober 2006 wurde von der Bf. folgende Telefax-Nachricht angefertigt (Schreiben vom 17. Jänner 2018, Beilage ./s):

Senden an ***E*** Handels GmbH Von: B... (Nachname des Geschäftsführers der Bf.)

Betreff: WP ***/Helmtragepflicht

Sehr geehrte Damen und Herren!

Anbei übersenden wir Ihnen ein Schreiben der ARGE UTH/***6*** vom 24.10.2006 die Baustelle WP *** betreffend.

Wie Sie daraus entnehmen können wurden abermals Ihrer Arbeiter ohne Schutzhelm angetroffen.

Bitte um nochmalige und sofortige Unterweisung Ihrer Arbeiter was das Tragen der persönlichen Schutzausrüstung betrifft.

Sollten uns aus diesem Titel Kosten entstehen, sehen wir uns gezwungen, diese und sämtliche daraus resultierenden Folgekosten an Sie weiterzuleiten.

Wir erbitten eine rasche Abhandlung.

Am 06. November 2006 wurde von der Bf. folgende Telefax-Nachricht angefertigt (Schreiben vom 17. Jänner 2018, Beilage ./p):

Senden an ***E*** Handels GmbH Von: B... (Nachname des Geschäftsführers der Bf.)

Betreff: div. Bauvorhaben

Wir geben Ihnen folgende Bauvorhaben bekannt, die Sie angefangen haben:

1030 Wien, Sch...gasse - Fa. ***6*** Verlegegewicht: 13 Tonnen

1110 Wien, Tr...strasse - Fa. ***6*** Verlegegewicht: 28 Tonnen

1150 Wien, Br...gasse - Fa. ***6*** Verlegegewicht: 30 Tonnen

Preise: Laut Vertrag

Wurden die Eisenbieger lediglich pro forma bei der ***E*** angemeldet und von der Bf. entlohnt (vgl. die unten folgenden Erwägungen), wurden diese Unterlagen aus demselben Grund wie das Anbotsschreiben (dazu vgl. oben), die Auftragsbestätigungen und der Bauvertrag angefertigt.

Am 24. November 2006 übermittelte das Finanzamt Wien 4/5/10, Team SEG, folgendes FAX an die Bf.: Bescheid - Pfändung einer Geldforderung (Schreiben vom 17. Jänner 2018, Beilage ./n):

Finanzamt Wien ...

[darunter der handschriftliche Vermerk:] Original per Post !

Firma

(Name und Anschrift der Bf.)

Bescheid - Pfändung einer Geldforderung

Firma ***E*** Handels GmbH (Anschrift) schuldet Abgaben einschließlich Nebengebühren in Höhe von 17.726,42 €.

Wegen dieses Gesamtbetrages werden die aus nachstehend angeführten Rechtsverhältnissen dem Abgabenschuldner angeblich gegen Sie zustehenden Forderungen in unbekannter Höhe gepfändet.

Betreffend diesen Bescheid wurde vorgebracht:

Der Bescheid - Pfändung einer Geldforderung vom 16.11.2006 beweist schlüssig, dass ***E*** gegen die Bf. eine Leistungsforderung gehabt hat, auf die das Finanzamt zur Durchsetzung eigener Ansprüche zugegriffen hat.

Vorweg wird auf die obigen Ausführungen betreffend die Pfändung einer Geldforderung bezüglich der ***D*** verwiesen: Auf Grund der Vorgänge bei der ***D*** konnte keine Rede davon sein, dass der Bescheid - Pfändung einer Geldforderung ein operatives Tun von ***D*** für die Bf. indiziert.

Der Bescheid wurde mittels FAX am 24. November 2006, 08:35 Uhr, von der Finanzverwaltung an die Bf. übermittelt.

Auf dem Bescheid wurde oberhalb des Empfängers vermerkt: Original per Post!

Wann das Original per Post bei der Bf. einlangte, ist nicht aktenkundig.

Aktenkundig ist hingegen:

Am 01. Dezember 2006, 08:48 Uhr, wurde eine Inlandsüberweisung, Eilauftrag vorgenommen:

Institut Bank Austria Creditanstalt

Auftraggeberdaten

Kontonummer 08...

Name (Bf.)

Empfänger

Name ***E*** Handels GmbH

Kontonummer 000921... Bankleitzahl ...

Verwendungszweck Restbetrag 11/06 Re.Nr.: 0120-0140 vom 20.11.2006

Überweisungsdaten

Betrag 41.871,83 EUR

Diese Überweisung scheint auf dem Lieferantenkonto ***E*** Hds GmbH (Konto 33010) aus ACL-Daten 2006 auf:

Datum	Konto	GKonto	BK	Soll	Haben
...					
20.11.2006	33010	5800	DV 186	0,00	3.150,32
21.11.2006	33010	2841	CA 169	50.000,00	0,00
01.12.2006	33010	2841	CA 174	41.871,83	0,00
[Saldo]				215.118,28	215.118,28

Am Tag der Überweisung wurden, abgesehen von einem Dienstnehmer, die/alle oben unter Pkt. 5. angeführten Dienstnehmer, die nicht am Vortag oder bspw. Mitte November 2006 abgemeldet worden sind, bei der ***E*** bei der GKK abgemeldet (und bezogen von den Dienstnehmern laut der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 eine Reihe dieser Dienstnehmer Arbeitslosenbezüge bzw. wurde bei der ***F*** bei der GKK angemeldet (vgl. unten ***F***).

Wie die am 01. Dezember 2006 vorgenommene Überweisung auf das ***E*** -Bankkonto (und die o.a. Buchungen auf dem ***E*** - Finanzamtskonto zeigen), hatte der Bescheid - Pfändung einer Geldforderung keine Wirkung entfaltet. Dieser Umstand ist jedoch nicht der wesentliche Punkt, dieser ist vielmehr folgender:

Hatte das Finanzamt bei Erlassen des Pfändungsbescheides keine Kenntnis darüber, dass die ***E*** von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt worden ist, ging das Finanzamt von der in Wahrheit nicht zutreffenden Voraussetzung aus, dass die ***E*** gegen die Bf. eine Leistungsforderung hat.

Am 31. Oktober, 03. November 2006 usw. wurden Regie-/Arbeitsberichte Bauservice F. erstellt (Schreiben vom 22. Jänner 2018, Beilage t, u):

[wie die obigen Aufstellungen betreffend die ***A*** mit gleichen Inhalten]

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die Bauservice F.) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen erstellt wurden.

Das Schreiben vom 20. November 2006 hat folgenden Inhalt:

E Handels GmbH

Tel.: ... Fax: ...

Arbeitergasse 18/7a A - 1050 Wien

Datum: 20. November 2006

Anzahl der Seiten: 1

Bemerkung: A-conto

Betreff: A-conto Zahlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bitten Sie eine a conto Zahlung für LZR. Nov/2006 uns zu überweisen. Selbstverständlich sind wir für einen Abzug von 8 % Skonto Einferschanden.

Wir danken Ihnen da für im Voraus.

Hochachtungsvoll

[Stampiglie und Unterschrift]

Beim 20. November 2006 handelt es sich um den Tag der letzten (Bf.)Eingangsrechnung.

Die Drittschuldnererklärung vom 14. Dezember 2006 weist Folgendes aus (Schreiben vom 17. Jänner 2018, Beilage ./o):

Exekutionssache

Betreibende Partei Wiener GKK

Verpflichtete Partei ***E*** Handels GmbH

Drittschuldnererklärung

Anerkennen Sie die Forderung des Verpflichteten gegen Sie, die gepfändet wurde, als begründet?

[blank] ja x nein

Hat der Verpflichtete an Sie Anspruch auf Zahlung von Geld?

[blank] ja x nein

Haben Sie selbst Gegenforderungen an den Verpflichteten?

x ja [blank] nein

Welche (Rechtsgrund)?

Schadenersatz wegen Vertragsbruchs Höhe der Gegenforderungen [blank]

Kosten

Für die Abgabe dieser Erklärung begehre ich Kosten von 25 Euro inklusive MWSt.

Für die ... GmbH (Bf.)

Die Erklärung des Inhaltes, dass die Verpflichtete an die Bf. nicht Anspruch auf Zahlung von Geld hat, ist zwei Wochen nach der am 01. Dezember 2006 vorgenommenen (oben erörterten) Inlandsüberweisung, Eilauftrag, gelegen.

Bei der ***E*** handelt es sich um die 5. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die Feststellungen betreffend die davor und die danach eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Die Umstände, die darauf schließen lassen, dass die ***E*** Handels GmbH die in den ***E*** Handels GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen *von Anfang Oktober bis 20. November 2006 nicht erbracht hat, sind*

- ☐ dass die Unterzeichnung des Abtretungsvertrages (auf Grund dessen im Firmenbuch ein Ausländer als *Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen wurde*) *6 Tage vor der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes vorgenommen wurde,*

- ❓ dass die an den Ausländer abgetretene GmbH ein paar Monate vor der Abtretung errichtet worden war und bis zur Abtretung weitgehend inaktiv war - neben dem (mit 20 Wochenstunden angemeldeten) gewerberechtlichen Geschäftsführer 1 Arbeiter gemeldet hatte,
- ❓ dass der Abtretungsvertrag bezogen auf den Bauvertrag und die Auftragsbestätigungen 9 Tage zurücklag,
- ❓ dass es am 09. Oktober 2006 trotz der unter den Pkten. 1. und 3. angeführten Verhältnisse zu einem **explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK** kam - binnen 1 Tag von 12 Dienstnehmern (die zwei Wochen davor angemeldet wurden) auf 55 Dienstnehmer und für dieses 1 Monat ein Bruchteil der Abgaben gemeldet und entrichtet wurde, wodurch die Aufdeckung der *****E***** als Sozialbetrugsfirma hinausgeschoben werden konnte,
- ❓ dass die Unterschriften bspw. jene auf dem Bauvertrag, keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung aufweisen, was in Verbindung mit der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages und der *erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes 6 Tage davor belegt, dass im Firmenbuch ein Strohmann eingetragen wurde. Die weiteren Unterschriftsleistungen betreffend das Anbotsschreiben, den Bauvertrag, die Auftragsbestätigungen und das Schreiben betreffend Überweisung einer Akontozahlung nahm er nicht mehr vor. (vgl. die obigen Ausführungen unter Pkt. 7.).* Dieses Geschehen war auch bei zuvor eingeschaltet gewesenen GmbHs gegeben und wiederholte sich bei einer Reihe der danach eingeschalteten GmbHs.
Weisen die *Unterschriften* keine Ähnlichkeiten auf, bleibt bei der Einmann-GmbH *im Dunkeln*, wer die *Auftragsbestätigungen und den Bauvertrag* unterfertigte und damit, wer der wahre Machthaber war (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).
- ❓ **alle 18 Eisenbieger** laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, **die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***D*** abgemeldet worden sind, am 09. Oktober 2006 bei der GKK als Dienstnehmer der ***E*** angemeldet wurden, ein (1) bereits am 22. September 2006 abgemeldeter am 25. September 2006 bei der ***E*** angemeldet wurde.**
- ❓ dass sich betriebliche Organisation und Geschehen den einvernommenen Eisenbiegern gegenüber so darstellten, dass ihre Ansprechperson für alle Angelegenheiten der Vorarbeiter/Partieführer war und alle Angelegenheiten auf der Baustelle/im Baucontainer erledigt wurden und dem gewerberechtlichen Geschäftsführer, er war dies auch bei der *****G***** (vgl. unten), so, dass er sich an beide GmbHs nicht mehr erinnern und keine Auskunft geben konnte.

- ☐ *Betriebliche Organisation und Geschehen waren so aufgebaut, dass die einvernommenen Zeugen auf Grund der Organisation und des betrieblichen Geschehen keine Angaben zu machen imstande waren, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben.*
- ☐ dass die **Unterschrift** der Fertigung des Schreibens (seitens der ***E*** Handels GmbH) mit der Unterschrift auf der Auftragsbestätigung eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß aufweist, welches darauf hinweist, dass diese drei Unterschriften (dieses Schreiben, Auftragsbestätigung ***C*** Handels GmbH vom 10. April 2006, Auftragsbestätigung ***D*** Handels GmbH vom 12.06.2006) von derselben Person geleistet worden sind und war/en eine Person/en wie folgt tätig:
*Die Geschäftspapiere ***E*** Handels GmbH unterfertigende Person unterfertigte auch Geschäftspapiere ***C*** Handelsgesellschaft m.b.H. und ***D*** Handels GmbH.*
- ☐ dass die ***E*** - Rechnung Rechnungsnummer: 0120 *drei Merkmale beinhaltet, die auch die ***D*** -Rechnung, Rechnungsnummer: 509/2006, beinhaltet.*
 Dies darauf schließen:
 Die ***E*** - Rechnungen ausfertigende Person fertigte auch ***D*** HANDELS GmbH- und ***C*** - Rechnungen aus. Hinsichtlich der Einmann-GmbHs ***E*** Handels GmbH und ***D*** Handels GmbH, bei welchen im Dunkeln blieb, von wem die Geschäftspapiere unterfertigt wurden, bestand dadurch eine Kontinuität. Sind Passagen der Anbotsschreiben ***E*** Handels GmbH und ***D*** GmbH im oben angeführten Ausmaß ident, steht fest, dass dem Anfertigenden des ***E*** - Anbotsschreibens das ***D*** - Anbotsschreiben zur Verfügung stand und sich dieser Umstand beim ***G*** -und ***K*** - Anbotsschreiben fortsetzte.
 Dieser Umstand zeigt, dass die vier Anbotsschreiben der vier Einmann- GmbHs ***D*** GmbH, ***E*** Handels GmbH, ***G*** ***13*** GmbH und ***K*** Bau GesmbH, bei welchen allesamt weiters im Dunkeln blieb, von wem die Geschäftspapiere unterfertigt wurden, mittels Vorlageverwendung angefertigt wurden oder von einer Person veranlasst, durch das Zur-Verfügung-stellen der Vorlage, entstanden.

Wurden die Eisenbieger lediglich pro forma bei der ***E*** angemeldet und von der Bf. entlohnt, wurde das ***E*** - Telefax vom 16. Oktober 2006 *mit der unlesbaren, keine Ähnlichkeit mit der gänzlich lesbaren Unterschrift laut Musterfirmazeichnungserklärung (und der Jahre zurückliegend abgegebenen Unterschrift laut Reisepass) aufweisenden Unterschrift* aus demselben Grund wie das Anbotsschreiben (das im oben angeführten Ausmaß dem ***D*** - Anbotsschreiben gleicht; vgl. dazu oben), die Auftragsbestätigungen und der Bauvertrag (mit den oben angeführten Unterschriftsunterschieden) angefertigt.

Sind 7 der 8 im ***E*** - Telefax angeführten Arbeitnehmer auf einer Bauservice F./Bf.-Baustelle Eisenbieger, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind, bestätigt dies die Richtigkeit der die Bindung der Dienstnehmer an die Bf. dokumentierenden Anmeldungsketten. Auf die gleichen Umstände bei der ***F***, ***H***, ***I***, ***J*** und ***L*** wird verwiesen (vgl. unten ***F***, ***H***, ***I*** usw.).

Drei dieser Arbeitnehmer, ***19*** E., Cakir M. und ***20*** J. wurden einvernommen und sagten sie aus, dass nicht auf ihre Initiative/Betreiben die Anmeldungen bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs, u.a. der ***E***, erfolgten, vielmehr von Dienstgeberseite 'die Firmen getauscht' wurden, mit anderen Worten: die Dienstnehmer ohne ihr Zutun auf andere Firmen angemeldet wurden (vgl. die Aussagen ***19*** E.: Wenn eine Firma in Konkurs gegangen ist, hat der Vorarbeiter die neuen Papiere, die Anmeldungen auf die Baustelle mitgebracht. vgl. ***B***, Pkt. 12.), Cakir M. ('vom Chef der einen Firma zur anderen Firma weiter gegeben' und hatte eine Reihe von Unterschieden bei der Bf. einerseits und bei den anderen GmbHs, wie der ***E***, andererseits wahrgenommen; näheres vgl. oben ***D***, Pkt. 12.) und ***20*** J. (der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. hat die Firmen getauscht; näheres vgl. oben ***C***, Pkt. 10.). Betriebliche Organisation und Geschehen waren anders als bei der Bf., wie oben bereits festgehalten, so aufgebaut, dass die einvernommenen Zeugen auf Grund der Organisation und des betrieblichen Geschehen keine Angaben zu machen imstande waren, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 5. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH handelt es sich betreffend

- ***26*** im **14 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der ***E*** -Anmeldung um die **7. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 6 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben ***C*** und ***D***]

-- 02. November 2006: ***E***

- ***27*** im **12 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der ***E*** - Anmeldung um die **7. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 6 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben ***C***, ***D***]

-- 09. Oktober 2006: ***E***

- ***29*** im **12 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der ***E*** - Anmeldung um die **5. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 4 Anmeldungen ab 19. September 2005: vgl. oben ***C***, ***D***]

-- 09. Oktober 2006: ***E***

Özdemir N. wurde bei der ***E*** nicht bei der GKK angemeldet, er erhielt vom 18. Oktober

2006 bis 15. Jänner 2007 AMS-Bezüge, wurde am 16. Jänner 2007 bis 04. Mai 2007 bei der Bf. bei der GKK angemeldet und kehrte am 07. Mai 2007 mit der Anmeldung bei der ***G*** bei der GKK wieder ins Zumeldungskarussell zurück.

Die mit den Deckungsrechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten wurden von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren, von der Bf. entlohnt wurden und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH angemeldet waren, wie ***26***, ***27*** und ***29***, verrichtet.

Das oben (unter ***C***) erwogene **synchrone Ablaufen** des (GmbH)Einschaltens und der (GKK)Anmeldungen wird bei der ***E*** neben den oben angeführten Beispielen auch dadurch unter Beweis gestellt, dass **alle 18 Eisenbieger** laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, **die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***D*** abgemeldet worden sind, am 09. Oktober 2006 bei der GKK als Dienstnehmer der ***E*** angemeldet wurden, ein (1) bereits am 22. September 2006 abgemeldeter am 25. September 2006 bei der ***E*** angemeldet wurde** (vgl. den obigen Pkt. 5.).

Unterfertigte die ***E*** - Geschäftspapiere unterfertigende Person auch ***C*** - und ***D*** - Geschäftspapiere und wurden die vier Anbotschreiben der vier Einmann-GmbHs ***D*** GmbH, ***E*** Handels GmbH, ***G*** ***13*** GmbH und ***K*** Bau GesmbH (bei welchen allesamt weiters im Dunkeln blieb, von wem die Geschäftspapiere unterfertigt wurden,) mittels Vorlageverwendung angefertigt oder entstanden sie von einer Person veranlasst durch das Zur-Verfügung-stellen der Vorlage, und waren bei all diesen GmbHs die gleichen Verhältnisse - Eintragung von (für die Prüferin nicht greifbaren) Ausländern mit einem erstmalig jüngst eingetragenen inländischen Wohnsitz als Strohmänner (nur einer, I.S. Uruchov, hatte bereits länger einen inländischen Wohnsitz angemeldet) als Alleingesellschafter und -geschäftsführer substanzloser GmbHs mit dem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK usw. - gegeben, und wurde die unmittelbar davor eingeschaltet gewesene ***D*** nachgewiesenermaßen von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt, lassen diese Umstände darauf schließen, dass die ***D*** - Malversationen bei der nächsteingeschalteten ***E*** fortgesetzt wurden und die ***E*** (wie die unmittelbar davor eingeschaltet gewesene ***D***) von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt wurde.

6. ***F*** Handels GmbH

erste Eingangsrechnung: 04. Dezember 2006, letzte Eingangsrechnung: 28. Februar 2007

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der (am 03. August 2005 errichteten und am 13.

Dezember 2005 auf Grund des 4 Monate davor gestellten Antrages auf Neueintragung im Firmenbuch eingetragen) *****F*** Handels GmbH** wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ein Kroat, *****14*****, auf Grund eines **2 Tage nach erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages (am 17. März 2006) eingetragen.

Bei der Errichtung des Abtretungsvertrages wurde der gerichtlich zertifizierte Dolmetsch für die kroatische, bosnische und serbische Sprache Herr C. zugezogen (Notariatsakt/ Abtretungsvertrag).

Der gleiche Umstand war bei der *****H*****, *****I***** und *****K***** gegeben.

Am 16. März 2006 war bei der GKK bei der *****F***** *kein Dienstnehmer* gemeldet, am 01. Mai 2006 waren 8 Dienstnehmer gemeldet, am 01. Juni 2006 28 Dienstnehmer, am 01. Juli 2006 29 Dienstnehmer, am 01. August 2006 36 Dienstnehmer, am 01. Oktober 2006 29 Dienstnehmer, am 1. November 2006 38 Dienstnehmer und am **15. November 2006 39 Dienstnehmer**.

2.

In zeitlicher Nähe zur letzten *****E*** Handels GmbH**- Eingangsrechnung (vom 20. November 2006) wurde (am 30. Oktober 2006) ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten Eingangsrechnungen vom 04. Dezember 2006.

3.

Eine *Reihe von Eisenbiegern, die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***E*** am 04. Dezember 2006 abgemeldet worden sind, wurden bei der GKK als Dienstnehmer der ***F*** und der Bf. angemeldet. Im Jänner 2007* waren bei der GKK **58 Dienstnehmer** angemeldet, am **15. Februar 2007 72 Dienstnehmer**.

4.

- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Anbotes vom 27. Oktober 2006 (seitens der *****F*** Handels GmbH**) weist keine Ähnlichkeit mit den Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Bauvertrages (seitens der *****F*** Handels GmbH**), lesbar als ..od... An... weist keine Ähnlichkeit mit den Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag, lesbar als Yod... Anhan..., , ungelenlig und weit auseinander gezogene Buchstabenfolge, auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung dieses Schreibens (seitens der *****F*** Handels GmbH**), der Auftragsbestätigung, weist weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag noch mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag auf.

5.

Die mit

"Monat: Jänner 2007
ARBEITNEHMER

überschriebene Liste enthält Folgendes:

NAME	STD PRI	STD UKU	Unterschrift
		172	
		9	
		145	
		195	Unterschrift
		155	
		139	
		70	Unterschrift
		140	Unterschrift
		154	
		168	Unterschrift
		159	Unterschrift
		126	Unterschrift
		168	Unterschrift
		151	Unterschrift
		157	
		173	Unterschrift
		155	Unterschrift

143

146 Unterschrift

70 Unterschrift

130?

164

196 Unterschrift

210 Unterschrift

149

70 Unterschrift

77 Unterschrift

99 Unterschrift

131 Unterschrift

151

82 Unterschrift

145

70 Unterschrift

9 Unterschrift

139 Unterschrift

185 Unterschrift

131

118

153

156

154

159

9

136

16

22

94 Unterschrift

91 Unterschrift

Laut Versicherungsdatenauszug bzw. Abgabensinformationssystemabfrage waren im Jänner 2007 angemeldet wie folgt:

***: 09.01. bis 27.04.: Bf. (1)

: weder bei der ***F noch bei der Bf. angemeldet; mehrere Abbaz Yilmaz im Abgabensinformationssystem erfasst; Stundenanzahl: STD UKU 9

***: 08.01. bis 09.03.: Bf. (2)

***: 16.11.2006 bis 15.01.2007: AMS (Arbeitslosengeldbezug) 16.01. bis 04.05.: Bf. (3)

*** A.: 09.01. bis 30.04.: Bf. (4)

***: 09.01. bis 27.04.: Bf. (5)

***: 21.12.2006 bis 09.01.2007 und 17.01. bis 21.01.2007: Arbeitssuchend;

22.01. bis 28.03.: ***F***

: 12.12.2006 bis 07.01.2007: AMS, 08.01.2007 bis 28.03.2007: ***F ; davor: 04.12.2006 bis 07.12.2006: ***F*** ; davor: 09.10.2006 bis 01.12.2006: ***E*** ; davor 12.06.2006 bis 06.10.2006: ***D*** ; davor: 05.04.2006 bis 09.06.2006: ***C***

***: 01.12.2006 bis 08.01.2007: AMS, 09.01.2007 bis 16.02.2007: Bf. (6)

: 22.12.2006 bis 14.01.2007: AMS, 15.01.2007 bis 28.03.2007: ***F ; davor: 04.12.2006 bis 21.12.2006: ***F*** ; davor 09.10.2006 bis 01.12.2006: ***E***

: 22.12.2006 bis 14.01.2007: AMS, 15.01.2007 bis 28.03.2007: ***F

: 01.01. bis 14.01.: AMS; 15.01. bis 28.03.2007: ***F

***: 05.12.2006 bis 14.01.2007: AMS, 16.01.2007 bis 04.05.2007: Bf. (7)

: 01.01. bis 22.04.: AMS; ab 28.08.: ***H Bau

: 01.01. bis 11.02.: AMS; davor: 09.10. bis 11.12.2006: ***E ; davor: Bf.

: 22.12.2006 bis 07.01.2007: AMS, 08.01.2007 bis 30.03.2007: ***F ; davor:

04.12.2006 bis 21.12.2006: ***F*** ; davor: 09.10.2006 bis 01.12.2006: ***E*** ; davor
 17.06.2006 bis 06.10.2006: ***D*** ; davor: 03.04.2006 bis 16.06.2006: ***C***
 : 08.01. bis 28.03.: ***F
 ***: 08.01. bis 18.12.: Bf. (8)
 ***: 01.01. bis 11.02.: AMS (Notstandshilfe); ab 31.01.2008: Bf.
 : 01.01. bis 21.01.: AMS; 22.01. bis 28.03.: ***F
 ***: 08.01. bis 27.04.: Bf. (9)
 ***: 15.01. bis 20.07.: Bf. (10)
 ***: 16.01. bis 19.12.: Bf. (11)
 ***: 16.01. bis 21.12.: Bf. (12)
 ***: 01.01. bis 11.02.: AMS; danach 12.02. bis 27.04.: Bf.
 : 22.12.2006 bis 21.01.2007: AMS, 22.01.2007 bis 28.03.2007: ***F
 : 01.01. bis 11.02.: AMS; davor: 09.10. bis 15.11.: ***E ; danach 02.04. bis 26.04.:
 Bf.; ab 11.07.: ***H***
 ***: 01.01. bis 11.02.: AMS
 : 04.12.2006 bis 28.03.2007: ***F ; davor: 09.10.2006 bis 01.12.2006 ***E*** ; davor:
 12.06.2006 bis 06.10.2006: ***D*** ; davor: 06.03.2006 bis 09.06.2006: ***C*** ; davor: bis
 03.03.2006: ***B***
 ***: 10.01. bis 09.02.: Bf. (13)
 : 01.01. bis 14.01.: AMS; 15.01. bis 28.03.: ***F
 ***: 01.01. bis 07.01.: AMS; 08.01. bis 18.12.: Bf. (14)
 : 01.01. bis 21.01.: AMS; 22.01. bis 28.03.: ***F ; 02.04. bis 13.12.: Bf.
 : 26.01. bis 17.04.: AMS; davor: 03.07.2006 bis 13.10.2006: ***D ; ab 18.06.2007 bis
 06.07.2007: ***G***
 : 01.01. bis 15.01.: AMS; 16.01. bis 04.05.: Bf. (15); davor: 21.08. bis 13.10.: ***D ;
 danach: 07.05. bis 06.07. ***G*** ; danach ab 09.07. ***H***
 ***: 14.10.2006 bis 14.01.2007: AMS; 16.01. bis 26.04.: Bf. (16);
 ab 04.06. bis 29.06: ***G*** ; ab 21.08.: ***H***
 ***: 01.01. bis 14.01.: AMS; 15.01. bis 27.04.: Bf. (17); ab 28.04. bis 28.05.: AMS; 29.05. bis
 18.12.: Bf.; davor: 01.02.2006 bis 20.09.2006: Bf.
 : 01.01. bis 07.01.: AMS; 10.01. bis 09.02.: Bf. (18); danach: 11.06. bis 06.07.: ***G ; ab
 09.07.: ***H***
 ***: 01.01. bis 07.01.: AMS; 08.01. bis 13.12.: Bf. (19); davor: 01.02.2006 bis 19.12.2006: Bf.
 ***: 08.01. bis 19.12.: Bf. (20)
 ***: 01.01. bis 07.01.: AMS; 08.01. bis 19.12.: Bf. (21); davor: 16.01.2006 bis 20.12.2006: Bf.
 : 01.01. bis 14.01.: AMS; 15.01. bis 28.03.: ***F ; ab 02.04. bis 25.05.: Bf.; 29.05. bis
 04.07.: ***G*** ; davor: 04.12.2006 bis 21.12.2006: ***F*** ; davor: 09.10.2006
 bis 01.12.2006: ***E*** ; davor 28.08.2006 bis 06.10.2006: ***D***
 ***: 01.01. bis 25.02.: AMS
 : 01.01. bis 08.01.: AMS; 09.01. bis 30.04.: Bf. (22); davor: 06.11. bis 30.11.2006: ***E

***: 01.01. bis 28.01.: AMS; 29.01. bis 23.03.: Bf. (23)

***: 01.01. bis 14.01.: AMS; 11.01. bis 12.01. Bf. (24)

***: 16.10.2006 bis 11.01.2007: Arbeitssuchend, 01/2007: kein AMS-Bezug; davor:
21.08.2006 bis 13.10.2006: ***D***

: 01.01. bis 04.02.: AMS; davor: 09.10.2006 bis 10.10.2006: ***E

Betreffend die im **Jänner 2007** bei der ***F*** angemeldet und beim AMS gemeldet
gewesenen (nicht bei der Bf. angemeldet gewesenen) Personen beträgt die **Summe der
Stunden** (Monat-Summe der STD UKU) **2.564**.

Betreffend die im **Jänner 2007** bei der Bf. und beim AMS bzw. nur beim AMS gemeldet
gewesenen Personen ergibt sich Folgendes:

Name /Bf.-Meldung	AMS von - bis	STD UKU
	0101-0801	172
	0101-1501	195
	0101-0801	155
	0101-0801	139
	0101-0801	154
	0101-1401	168
	0101-3101	157
	0101-0701	143
	0101-3101	146
	0101-0701	130?
	0101-1401	164
	0101-1501	196
		210
	0101-3101	149

0101-3101	77
0101-3101	99
0101-0901	151
0101-0701	145
2601-3101	9
0101-1501	139
0101-1401	185
0101-1401	131
0101-0701	118
0101-0701	153
0101-0701	156
0101-0701	154
0101-3101	9
0101-0801	136
0101-2801	16
0101-1401	22
0101-1101	94
0101-3101	91

Betreffend die im Jänner 2007 a) bei der Bf. und beim AMS und b) nur beim AMS gemeldet
gewesenen Personen beträgt die Summe der Stunden, die über die GKK- Meldungen bei der
Bf. hinausgehen:

Name /Bf.-Meldung	AMS von - bis	STD UKU
-------------------	---------------	---------

0101-0801	0
0101-1501	65
0101-0801	0
0101-0801	0
0101-0801	0
0101-1401	56
0101-3101	157
0101-0701	0
0101-3101	146
0101-0701	0
0101-1401	45
0101-1501	65
	70
0101-3101	149
0101-3101	77
0101-3101	99
0101-0901	0
0101-0701	0
2601-3101	9
0101-1501	11
0101-1401	62
0101-1401	0

0101-0701	0
0101-0701	0
0101-0701	0
0101-0701	0
0101-3101	9
0101-0801	0
0101-2801	0
0101-1401	0
0101-1101	94
0101-3101	91
Summe der Stunden	1.196

* 195 Std. : 18 Arbeitstage vom 08.01. bis 31.01. = 10,83 Std./Tag
 6 Arbeitstage vom 08.01. bis 15.01. x 10,83 Std./Tag = 65 Std.

7.

Die am 19., 23. und 26. Jänner 2007 von der Bf. verbuchten *****F*** - Rechnungen**,
 Leistungszeitraum: **Jänner 2007** (davor waren im Jänner 2007 keine *****F*** - Rechnungen**
 verbucht worden), betrugen insgesamt **€ 111.187,18** (Lief.kto *****F*** Hdl's Ges (33011)** aus
 ACL-Daten 2007).

8.

*******, als Dienstnehmer der *****F***** laut Versicherungsdatenauszug angemeldet wie folgt:

04.12.2006 bis 21.12.2006: *****F*** GmbH**

15.01.2007 bis 30.03.2007: *****F*** GmbH**

29.05.2007 bis 04.07.2007: *****G*** GmbH**

03.09.2007 bis 23.11.2007: *****H*** Bau GmbH,**

befragt betreffend die *****F*** Handels GmbH, "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH,**

*****H*** Bau GmbH,** nahm den jeweiligen Firmenstandort (Büro, Adresse) dieser Firmen an
 der Anschrift der Bf. wahr und *war für ihn der Chef - der Ansprechpartner für Arbeitnehmer*

- *der Geschäftsführer der Bf.* Die Frage, wer die Anmeldung bei der WrGKK gemacht und sich um die Arbeitspapiere gekümmert hat, beantwortete Cengiz Cakir dahingehend, dass die Anmeldungen der Sohn des Geschäftsführers der Bf. gemacht hat. Er, Cengiz Cakir, brachte seine Unterlagen in das Büro mit und die weiteren Schritte machte dann der Sohn des Geschäftsführers der Bf. (Strafakt, Zeugenvernehmung vom 16.06.2012).

Der bei der ****F**** angemeldet gewesene Eisenbieger C. Cakir *nahm den jeweiligen Firmenstandort (Büro, Adresse) der ***F*** Handels GmbH an der Anschrift der Bf. wahr und war für ihn der Chef - der Ansprechpartner für Arbeitnehmer - der Geschäftsführer der Bf.* Um die Anmeldung bei der GKK kümmerte sich der Sohn des Geschäftsführers der Bf.

Slavko Vinkovic, befragt betreffend die ****F*** Handels GmbH, ***H*** Bau GmbH und ***I*** Bau- und HandelsgmbH*, hat nie ein Büro gesehen. Die Auszahlungen erfolgten auf der Baustelle. Er hat niemals eine Sekretärin gesehen. Die Männer, die die Unterlagen für die Verrechnung abholten und jene, die das Geld brachten, waren immer andere Personen. Die Frage, wie und durch wen die Lohnauszahlung erfolgte, beantwortete er wie folgt: Es kam immer ein anderer Mann auf die Baustelle und übergab uns das Geld. Das Geld wurde in einem Kuvert übergeben. Der Lohn wurde aber auch ab und zu durch den Vorarbeiter übergeben. Der hat es für den anderen gemacht. Ab und zu musste ich einen rosa Zettel unterschreiben. Die Fragen: Wer kontrollierte die Baustellen? Wer war Polier? Wer gab auf den Baustellen die Anweisungen? beantwortete er wie folgt: Es war der Polier oder der Vorarbeiter zuständig.

Der bei der ****F**** angemeldet gewesene Eisenbieger S. Vinkovic hat *nie ein Büro der ***F*** Handels GmbH gesehen* und erfolgten die Auszahlungen des Lohnes auf der Baustelle.

Er hat *niemals eine Sekretärin gesehen*.

Betreffend die Angaben der einvernommenen Eisenbieger [...] wird auf die obigen Ausführungen unter ****C**** und ****D**** verwiesen.

9.

Eine *steirische R. GmbH* richtete am 26. März 2007 folgendes Schreiben an die Steiermärkische Gebietskrankenkasse:

Betreff: Einspruch zum Schreiben vom 22.03.2007

w/nachträgliche Anmeldung zur Pflichtversicherung

Für die Baustelle ...straße ... Umbau ... Center wurde die Firma ****F*** Handels GmbH* als Subfirma für die Ausführung von Trockenbauarbeiten beauftragt. Die Firma beschäftigt gegenständliche Personen Herrn Masovic Dzismo und Herrn Risvanovic Rifad. Unser Ansprechpartner bei der Firma ****F*** Handels GmbH* ist Herr Masovic Dzismo.

Als Beweis haben wir Ihnen die bereits gestellte und bezahlte Rechnung der Subfirma beigelegt.

Die Rechnung an die steirische Firma R. vom 13. März 2007 wurde erstellt wie folgt:

**** Handels GmbH

A-1070 Wien
Steuernummer: 1...
UID ATU 6...

Fa.R...
(Anschrift und UID ATU 4...)

Rechnung:132

Bauvorhaben:(Ort in der Steiermark)
Leistungszeitraum:Februar 2007

Pos.01) GK-Wende schpachteln

2 230m ²	a 1,80 €	4 014,00 €
---------------------	----------	------------

Der Vergleich der im Rechenwerk der Bf. enthaltenen ***F*** Handels GmbH- Rechnung vom 23. Februar 2007 mit der an die an die steirische Firma R. gerichteten *** Handels GmbH- Rechnung vom 13. März 2007 zeigt Folgendes:

- ☐ gänzlich anderes Layout (anderer Rechnungskopf und Abrechnungsteil)
- ☐ unterschiedliche Bezeichnung:
F Handels GmbH - *** Handels GmbH
- ☐ Rechnungsdatum 23.02. mit RECHNUNG-NR: 282
- ☐ späteres Rechnungsdatum 13.03. mit niedrigerer Rechnung[snummer]:132
- ☐ andere Leistungsart:
Rechnungsdatum 23.02.: Eisenbiegerarbeiten
Rechnungsdatum 13.03.: Gipskartonwände spachteln
- ☐ anderer örtlicher Einsatzbereich:
Rechnungsdatum 23.02.: Wiener Bereich
Rechnungsdatum 13.03.: Steiermark

10.

*An einem Tag, am 28. März 2007, wurden, abgesehen von drei Dienstnehmern, die 5 Tage und einem Dienstnehmer, der 5 Wochen davor abgemeldet worden sind, sämtliche Dienstnehmer der Aufstellung GKK- Anmeldungen 2006 bis 2009, die bei der ***F*** bei der GKK angemeldet waren, abgemeldet.*

11.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt ca. *drei Monate*.

12.

Der Konkurs wurde *1 Monat* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit*.

13.

Der inländische Wohnsitz wurde ca. *2 Monate* nach Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 24. Jänner 2006 erging vom Finanzamt Wien 6/7/15 an die ***F*** Handels GmbH folgender Bescheid über die Erteilung der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: Gemäß Art. 28 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes 1994 (UStG 1994) idF des 2. Abgabenänderungsgesetzes 2002 (AbgÄG 2002) wird Ihnen folgende Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt: ATU*** (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a35). Wurde die ***F*** erwiesenermaßen als Sozialbetrugsfirma eingeschaltet (vgl. die oben angeführten Umstände und die unten folgenden Erwägungen), kann dem Umstand, dass ihr eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt worden ist, eine wesentliche Bedeutung nicht beigemessen werden.

Am 14. September 2006 bescheinigte das Finanzamt Wien 6/7/15 der ***F*** Handels Ges.m.b.H., dass gegen sie gegenwärtig keine Abgabenforderungen. Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei MA 20 (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a36).

Bei dieser Bescheinigung handelte es sich unter Bedachtnahme auf die erste Eingangsrechnung: 04. Dezember 2006 nicht um eine zeitnah erstellte.

Die (mit Schreiben vom 7. Februar 2018 vorgelegte) Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***F*** Handels hat folgenden Inhalt (Beilage a 37):

Wiener Gebietskrankenkasse - Wien, 30.10.2006

Betrifft: Unbedenklichkeitsbescheinigung

Es wird bescheinigt, dass Sie [die ***F*** HANDELS GMBH] der Verpflichtung zur Bezahlung

der Sozialversicherungsbeiträge ... nachkommen. ...

Das Beitragskonto besteht erst seit April 2006.

Derzeit sind 12 Dienstnehmer gemeldet.

Diese Bescheinigung steht nicht im Einklang mit der Versicherungsdatenauskunft:

Bei der ***F*** waren - Stichtag 30. Oktober 2006 (und auch in der Woche davor) -
41 Dienstnehmer angemeldet.

Die Rechnung, RECHNUNG- NR.: 132/2006, vom 24. November 2006 hat folgenden Inhalt
(Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a42):

Bauvorhaben: ***gasse LZR: Nov.06

Stabstahl Verr. lt. Plan	4.461,20 kg	€ 0,232	€ 1.035,00
BSTG schneiden			€ 44,50
Stabstahl	3.370,00 kg	€ 0,195	€ 657,15
		Gesamt:	1.736,65

[Regie/Arbeitsberichte: wie obige Aufstellungen betreffend die ***B*** mit gleichen
Inhalten]

Am 01. Dezember 2006 wurden Auftragsbestätigungen wie folgt angefertigt (Schreiben vom
7. Februar 2018, Beilage a31 a32): ...

BVH: WP *** bzw.

BVH: MS ***

Die mit **Bauservice überschriebene** Aufstellung beinhaltet folgende Angaben (Schreiben vom
7. Februar 2018, Beilage a41):

Nr.	Datum	Name	Brutto
145	04.12.2006	***F*** Handels GmbH	10.670,62
146	04.12.2006	***F*** Handels GmbH	9.542,40
...			
165	04.12.2006	***F*** Handels GmbH	2.788,66
			60.395,89

- 5 % Skonto	3.019,78
	57.376,10
- A Conto	45.000,00
	12.376,10
- GGR	11.902,10

Diesbezüglich wird vorgebracht: Diese Aufstellung indiziert ein Tätigwerden dieses Fremdleisters auch für F... (Bauservice F.).

Auf die unten folgenden Erwägungen wird verwiesen.

Am 19. Dezember 2006 wurden Auftragsbestätigungen wie folgt angefertigt (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a33 a34): ...

BVH: 1020 Wien bzw.

BVH: 1200 Wien

Am 06. Februar 2007 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 10.07.2018, Beilage a107):

Senden an: I. (Baustahl)

Betreff: Anmeldungen BVH: M... Gasse Fa. St...

In der Anlage übersenden wir Ihnen die WGKK-Anmeldungen jener Arbeitnehmer unseres Sub-Unternehmens Fa. ***F*** Handels GmbH, die ab morgen den 07.02.2007 auf o.a. BVH im Einsatz sind.

Die beigelegten Anmeldungen weisen unter der Rubrik 'Beschaeftigt ab:' folgende Datumsangaben und Anmeldungen aus:

08.01.2007: [...]

15.01.2007: [...]

Von den vorgelegten 5 GKK-Anmeldungen entfallen *alle* 5 auf Arbeiter

- die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind und

- die 3 Tage vor ihrer Anmeldung bei der GKK als Dienstnehmer der ***F*** bei der ***E*** abgemeldet worden sind.

Betreffend ***20*** J. wird auf die obigen Ausführungen unter ***C*** Pkt. 10.,

betreffend *** unter ***D***, Pkt. 12. und 13.,

betreffend *** unter ***D***, Pkt. 12. und 13.,

betreffend *** unter (***F***) Pkt. 8. und
betreffend *** unter ***D***, Pkt. 12. verwiesen.

Am 14. Februar 2007 übermittelte die Bf. Ing. Lat... und der I. Baustahl die WGKK-Anmeldung des Baumeisters der ***F*** Handels GmbH (Schreiben vom 10.07.2018, Beilage a108). Die Beilage weist K. Wollner, einen Monatslohn Brutto iHv € 1.000,00 und 20 Stunden pro Woche aus.

Am 22. Februar 2007 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a43)

Senden an: ***F*** Handels GmbH Von: B... (Geschäftsführer der Bf.)

Wir bitten um Zusendung der Anmeldungen folgender Dienstnehmer, die auf unseren Baustellen beschäftigt sind:

BVH: 1200 Wien

[...]

BVH: 1230 Wien

[...]

BVH: Diverse Baustellen:

[...]

Bitte schicken Sie uns eine Unbedenklichkeitsbescheinigung von der zuständigen Krankenkassa.

Auf die obigen Ausführungen betreffend die Telefax-Nachricht wird verwiesen.

Das Telefax-Deckblatt der ***F*** Handels GmbH vom 22. Februar 2007 beinhaltet Folgendes (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a44):

AN: Geschäftsleitung (Bf.) VON: Herr ***14***

In der Beilage übersenden wir Ihnen die gewünschten Anmeldungen und teilen Ihnen mit, dass wir um eine aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung angesucht haben und sobald diese eintrifft werden wir sie umgehend an Sie weiterleiten.

[Stampiglie und Unterschrift: wie: 'Sad']

Die Unterschrift auf dem Telefax-Deckblatt weist keine Ähnlichkeit mit allen anderen "14"-Unterschriften auf.

Am 16. März 2007 fertigte die Bf. folgende Rechnungsberichtigung aus (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a38):

... wir haben folgende Rechnungskorrekturen vorgenommen:

Rechnung Nr.: 291 vom 28.02.2007 von € 2.484,00 auf € 2.294,63

Die Beilage zur Re.Nr.: 1109 vom 23. Februar 2007 mit der FAX-Kennung: 15-Mär-2007 08:03 Bauservice F... GmbH enthält Folgendes (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a38):

BVH ***

Abzug für Doppelverr. von Pl. 82.01 in Re. 1107 und 1093 abgegolten - Abzug Summe
€ 189,37

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die Bauservice F.) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen erstellt wurden bzw. seitens der Bauservice F. veranlasste Rechnungskorrekturen erfolgten.

Bei der *****F***** handelt es sich um die 6. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die Ausführungen betreffend die davor und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Bei der Einmann-GmbH, als deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Kroat in Firmenbuch eingetragen wurde, der 2 Tage zuvor *erstmalig einen inländischen Wohnsitz angemeldet hatte*, blieb **im Dunkeln, wer** das Anbotsschreiben, den Bauvertrag und die Auftragsbestätigung (mit keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag aufweisenden Unterschriften) **unterfertigte** (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs). Ein derartiges Geschehen lässt im Übrigen - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor eingeschaltet gewesenen GmbHs - außerdem den Schluss zu, dass *****14***** von (einer) im Dunkeln gebliebenen Person(en) als Strohmann eingesetzt worden ist, erfolgte doch die Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer **zwei Tage** nach der **erstmaligen** Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes. Seine Funktion als Strohmann nahm er bei Unterfertigung des Abtretungsvertrages und der Musterfirmazeichnungserklärung wahr, *die weiteren Unterschriftsleistungen betreffend das Anbotsschreiben, den Bauvertrag und die Auftragsbestätigung nahm er nicht mehr vor.*

Die mit "Monat: Jänner 2007 ARBEITNEHMER" überschriebene Liste ("**Auszahlungslisten**") beinhaltet Namen mit Unterschriften und Namen ohne Unterschriften,
- von 12 Personen, die als Dienstnehmer bei der *****F***** Handels GmbH (welche GmbH die in diesem Zeitraum eingeschaltete war) angemeldet waren und
- von 24 Personen, die als Dienstnehmer bei der Bf. angemeldet waren und
- von Personen, die arbeitslos gemeldet waren.

*Die Auszahlungsliste beinhaltet **alle** als Dienstnehmer bei der Bf. angemeldeten Arbeiter laut Versicherungsdatenauszug* (nicht die drei Angestellten und V. Kosuta, der vom 18. Oktober 2006 bis 29. März 2007 Krankengeld bezog).

Auf diesen Umstand der in einer (1) Auszahlungsliste beinhalteten Dienstnehmer, ein Teil angemeldet bei der *****F*****, ein Teil bei der Bf. - der in gleicher Weise bei den Auszahlungslisten Monat: September und Monat: Oktober gegeben ist - gründet sich die Folgerung der Prüferin, wonach aus den vom Anzeiger vorgelegten Auszahlungslisten der Bf.

"nachvollziehbar ist, dass offensichtlich Arbeiter entlohnt wurden, die offiziell bei div. Fremdleistern angemeldet waren".

Die Eintragungen in die Liste weisen - wie der Vergleich mit den Anmeldungen laut Versicherungsdatenauszug bzw. Abgabensinformationssystemabfrage zeigt - *ausschließlich* Namen solcher Personen aus, die im betreffenden Monat entweder bei der ***F*** Handels GmbH oder bei der Bf. angemeldet oder arbeitslos gemeldet waren. Betreffend niedrige STD (Stunden)-Angaben zeigt der (beispielhaft angeführte) Vergleich, dass betreffend diese Personen für Teile des Monats AMS-Meldungen/Bezüge gegeben waren:

Name	STD	Meldungen / Bezüge
29	145	AMS: 01.01.-07.01. Bf.: 08.01.-09.03.
Bekiri D.	70	AMS: 01.01.-09.01. AMS: 17.01.-21.01.
27	154	AMS: 01.01.-08.01. Bf.: 09.01.-16.02.
20 J.	140	AMS: 01.01.-07.01. ***F*** : 08.01.-28.03.
Dzankovic M.	70	AMS: 01.01.-21.01. ***F*** : 22.01.-28.03.
Habibovic R.	70	AMS: 01.01.-21.01. ***F*** : 22.01.-28.03.

Diese Umstände erweisen das seitens der Bf. erstattete Vorbringen, der Bezug der Listen zur Bf. liege völlig im Dunkeln, ja stehe nicht einmal fest, ob die dort genannten Beträge überhaupt ausbezahlt worden sind, als nicht stichhältig.

Von zwei auf den Auszahlungslisten ausgewiesenen Eisenbiegern wurde bestätigt, dass es sich um ihre Unterschrift handelt.

Die bei der ***F*** u.a. im Jänner 2007 angemeldet gewesenen Eisenbieger [...] bestätigten, dass es sich bei der Unterschrift auf der Auszahlungsliste Jänner 2007 um ihre Unterschrift, jene des Schwiegervaters bzw. des Vorarbeiters handelt und damit die Richtigkeit der Auszahlungsliste.

Die einvernommenen und bei der ***F*** (und weiteren eingeschaltet gewesenen GmbHs) bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbieger: [...] sind *allesamt bei Anmeldung bei der ***F*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen.*

Auf Basis dieser Umstände besteht kein Grund, an der bereits von der Prüferin gezogenen Folgerung, wonach aus den vom Anzeiger vorgelegten Auszahlungslisten der Bf. "nachvollziehbar ist, dass offensichtlich Arbeiter entlohnt wurden, die offiziell bei div. Fremdleistern angemeldet waren", zu zweifeln.

Die mit "Monat: Jänner 2007 ARBEITNEHMER" überschriebene Liste weist 23 Eisenbieger der Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 aus.

Zur von der Bf. vorgelegten, oben auszugsweise wiedergegebenen mit **Bauservice überschriebenen** Aufstellung, wird ausgeführt:

Betreffend eine Reihe von bei der GKK bei der ***F*** angemeldeten **Dienstnehmern, die nicht in den Anmeldungsketten der Aufstellung: GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 ausgewiesen sind**, wurden - wie die bspw. angeführten ersten 8 Arbeiter des ***F*** - Versicherungsdatenauszugs zeigen - an das Finanzamt ***F*** - Lohnzettel 2006 wie folgt übermittelt:

Rizanaj D.	0106-2010 0611-2112
Sabic S.	0304-1512
Wochocz A.	1906-2206
Asllani I.	0304-0712
Celebic A.	1707-1711
Koc K.	1610-0311
Zukaj V.	1004-1906
Hasani M.	0106-2112

Waren bei der GKK bei der ***F*** im Dezember 2006 eine Reihe von Dienstnehmern angemeldet und wurden diese von der ***F*** entlohnt (und Lohnzettel an das Finanzamt übermittelt), ist mit Recht von einem Tätigwerden der ***F*** für die Bauservice F. im Dezember 2006 auszugehen.

Betreffend die Bf. stellten sich die Verhältnisse wie folgt dar:

Am 22. Jänner 2007 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a40)

Senden an: ***F*** Handels GmbH Von: B... (Geschäftsführer der Bf.)

Wir bitten um Zusendung der Anmeldungen folgender Dienstnehmer, die auf unseren Baustellen tätig sind:

[...]

Am 22. Jänner 2007 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 10. Juli 2018, Beilage a106)

Senden an: I... Baustahl

In der Anlage übersenden wir Ihnen die WGKK-Anmeldungen jener Arbeitnehmer der Fa. ***F*** Handels GmbH, die zurzeit für uns tätig sind. [Anmeldungen laut o.a. Nachricht]

Betreffend keinen der 11 in der vorgelegten Telefax-Nachricht angeführten Eisenbieger wurde an das Finanzamt ein *F*** - Lohnzettel 2007 übermittelt.**

Alle 11 in der vorgelegten Telefax-Nachricht angeführten Eisenbieger sind in der oben erörterten Auszahlungsliste "Monat: Jänner 2007" ausgewiesen:

: 01.01. bis 21.01.: AMS; 22.01. bis 28.03.: ***F

: 22.12.2006 bis 21.01.2007: AMS, 22.01.2007 bis 28.03.2007: ***F

: 21.12.2006 bis 09.01.2007 und 17.01. bis 21.01.2007: Arbeitssuchend; 22.01. bis 28.03.: ***F

: 01.01. bis 21.01.: AMS; 22.01. bis 28.03.: ***F ; 02.04. bis 13.12.: Bf.

: 22.12.2006 bis 14.01.2007: AMS, 15.01.2007 bis 28.03.2007: ***F ;

davor: 04.12.2006 bis 21.12.2006: ***F*** ; davor 09.10.2006 bis 01.12.2006: ***E***

: 22.12.2006 bis 14.01.2007: AMS, 15.01.2007 bis 28.03.2007: ***F

: 04.12.2006 bis 28.03.2007: ***F ; davor: 09.10.2006 bis 01.12.2006 ***E*** ; davor: 12.06.2006 bis 06.10.2006: ***D*** ; davor: 06.03.2006 bis 09.06.2006: ***C*** ; davor: bis 03.03.2006: ***B***

: 01.01. bis 14.01.: AMS; 15.01. bis 28.03.: ***F ; ab 02.04. bis 25.05.: Bf.; 29.05. bis 04.07.: ***G*** ; davor: 04.12.2006 bis 21.12.2006: ***F*** ; davor: 09.10.2006 bis 01.12.2006: ***E*** ; davor 28.08.2006 bis 06.10.2006: ***D***

: 01.01. bis 14.01.: AMS; 15.01. bis 28.03.: ***F

: 22.12.2006 bis 07.01.2007: AMS, 08.01.2007 bis 30.03.2007: ***F ; davor: 04.12.2006 bis 21.12.2006: ***F*** ; davor: 09.10.2006 bis 01.12.2006: ***E*** ; davor 17.06.2006 bis 06.10.2006: ***D*** ; davor: 03.04.2006 bis 16.06.2006: ***C***

: 12.12.2006 bis 07.01.2007: AMS, 08.01.2007 bis 28.03.2007: ***F ; davor:

04.12.2006 bis 07.12.2006: ***F*** ; davor: 09.10.2006 bis 01.12.2006: ***E*** ; davor
12.06.2006 bis 06.10.2006: ***D*** ; davor: 05.04.2006 bis 09.06.2006: ***C***

Die Eisenbieger wurden, wie oben ausgeführt, **von der Bf. entlohnt**, lediglich pro forma bei der ***F*** angemeldet. Demgemäß wurde die Unterlage: Telefax-Nachricht aus demselben Grund wie das Anbotsschreiben, die Auftragsbestätigungen und der Bauvertrag angefertigt.

Der Vergleich der Eisenbieger, die in den von der Bf. vorgelegten Telefax-Nachrichten ausgewiesen sind einerseits und jenen, die in der Beilage des BFG-Schreibens vom 27. Juni 2017: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 ausgewiesen sind andererseits ergibt Folgendes:

Name	in Aufstellung enthalten
	nicht enthalten
	ja
	nicht enthalten, aber: Bf.: 0204-0612 07 2201-1108 08 2411-1712 08 ***L*** : 0302-2702 09 Bf.: 0203-2108 09
	ja
	ja
	ja
	ja
	nicht enthalten, aber: Bf.: 0204-2109 07 0901-2502 08 Si.: 2710-0311 08
	ja
	ja
	ja

ja

ja

ja

nicht enthalten, aber:
im Jänner 2007 auf der Lohnauszahlungsliste Jänner
2007 der Bf. angeführt;
Arbeitslosengeldbezug
vom 011106-110207(vgl. oben)
F : 120207-220307

nicht enthalten, aber:
im Jänner 2007 bei AMS-Meldung auf der
Lohnauszahlungsliste Jänner 2007 der Bf. angeführt;
Notstandshilfe vom 011106-110207 (vgl. oben)
Bf.: 3001-0512 08
2001-1206 09

nicht enthalten, aber:
Bf.: 0204-2704 07
G : 2205-0607 07
H : 0907-2007 07

nicht enthalten, aber:
A : 0101-1301 06
Bf.: 1601-2701 06
E : 0611-0112 06
F: 0412-2112 06
Bf.: 0204-1912 07

nicht enthalten, aber:
Bf.: 1109-2009 06
E : 0910-0112 06
F: 0412-0612 06

ja

Die zwei Telefax-Nachrichten, die 20 auf Baustellen der Bf. im Februar 2007 tätige
Dienstnehmer namentlich anführen (11 waren laut Telefax ab 22. Jänner 2007 tätig), weisen

somit 19 Dienstnehmer mit Bindungen an die Bf. aus:

- 12 Dienstnehmer, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind,
- weitere 5 Dienstnehmer mit einer Anmeldungskette sowie
- zwei Dienstnehmer, die im Vormonat Jänner 2007 auf der Lohnauszahlungsliste der Bf. (trotz AMS- Meldung und Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe) ausgewiesen sind.

Auf die obigen Ausführungen zur *****D***** betreffend die mit **Bauservice überschriebene** Aufstellung (*****D*****) wird verwiesen.

Beträgt betreffend die in der Auszahlungsliste erfassten und im Jänner 2007

- bei der *****F***** angemeldet und beim AMS gemeldet gewesenen Personen die *Summe der Stunden* (Monat-Summe der STD UKU) *2.564 und*
- bei der Bf. und beim AMS bzw. nur beim AMS gemeldet gewesenen Personen die Summe der Stunden, die über die GKK- Meldungen bei der Bf. hinausgehen, 1.426 Stunden und belaufen sich die von der Bf. verbuchten *****F***** - Rechnungen, Leistungszeitraum: *Jänner 2007* auf € 111.187,18, errechnet sich (hinsichtlich der mit den Deckungsrechnungen im Betrag von € 111.187,18 'gedeckten' Eisenbiegearbeiten, die von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren, in (2.564 + 1.196 Stunden) 3.760 Stunden verrichtet wurden) ein **Stundenlohn** von (€ 111.187,18 : 3.760 Std =) **€ 29,57**.

Der Betrag in Höhe von € 111.187,18 geht somit über das Abdecken von *Bruttolohn-Zahlungen* an die im Jänner 2007

- bei der *****F***** angemeldet und beim AMS gemeldet gewesenen Personen und
- bei der Bf. in diesem Zeitraum entweder nicht gemeldet gewesenen Personen (wie Dilberovic A. und Dogan E.) oder erst im Laufe des Monats angemeldeten Personen (wie *****26***** und Coskuner N.)

hinaus (vgl. bspw. die *****F***** - Auftragsbestätigung vom 30. Oktober 2006: Regie € 23,-- per Std.).

Weisen 19 der 20 auf Baustellen der Bf. im Februar 2007 tätigen Dienstnehmer die oben angeführten, wenngleich unterschiedlich stark ausgeprägten Bindungen an die Bf. auf bzw. sind alle in der Telefax-Nachricht vom 06. Februar 2007 angeführten 5 Arbeitnehmer, 'die ab morgen den 07.02.2007 auf o.a. BVH (einer Baustahl I./Bf.- Baustelle) im Einsatz sind' Eisenbieger, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind, bestätigt dies die Richtigkeit der die Bindung der Dienstnehmer an die Bf. dokumentierenden Anmeldungsketten. Die gleichen Umstände waren bei jenen GmbHs, betreffend die Unterlagen mit Namensnennungen vorgelegt wurden, der *****E*****, *****H*****, *****I*****, *****J***** und *****L*****, gegeben. Auf die diesbezüglichen Ausführungen unter *****E*****, *****H***** usw. wird verwiesen.

Das oben unter ***C***, ***D*** und ***E*** erwogene **synchrone Ablaufen** des GmbH-Einschaltens und der GKK-Anmeldungen erfuhr im Zuge der Einschaltung der ***F*** insofern eine Änderung, als von den davor bei der ***E*** gemeldet gewesenen Dienstnehmern der Aufstellung GKK-Anmeldungen ein Teil bei der ***F*** und ein etwa gleich großer Teil bei der Bf. bei der GKK angemeldet wurde, welcher mit Anmeldungen bei der ***G*** bei der GKK wieder ins Zumeldungskarussell zurückkehrte.

Ergibt der Vergleich der ***F*** Handels GmbH- Rechnung vom 23. Februar 2007 mit der *** Handels GmbH- Rechnung vom 13. März 2007, gerichtet an die an die steirische Firma R., die obigen Unterschiede weist dies ebenfalls auf eine Sozialbetrugsfirma hin: Derartige formelle Unterschiede von Rechnungen und in den Rechnungen aufscheinende unterschiedliche Leistungen an unterschiedlichen Leistungsorten sind bei Zumeldungs-GmbHs ein typisches Merkmal.

Die **Zusammenschau der Feststellungen** betreffend die 6 im Jahr 2006 eingeschaltet gewesenen GmbH ergibt u.a.:

- ❑ ausländischer Alleingesellschafter und -geschäftsführer bei allen 6 GmbHs
- ❑ Zeitraum zwischen erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und Unterzeichnung des Abtretungsvertrages, der zur Eintragung als Gesellschafter-Geschäftsführer führte: 4 Wochen, 11 Tage, am selben Tag, 1 Jahr 3 Monate bzw. 1 Tag, 6 Tage, 2 Tage
- ❑ Substanzlosigkeit (auf Grund vorhandener Angaben im Abtretungsvertrag und in Vor-Bilanz) bei 2 GmbHs
- ❑ Unterschriftenfälschungen bei allen 6 GmbHs
- ❑ Aufgeben des inländischen Wohnsitzes bei allen 6 GmbHs
- ❑ Konkurs und amtswegige Löschung bei allen 6 GmbHs

Die ***F*** Handels GmbH hat die in den ***F*** Handels GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht.

Die ***F*** Handels GmbH (mit dem (für die Prüferin *nicht greifbaren*) *Ausländer ***14****, der im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der substanzlosen Einmann-GmbH *mit dem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* eingetragen war, von dem jedoch - wie beim Unterschriftenvergleich augenfällig zu sehen ist - weder das Anbot noch der Bauvertrag noch die Auftragsbestätigung unterfertigt wurde,) wurde von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt.

7. ***G*** ***13*** GmbH

erste Eingangsrechnung: 30. März 2007, letzte Eingangsrechnung: 29. Juni 2007

1.

Betreffend u.a. die ***G*** ***13*** GmbH als Subunternehmer erwog der unabhängige Finanzsenat in der Entscheidung vom 11.07.2013, RV/0243-W/13:

*Die BP traf in der oben vollständig wiedergegebenen Niederschrift über die Schlussbesprechung bzw. dem Bericht über das Ergebnis der Außenprüfung vom 20.9.2011 detaillierte Sachverhaltsfeststellungen. Danach bediente sich die M... Bau GmbH im streitgegenständlichen Zeitraum 2006 bis 2010 diverser Subfirmen, um Arbeiter für eigene Aufträge bei den jeweiligen Firmen anzumelden. Durch die Vielzahl der wechselnden Subfirmen und deren nachfolgenden Konkursen wurde seitens der BP ein "System" erkannt, um der M... Bau GmbH Lohnabgaben bzw. Sozialversicherungsbeiträge zu ersparen. In der Folge wurde von der BP hinsichtlich jeder einzelnen Subfirma dargestellt, dass es sich dabei in der Regel um Firmen mit jeweils einem Gesellschafter-Geschäftsführer handelte, die vorgeblichen Rechnungsbeträge ausschließlich bar bezahlt wurden, bald nach dieser verrechneten Leistungserbringung das Konkursverfahren über diese Subfirmen eröffnet wurde und der jeweilige Masseverwalter weder einen Geschäftsbetrieb an der Rechnungsanschrift feststellen, noch Kontakt mit dem im Firmenbuch eingetragenen Geschäftsführer aufnehmen konnte. Die einzelnen Subfirmen wurden im Firmenbuch in der Regel wegen Vermögenslosigkeit gelöscht (vgl. Feststellungen im BP-Bericht; lediglich die C... Bau e.U. ist noch im Firmenbuch eingetragen). Die BP konnte sich hinsichtlich dieser Feststellungen zum einen auf umfangreiches Material zu den jeweiligen Subfirmen stützen, insbesondere auf die Berichte der do. Masseverwalter, zum anderen auf die kriminalpolizeilichen Erhebungen betreffend die Beschuldigten K..., A..., O... etc. Darauf zog die BP die Schlussfolgerung, dass es sich bei den Eingangsrechnungen der F... Bau GmbH, B... Bau GmbH, "***G*** " ***13*** Reinigung GmbH, G... Handels GmbH, Z... Bau GmbH, V... Handels GmbH, T... Bau und Handels GmbH, L... Bau GmbH, "M... Bau GmbH, L... Handels GmbH, B... Bau- und HandelsgmbH, "L..." Bau- und HandelsgmbH, R... Bau GmbH bzw. K... GmbH, B... GmbH bzw. B... GmbH, L... Bauträger Projektmanagement GmbH sowie der C... Bau e.U. jeweils um "Deckungsrechnungen" handelte, um die eigenen Personalaufwendungen ("Schwarzarbeiter") abzudecken.*

2.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der (am 29. Juli 2005 errichteten) ***G*** ***13*** Reinigung GmbH wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ein Slowake, ***18***, auf Grund eines **2 Tage vor erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages im Firmenbuch (am 28. November 2006) eingetragen.

Der Abtretungsvertrag weist den **Abtretungspreis** in Höhe von **EUR 14.500** aus.

3.

Die ***G*** ***13*** Reinigung GmbH war, entsprechend dem Firmennamen und des im Firmenbuch eingetragenen Geschäftszweiges: Reinigungsgewerbe, als Reinigungsfirma gegründet worden. In der Folge wurde im Firmenbuch (auch nach Eintragung des F. ***18*** als Alleingesellschafter und -geschäftsführer) weder der Firmenname noch der Geschäftszweig geändert.

Keines der angefertigten Schriftstücke und die Stampiglie geben den Firmenwortlaut laut Firmenbuch und Musterfirmazeichnung wieder:

G ***13*** GmbH bzw. ***G*** ***13*** GMBH

statt

G ***13*** Reinigung GmbH.

In allen ab 26. Jänner 2007 angefertigten Schriftstücken und Stampiglie wurde der Firmenwortlaut-Bestandteil "Reinigung" *weggelassen*.

4.

Am 27. November 2006 war bei der ***G*** bei der GKK **kein Dienstnehmer** angemeldet.

5.

Am 07. Dezember 2006 wurde der gewerberechtliche Geschäftsführer angemeldet.

Der *gewerberechtliche Geschäftsführer* - er war dies auch bei der ***E*** Handels GmbH, befragt zu einer Reihe von Fragen, konnte sich betreffend die ***G*** nur mehr an einen oder zwei Termine mit einem Kunden erinnern. *Nach kurzer Zeit war die Firma* (in der Heiligenstädter Lände) *nicht mehr auffindbar und auch nicht telefonisch erreichbar*.

6.

Am 29. Jänner 2007 wurden die ersten Arbeiter angemeldet - 26 Dienstnehmer.

Am **1. April 2007** waren **64 Dienstnehmer** angemeldet, am **1. Mai 2007 80 Dienstnehmer**, am 1. Juni 2007 59 Dienstnehmer.

7.

3 Monate nach der Eintragung des F. ***18*** als Alleingesellschafter und -geschäftsführer wurde am 26. Februar 2007 ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 21 Eingangsrechnungen vom 30. März 2007 mit einem Betrag von insgesamt **€ 65.622,42**.

8.

Eine **Reihe von Eisenbiegern, die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der Bf. abgemeldet worden sind und davor bei der ***F*** angemeldet waren, wurde** am 07. Mai 2007 **bei der GKK als Dienstnehmer der ***G*** angemeldet**.

9.

- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Schreibens (seitens der ***G*** ***13*** GmbH), des Anbotes vom 26. Jänner 2007, weist weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag noch mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung dieses Schreibens (seitens der ***G*** ***13*** GmbH), des Bauvertrages, weist keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Kassa-Ausgangs (seitens der ***G*** ***13*** GmbH), zu lesen als Kopáčík, weist weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften des (Alleingesellschafter-Geschäftsführers) ***18*** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag, je zu lesen als ***, noch mit der Unterschrift laut Anbot, erkennbar nur der Anfangsbuchstabe: K..., auf; die Unterschrift auf dem Kassa-Ausgang und auf dem Bauvertrag weisen eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß auf, welches darauf hinweist, dass diese beiden Unterschriften von derselben Person geleistet worden sind und
- ☐ geben keines der angefertigten Schriftstücke und die Stampiglie den Firmenwortlaut laut Firmenbuch und Musterfirmazeichnung wieder: ***G*** ***13*** GmbH bzw. ***G*** ***13*** GMBH statt ***G*** ***13*** Reinigung GmbH.

Bei der Einmann-GmbH, als deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Kroat in Firmenbuch eingetragen wurde, der *2 Tage danach erstmalig einen inländischen Wohnsitz angemeldet hatte*, bleibt **im Dunkeln, wer** das Anbotsschreiben, den Bauvertrag und die Auftragsbestätigung (mit keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag aufweisenden Unterschriften) **unterfertigte** (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).

10.

Am 5. Juli 2007 wurde ein Beleg Kassa-Ausgang wie folgt angefertigt:

Ausgezahlt wurden an
G ***13*** GmbH

Kassa-Ausgang

1190 Wien

+ ... % MwSt. / EUR

Nr.

Gesamt EUR 91.539,36,-

EUR in Worten

Einundneunzigtausend...

von (Bf.)

für Re Nr.: 128-148

v. 29-06-2007

Wien, 05-07-2007

dankend erhalten

Stampiglie ***G*** ***13*** GmbH und Unterschrift

****18****

Die *Unterschrift* der Fertigung des Kassa-Ausgangs (seitens der ***G*** ***13*** GmbH) weist weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften des (Alleingesellschafter-Geschäftsführers) ***18*** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag noch mit der Unterschrift laut Anbot auf; die Unterschrift auf dem Kassa-Ausgang und auf dem Bauvertrag weisen eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß auf, welches darauf hinweist, dass diese beiden Unterschriften von derselben Person geleistet worden sind.

Von ***18***, der die Funktion als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der Einmann-GmbH hatte, wurde - wie beim Unterschriftenvergleich augenfällig zu sehen ist - weder das Anbot noch der Bauvertrag noch der Kassa-Ausgang (Empfangsbestätigung betreffend Barbetrag) unterfertigt.

11.

Betreffend die in den ***G*** - Rechnungen aufscheinenden Beträge in Höhe von insgesamt € 481.019,01 wurde, ausgenommen einen am 07. Mai 2007 überwiesenen Betrag in Höhe von € 66.648,77, der **Barzahlungsweg** gewählt.

12.

- ☐ Passagen des Anbotsschreiben der ***G*** ***13*** GmbH vom 26. Jänner 2007 sind ident den Passagen des Angebotes ***E*** Handels GmbH vom 26. September 2006 bzw. ***D*** HANDELS GmbH vom 7. Juni 2006. Das sinnstörende "an" im Text "Unsere Dienstleistungen umfassen Eisenverlegungsarbeiten, Maurerarbeiten, Zimmererarbeiten, Fassadenarbeiten, Sanierungen ... in unserem Unternehmen an" findet sich im Anbot ***D*** HANDELS GmbH wie folgt: "Wir bieten Eisenverlegungsarbeiten, Maurerarbeiten, Fassadenarbeiten, Sanierungen sowie alle anderen Bauarbeiten in unserem Unternehmen an." und

- ☐ das Anbotsschreiben ***G*** ***13*** GmbH und das Anbotsschreiben ***K*** GmbH sind, wie oben ausgeführt, Satz für Satz nahezu ident und beinhalten sie weiters idente Auffälligkeiten (das sinnstörende "an" im Text (vgl. oben und unten betreffend ***K*** GmbH) und das Ende des Anbotsschreibens mit:
Wir hoffen ... und verbleiben.
Mit freundlicher Hochachtung),

13.

Die einvernommenen (u.a. bei der ***G*** bei der GKK angemeldet gewesenen) Eisenbieger: [...] (deren Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse vom jeweiligen Vorarbeiter der Baustelle (im Baucontainer) in die Wege geleitet wurde)
- haben *nie ein Büro der ***G*** gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt.*
Einer von ihnen versuchte, Büros von den Firmen (***B***, ***D*** GmbH, "****G*** " ***13*** und ***I*** Bau- und HandelsgmbH) zu finden, teilweise während er noch dort beschäftigt war, teilweise auch später, weil es Probleme mit der Bezahlung gab. Er konnte die Büros aber nicht finden, die Adressen, die er von Bekannten bekommen hat, waren offensichtlich nicht richtig. Einer von ihnen (er war erstmalig vom 09.01.2008 bis 18.01.2008 bei der Bf. angemeldet) war nur um Büro der Bf.
- hatten *eine Sekretärin nicht wahrgenommen.*
- erhielten den Lohn vom Vorarbeiter/Partieführer bar ausbezahlt auf der Baustelle (im Baucontainer).

Ay K., befragt betreffend die ***D*** Handels GmbH, "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH, ***H*** Bau GmbH und ***I*** Bau- und HandelsgmbH, hat niemals Büros der Firmen ***I*** Bau- und HandelsgmbH, ***H*** Bau GmbH und ***D*** Handels GmbH gesehen und erlangte keine Kenntnis von einer Sekretärin. Auf den Baustellen gab der Vorarbeiter die Anweisungen. *Der Ansprechpartner für Arbeitnehmer - war in der Wahrnehmung des Ay K. der Geschäftsführer der Bf. und kümmerte sich dieser um die Anmeldung bei der Krankenkasse für die Firmen ***H*** Bau GmbH, "****G*** " ***13*** Reinigung GmbH und um die Arbeitspapiere, Ay K. musste weiter nichts machen als seinen Reisepass aushändigen, der kopiert wurde.*

Miroslav Maksimovic, befragt betreffend die "****G*** " ***13***, ***H*** Bau GmbH und ***I*** Bau- und HandelsgmbH, wusste nicht, wer Chef dieser Firmen war. Zur Firma ***G*** kam er über einen zwischenzeitlich verstorbenen ***21***. Ramovic hat sich um die Anmeldung bei der WGKK und die Arbeitspapiere gekümmert, er war Vorarbeiter und wechselten sie gemeinsam die Firmen. Er kannte nur den Ramovic, er wusste nicht wer dessen Chef war (betreffend E. Ramovic vgl. unten ***I***).

Esad Sadovic, befragt betreffend die "G" "13", H Bau GmbH und I Bau- und HandelsgmbH, war bei der I Bau- und HandelsgmbH in einem Büro, es war eine Wohnung. Von den anderen Firmen wusste er von den Standorten nichts.

Mirsad Stevic, befragt betreffend die "G" "13", H Bau GmbH und I Bau- und HandelsgmbH, war einmal im Büro der I Bau- und HandelsgmbH, es war im 14. Bezirk. Es war eine Wohnung. Das Gehalt wurde immer bar auf die Hand auf der Baustelle ausbezahlt. Er kannte die Chefs der Firmen nicht. Es kam zu Auszahlungen, wo der Vorarbeiter mittels Kuvert das Geld übergab. Es gab niemals Überweisungen auf das Konto.

Betreffend die Angaben der einvernommenen Eisenbieger [...], bei der G bei der GKK vom 21. Mai bis 29. Juni 2007 bzw. vom 29. Mai bis 04. Juli 2007 angemeldet (und davor und danach bei weiteren eingeschaltet gewesenen GmbHs), wird auf die obigen Ausführungen unter C bzw. D verwiesen.

14.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *drei Monate*.

15.

Der Konkurs wurde ca. *3 Monate* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit*.

16.

Der inländische Wohnsitz wurde ca. *2 Monate* nach Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 12. Jänner 2007 gab das Finanzamt Wien 4/5/10 der G 13 Reinigung GmbH die Steuernummer bekannt: * (Schreiben vom 7. Februar 2018).

Die Bekanntgabe war auf Grund der Verlegung der Geschäftsanschrift von 1100 Wien nach 1190 Wien laut dem Firmenbuchauszug mit dem Stichtag 18.1.2007 nicht mehr aktuell.

Am 12. Jänner 2007 wurde der G 13 Reinigung GmbH (Finanzamt Wien 4/5/10) die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer ATU* erteilt (Schreiben vom 7. Februar 2018).

Wurde die G erwiesenermaßen als Sozialbetrugsfirma eingeschaltet, kann dem Umstand, dass ihr eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt worden ist, eine wesentliche Bedeutung nicht beigemessen werden.

Der Firmenbuchauszug mit dem Stichtag 18.1.2007 (Schreiben vom 7. Februar 2018) weist folgende Geschäftsanschrift aus: *

Für den am 7. Dezember 2006 angemeldeten gewerberechtlchen Geschäftsführer war die Firma nach kurzer Zeit (in [zu ergänzen: der Nähe] der Heiligenstädter Lände) nicht mehr auffindbar und auch nicht telefonisch erreichbar.

Am 22. Jänner 2007 erging folgender Bescheid an die ***G*** ***13*** Reinigung GmbH an die Anschrift Laxenburger Straße 33/2 (Schreiben vom 7. Februar 2018):

Der Magistrat ... stellt fest, dass die Voraussetzungen für die Ausübung des Gewerbes 'Baumeister' im Standort Wien 10, Laxenburger Straße 33/2, durch die ***G*** ***13*** Reinigung GmbH ... vorliegen und genehmigt gleichzeitig die Bestellung des Herrn DI Karl Heinz Voitl ... zum Geschäftsführer bei Ausübung des Gewerbes.

Tag der Rechtskraft des Bescheides: 29. JÄN. 2007

Der Bescheid beinhaltet den Standort an jener Anschrift, die am 18. Jänner 2007 im Firmenbuch auf Grund des Antrages vom 12. Jänner 2007 bereits gelöscht war.

Am 01. Februar 2007 richtete die Wiener GKK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***G*** ***13*** Reinigung GmbH (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a48):

Die Wiener GKK bescheinigt, dass die ***G*** ***13*** Reinigung GmbH der Verpflichtung zur Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachkommt.

Das Beitragskonto besteht erst seit 7.12.2006.

Derzeit sind 21 *Dienstnehmer* gemeldet.

Laut Versicherungsdatenauskunft waren am 01. Februar 2007 bei der ***G*** bei der GKK 31 *Dienstnehmer* gemeldet. *Die Anmeldung der ersten Arbeiter, 26 Dienstnehmer, bei der ***G*** war jedoch erst am 29. Jänner 2007, also 3 Tage zuvor, erfolgt.*

Am 06. Februar 2007 gab das Finanzamt Wien 9/18/19 Klosterneuburg der ***G*** ***13*** Reinigung GmbH bekannt, dass das neu zuständige Finanzamt das Finanzamt Wien 9/18/19 Klosterneuburg unter der Steuernummer *** ist (Schreiben vom 7. Februar 2018).

Am 07. Februar 2007 wurde ein FAX wie folgt erstellt (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a46):

An: (Bf.) Von: Fa. ***G***

Betreff: Firmenunterlagen

Anbei senden wir Ihnen die Firmenunterlagen.

[Stampiglie und unleserliche Unterschrift]

Die Fertigung dieses FAX-Schreibens (seitens der ***G*** ***13*** GmbH) weist weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag noch mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag auf noch mit jenen auf dem Anbot.

Am 12. Februar 2007 stellte das Finanzamt Wien 9/18/19 Klosterneuburg folgende Bescheinigung aus (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a47):

Es wird bescheinigt, dass gegen ***G*** ***13***

Reinigung GmbH, Anschrift *gasse, gegenwärtig keine Abgabeforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei: ***6*** AG

Dieser Bescheinigung liegt der Umstand zugrunde, dass *die Anmeldung der ersten Arbeiter*, 26 Dienstnehmer, bei der ***G***, wie oben angeführt, erst am 29. Jänner 2007, also 14 Tage zuvor, erfolgt war.

Am 12. Februar 2007, 13:22 Uhr, erstellte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an die I. Baustahl (Schreiben vom 10.07.2018, Beilage a110):

Betreff: Bescheinigung FA

In der Anlage übersenden wir Ihnen die Bescheinigung vom Finanzamt sowie die Änderung der Steuernummer der Fa. ***G*** ***13***GmbH [das oben angeführte Schreiben vom 06.02.2007].

Diesbezüglich wurde vorgebracht:

Für die ***G*** gilt das bereits eingangs Gesagte: Jede einzelne von ihnen [somit auch die ***G***] war für I. (Baustahl) operativ tätig.

Am 12. Februar 2007, 16:43 Uhr, erstellte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an die I. Baustahl (Schreiben vom 10.07.2018, Beilage a109):

Betreff: Sub-Unternehmen

In der Anlage übersenden wir Ihnen den Vertrag mit dem Sub-Unternehmen ***G*** ***13*** GmbH und all ihre dazugehörigen Firmenunterlagen sowie vereinbarten Auftragsbestätigungen.

Ab heute auf unseren Baustellen beschäftigt:

2 Mann M... Gasse

2 Mann B...gasse

Die beigelegte Auftragsbestätigung/Lieferschein der Schalbau V. vom 06. Februar 2007 weist folgende Lieferung aus:

Artikel-Nr.: 63/Z30 Menge: 5000 ME lfm Bezeichnung: ZZ-Leisten 30 (1 PAL á 5000)

Artikel-Nr.: 63/30 Menge: 3600 ME lfm Bezeichnung: PVC-DRU-LEI 30 (1 PAL á 3600)

Am 6. März 2007 bestätigte das Magistratische Bezirksamt für den 19. Bezirk den Empfang der mit Wirkung vom 20. Februar 2007 erstatteten Anzeige betreffend die Verlegung des Betriebes des Gewerbes Baumeister nach Wien ***gasse (Bestätigung vom 06.03.2007). Auf die Angaben des gewerberechtlichen Geschäftsführers wird verwiesen.

Am 20. März 2007 stellte das Finanzamt Wien 9/18/19 Klosterneuburg folgende Bescheinigung aus (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a47):

Es wird bescheinigt, dass gegen ***G*** ***13***

Reinigung GmbH, Anschrift ***gasse, gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei: Bauservice F... GmbH

An Lohnsteuer wurden betreffend das Jahr 2007 für die Monate Jän. 2007, März 2007 (2 Meldungen) sowie April 2007 Beträge gemeldet. Für den Zeitraum Februar bis September 2007 wurden kein DB und DZ gemeldet. Für die Prüfung konnten außer einem Verzeichnis über Forderungsanmeldungen einiger Dienstnehmer keine Unterlagen vorgelegt werden (Bericht gem. § 150 BAO über das Ergebnis der Lohnsteuer-Außenprüfung bei der ***G***). Der am 20. März 2007 erstellten Bescheinigung liegt die Vorgangsweise des Nichteinreichens der Februarmeldung und Einreichen von zwei Märzmeldungen zugrunde.

Am 20. März 2007 bestätigte die BUAK der ***G*** ***13*** Reinigung GmbH, dass sie bis zum Verrechnungszeitraum 0701 - Fälligkeit 29.03.2007 - auf Basis der bislang gemeldeten und verrechneten Arbeitnehmerdaten keinen Zahlungsrückstand hat (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a49).

Dieser Bestätigung zum Verrechnungszeitraum Jänner 2007 liegt der Umstand zugrunde, dass *die Anmeldung der ersten Arbeiter*, 26 Dienstnehmer, bei der ***G*** , wie oben angeführt, erst am 29. Jänner 2007, also (im Jänner) in der Dauer von 3 Tagen, erfolgt war.

Am 14. Mai 2007 stellte das Finanzamt Wien 9/18/19 Klosterneuburg folgende Bescheinigung aus (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a47):

Es wird bescheinigt, dass gegen ***G*** ***13***

Reinigung GmbH, Anschrift ***gasse, gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei: Bauservice F... GmbH

Ins Treffen geführt wird, daraus folge schlüssig, dass ***G*** nicht nur für die Bf. sondern auch für andere Auftraggeber bzw. auf deren Baustellen tätig gewesen ist.

Wurde die Anmeldung der ersten Arbeiter, 26 Dienstnehmer, bei der ***G*** am 29. Jänner 2007 vorgenommen, der Bauvertrag 4 Wochen danach, am 26. Februar 2007, angefertigt und datieren die ersten 21 Eingangsrechnungen vom 30. März 2007, besteht kein Zweifel daran, dass die ***G*** auch mit anderen Firmen in Verbindung stand.

Auf die bezug habenden Ausführungen: ***D*** , Pkt. 13., und betreffend die mit Bauservice überschriebene Aufstellung wird verwiesen.

Wurden an Lohnsteuer betreffend das Jahr 2007 für die Monate Jän. 2007, März 2007 (2 Meldungen) sowie April 2007 Beträge gemeldet, für den Zeitraum Februar bis September 2007 kein DB und DZ gemeldet, wurde die Bescheinigung an die ***G*** zu Unrecht ausgestellt.

Am 25. Juni 2007 fertigte die Bf. folgende Rechnungsberichtigung aus (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a50):

... wir haben folgende Rechnungskorrekturen vorgenommen:

Rechnung Nr.: 121 vom 18.06.2007 von € 20.386,67 auf € 20.320,17

[und weitere drei Korrekturen]

Die Beilage zur Re.Nr.: 1235 vom 15. Juni 2007 mit der FAX-Kennung: 25-Jun-2007 12:07
 Bauservice F... GmbH enthält Folgendes (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a50):
 BVH ***

Abzug für Doppelverrechnung 488,15 kg aus Pl. ... wurde in Re. 1190 und in Re. 1201
 verrechnet KG / Anzahl: 488,15 Preis €: 0,26 Summe € 126,92

Die ***G*** - Rechnung Nr. 129 wurde erstellt wie folgt (Schreiben vom 7. Februar 2018,
 Beilage a51):

Stabstahl Verr. Lt. Plan	
29.400 kg x € 0,230	6.762,00 €
Summe	6.762,00 €
-8%	540,96
	6.221,04

[Regie/Arbeitsberichte (Bauservice F.) GmbH wie bei ***B***]

Abnahmeprotokoll 000213 (Schreiben vom 7. Februar 2018, Beilage a52):

Datum 19.06.07

Firma: ***15***

Baustelle: Leystraße 25-27

Plan Nr.	Stabstahl kg	Matten	Anmerkung
3 EG 28	1851,5	2052,4	BT B Decke EG
E 5 A	263,31		Stg 3

[zwei weitere Abnahmeprotokolle mit gleichen Inhalten]

[weitere Rechnungen und Abnahmeprotokolle mit gleichen Inhalten]

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die Bauservice F.) verrichtet wurden,
 nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen erstellt
 wurden bzw. seitens der Bauservice F. veranlasste Rechnungskorrekturen erfolgten.

Bei der ***G*** handelt es sich um die 7. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung
 eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die Ausführungen betreffend die davor und
 danach eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Weisen die Unterschriften der Fertigung des Anbotsschreibens (seitens der ***G*** **13** GmbH) und des Bauvertrages, keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf und die Unterschrift der Fertigung des Kassa-Ausgangs (seitens der ***G*** **13** GmbH) weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften des (Alleingesellschafter-Geschäftsführers) ***18** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag noch mit der Unterschrift laut Anbot auf, bleibt bei der Einmann-GmbH, als deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Kroat in Firmenbuch eingetragen wurde, der *2 Tage danach erstmalig einen inländischen Wohnsitz angemeldet hatte, im Dunkeln, wer* das Anbotsschreiben, den Bauvertrag und die Auftragsbestätigung (mit keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag aufweisenden Unterschriften) **unterfertigte**.

Ein derartiges Geschehen lässt im Übrigen - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor eingeschaltet gewesenen GmbHs außerdem den Schluss zu, dass ***18** von (einer) im Dunkeln gebliebenen Person(en) als Strohmännchen eingesetzt worden ist, erfolgte doch die Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer zwei Tage vor der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes. Seine Funktion als Strohmännchen nahm er bei Unterfertigung des Abtretungsvertrages und der Musterfirmazeichnungserklärung wahr, die weiteren Unterschriftsleistungen betreffend das Anbotsschreiben, den Bauvertrag und den Kassa-Ausgang (Empfangsbestätigung seitens der ***G*** **13** GmbH betreffend Barbetrag) nahm er nicht mehr vor.

Dem Anfertigenden des ***G*** - Anbotsschreibens stand das Anbotsschreiben ***D** GmbH und/oder das ***E** Handels GmbH- Anbotsschreiben zur Verfügung (und setzte sich dieser Umstand bei der Erstellung des ***K*** - Anbotsschreibens fort).

Dieser Umstand zeigt, dass die vier Anbotsschreiben der vier Einmann-GmbHs ***D** GmbH, ***E** Handels GmbH, ***G*** **13** GmbH und ***K** Bau GesmbH, bei welchen allesamt weiters im Dunkeln blieb, von wem die Geschäftspapiere unterfertigt wurden, von einer Person mittels Vorlageverwendung angefertigt wurden oder von einer Person veranlasst, durch das Zur-Verfügung-stellen der Vorlage, entstanden.

Betriebliche Organisation und Geschehen stellten sich den einvernommenen Eisenbiegern gegenüber so dar, dass ihre Ansprechperson für alle Angelegenheiten der Vorarbeiter/Partieführer war und alle Angelegenheiten auf der Baustelle/im Baucontainer erledigt wurden.

Betriebliche Organisation und Geschehen waren so aufgebaut, dass die einvernommenen Zeugen auf Grund der Organisation und des betrieblichen Geschehen keine Angaben zu machen imstande waren, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben.

Betreffend in den Rechnungen aufscheinende Beträge von mehr als € 400.000,00 wurde der Barzahlungsweg gewählt und wurde von *****18***** als dem im Firmenbuch eingetragenen Alleingesellschafter und -geschäftsführer, wie beim Unterschriftenvergleich augenfällig zu sehen ist, der vorliegende Kassa-Ausgang (Empfangsbestätigung betreffend Barbetrag) - wie zuvor das Anbot und der Bauvertrag - nicht unterfertigt.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 7. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH handelt es sich betreffend

- *****26***** im **20 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der *****G***** - Anmeldung um die **9. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 6 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben *****C***** und *****D*****]

-- 02. November 2006: *****E*****

-- 16. Jänner bis 04. Mai 2007: Bf.

-- 07. Mai 2007: *****G*****

- *****27***** im **20 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der *****G***** - Anmeldung um die **11. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 6 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben *****C***** , *****D*****]

-- 09. Oktober bis 30. November 2006: *****E***** (ab 01.12.2006 bis 08.01.2007: AMS)

-- 09. Jänner bis 16. Februar 2007: Bf.

-- 19. Februar bis 28. März 2007: *****F*****

-- 02. April bis 03. Mai 2007: Bf.

-- 07. Mai 2007: *****G*****

- *****29***** im **20 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der *****E***** - Anmeldung um die **10. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 4 Anmeldungen ab 19. September 2005: vgl. oben *****C***** , *****D*****]

-- 09. Oktober bis 01. Dezember 2006: *****E*****

-- 07. Dezember bis 21. Dezember 2006: *****F*****

-- 08. Jänner bis 09. März 2007: Bf.

-- 13. März bis 28. März 2007: *****F*****

-- 02. April bis 04. Mai 2007: Bf.

-- 07. Mai 2007: *****G*****

- Özdemir N. im **20 Monate umfassenden Zeitraum** ab 12. September 2005 bei der *****G*****

- Anmeldung um die **6. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 4 Anmeldungen ab 12. September 2005: vgl. oben *****D*****]

-- 16. Jänner bis 04. Mai 2007: Bf.

-- 07. Mai 2007: *****G*****

Die *****G*** ***13***** Reinigung GmbH hat die in den *****G*** ***13***** GmbH-Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht.

Die *****G*** ***13***** Reinigung GmbH (mit dem (für die Prüferin *nicht greifbaren*)

*Ausländer ***18***, der im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der substanzlosen Einmann-GmbH mit dem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK eingetragen war, von dem jedoch - wie beim Unterschriftenvergleich augenfällig zu sehen ist - weder das Anbot noch der Bauvertrag noch die Kassa-Bestätigung unterfertigt wurde,) wurde von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt.*

8. *H*** Bau GmbH**

erste Eingangsrechnung: 16. Juli 2007, letzte Eingangsrechnung: 19. Dezember 2007

1.

Betreffend u.a. die ***H*** Bau GmbH als Subunternehmer erwog der unabhängige Finanzsenat in der Entscheidung vom 06.05.2013, RV/1337-W/12 (VwGH-Beschwerde zur Zl. 2013/13/0071 eingebracht. Behandlung der Beschwerde mit Beschluss vom 31.7.2013 abgelehnt.):

Die Bw wurde als Subunternehmerin von Generalunternehmern mit der Durchführung von Bauarbeiten bei verschiedenen Großprojekten betraut, wobei die Bw Bauarbeiten wiederum durch Dritte durchführen ließ.

Als Subunternehmer der Bw wurde der Abgabenbehörde gegenüber eine Vielzahl vermeintlicher Unternehmen genannt.

Die Außenprüfung hat - und hier ist auf den oben wiedergegebenen Außenprüfungsbericht sowie die Stellungnahme des Außenprüfers zu verweisen - in einem aufwendigen Verfahren, das in 12 Aktenordnern dokumentiert ist und durch Ermittlungsergebnisse der Kriminalpolizei gestützt wird, festgestellt, dass von der Bw als Vertragspartner genannten Subunternehmen Scheinunternehmen waren und die an die Bw erbrachten strittigen Leistungen tatsächlich nicht von diesen Scheinunternehmen, sondern von Dritten erbracht wurden. Die von der Bw gewählte Konstruktion habe dem Sozialversicherungs- und Steuerbetrug gedient.

Hinsichtlich der einzelnen strittigen Scheinunternehmen sowie der die jeweiligen Feststellung, dass es sich nicht um ein real existierendes, sondern um ein Scheinunternehmen handelt, stützenden Ermittlungsergebnisse wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf den oben wiedergegebenen Außenprüfungsbericht sowie die Stellungnahme des Außenprüfers zu verwiesen.

2.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der (im Jänner 2007 errichteten) ***H*** Bau GmbH wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ein Kroat, ***16***, auf Grund eines **3 Tage vor erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages vom 29. Juni 2007 im Firmenbuch eingetragen.

16 war am 29. Juni 2007 der kroatischen, nicht aber der *deutschen Sprache* mächtig (Notariatsakt/Abtretungsvertrag).

Der gleiche Umstand war bei der ***, ***I*** und ***K*** gegeben.

3.

Bezogen auf den am 02. Juli 2007 angefertigten Bauvertrag lag die Unterzeichnung des Abtretungsvertrages **3 Tage** zurück (bezogen auf die erste Rechnungslegung Mitte Juli 2007 14 Tage) und weist dieser den **Abtretungspreis** in Höhe von **€ 1.000,00** aus.

Protokoll, Bauvertrag und 1. Auftragsbestätigung datieren vom *selben Tag - am Tag der erstmaligen Anmeldung des inländischen Wohnsitzes bzw. drei Tage nach* Abschluss des Abtretungsvertrages bzw. Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer.

4.

Am 02. April 2007 war der gewerberechtliche Geschäftsführer angemeldet worden.

Die Steuerberatungsgesellschaft P. KEG teilte der Masseverwalterin der ***H*** Bau mit, dass sie über keine Unterlagen verfügt hatte, dass sie lediglich 2007 Anmeldungen von Dienstnehmern bei der Gebietskrankenkasse durchgeführt habe, nach dem Verkauf der Gesellschaft mit den neuen Gesellschaftern, bzw. von dem Geschäftsführer keine Aufträge erhalten habe und über die Gesellschaft selbst nichts sagen könne (Bericht II. der Masseverwalterin vom 05.08.2008, Strafact, Bd I.).

5.

Am **25. Juni 2007** wurde bei der ***H*** bei der GKK **der erste Arbeiter** angemeldet.

Am 01. August 2007, **fünf Wochen danach**, waren **53 Dienstnehmer** angemeldet, am 01.

September 2007 65 Dienstnehmer, am 01. Oktober 2007 und 01. November 2007

67 Dienstnehmer und am 01. Dezember 2007 43 Dienstnehmer.

6.

Alle Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009, **die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***G*** angemeldet waren** und (am 06. Juli 2007) **abgemeldet wurden, wurden** am 09. Juli 2007 **bei der GKK als Dienstnehmer der ***H*** angemeldet.**

Obwohl abgesehen von zwei Eisenbiegern alle laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen *erst am 09. Juli 2006 oder danach bei der GKK als Dienstnehmer der ***H*** angemeldet wurden, war bereits 1 Woche zuvor - am 02. Juli 2007 - der ***H***-Bauvertrag angefertigt worden.*

7.

Am 20. August 2007 erfolgte eine Erfassung bei der BUAK. Die erste Vorschreibung betraf den Zuschlagszeitraum Juli 2007, verrechnet am 20. August 2007.

Die Gesellschaft erstattete ihre Meldungen an die BUAK und lieferte ihre Abrechnungen unter Zuhilfenahme des Lohn- und Beratungsbüros F. Nowak, Anschrift.N., 1140 Wien.

Die Gesellschaft leistete seit Erfassung *keine einzige Zahlung*.

(Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachtes des Sozialbetruges der BUAK vom 01.04.2008, Strafakt, Bd I, /2).

Am 12. September 2007 teilte das Finanzamt der ***H*** Bau GmbH mit:

Im Zuge einer Änderung der Zuständigkeit wurde ihr Abgabenkonto

Steuernummer *** beim Finanzamt Wien 4/5/10 gelöscht.

Somit steht dieses Konto ... nicht mehr zur Verfügung.

Bitte wenden Sie sich künftig in Ihren Steuerangelegenheiten an Ihr neu zuständiges

Finanzamt Wien 12/13/14 Purkersdorf unter der Steuernummer *** (bei einer

Hausdurchsuchung der Wohnung der - neben ***16*** - Beschuldigten ***33***

aufgefunden und sichergestellt (bei HD sichergestellte Unterlagen, Strafakten Bd. III).

8.

"Die ***H*** GesmbH hat folgende Bankkonten unterhalten:

- BAWAG-PSK Kto.Nr. 00510...528 und

- NÖ Landesbank Hypothekenbank AG Kto.Nr. 1655...464

Auf diesen *Konten* sind in größerem Umfang Kundengelder eingegangen, die *sofort wieder bar bzw. mittels Schecks abgehoben* worden sind" (Befund und Gutachten des bestellten Sachverständigen, Strafakt Bd. II.).

H Bau GmbH- Konto bei der BAWAG-PSK Kto.Nr. 00510...528

(Überweisungen der Bf.):

Das ***H*** Bau GmbH- Konto bei der BAWAG-PSK Kto.Nr. 00510...528 beinhaltet folgende Eingänge und Ausgänge (Befund und Gutachten Mag. Zach Anlage 1, Strafakten, Band IX):

Datum	Text	Eingang	Ausgang	Saldo
	Saldo			0,00
26.07.07	Ned...	8.641,04		8.641,04
26.07.07	Ersatzscheck		8.600,00	41,04
...				
04.09.07	(Bf.)	52.043,40		52.064,85
04.09.07	Ersatzscheck		52.000,00	64,85

...

04.10.07	(Bf.)	35.000,00	35.001,87
----------	-------	-----------	-----------

04.10.07	Ersatzscheck	35.000,00	...
----------	--------------	-----------	-----

...

31.10.07	(Bf.)	23.006,76	29.003,94
----------	-------	-----------	-----------

31.10.07	N... GmbH	...	
----------	-----------	-----	--

31.10.07	Barausz.	38.550,00	0,30
----------	----------	-----------	------

Die von der Bf. geltend gemachten ***H*** Bau GmbH- Fremdleistungsbeträge beliefen sich auf € 731.519,59 (Bericht Beilage A/1).

Die *Überweisungen der Bf.* auf das o.a. BAWAG-PSK Konto beliefen sich auf € 110.050,16, die *Barzahlungen der Bf.* an die ***H*** Bau GmbH laut ACL-Daten auf € 538.840,14.

Das ***H*** Bau GmbH- Konto bei der BAWAG-PSK Kto.Nr. 00510...528 weist zwischen 26. Juli und 09. November 2007 Eingänge iHv € 691.346,88 aus. Die **Eingänge** wurden **am Tag des Einganges in voller Höhe oder gerundeten Beträgen bar abgehoben** (29x Ersatzscheck, 2x Barauszahlung), in ein paar Fällen am nächsten Tag. Die Summe der Barbehebungen belief sich auf € 681.754,25 (Befund und Gutachten Mag. Zach, Strafakten, Band IX).

Auf "*dem Konto der Firma*, Kto.Nr. 00510...528 [zu ergänzen: der ***H*** GmbH, auf das die Überweisungen der Bf. erfolgten] (ist) *keine Geschäftstätigkeit nachvollziehbar*, die Gutschriften (belaufen sich) jedoch auf rd. 000 EUR und (werden) regelmäßig hohe Beträge in bar vom GF behoben".

16 wurde schriftlich zwecks Vernehmung geladen und wurde diese Ladung mit dem Vermerk 'Verzogen' retourniert. Auch bei einer durchgeführten Hauserhebung konnte niemand angetroffen werden und gibt es keine Hinweise auf den Aufenthaltsort des ***16***. Eine amtliche Abmeldung wurde veranlasst. (Anlass-Bericht an die Staatsanwaltschaft vom 31. März 2008).

Die **Barzahlungen der Bf.** an die ***H*** Bau GmbH beliefen sich auf € 538.840,14 (von Anfang August bis Ende Dezember 2007), die in den Rechnungen ausgewiesenen Beträge auf insgesamt rd € 730.000,00, Überweisungen erfolgten im September und Oktober 2007.

Die Zugänge auf dem Bankkonto: Überweisungen seitens der Bf. wurden mittels **Scheck und Bar-Auszahlungen abgehoben, dies am selben Tag.**

H Bau GmbH- Konto bei der NÖ Hypo AG Kto.Nr. 1655-...-464:

Am 28. Juni 2007 erfolgte auf dem ***H*** Bau GmbH- Konto bei der NÖ Hypo AG Kto.Nr. 1655-...-464 der erste Zahlungseingang:

Datum	Text	Eingang (€)
28.06.07	E... Baustahl Bewehrung	7.411,55

Am 6., 9. und 11. Juli 2007 erfolgten auf dem ***H*** Bau GmbH- Konto bei der NÖ Hypo AG Kto.Nr. 1655-...-464 weitere Zahlungseingänge:

Datum	Text	Eingang (€)
06.07.07	Stein-Zeit K...	6.978,18
09.07.07	p...bauwerk gmbH	5.500,00
09.07.07	p...bauwerk GmbH	1.350,00
11.07.07	No... BaugmbH	5.000,00

Ab 19. Juli 2007 erfolgten auf dem ***H*** Bau GmbH- Konto bei der NÖ Hypo AG Kto.Nr. 1655-...-464 in Abständen von meistens zwei Wochen Zahlungseingänge von der BR. und der E. Baustahl Bewehrung, weiters Zahlungseingänge von der Fa. Hoch- und Tiefbau GmbH, der A. Bau GmbH, *nicht jedoch von der Bauservice F. und der I. Baustahl GmbH.*

Das ***H*** Bau GmbH- Konto bei der NÖ Hypo AG Kto.Nr. 1655-...-464 beinhaltet folgende Eingänge und Ausgänge (Befund und Gutachten Mag. Zach Anlage 1, Strafsakten, Band IX):

Datum	Text	Eingang	Ausgang	Saldo
	Saldo			0,00
16.01.07		17.500,00*		17.500,00
21.02.07			17.000,00	500,00
31.03.07	Kontoführ.		15,01	484,99
15.06.07			484,00	0,99
22.06.07		100,00		100,99

28.06.07	E... Baustahl	7.411,55	7.512,54
29.06.07		7.000,00	512,54
30.06.07	Kontoführ.	...	
06.07.07	Stei...	6.978,18	7.456,11
09.07.07	planb...	5.500,00	12.956,11
... **			
31.12.07	Kontoführ.	198,27	-119,25

* geleistete Stammeinlage

** Vielzahl von Eingängen, hauptsächlich von der Fa. B., in geringerem Ausmaß von den Firmen E. Baustahl und F. GmbH

Auf dem ***H*** Bau GmbH- Konto bei der NÖ Hypo AG Kto.Nr. 1655-...-464 fanden folgende Bewegungen statt (Befund und Gutachten Mag. Zach Anlage 1, Strafakten, Band IX): "Kundengelder sind am Konto erst ab Ende Juni 2007 eingegangen. In der Zeitspanne vom 28.06.2007 bis 21.12.2007 resultierten Eingänge an Kundenzahlungen in Höhe von € 600.645,51. Unter Berücksichtigung einer Bareinzahlung von € 17.000,-- wurden die Gelder folgendermaßen verwendet.

Ein Betrag von insgesamt € 589.412,21 ist wieder bar abgehoben worden.

Außerdem hat man € 28.402,83 an verschiedene Empfänger überwiesen:

[Die Aufstellung weist 11 Überweisungen aus.]

Zwei der Empfänger konnte ich identifizieren, und zwar sind € 13.735,70 auf das Abgabekonto der ***H*** Bau beim Finanzamt 12/13/14 und € 175,-- an das FA für Gebühren und Verkehrsteuern zur Überweisung gelangt."

9.

Trotz intensiver Bemühungen der Masseverwalterin der ***H*** Bau (vor dem 16. April 2008) konnte sie weder den Geschäftsführer der GmbH noch ein gemeinschuldnerisches Unternehmen ausfindig machen. Ihr wurde auch *keine Buchhaltung oder sonstige geeignete Unterlagen zur Überprüfung des Status der Gesellschaft ausgefolgt* (Sachverhaltsdarstellung der Masseverwalterin vom 16. April 2008).

10.

Am 3. September 2008 wurden bei einer Hausdurchsuchung der Wohnung der - neben ***16*** - Beschuldigten ***33*** folgende Gegenstände aufgefunden und sichergestellt (Beschluss des Landesgerichtes für Strafsachen, Strafakten Bd. II):

- diverse Unterlagen der Firma ***H*** Bau
- 2 Stempel
- 4 Kassabücher

Die diversen Unterlagen der Firma ***H*** Bau beinhalteten ein Heft:

Bei dem Heft handelt es sich um ein Formularbuch. Im sichergestellten Heft fehlen sieben Blatt, die offensichtlich an Geschäftspartner übergeben worden sind. Die restlichen 33 Blatt tragen den Firmenstempel der ***H*** GmbH sowie einen Unterschriftszug, der dem Namen von ***16*** ähnelt. Somit dürften die Kassaausgangsbestätigungen im Vorhinein - somit blanko - durch ***16*** unterschrieben worden sein.

Im Zuge der in der Wohnung von ***33*** durchgeführten Hausdurchsuchung wurden auch blanko Kassaeingangsbestätigungen der ***K*** Bau-Gebäudereinigung GesmbH und blanko Kassaausgangsbestätigungen einer Person namens *** sichergestellt.

Die Kassaeingangsbestätigungen tragen den Firmenstempel der ***K*** GesmbH und eine Unterschrift ***21***, dem Geschäftsführer-Gesellschafter dieser Firma.

33 scheint auch in Manipulationen mit anderen Firmen involviert zu sein, zumal man in ihrer Gewahrsame unterschriebene Belege (blanko Kassaeingangs- und Kassaausgangsbestätigungen) aufgefunden hat (Befund und Gutachten des bestellten Sachverständigen, Straftat Bd. II.).

11.

Anfang August 2007 war die ***H*** Bau GmbH von einem Tag auf den anderen in den eingemieteten Räumlichkeiten 1130 Wien, ***gasse, verschwunden (erste Eingangsrechnung datiert vom 16. Juli 2007, die letzte vom 19. Dezember 2007).

Die ***H*** Bau GmbH war von Juni bis Anfang August 2007 (auf Grund eines vom Vorgesellschafter im Juni 2007 abgeschlossenen Mietvertrages) in den Räumlichkeiten 1130 Wien, ***gasse, eingemietet, hat nie Miete bezahlt und war Anfang August 2007 von einem Tag auf den anderen verschwunden und hat die Wohnung verwüstet hinterlassen (Schreiben der G. Wohnungsvermietung).

12.

H Bau GmbH- Rechnungen weisen 1 bzw. über 2 Monate nach Erteilung einer neuen Steuernummer die *nicht mehr aktuelle Steuernummer der ***H*** Bau GmbH* aus.

13.

Die **Unterschrift** der Fertigung des Bauvertrages (seitens der ***H*** Bau GmbH) weist keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf.

14.

Die Rechnungen beinhalten zwei Merkmale, die auch die ***D*** -Rechnung, Rechnungsnummer:

509/2006, und die ***E*** - Rechnung, Rechnungsnummer: 0120, beinhalten: die Punktsetzung nach der Gewichtsangabe "Kg." bzw. "kg." und am Rechnungsende die Zitierung "§ 19 Abs. 1A".

15.

Betreffend die Zeugenaussagen: Kanber (Kamber) Ay (befragt betreffend die ***D*** Handels GmbH, "G" "13" Reinigung GmbH, "H" Bau GmbH und "I" Bau- und HandelsgmbH), Savas Ay (befragt betreffend die "B" und "H" Bau GmbH) wird auf die obigen Ausführungen "B" bzw. "D" verwiesen.

Riad Brahovic, befragt betreffend die "G" "13" Reinigung GmbH, "H" Bau GmbH und "I" Bau- und HandelsgmbH, war nie in einem Büro. Erst als es mit der Bezahlung Probleme gab, begab er sich zur Anschrift bei einer dieser Firmen. Als er dort war, gab es kein Büro dieser Firma.

Betreffend die Angaben des einvernommenen Eisenbiegers [...], u.a. bei der "H" bei der GKK angemeldet (und davor und danach bei weiteren eingeschaltet gewesenen GmbHs), wird auf die obigen Ausführungen unter "G" verwiesen.

16.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt fünf Monate.

17.

Der Konkurs wurde ca. **1 Monat** nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.*

18.

Der inländische Wohnsitz wurde ca. *5 Monate* nach Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 09. Juli 2007 bescheinigte das Finanzamt Wien 4/5/10 (zur Vorlage an die Fa. Bau Service ... GesmbH), dass gegen die "H" Bau GesmbH, Laxenburgerstrasse ... gegenwärtig keine fälligen Abgabenforderungen bestehen (Schreiben vom 2. Mai 2017, Beilage F).

Am 07. September 2007 bescheinigte das Finanzamt Wien 12/13/14 Purkersdorf (zur Vorlage an die Fa. "6" AG), dass gegen die "H" Bau GesmbH, "gasse ... gegenwärtig keine fälligen Abgabenforderungen bestehen (Schreiben vom 2. Mai 2017, Beilage G).

Am 17. Juli 2007 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 10. Juli 2018, Beilage a105)

Senden an: I... Baustahl

In der Anlage übersenden wir Ihnen die Anmeldungen von zwei Arbeitnehmern unseres Sub-Unternehmens Fa. ***H*** Bau GmbH.

Die beigelegten Anmeldungen weisen unter der Rubrik 'Beschaeftigt ab:' folgende Datumsangaben und Anmeldungen aus:

09.07.2007: Seker Ekrem

17.07.2007: Koyuncu Ahmet

Beide vorgelegten GKK-Anmeldungen entfallen auf Arbeiter

- die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind.

Seker E. und Koyuncu A. waren *bei Anmeldung bei der ***D*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen (vgl. oben ***D***)*.

Betreffend die Zeugenaussagen Seker E. und Koyuncu A. wird auf die obigen Ausführungen unter ***D*** , Pkt. 10., verwiesen.

Am 13. September 2007 erfolgten die ersten Buchungen auf dem Abgabenkonto der ***H*** Bau:

11	12.07.07	VM	-243,26
11 L	06/07	16.07.07	43,26
01	14.08.07		-0,00
01 L	03/07		0,00
01 DB	03/07		0,00
01 DZ	03/07		0,00
01 L	04/07		0,00
01 DB	04/07		0,00
01 DZ	04/07		0,00
01 L	05/07		0,00
01 DB	05/07		0,00
01 DZ	05/07		0,00
01 L	06/07	16	243,26
01 DB	06/07	16.07.07	101,78
01 DZ	06/07	16.07.07	9,05
78 U	03/07		0,00
78 U	04/07		0,00
78 U	05/07		0,00
Saldo:			354,09

Am 23. November 2007 bescheinigte das Finanzamt Wien 12/13/14 Purkersdorf (zur Vorlage an die Fa. I. Baustahl GmbH), dass gegen die ***H*** Bau GmbH, ***gasse ... gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen (Schreiben vom 2. Mai 2017, Beilage H).

Auf dem Abgabenkonto der ***H*** Bau erfolgten weitere Buchungen:

20. September 2007:

11	16.08.07	ÜBR	-7.300,00
11 L	07/07 16.08.07		7.245,73
11	07.09.07	ÜBR	-354,00
11 L	05/07 15.06.07		243,26
11 DB	05/07 15.06.07		101,78
11 DZ	05/07 15.06.07		9,05
11	07.09.07	ÜBR	-11.769,74
11 L	08/07 17.09.07		11.769,74

Saldo: 299,91

22. Oktober 2007:

01	16.10.07	UEP	-13.735,79
01 L	09/07 15.10.07		13.735,79

Saldo: 299,91

30. November 2007:

78 U	06/07 23.11.07		-765,00
78 U	07/07 23.11.07		-1.312,00

Stand die ***H*** Bau in Geschäftsverbindung mit der ***6*** und der I. Baustahl GmbH, erfolgten Lohnsteuerzahlungen *im angeführten Ausmaß* an das Finanzamt.

Nach der Septembermeldung vom 22. Oktober 2007 wurde keine Lohnsteuer mehr gemeldet. In diesen Nichtmeldungszeitraum fällt die geltend gemachte Barzahlung mit dem höchsten Betrag, € 113.957,63, am 12. Dezember 2007 bzw. von Beträgen von insgesamt (€ 35.000,00 + € 6.151,42 + € 56.339,80 + € 67.006,88 + € 5.987,87 + € 113.957,63 + € 14.145,88 + € 50.000,00 =) € 348.589,48.

Die Lohnsteuerprüfung im April 2008 ergab für das Jahr 2007 eine Nachforderung in Höhe von € 67.521,41 (Bericht gem. § 150 BAO über das Ergebnis der Außenprüfung).

An die BUAK wurde laut Anzeige an die Staatsanwaltschaft vom 01. April 2008, wie oben bereits festgehalten, seit Erfassung keine einzige Zahlung geleistet.

Bei der *****H***** handelt es sich um die 8. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die Ausführungen betreffend die davor und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Bezogen auf den am 02. Juli 2007 angefertigten Bauvertrag lag die Unterzeichnung des Abtretungsvertrages **3 Tage** zurück (bezogen auf die erste Rechnungslegung Mitte Juli 2007 14 Tage) und weist der **Abtretungspreis** in Höhe von **€ 1.000,00** die *****H***** Bau GmbH als **substanzlos** aus.

Die Substanzlosigkeit bei den Eintragungen der ausländischen Alleingesellschafter und -geschäftsführer *****7*****, ******8****** usw. bei den davor eingeschaltet gewesenen GmbHs konnte betreffend die *****A*****, *****B*****, *****C***** und *****D***** nachgewiesen werden, die *****E*****, die *****F***** und die *****G***** waren vor den Eintragungen der ausländischen Alleingesellschafter und -geschäftsführer inaktiv bzw. beinahe inaktiv.

Weist die **Unterschrift** der Fertigung des Bauvertrages (seitens der *****H***** Bau GmbH) keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf, bleibt bei der Einmann-GmbH, als deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Kroatier im Firmenbuch eingetragen wurde, der *3 Tage danach erstmalig einen inländischen Wohnsitz anmeldete*, **im Dunkeln**, **wer** den Bauvertrag (mit keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag aufweisenden Unterschriften) **unterfertigte** (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).

Ein derartiges Geschehen lässt im Übrigen - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor eingeschaltet gewesenen GmbHs - außerdem den Schluss zu, dass *****16***** als Strohmännchen eingesetzt worden ist, erfolgte doch die erstmalige Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes **drei Tage** nach der Eintragung als Alleingesellschafter und -Geschäftsführer.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 8. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH handelt es sich betreffend

- *****26***** im **22 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der *****H***** - Anmeldung um die **10. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 9 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben *****C*****, *****D*****, *****G*****]

-- 09. Juli 2007: *****H*****

- *****27***** im **21 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der *****H***** - Anmeldung um die **12. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 11 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben *****C*****, *****D*****, *****G*****]

-- 09. Juli 2007: *****H*****

- *****29***** im **21 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei

der ***H*** - Anmeldung um die **11. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 10 Anmeldungen ab 19. September 2005: vgl. oben ***C*** , ***D*** , ***G***]

-- 09. Juli 2007: ***H***

- Özdemir N. im **22 Monate umfassenden Zeitraum** ab 12. September 2005 bei der ***H***

- Anmeldung um die **7. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 6 Anmeldungen ab 12. September 2005: vgl. oben ***D*** , ***G***]

-- 09. Juli 2007: ***H***

- ☐ Startete die ***H*** Bau GmbH unter den oben unter den Pkten. 2. bis 5. angeführten Umständen,
- ☐ war die ***H*** Bau GmbH Anfang August 2007 von einem Tag auf den anderen in den eingemietet gewesenen Räumlichkeiten verschwunden,
- ☐ ist dem ***H*** - Konto, auf das die Überweisungen der Bf. erfolgten, *keine Geschäftstätigkeit nachvollziehbar bzw. wurde betreffend den weitaus überwiegenden Teil der in den Rechnungen aufscheinenden Beträge die Barbezahlungsform gewählt,*
- ☐ weist die *Unterschrift* der Fertigung des Bauvertrages (seitens der ***H*** Bau GmbH) keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf,
- ☐ beinhalten die Rechnungen zwei Merkmale, die auch die ***D*** -Rechnung, Rechnungsnr: 509/2006, und die ***E*** - Rechnung, Rechnungsnummer: 0120, beinhalten: die Punktsetzung nach der Gewichtsangabe "Kg." bzw. "kg." und am Rechnungsende die Zitierung "§ 19 Abs. 1A", also zwei zuvor ebenfalls eingeschaltet gewesene Sozialbetrugsfirmen, die die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht haben (verwiesen wird insb. auf die ***D*** - Ausführungen betreffend die Auszahlungslisten!),
- ☐ wurde betreffend zwei Eisenbieger eine Unterlage, die dokumentiert, dass diese Personen auf einer I. Baustahl./Bf.- Baustelle tätig waren, vorgelegt und handelt es sich bei diesen um Arbeiter, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind und bei Anmeldung bei der ***D*** bei der GKK in der Lohnliste der Bf. ausgewiesen waren,
- ☐ sagte der Zeuge Kanber (Kamber) Ay aus, dass er *als Chef - den Ansprechpartner für Arbeitnehmer - den Geschäftsführer der Bf. wahrgenommen hat* und dass sich dieser um die Anmeldung bei der Krankenkasse für die Firmen ***H*** Bau GmbH,

""G"" " 13"" Reinigung GmbH und um die Arbeitspapiere kümmerte und lässt sich diese Aussage

- ☐ - mit der richtiggestellten Aussage des S. Ay und
- ☐ - mit den Aussagen der Zeugen J. 20"", 19"" E. und Seker E. (vgl. oben)
- ☐ in Einklang bringen und
- ☐ wurde das Anmeldungskarussell fortgesetzt,

ist wie betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die ""H"" Bau GmbH die in den ""H"" Bau GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht hat.

Sind die in der Telefax-Nachricht angeführten Arbeitnehmer auf einer I. Baustahl./Bf.-Baustelle Eisenbieger, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind, bestätigt dies die Richtigkeit der die Bindung der Dienstnehmer an die Bf. dokumentierenden Anmeldungsketten, beide Eisenbieger sind auch in der weiteren Telefax-Nachricht vom 22. Februar 2007 angeführt; vgl. oben ""F""). Auf die gleichen Umstände bei der ""E"", ""F"", ""I"", ""J"" und ""L"" wird verwiesen (vgl. ""E"", ""F"", usw.).

Die ""H"" Bau GmbH (mit dem (für die Prüferin *nicht greifbaren*) *Ausländer* 16""), der im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der substanzlosen Einmann-GmbH *mit dem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* eingetragen war, von dem jedoch - wie beim Unterschriftenvergleich augenfällig zu sehen ist - der Bauvertrag nicht unterfertigt wurde, wurde von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt.

Die **Zusammenschau der Feststellungen** betreffend die 3 im Jahr 2007 eingeschaltet gewesenen GmbH ergibt u.a.:

- ☐ ausländischer Alleingesellschafter und -geschäftsführer bei allen 3 GmbHs eingetragen (wie bei allen 6 GmbHs des Jahres 2006)
- ☐ Zeitraum zwischen erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und Unterzeichnung des Abtretungsvertrages, der zur Eintragung als Gesellschafter-Geschäftsführer führte: 2 Tage, Wohnsitz danach: 2 Tage (""G"") und 3 Tage (""H"") (vergleichbar dem Jahr 2006)
- ☐ Substanzlosigkeit bei 1 GmbH (Abtretungspreis € 1.000) und Inaktivität bzw. beinahe Inaktivität bei der ""F"" bzw. der ""G"" vor den Eintragungen der ausländischen Alleingesellschafter und -geschäftsführer

- ☐ Unterschriftenfälschungen bei allen 3 GmbHs (wie bei allen 6 GmbHs des Jahres 2006)
- ☐ von im Dunkeln gebliebenem wahren Machthaber eingesetzte Strohleute bei allen drei GmbHs
- ☐ Aufgeben des inländischen Wohnsitzes bei allen 3 GmbHs (wie bei allen 6 GmbHs des Jahres 2006)
- ☐ Konkurs und amtswegige Löschung bei allen 3 GmbHs (wie bei allen 6 GmbHs des Jahres 2006)

9. ***I*** Bau GmbH

erste Eingangsrechnung: 31. Jänner 2008, letzte Eingangsrechnung: 21. März 2008

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der (im Juni 2006 errichteten) ***I*** Bau- und HandelsgmbH wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ein Kroat, ***24***, auf Grund eines **1 Tag nach erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages (am 10. Dezember 2007) eingetragen.

24 war am 11. Dezember 2007 der kroatischen, nicht aber der deutschen Sprache mächtig (und wurde bei der Errichtung des Abtretungsvertrages der gerichtlich zertifizierte Dolmetsch für die kroatische Sprache Herr V. zugezogen) (Notariatsakt/Abtretungsvertrag). Der gleiche Umstand war bei der ***, ***H*** Bau und ***K*** gegeben.

Als ***24***anlässlich einer Vorsprache im Finanzamt dem BV-Team (am 13. März 2008) einen "Notizzettel" vorlegte, war laut Aktenvermerk des Finanzamtes näheres nicht zu erfahren, da kaum Deutschkenntnisse (vgl. unten).

2.

Von der ***I*** Bau- und HandelsgmbH wurde bis 10./12. Dezember 2007 - somit **bis zum Zeitpunkt der Eintragung** des ***24***als Alleingesellschafter und -geschäftsführer - laut Angabe des Vorgesellschafters **in keiner Form eine Tätigkeit ausgeübt** (für Oktober 2006 erfolgte anlässlich einer Umsatzsteuerfestsetzung der Ansatz des Gesamtbetrages der Bemessungsgrundlagen für Lieferungen und sonstige Leistungen (einschließlich Anzahlungen in Höhe von € 3.980,00, vgl. unten) und belief sich der Abtretungspreis auf den Betrag des zur Gänze einbezahlten Stammkapitals.

Im Zuge der Eintragung des ***24***als Alleingesellschafter und -geschäftsführer wurde die Geschäftsanschrift geändert.

3.

Am **07. Jänner 2008** wurden **erste Arbeiter**, 7 Dienstnehmer, bei der GKK gemeldet.

4.

E. Ramovic, er war im Jänner 2008 bis 14. des Monats und ab 19. April 2008 beim AMS gemeldet und davor vom 25. Juni bis 20. Dezember 2007 bei der ***H*** und davor vom 21. Februar bis 22. Juni 2007 bei der ***G*** - jeweils als Arbeiter - gemeldet, wurde am 08. Jänner 2008 oder davor wie folgt tätig:

E. Ramovic befand sich beim Vorstellungsgespräch des ab 08. Jänner 2008 bei der GKK bei der ***I*** angemeldeten G. Pantovic in einer kleinen Wohnung, dem Büro der ***I***, mit dem ***24*** in diesem Raum. E. Ramovic sagte G. Pantovic, dass ***24*** der Chef ist. Seinen Lohn erhielt G. Pantovic in bar auf der Baustelle von E. Ramovic.

Über E. Ramovic 'kam' R. Duvnjak, der davor vom 16.07. bis 20.12.2007 bei der ***H*** und davor vom 01.06. bis 13.07.2007 bei der ***G*** gemeldet war, zu diesen Firmen; ebenso M. Maksimovic am 01.07.2007 zur ***G*** (vgl. oben ***G***) und war dann bei der ***H*** und ***I*** gemeldet.

Rijad Duvnjak, befragt betreffend ***I*** Bau- und HandelsgmbH (und die ***G*** und ***H***), 'kam' über einen gewissen ***21*** oder ***21*** zu diesen Firmen. Als ihm der Name ***21*** genannt wurde gab Rijad Duvnjak an, es könnte sein, dass es sich um diesen handelt. Um die Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse kümmerte sich ***21***. Er, Rijad Duvnjak, glaube nicht, dass das seine Firmen waren, aber er war für alles zuständig, also praktisch der Partieführer. Alles hat der ***21*** gemacht. Die Bezahlung erfolgte meistens durch den ***21*** in bar auf der Baustelle, ab und zu erhielt er geringe Beträge auf sein Konto. Die Anweisungen gab ***21***.

Im Jahr 2010 bezog ***21*** laut Abgabensinformationssystemabfrage letztmalig Einkünfte und erhielt bis 31. Mai 2010 Arbeitsmarktservicebezüge. Danach wurde im Abgabensinformationssystem kein steuerlicher Vorgang erfasst.

Am 05. Juni 2010 wurde der inländische Hauptwohnsitz des E. Ramovic abgemeldet und kein weiterer inländischer Wohnsitz mehr begründet (Behördenanfrage aus dem Zentralen Melderegister).

5.

Am 21./22. Jänner 2008 und danach, bis 10. Februar 2008, wurde eine Reihe von Eisenbiegern, die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***H*** angemeldet waren, bei der GKK als Dienstnehmer der ***I*** bzw. der Bf. gemeldet.

Am 21. Jänner 2008, zwei Wochen nach Anmeldung der ersten Arbeiter, waren bei der GKK bei der ***I*** 34 Dienstnehmer gemeldet, 10 Tage danach, am **31. Jänner 2008**, **53 Dienstnehmer**, am 28. Februar 2008 54 Dienstnehmer.

6.

Vier Wochen nach der Übernahme der GmbH, am 07. Jänner 2008, wurden Protokoll, Bauvertrag und 1. Auftragsbestätigung angefertigt und datieren die ersten 14 Eingangsrechnungen vom 31. Jänner 2008 mit einem Betrag von insgesamt **€ 133.196,28**.

7.

Von 34 am 21. Jänner 2008 bei der *****I***** gemeldeten Dienstnehmern waren **zuvor**, im Dezember 2007, **21 als Dienstnehmer der ***H*** Bau gemeldet**.

8.

Im Laufe des Jänner 2008 war das Finanzamt anlässlich einer Außenprüfung (betreffend den Zeitraum Juni 2006 bis September 2007 !) *mit der Problematik konfrontiert, wer (ab 21. Dezember 2007) der tatsächliche Geschäftsführer der ***I*** Bau- und HandelsgmbH ist (**24**oder **21**).*

9.

Die erste Eingangsrechnung datiert vom 31. Jänner 2008, die letzte vom 21. März 2008; die *UID-Nummer war begrenzt* mit 02. Oktober 2007 und war neuerlich gültig vom 26. März bis 31. Mai 2008.

10.

Die Rechnungen (vgl. die Rechnung Rechnungs-Nr. 136, vom 21. März 2008) weisen
- eine *unrichtige Angabe des Rechnungsausstellers*: statt *****I*** Bau- und HandelsgmbH** *unrichtig* *****I*** Bau GmbH** und
- eine *unrichtige Firmenbuchnummer* aus: statt *****b** mit *****b**.

Die UID-Nummer war begrenzt mit 02. Oktober 2007 und war neuerlich gültig vom 26. März bis 31. Mai 2008 (unstrittige Feststellung der Prüferin laut Beilage A/10, Bescheid über die Begrenzung der Gültigkeit der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer vom 30.5.2008).

11.

Gewerberechtlicher Geschäftsführer der *****I***** war im relevanten Zeitraum Jänner bis März 2008 Ing. S. Er antwortete auf die Fragen wie folgt:

1. Wie kam Ihr Kontakt mit der *****I*** Bau- und HandelsgmbH** zustande?

Der Kontakt kam über Herrn Moser zustande. Baumeister Moser vermittelte gewerberechtliche Geschäftsführungen. Da ein gewerberechtlicher Geschäftsführer mit mind. 20 Stunden je Woche angemeldet sein muss kann jeder Baumeister nur max. zwei GF übernehmen. Herr Moser hatte also zwei eigene GF und Kontakt zu ca. sieben Baumeistern für die er ebenfalls je zwei GF vermittelte. Herr Moser verlangte 500,- € für die Vermittlung und die Abwicklung bei den Behörden von diesen Baufirmen. Da sich keine der Firmen einen nach Kollektivvertrag bezahlten Baumeister leisten konnte, schwankte das monatliche Gehalt zwischen netto 350,- €

bis 850,- €. Herr Moser betreute alle Firmen selber, wobei hier nur auf die Einhaltung des Gewerberechts geachtet wurde. Sonstige Leistungen wie Unterstützung bei der Abrechnung von Bauvorhaben hat er extra verrechnet.

Er kassierte auch die Gehälter von den Firmen und zahlte sie an die Baumeister aus, wobei er 10% für seine Tätigkeit abzog.

Für mich war diese Art der Abwicklung sehr angenehm, da ich aus meiner früheren Tätigkeit als gewerberechtlicher Geschäftsführer weiß, wie mühselig es war, zu seinem Geld zu kommen. Fast alle GF wurden wegen Zahlungsrückstand der Firmen beendet.

Herr Moser hat vor einem Jahr seine Tätigkeit beendet und mir meine beiden aktuellen Firmen zur Betreuung übergeben, von denen ich alle nachstehenden Fragen beantworten könnte.

Leider ist Herr Moser kurz darauf gestorben. Er könnte sicher die meisten der folgenden Fragen beantworten.

2. Auf die Reihe weiterer Fragen antwortete er:

Da ich keinen persönlichen Kontakt zur Firma hatte, kann ich diese Fragen leider nicht beantworten.

In der Steiermark gibt es eine Firma ***|*** Bau, die auch in (Ort in Niederösterreich) eine Niederlassung hat. Als ich diese Niederlassung entdeckte, kamen mir Zweifel ob ich bei dieser Firma Geschäftsführer sein konnte. Aber die GF war beendet, bevor ich diese Frage klären konnte.

Seitdem habe ich immer das Gefühl, dass es sich hier um eine Scheinfirma handelte, zu welchem Zweck auch immer. Herr Moser hielt sich dazu bedeckt.

12.

Am 06. Februar 2008 nahm die Finanzpolizei eine Kontrolle nach dem AuslBG vor (FinPol Online):

Anzeige Datum: 06.02.2008

Anzeige durch: eigene Ermittlung

Kontrolle nach dem AuslBG in 3... (Niederösterreich), Baustelle Eur... . Es wurde ein DN der ***|*** Bau u. Handels GmbH, mit Sitz in 1140 Wien, ***str., angetroffen.

13.

Am 13. März 2008 leitete das Finanzamt Team Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung folgendes E-Mail weiter:

Betreff: Hinweise auf mögl. illegale Beschäftigung

Lt. Info aus unserem Haus ist die Fa. ***|*** Bau- u. HandelsgmbH für die 'Fa. ...', an nachfolgend angeführten Baustellen tätig - es liegt möglicherweise illegale Beschäftigung vor. Vollstreckbarer Rückstand der Fa. ***|*** Bau besteht dzt. keiner.

Baustellen:

(in Niederösterreich und Wien)

Leider sind keine Hausnummern bekannt, daher ist u.U. eine Zuordnung bzw. ein Auffinden der Baustellen nicht möglich.

Die Info stammt von einem "Notizzettel", den der eingetragene Geschäftsführer im BV-Team vorgelegt hat. Näheres war nicht zu erfahren, da kaum Deutschkenntnisse. Es gibt mit ziemlicher Sicherheit einen Hintermann, dessen Name ist jedoch nicht bekannt.

Am 30. Mai 2008 nahm das Finanzamt mit der oben genannten 'Fa. ...', einer *Tochtergesellschaft einer der wiederholt genannten großen Firmen*, Kontakt auf und wurde Folgendes mitgeteilt (Aktenvermerk des Finanzamtes):

Firma ist seit einigen Wochen nicht mehr tätig. Sind pleite gegangen.

Seit einem Monat nicht mehr tätig.

14.

Die einvernommenen Eisenbieger [...], deren Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse vom jeweiligen Vorarbeiter der Baustelle (im Baucontainer) in die Wege geleitet wurde, haben *nie ein Büro der ***I*** gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt.*

*Der betreffend die ***B***, ***D***, ***G***, ***H*** und ***I*** befragte und auch bei der Bf. gemeldet gewesene Önsoy H. war nur im Büro der Bf.*

Pantovic G., befragt betreffend ***I*** Bau- und HandelsgmbH (und die "***G*** " ***13*** und ***H*** Bau), war einmal beim Vorstellen im Büro der Firma ***I*** Bau- und HandelsgmbH im 14. Bezirk. Es war dies eine kleine Wohnung, und dort war der ***21*** und ein ***24***, Familienname wurde ihm, Goran Pantovic, nicht gesagt. ***21*** sagte ihm, dass ***24*** der Chef ist. Bei den anderen beiden Firmen war er nie in einem Büro. Das Geld der Lohnauszahlung bekam er immer bar auf der Baustelle von ***21***.

Sadovic E., befragt betreffend die ***I*** (und ***G*** und ***H***) gab an, bei der ***I*** Bau- und HandelsgmbH in einem Büro, es war eine Wohnung, gewesen zu sein. Von den anderen Firmen wusste er von den Standorten nichts.

Mirsad Stevic, befragt betreffend die ***I*** (und ***G*** und ***H***) gab an, einmal im Büro der ***I*** Bau- und HandelsgmbH, es war im 14. Bezirk, es war eine Wohnung, gewesen zu sein.

15.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt ca. *zwei Monate*.

16.

Der Konkurs wurde ca. *4 Monate* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.*

17.

Der inländische M. ***24***- Wohnsitz wurde ca. 7 1/2 Monate nach Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 7. Jänner 2008 wurden 6 Auftragsbestätigungen mit der Passage erstellt: Es dürfen nur den österreichischen Gesetzen entsprechend angemeldete Arbeitskräfte eingesetzt werden. Laut den unten folgenden Ausführungen betreffend das Telefax mit Dienstnehmeranmeldungen wurden Dienstnehmer bei der GKK bei der ***|*** Bau und Handels GmbH 'angemeldet'. Dem Vermerk auf den Auftragsbestätigungen stehen

- die den Bestätigungen vorangegangenen Umstände
- bei der unmittelbar davor eingeschalteten GmbH und
- bei den davor eingeschalteten GmbHs und
- die nachgefolgten Umstände bei der ***|*** gegenüber.

Am 22. Jänner 2008 richtete die ***|*** BAU und Handels GmbH (laut Kopf des Schreibens; ***|*** Bau laut Stampiglie) folgendes Schreiben an das Finanzamt:

Betr.: Unbedenklichkeitsbescheinigung

Hiermit schicke ich Ihnen wie Vereinbart, die Kopie des bezahlten Erlagscheines. Ich bitte Sie mir die Unbedenklichkeitsbescheinigung nicht nur zu faxen sondern auch das Original per Post an unserer Firmenadresse zu schicken.

Ich bedanke mich im Voraus, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

(Stampiglie und Handzeichen)

Im Dezember 2007 war lediglich der gewerberechtliche Geschäftsführer angemeldet.

Am 21. Jänner 2008 richtete die Wiener GKK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***|*** Bau:

Die Wiener GKK bescheinigt, dass (die ***|*** Bau) der Verpflichtung zur Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachkommt.

Das Beitragskonto besteht erst seit 11/2007. Ein Dienstnehmer ist seit 11/2007 und 24 Dienstnehmer erst seit 1/2008 gemeldet.

Am 22. Jänner 2008 richtete die Bf. folgendes Telefax an die Fa. I. GmbH (Schreiben vom 10. Juli 2018, Beilage a111):

Hiermit geben wir Ihnen bekannt, auf welchen Baustellen die Arbeiter unseres Sub-Unternehmens ***|*** Bau GmbH beschäftigt sind:

[...]

Weiters erhalten Sie die Anmeldungen der angeführten Arbeiter.

Die beigelegten Anmeldungen weisen unter der Rubrik 'Beschaeftigt ab:' folgende Datumsangaben und Anmeldungen aus:

22.01.2008: [...]

21.01.2008: [...]

17.01.2008: ***

5 *Dienstnehmer* wurden somit *am Tag* der Versendung des Telefax bei der ***I*** bei der GKK angemeldet, 3 *am Vortag* und einer 5 Tage davor.

Der Vergleich der Eisenbieger, die in der von der Bf. vorgelegten Telefax-Nachricht ausgewiesen sind einerseits und jenen, die in der Beilage des BFG-Schreibens vom 27. Juni 2017: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 ausgewiesen sind andererseits ergibt Folgendes:

Name	in Aufstellung enthalten
	ja
	ja
	ja
	ja
	nicht enthalten, aber:
	C : 15.05.-14.06.2006
	D : 10.07.-13.10.2006
	H : 01.09.-17.10.2007
	I : 22.01.-14.03.2008
	J : 17.03.-01.08.2008
	K : 04.08.-14.11.2008
	L : 17.11.-22.12.2008
	AMS: 23.12.2008-06.01.2009
	L : 07.01.-27.02.2009
	Bf.: 02.03.-04.09.2009
	nicht enthalten,
	I : 22.01.-28.02.2008

ja

ja

ja

Die Telefax-Nachricht weist somit von 9 Dienstnehmern 7 Eisenbieger, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind und einen weiteren Dienstnehmer mit einer Anmeldungskette aus.

(Erst) Am 21./22. Jänner und danach, bis 10. Februar 2008, wurde eine Reihe von Eisenbiegern, die zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***H*** angemeldet waren, bei der GKK als Dienstnehmer der ***I*** bzw. der Bf. angemeldet.

Am 30. Jänner 2008 sendete die ***I*** Bau und Handels GmbH mittels Telefax folgende Dienstnehmeranmeldungen an die Bf. (Beilage a57)

beschäftigt ab 30.01.2008	39 Std. p.Wo.
beschäftigt ab 30.01.2008	-"
beschäftigt ab 30.01.2008	-"
beschäftigt ab 30.01.2008	-"

Betreffend diese Dienstnehmeranmeldungen wurde vorgebracht:

Telefax der ***I*** Bau an (die Bf.) vom 30.1.2008 zum Nachweis erfolgter Anmeldungen weiterer eigener Dienstnehmer.

Diesbezüglich wird auf die unten folgenden Erwägungen verwiesen.

Am 06. März 2008 stellte das Finanzamt Wien 12/13/14 Purkersdorf folgende Bescheinigung an die ***I*** Bau zur Vorlage an die I. Baustahl GmbH aus:

Es wird bescheinigt, dass gegen

I Bau-u.HandelsgmbH gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei I... Baustahl GmbH

Bis 06. März 2008 wurden auf dem Konto folgende Buchungen durchgeführt:

22.11.07 60 K	10-12/07 15.11.07	138,00	138,00
23.01.08 00	21.01.08 MAG	-138,00	0,00
29.01.08 01	25.01.08 UEP	-136,00	
01 K	01-03/08 15.02.08	136,00	0,00

08.02.08 44 K	2006 17.03.08	311,65	
44 U	2006 15.02.07 17.03.08	706,99	1.018,64
21.02.08 11	12.02.08 VM	-5.530,37	
11 L	01/08 15.02.08	5.530,37	1.018,64
03.03.08 01	07.02.08	0,00	
01 L	01/08	-1.018,64	0,00
13.03.08 60 K	2007 21.04.08	875,00	875,00

Danach wurden im März 2008 (letzte Eingangsrechnung: 21. März 2008) auf dem Konto folgende Buchungen durchgeführt:

19.03.08 11	11.03.08 VM	-9.811,94	
11 L	02/08 17.03.08	9.811,94	875,00

Die dem 19. März 2008 nachfolgende Buchung lautet:

01.04.08 78 U	01/08 12.03.08	-266,90	608,10
---------------	----------------	---------	--------

Wurde betreffend die an die Bf. gefaxten Dienstnehmeranmeldungen von vier Personen lediglich ein Lohnzettel ausgestellt (vgl. die unten folgenden Erwägungen), zeigt dies, welche Aussagekraft der Bescheinigung beizumessen ist.

Am 07. März 2008 wurde von der Bf. folgende 'Vorlage der Bf.' erstellt (Schreiben vom 12. Februar 2018, Beilage a58):

Annahmeprotokoll

Firma St...

Baustelle: ...

Plan Nr. 02-76-0 UN.L. 8364,20 Stabstahl (kg) Anmerkung El. Decke

Plan Nr. 02-77-0 OB.L. 10969,93 Stabstahl (kg) Anmerkung El. Decke

...

Am 03. März 2008 wurde folgende I. Baustahl- Aufstellung erstellt:

Datum: 03.03.08 Tag: Mont.

Fachmarkt ... Vösendorf

Vorarbeiter [blank] Firma Str...

Plan Nr. 02.70-0 Bewehrung Hebebühne 1 - 3

2 MANN a 9 ST 18 St.

[weitere Aufstellungen mit gleichen Inhalten]

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die I. Baustahl) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen '****I**** Bau GmbH' (vgl. Pkt. 10.) erstellt wurden.

Bei der ***I*** handelt es sich um die 9. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die Ausführungen betreffend die davor und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Bezogen auf die von Jänner bis März 2008 von den Eisenbiegern erbrachten Arbeitsleistungen ist nicht zu erkennen, a) wer b) durch welche Aktivitäten die ***I*** Bau- und HandelsgmbH geführt hatte - der wahre Machthaber der ***I*** war:
24:

Wurde im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Ausländer auf Grund eines *1 Tag nach erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes* unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen, der im Übrigen der deutschen Sprache nicht mächtig war und von dem anlässlich einer Vorsprache im Finanzamt am 13. März 2008 'näheres nicht zu erfahren (war), da kaum Deutschkenntnisse', lässt dies - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor eingeschaltet gewesenen GmbHs - den Schluss zu, dass ***24*** von einer im Dunkeln gebliebenen Person als Strohmann eingesetzt worden ist, liegt doch zwischen der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und der Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer nur **1 Tag**. Nahm er seine Funktion als Strohmann wahr, bestehen bei dieser GmbH - anders als bei den anderen GmbHs - keine Unterschriftenunterschiede (und wandte er sich dementsprechend wegen Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung an das Finanzamt).

Ein Eisenbieger gab an, dass ***21*** (vgl. anschließend) ihm sagte, dass ***24*** der Chef ist. War diese Angabe von ***21*** so zu verstehen, dass ***24*** der im Firmenbuch eingetragene Alleingesellschafter und -geschäftsführer war, hatte ***21*** eine zutreffende Angabe gemacht.

21:

Wurde ***21*** in einem Bericht gemäß § 150 BAO über das Ergebnis der Außenprüfung *begründungslos* als Machthaber der ***I*** Bau- und HandelsgmbH bezeichnet, ist festzuhalten, dass der Prüfungszeitraum nicht jenen Zeitraum umfasste, in dem ***24*** als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der GmbH eingetragen war.

Bei den genannten Tätigkeiten des ***21***, eines Vorarbeiters, (R. Duvnjak gab an, über ***21*** zur ***I*** Bau- und HandelsgmbH gekommen zu sein und dass sich dieser um die Anmeldung bei der Krankenkasse gekümmert hat, G. Pantovic gab an, ***21*** und M. ***24*** getroffen zu haben) handelt es sich nicht um solche, die Führungstätigkeiten als wahrer Machthaber der GmbH darstellen. Sind Eisenbieger über ihn (ohne selbst als Arbeitnehmer der ***I*** Bau- und HandelsgmbH steuerlich erfasst gewesen zu sein) zur ***I*** Bau- und HandelsgmbH gekommen, hat das den Grund, dass E. Ramovic bei den zwei unmittelbar davor eingeschaltet gewesenen GmbHs, der ***H*** Bau GmbH und vorher der ***G***, als Arbeiter angemeldet war, er Vorarbeiter war, und auch sowohl R. Duvnjak als auch G. Pantovic zuvor bei der ***H*** Bau GmbH und davor von bei der ***G*** "jeweils als Arbeiter angemeldet waren:

E. Ramovic bei der ***H*** : von 25. Juni bis 20. Dezember 2007

R. Duvnjak bei der ***H*** : von 02. Juli bis 31. Oktober 2007

G. Pantovic bei der ***H*** : von 02. Juli bis 31. Oktober 2007

E. Ramovic bei der ***G*** : von 21. Februar bis 22. Juni 2007

R. Duvnjak bei der ***G*** : von 05. Juni bis 15. Juni 2007

G. Pantovic bei der ***G*** : von 05. Juni bis 29. Juni 2007

Bei einem Vorstellungsgespräch eines (ab 08. Jänner 2008 bei der GKK bei der ***I*** angemeldeten) Dienstnehmers befanden sich der als Strohmann eingesetzte ***24*** und E. Ramovic, ein bei der ***I*** *nicht* bei der GKK gemeldeter Dienstnehmer, der bei den unmittelbar davor eingeschaltet gewesenen GmbHs, der ***H*** und ***G***, als Arbeiter gemeldet war, in der kleinen Wohnung, dem Büro der ***I***, und sagte E. Ramovic, dass ***24*** der Chef ist, und waren der in Rede stehende Dienstnehmer und E. Ramovic in Zeiträumen bei der ***H*** und der ***G*** gemeldet, während welchen auch E. Ramovic bei diesen beiden GmbHs als Arbeiter gemeldet war.

Bei 11 der einvernommenen bei der ***I*** gemeldet gewesenen Eisenbieger war es so, dass deren Anmeldung bei der Gebietskrankenkasse vom jeweiligen Vorarbeiter der Baustelle (im Baucontainer) in die Wege geleitet wurde und sie *nie ein Büro der ***I*** gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt haben, drei gaben anderes an*, nämlich in einem Büro der ***I***, einer Wohnung/einer kleinen Wohnung, gewesen zu sein.

Anders als bei allen davor eingeschaltet gewesenen GmbHs kam betreffend die ***I*** hervor, dass Eisenbieger, 3 Arbeiter, in einem Büro der eingeschaltet gewesenen GmbH, der ***I***, gewesen sind. Die kleine Wohnung wurde vom eingesetzten Strohmann und vom nicht bei der ***I*** angemeldet gewesenen E. Ramovic benützt. Bei den 3 Arbeitern handelt es sich um folgende Dienstnehmer:

Pantovic G. war bei der GKK gemeldet wie folgt:

05.06.2007 bis 29.06.2007: ***G***

02.07.2007 bis **20.12.2007**: ***H*** (Lohnzettel: 02.07.2007 bis **31.10.2007**)

21.12.2007 bis 07.01.2008: Arbeitslosengeldbezug,

08.01.2008 bis **29.04.2009**: ***I*** (Lohnzettel: 08.01.2008 bis **29.02.2008**)

21.04.2008 bis 09.06.2008: ***J*** (Lohnzettel: 21.04.2008 bis 09.06.2008)

09.06.2008 bis 18.12.2008: Si... Bau

19.12.2008 bis 11.01.2009: Arbeitslosengeldbezug, 12.01.2009 bis 04.02.2009: Si... Bau

09.02.2009 bis 27.02.2009: ***L*** GmbH

Sadovic E.:

12.02.2007 bis 26.06.2007: ***G***

27.06.2007 bis **15.12.2007**: ***H*** (Lohnzettel: 27.06.2007 bis **23.09.2007**)

18.12.2007 bis 16.01.2008: AMS, Arbeitslosengeldbezug

17.01.2008 bis 03.03.2008: ***I***

03.03.2008 bis 15.04.2008: G... Handel GmbH

16.04.2008 bis 19.06.2008: ***J***

Stevic Mirsad:

04.06.2007 bis 26.06.2007: ***G***

27.06.2007 bis **20.12.2007**: ***H*** (Lohnzettel: 27.06.2007 bis **30.09.2007**)

21.12.2007 bis 06.01.2008: AMS, Arbeitslosengeldbezug

07.01.2008 bis 14.04.2008: ***I***

War Ramovic E. bei der ***G*** von 21. Februar bis 22. Juni 2007 und bei der ***H*** von 25. Juni bis 20. Dezember 2007 gemeldet, waren Ramovic E. und die 3 Dienstnehmer in Zeiträumen bei der ***H*** und der ***G*** gemeldet, während welchen auch Ramovic E. bei diesen beiden GmbHs als Arbeiter gemeldet war. 4 Tage nach der Abmeldung des Ramovic E. bei der ***G*** erfolgten am selben Tag die Abmeldungen der 3 Dienstnehmer. 2 Tage nach der Anmeldung des Ramovic E. bei der ***H*** erfolgten am selben Tag die Anmeldungen von 2 Arbeitern und 5 Tage danach die Anmeldung des 3. Dienstnehmers.

Pantovic G. traf mit Ramovic E., der wie Duvnjak R. durch Ramovic E. zur ***I*** 'kam', mit Ramovic E. und ***24*** M. zusammen und ist davon auszugehen, dass die Ursache, warum die beiden anderen Dienstnehmer mit gleichen ***G*** - bzw. ***H*** - Abmeldungen bei den beiden unmittelbar vor der ***I*** eingeschaltet gewesenen GmbHs (am selben Tag bzw. mit ein paar Tagen Unterschied) - anders als die 11 einvernommenen Eisenbieger, die nie ein Büro der ***I*** gesehen bzw. von einem solchen Kenntnis erlangt haben - bei der ***I*** Bau- und HandelsgmbH in einem Büro, einer Wohnung, waren, die gleiche wie bei Pantovic G. war: sie 'kamen' durch Ramovic E. zur ***I***.

Betreffend die mittels Telefax an die Bf. übermittelten Dienstnehmeranmeldungen, von der Bf. vorgelegt zum Nachweis erfolgter Anmeldungen weiterer eigener Dienstnehmer durch die ***I*** (am 30. Jänner 2008), ist auszuführen:

Bei Vinkovic S. handelt es sich um einen **Eisenbieger der Aufstellung: GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009**:

Er war bei der GKK angemeldet bei der ***I*** vom 30.01.2008 bis 14.03.2008, es wurde **ein Lohnzettel** (mit Bruttobezügen von € 3.240,68) ausgestellt; er war davor bei der ***H*** und danach bei der ***J***, ***K*** und ***L*** angemeldet.

Bei *** handelt es sich um einen Dienstnehmer, der im gesamten Jahr 2008, wie im Jahr davor, arbeitssuchend und Notstandsbezieher war, es wurde **kein Lohnzettel** ausgestellt.

Bei *** handelt es sich um einen **Eisenbieger der Aufstellung: GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009**:

Er war bei der GKK angemeldet bei der ***I*** vom 30.01.2008 bis 14.03.2008, es wurde **kein Lohnzettel** ausgestellt; er war davor bei der ***D***, ***E***, ***F***, Bf.,

G , ***H*** angemeldet, danach bei der ***J*** .

*** ist einer jener Eisenbieger, die von der Bf.

- laut der Auszahlungsliste Monat: September 2006 entlohnt wurden, in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH

D angemeldet waren (vgl. oben ***D***),

- laut der Auszahlungsliste Monat: Jänner 2007 entlohnt wurden, in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH ***F*** angemeldet waren (vgl. oben ***F***).

Bei *** handelt es sich um einen Eisenbieger, der vom 30. Jänner bis 14. März 2008 bei der ***I*** angemeldet war, es wurde **kein Lohnzettel** ausgestellt; davor bezog er vom 13. November 2007 bis 29. Jänner 2008 Arbeitslosengeld, davor war er angemeldet bei einer S. und E. GmbH, davor vom 16. April bis 01. August 2007 bei der ***G*** und davor vom 10. April bis 22. September 2006 bei der Bf. (und ist er in der Auszahlungsliste Monat: September 2006 beinhaltet).

Die von der Bf. angefertigte Telefax-Nachricht an die I. Baustahl vom 22. Jänner 2008, die - wie nur einzelne vorgelegte Unterlagen - Namen von auf I. Baustahl/Bf.- Baustellen tätig gewordenen Eisenbiegern beinhaltet, führt zu einem **die Bf. belastenden** Beweisergebnis: Die vorgelegte Nachricht bestätigt die Richtigkeit der die Bindung der Dienstnehmer an die Bf. dokumentierenden Anmeldungsketten.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 9. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH bzw. bei der Bf. handelt es sich betreffend

- ***26*** im **2 Jahre und 4 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der Bf.- Anmeldung um die **11. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 10 Anmeldungen ab Anfang September 2005: vgl. oben ***C*** , ***D*** , ***G*** , ***H***]

-- 09. Jänner 2008: Bf.

- ***29*** im **23 2/3 Monate umfassenden Zeitraum** ab 19. September 2005 bei der Bf.- Anmeldung um die **12. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 11 Anmeldungen ab 19. September 2005: vgl. oben ***C*** , ***D*** , ***G*** , ***H***]

-- 30. August 2007: Bf.

- Özdemir N. im **2 Jahre und 4 Monate umfassenden Zeitraum** ab 12. September 2005 bei der Bf.- Anmeldung um die **8. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 7 Anmeldungen ab 12. September 2005: vgl. oben ***D*** , ***G*** , ***H***]

-- 09. Jänner 2008: Bf.

- Dinkic M. im **22 Monate umfassenden Zeitraum** ab 03. April 2006 bei der ***I*** - Anmeldung um die **6. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

- 03. April bis 16. Juni 2006: ***C***
- 17. Juni bis 06. Oktober 2006: ***D***
- 09. Oktober bis 01. Dezember 2006: ***E***
- 04. Dezember 2006 bis 28. März 2007: ***F***
- 02. April bis 04. Dezember 2007: Bf.
- 28. Jänner 2008: ***I***

- ☐ Startete die ***I*** unter den oben unter den Pkten. 1. bis 7. angeführten Umständen,
- ☐ war das Finanzamt bei einer Außenprüfung bereits im Laufe des Jänner 2008 *mit der Problematik konfrontiert, wer ab 21. Dezember 2007 der tatsächliche Geschäftsführer der ***I*** Bau- und HandelsgmbH ist,*
- ☐ ist nicht zu erkennen, wer die ***I*** Bau- und HandelsgmbH geführt hatte,
- ☐ waren betriebliche Organisation und Geschehen so aufgebaut, dass die einvernommenen Zeugen keine Angaben zu machen imstande waren, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben,
- ☐ weisen die Rechnungen eine gänzlich *unrichtige Angabe des Rechnungsausstellers und im Übrigen eine unrichtige Firmenbuchnummer* aus,
- ☐ war die UID-Nummer im in Rede stehenden Zeitraum nicht gültig,
- ☐ betrafen die 'Anmeldungen weiterer eigener Dienstnehmer' zwei Eisenbieger der Aufstellung: GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 und einen Eisenbieger, der vor der Anmeldung im Jänner 2008 vom 16. April bis 01. August 2007 bei der ***G*** und davor vom 10. April bis 22. September 2006 bei der Bf. angemeldet war (und wurde von der ***I*** im Übrigen betreffend drei der vier angemeldeten Dienstnehmer kein Lohnzettel ausgestellt),
- ☐ waren von den auf Bf./I. Baustahl- Baustellen am 22. Jänner 2008 tätigen 9 Dienstnehmern 8 Eisenbieger mit einer Anmeldungskette (7 in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltete und ein weiterer Dienstnehmer mit der o.a. Anmeldungskette),
- ☐ wurde das **Anmeldungskarussell fortgesetzt** (am 07. und 08. Jänner 2008 erfolgten Anmeldungen erster Dienstnehmer bei der GKK und waren von diesen 12 Dienstnehmern alle 12 zuvor, im Dezember 2007, als Dienstnehmer der ***H*** Bau, der davor eingeschaltet gewesenen GmbH, gemeldet; am 21. Jänner 2008 waren 34 Dienstnehmer angemeldet, von welchen zuvor, im Dezember 2007, 21 als

Dienstnehmer der ***H*** Bau, der davor eingeschaltet gewesen GmbH, gemeldet waren; vgl. auch die obige Auflistung, wonach es sich bei der Dinkic M.-Anmeldung im **22 Monate umfassenden Zeitraum** bei der ***I*** - Anmeldung um die **6. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK handelt),

ist wie betreffend die davor eingeschaltet gewesen GmbHs die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die ***I*** Bau- und HandelsgmbH die in den ***I*** Bau GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht hat.

Die ***I*** Bau- und HandelsgmbH (mit dem (für die Prüferin *nicht greifbaren*) *Ausländer* M. ***24***), der im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der substanzlosen Einmann-GmbH *mit dem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* eingetragen war, wurde von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt.

10. ***J*** GmbH

erste Eingangsrechnung: 28. März 2008, letzte Eingangsrechnung: 01. August 2008

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***J*** GmbH wurde im Firmenbuch "*** ***J*** " auf Grund des Auftretens einer Person mit *gefälschten Reisepasses lautend auf den Namen *** ***J*** (polnischer Staatsangehöriger)* auf Grund eines **4 Tage nach erstmaliger Anmeldung** eines inländischen Wohnsitzes unterzeichneten Gründungsvertrages eingetragen.

Der gleiche Umstand - Eintragung einer mit einem gefälschten Reisepass aufgetretenen Person als Gesellschafter-Geschäftsführer im Firmenbuch - war bei der ***B***, der ***L***, der ***O*** Handelsgesellschaft gegeben.

Von 20. November 2007 bis 03. Oktober 2008 lenkte *** ***S*** alleine und ausschließlich die wirtschaftlichen Geschicke der ***J*** GmbH, deren *faktischer Geschäftsführer* er in dieser Zeit war (Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien 013 Hv 42/14k).

Von 25. Februar 2008 bis 02. Mai 2008 war Ing. C.T. gewerberechtlicher Geschäftsführer der ***J*** GmbH und verschaffte damit (in diesem Zeitraum) der ***J*** GmbH diese fehlende Berechtigung (Sachverhaltsdarstellung der Wr. GKK vom 25.05.2009).

2.

Am 16. März 2008 waren bei der ***J*** **drei Dienstnehmer** gemeldet (der gewerberechtlicher Geschäftsführer und zwei Arbeiter) - **fünf Wochen danach**, am 20. April 2008 **87 Dienstnehmer**, am **1. Mai 2008 116 Dienstnehmer** (Sozialversicherungsabfrage).

3.

3 1/2 Monate nach der Errichtung der ***J*** GmbH wurde (am 07. März 2008) der Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 14 Eingangsrechnungen vom 28. März 2008, drei Wochen danach, mit einem Betrag von insgesamt **€ 129.364,21**.

3.

Alle 16 Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***I*** abgemeldet worden sind, wurden am 17. März 2008 bei der GKK als Dienstnehmer der ***J*** angemeldet; weiters ein Dienstnehmer, der in der Anmeldungskette bei 6 GmbHs aufscheint (Bf. - ***B*** - ***D*** - Bf. - ***G*** - ***H*** - Bf. - ***J*** - Bf.) bei der Bf. angemeldet.

4.

- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Bewerbungsschreibens (seitens der ***J*** GmbH) weist keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und laut Erklärung der Errichtung einer Gesellschaft auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Bauvertrages (seitens der ***J*** GmbH) weist keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und laut Erklärung der Errichtung einer Gesellschaft auf.
- ☐ Die **Unterschrift** der Auftragsbestätigung weist mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag eine Ähnlichkeit in einem solchen Ausmaß auf, welches darauf hinweist, dass diese beiden Unterschriften von derselben Person geleistet worden sind.

5.

Die auf dem ***J*** - Bankkonto eingegangenen Beträge wurden bis auf wenige Überweisungen **bar behoben**.

Die von der Bf. auf das ***J*** - Bankkonto überwiesenen Beträge in Höhe von € 80.000,00 und € 42.896,00, € 150.000,00, € 50.509,17 und € 90.000,00 wurden **jeweils am Tag der Wertstellung in voller Höhe bar abgehoben**.

Das von der Bf. geführte Lief.Konto ***J*** GmbH (33015) aus ACL-Daten 2008 beinhaltet folgende Buchungen:

Datum	Konto Text	Soll	Haben
08.04.2008	33015 ac	80.000,00	0,00

14.04.2008	33015 Re 5-18	42.896,00	0,00
------------	---------------	-----------	------

Das ***J*** - Konto Nr. 04...185 bei der BAWAG beinhaltet folgende Ein- und Ausgänge (Kontoauszug vom 14.04.2008):

Letzter Auszug: 11.04.2008 Alter Kontostand: 81.376,32

Buch.tag	Buchungstext	Wert	
11.04.	Barauszahlung	11.04.	-80.000,00
14.04.	Gutschrift Eil National	15.04.	42.896,00
14.04.	Barauszahlung	14.04.	-44.000,00

Neuer Kontostand zu Ihren Gunsten: EUR 272,32

Das von der Bf. geführte Lief.Konto ***J*** GmbH (33015) aus ACL-Daten 2008 beinhaltet folgende Buchung:

Datum	Konto Text	Soll	Haben
28.07.2008	33015 ac	150.000,00	0,00

Das ***J*** - Konto Nr. 04...185 bei der BAWAG beinhaltet folgende Ein- und Ausgänge (Kontoauszug vom 29.07.2008):

Letzter Auszug: 28.07.2008 Alter Kontostand: 270,09

Buch.tag	Buchungstext	Wert	
28.07.	Gutschrift Eil National	29.07.	150.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-15.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-20.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-15.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-15.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-15.000,00

29.07.	Barauszahlung	29.07.	-10.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-20.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-10.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-20.000,00
29.07.	Barauszahlung	29.07.	-10.000,00

Neuer Kontostand zu Ihren Gunsten: EUR 270,09

Das von der Bf. geführte Lief.Konto ***J*** GmbH (33015) aus ACL-Daten 2008 beinhaltet folgende Buchung:

Datum	Konto Text	Soll	Haben
05.08.2008	Rest 15.07.	50.509,17	0,00

Das ***J*** - Konto Nr. 04...185 bei der BAWAG beinhaltet folgende Ein- und Ausgänge:

Kontoauszug vom 05.08.2008:

Letzter Auszug: 04.08.2008 Alter Kontostand: 263,16

Buch.tag	Buchungstext	Wert	
05.08.	Gutschrift Eil National	06.08.	50.509,17

Neuer Kontostand zu Ihren Gunsten: EUR 50.772,33

Kontoauszug vom 06.08.2008:

Letzter Auszug: 05.08.2008 Alter Kontostand: 50.772,33

Buch.tag	Buchungstext	Wert	
06.08.	Barauszahlung	06.08.	-20.000,00
06.08.	Barauszahlung	06.08.	-15.000,00
06.08.	Barauszahlung	06.08.	-10.000,00
06.08.	Barauszahlung	06.08.	-5.000,00

Neuer Kontostand zu Ihren Gunsten: EUR 772,33

Das von der Bf. geführte Lief.Konto ***J*** GmbH (33015) aus ACL-Daten 2008 beinhaltet folgende Buchung:

Datum	Konto Text	Soll	Haben
19.08.2008	33015 ac 31.07	90.000,00	0,00

Das ***J*** - Konto Nr. 04...185 bei der BAWAG beinhaltet folgende Ein- und Ausgänge (Kontoauszug vom 20.08.2008):

Letzter Auszug: 19.08.2008 Alter Kontostand: 90.566,02

Buch.tag	Buchungstext	Wert	
	Gutschrift auf Auszug 19.08.		
19.08.	Barauszahlung	19.08.	-15.000,00
19.08.	Barauszahlung	19.08.	-15.000,00
19.08.	Barauszahlung	19.08.	-16.000,00
19.08.	Barauszahlung	19.08.	-14.000,00
19.08.	Barauszahlung	19.08.	-20.000,00
19.08.	Barauszahlung	19.08.	-10.000,00

Neuer Kontostand zu Ihren Gunsten: EUR 566,02

Auf dem Firmenkonto der ***J*** GmbH war "**** ***J*** " (die sich als *** ***J*** ausweisende Person) alleine Zeichnungsberechtigter. (Sachverständigenbestellung in der Strafsache gegen *** ***R***, *** ***P*** u.a. vom 7.11.2011).

6.

Betreffend drei der eingeschaltet gewesenen GmbHs - der *J*** GmbH (als 10. eingeschaltet), der ***L*** GmbH (als 12. eingeschaltet) und der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. (als 15. eingeschaltet) - hatte der rechtskräftig verurteilte *** ***S***, geb. ***R*** - laut dem diesbezüglichen Bericht - bei folgenden Betrugsszenarien mitgewirkt:**

Auf Grund von polizeilichen Ermittlungen wurde weiterführende Ermittlungen der Finanzverwaltung durchgeführt und ergaben sich gemäß den nachfolgend auszugsweise wiedergegebenen Bericht der Außenprüfung bei * **S***, geb. ***R***, folgende Feststellungen:**

Der nunmehr bereits rechtskräftig gerichtlich verurteilte - Abg.Pfl. *** **S*** (geb. ***R***), (hat) in Zusammenwirken mit anderen Personen bei folgenden Betrugsszenarien mitgewirkt:

- Ausstellen von Schein- bzw. Deckungsrechnungen
- Scheinanmeldungen von Arbeitern bei einer nicht (mehr) tätigen Gesellschaft anstatt der Anmeldung beim tatsächlichen Beschäftigten.

Tz. 1. Allgemeines:

Auf Grund von polizeilichen Ermittlungen wurde durch weiterführende Ermittlungen der Finanzverwaltung festgestellt, dass der - nunmehr bereits rechtskräftig gerichtlich verurteilte - Abg.Pfl. *** **S*** (geb. ***R***), in Zusammenwirken mit anderen Personen bei folgenden Betrugsszenarien mitgewirkt hat:

- Ausstellen von Schein- bzw. Deckungsrechnungen
- Scheinanmeldungen von Arbeitern bei einer nicht (mehr) tätigen Gesellschaft anstatt der Anmeldung beim tatsächlichen Beschäftigten.

Auf Grund dieser Betrugsszenarien gelangten bei *** **S***, geb. ***R***, Einkünfte aus Gewerbebetrieb "Verkauf von Rechnungen und Dienstnehmeranmeldungen" und steuerbare Umsätze bezüglich der hier in Rede stehenden 3 GmbHs in folgender Höhe in Ansatz:

Verkauf von Scheinrechnungen:

Rechnungsbeträge:

GmbH	Jahr	Rechnungsbetrag
J GmbH	2008	2.777.860,39 €
L H. GmbH	2008	1.544.429,26 €
O Handels GmbH	2009	1.766.312,83 €

Verkauf von Dienstnehmer-Anmeldungen:

Provisionen Dienstnehmer-Anmeldungen:

GmbH	Jahr	Provisionserlös
------	------	-----------------

J GmbH	2008	118.285,80 €
L H. GmbH	2008	21.413,10 €
O Handels GmbH	2009	37.487,31 €

Tz. 1.1 Ermittlungen durch die Kriminalpolizei in Zusammenarbeit mit der Finanzpolizei

Im Zuge dieser Ermittlungen wurden im Jahr 2013 mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Unter anderem beim Abg.Pfl. *** **S*** an einem Nebenwohnsitz in ..., sowie auch in den Büroräumlichkeiten des gewerblichen Buchhalters ***5***in Dabei wurden Ausgangsrechnungen in elektronischer Form auf Speichermedien (bei *** **S*** am Nebenwohnsitz in ..., sowie in Papierform (bei ***5***in dessen Buchhaltungsbüro in ... beschlagnahmt.

In den Räumlichkeiten des gewerblichen Buchhalters ***5*** wurden weiters Unterlagen sichergestellt, die dokumentieren, wie viele Schein-Dienstnehmeranmeldungen vorgenommen wurden, auf welche Firmen diese Anmeldungen erfolgten und wie die Aufteilung der dafür erhaltenen "Provisionen" zwischen *** **S*** und ***5*** durchgeführt wurde.

In der Folge wurden *** **S*** und ***5*** sowie weitere Personen, die in die betrügerischen Handlungen involviert waren, durch die Ermittler der Kriminalpolizei und der Finanzpolizei einvernommen.

Die sichergestellten Daten wurden vom Landeskriminalamt ausgewertet und an die Finanzpolizei weitergegeben. Die Finanzpolizei erfasste ab April 2014 die Ausgangsrechnungen in Listenform, dies gestaltete sich schwierig, da immer wieder neue Daten vom Landeskriminalamt übergeben wurden.

Tz. 1.2. Gerichtsverfahren

Bereits am 15.4.2014 wurden die Haupttäter, darunter der Abg.Pfl. *** **S***, sowie ***5***, in einem Gerichtsverfahren ... des Betrugs an der Wr. Gebietskrankenkasse wegen Tätigen von Scheinanmeldungen, sowie der Erstellung von Scheinrechnungen angeklagt und rechtskräftig verurteilt. Die vom Abg.Pf|. *** **S*** gegen das Urteil vom 15.4.2014 eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung wurde am 27.8.2014 vom Obersten Gerichtshof ... zurückgewiesen.

Bei einem im August 2014 erfolgten zweiten Gerichtsverfahren ... wurden die Strafen erweitert. Wieder wurde der Abg.Pfl. und auch ***5*** wegen der Tätigkeit von Schein-Dienstnehmeranmeldungen, sowie der Abg.Pfl. *** **S*** wegen der Erstellung von Scheinrechnungen angeklagt und verurteilt.

Einer gegen das Urteil vom 27.8.2014 ... vom Abg.Pfl. (und auch von ***5***) eingebrachten Berufung wurde vom Oberlandesgericht am 18.12.2014 ... nicht Folge gegeben.

Tz. 1.3. Prüfungsverlauf

...

24.3.2015:

Die Besprechungspunkte betreffend den vom Abg.Pfl. geschriebenen Ausgangsrechnungen sowie den Dienstnehmeranmeldungen werden dem RA übergeben und besprochen. ...

18.9.2015:

S gibt an Ausgangsrechnungen geschrieben zu haben, aber nicht alle, die ihm angelastet werden. Als Entlohnung gibt er an, nicht mehr als 5% Provision bekommen zu haben. Die von ihm bestrittenen Ausgangsrechnungen kann er nicht im Detail benennen, auch nicht wer diese geschrieben haben soll.

Die Schein-Dienstnehmeranmeldungen bestreitet ***S*** zur Gänze, ohne weiter darauf einzugehen.

Im Übrigen macht ***S*** von seinem Aussageverweigerungs-Recht Gebrauch und verweigert die Mitwirkung an der Außenprüfung.

Tz. 2 Scheinrechnungen:

Tz. 2.1. Ermittlung der Grundlagen zu Scheinrechnungen

Die von der Kriminalpolizei sichergestellten Daten bei der Hausdurchsuchung in ..., dem Nebenwohnsitz des Abg.Pfl. umfasst eine Anzahl von 2.849 Rechnungen.

Diese Rechnungen wurden nach Ausstellungsdatum sowie nach den rechnungsausstellenden Firmen listenmäßig erfasst.

In der folgenden Aufstellung ergeben sich geordnet nach "Rechnungsaussteller" und Zeiträumen folgende Werte:

	Rechnungsaussteller	Zeitraum	Netto
1)	***O*** Handels GmbH	2009	1.761.501,09
...			
12)	***J*** GmbH	2008	2.776.632,83
13)	***L*** Handels GmbH	2008-2009	1.809.732,15

...

Tz. 2.2. Stellungnahme des Abg.Pfl. zu den Scheinrechnungen

Im Zuge der Außenprüfung wurde der Abg.Pfl. ***S*** wiederholt aufgefordert, zu den vorliegenden Ausgangsrechnungen und seinen Bezug zu den als "Rechnungsaussteller" bezeichneten Firmen Stellung zu nehmen.

Die einzige Aussage des Abg.Pfl. dazu war, er hätte nicht alle Rechnungen geschrieben und als Provision auch nicht mehr als 5% der Rechnungssumme erhalten. Auf die Frage, wer diese Personen waren, gab der Abg.Pfl. an, er könnte viele Namen nennen, fürchte aber um sein eigenes Leben und das seiner Frau.

Vom Abg.Pfl. wurden bis zur Schlussbesprechung keine Unterlagen oder andere Nachweise vorgelegt, die seine Behauptungen belegen oder auch nur stützen, welche Rechnungen von ihm erstellt und verkauft wurden und welche Rechnungen von anderen Personen erstellt und verkauft wurden. Ebenso wurde von Seiten des Abg.Pfl. bis zur Schlussbesprechung nicht nachgewiesen, dass er nicht mehr als 5 % Provision erhalten hat.

Ebenfalls nicht geklärt werden konnte, wieso ganze Festplatten "durch mehrere Hände" gewandert sein sollen, wie der Abg.Pfl. behauptete.

Tz 2.3. Würdigung der Stellungnahme des Abg.Pfl. zu den Scheinrechnungen:

Es entspricht nicht den Erfahrungen des täglichen Lebens, dass Daten auf Festplatten weiter gegeben werden, da es doch viel einfachere Möglichkeiten der Weitergabe von elektronischen Daten gibt, wie zum Beispiel Speicher-Sticks (auch bei großen Datenmengen), oder einfach E-Mails bei kleineren Datenmengen.

Warum man überhaupt diese Vielzahl an Rechnungen weiter geben sollte, blieb bis zur Schlussbesprechung ungeklärt.

Nach Ansicht der Außenprüfung handelt es sich bei der Behauptung "andere hätten die Rechnungen geschrieben" um eine reine Schutzbehauptung des Abg.Pfl.

Da von Seiten des Abg.Pfl. keine weiteren Angaben gemacht wurden, konnte die Außenprüfung nur aufgrund der vorliegenden Unterlagen den Sachverhalt ermitteln. Dazu gehören die Ermittlungsergebnisse des Landeskriminalamtes und der Finanzpolizei, darunter Einvernahmen, Telefonüberwachungsprotokolle, Berichte an die Staatsanwaltschaft, wie auch die Anklageschriften und Gerichtsurteile des Straflandesgerichtes.

Tz 2.4. Zur Rechnungsausstellung benutzte Firmen:

In der Urteilsbegründung des Straflandesgericht Wien, Aktenzahl ... wurden u.a. folgende Aussagen getroffen:

"Der Erstangeklagte (***) lenkte in nachstehenden Zeiträume alleine und ausschließlich die wirtschaftlichen Geschicke nachstehender Unternehmen, deren faktischer Geschäftsführer er in diesen Zeiten daher war:

- von Jänner 2010 bis zum 07.08.2012 jene der ...
- von März 2009 bis Oktober 2009 jene der ***O*** HandelsgmbH
- von März 2012 bis Oktober 2012 jene der ...
- von 20.11.2007 bis 03.10.2008 jene der ***J*** GmbH
- von 03.06.2008 bis 25.02.2009 jene der ***L*** Handels GmbH
- von November 2008 bis Februar 2009 jene der ...

- im Zeitraum von Jänner bis Mai 2008 jene der ...
- im Zeitraum von 01.07.2012 bis 31.12.2012 jene des

...

Es wurden auch weitere Ermittlungen durch die Außenprüfung betreffend der vom Abg.Pfl. zur Rechnungsausstellung benutzten Firmen angestellt, dabei zeigte sich folgendes Bild:

Mit Ausnahme der Fa. B...montage Bau GmbH (in Folge kurz "Fa. B..." genannt) konnte bei keiner der von ***S*** benutzten Firmen eine operative Tätigkeit festgestellt werden.

Sämtliche Firmen, ausgenommen die Fa. B... waren nach einer kurzen "Lebensdauer" in Konkurs oder der Konkurs wurde wegen Vermögenslosigkeit abgewiesen.

Als Geschäftsführer fungierten in einigen Fällen auch Personen mit gefälschten Identitäten.

Die im Firmenbuch eingetragenen Geschäftsführer waren in vielen Fällen nur für kurze Zeit in Österreich gemeldet und danach für die Finanzverwaltung nicht mehr greifbar.

Es traten immer wieder die gleichen Personen bei den unterschiedlichsten Firmen auf, Firmensitze wurden an den immer wieder gleichen Adressen gewählt.

Das Buchhaltungsbüro ***5*** war bei einer großen Zahl der Firmen steuerlicher Vertreter oder führte die Lohnverrechnung.

Auch der Abg.Pfl. trat bei einigen dieser Firmen als Vermieter in Erscheinung oder war sogar als Dienstnehmer angemeldet.

Bei einigen Firmen hatte der Abg.Pfl. *** ***S*** direkten Zugriff auf die Bankkonten.

Bei der Firma C... wurde bei der Hausdurchsuchung am 20.9.2013 in ... ein Treuhandvertrag zwischen dem Abg.Pfl. und dem eingetragenen Geschäftsführer vorgefunden.

Der Verkauf von Scheinrechnungen ist weit verbreitet und tritt bei den meisten Scheinfirmen auf. Auf Bestellung werden Rechnungen über vorab vereinbarte Beträge verfasst, die bei den Käufern als Eingangsrechnung in die Buchhaltung aufgenommen werden und dort als "Fremdleistungen" den steuerlichen Gewinn mindern. Den Rechnungen liegt kein tatsächlicher Leistungsaustausch zugrunde.

Tz. 2.4.1. Rechnungen ausgenommen Fa. B...montage Bau GmbH:

Sämtliche Rechnungen der unten stehenden Firmen werden als Schein-oder Deckungsrechnungen qualifiziert, es liegt kein tatsächlicher Leistungsaustausch zugrunde.

Re.Aussteller	2008	2009 (brutto)
O Handels GmbH		1.766.312,83
...		
J GmbH	2.777.860,39	

L Handels GmbH 1.544.429,26

...

...

Tz. 3. Schein-Dienstnehmeranmeldungen

Der Abgabepflichtige *** **S*** hat im Zusammenwirken mit anderen Personen Dienstnehmer bei der Gebietskrankenkasse sowie der Bauarbeiterurlaubs- und Abfertigungskasse auf unten stehende Unternehmen angemeldet.

Anhand der sichergestellten Unterlagen aus dem Buchhaltungsbüro ***, sowie der von ***5***im Rahmen einer Einvernahme durch das LKA Wien zu Protokoll gegebenen Angaben konnte durch die BP ermittelt werden, wie hoch die Einnahmen aus dem Verkauf von Schein-Dienstnehmeranmeldungen für den Abg.Pfl. *** **S*** war.

Für die Scheinanmeldungen erhielten *** **S*** und eine weitere Person € 250,- pro angemeldetem Monat, das sind pro angemeldeten Tag € 8,22 Diese Bezahlung wurde zu gleichen Teilen aufgeteilt. (50:50)

Name	Jahr	DN	Tage	Provision A.
O Handels GmbH	2009	86	9.121	37.487,30

...

Des Weiteren wurden im Gerichtsurteil Aktenzahl ... der Abg.Pfl. *** **S*** für die Scheinanmeldungen von unten stehenden Dienstnehmern bei den angeführten Firmen verurteilt.

Für diese Scheinanmeldungen erhielt *** **S*** € 250,-- pro angemeldeten Monat, das sind pro angemeldeten Tag € 8,22.

Name	Jahr	DN	Tage	Provision A.
J GmbH	2008	180	14.390	118.285,80
L H. G.	2008	55	2605	21.413,10
L H. G.	2009	35	3034	24.939,48

...

Tz. 4 Steuerliche Beurteilung:

Die Ermittlung der steuerlich relevanten Bemessungsgrundlagen erfolgte aufgrund der Daten, die vom LKA Wien, bzw. der Finanzpolizei an die Steuerbehörde übergeben wurden.

Tz. 4.1. Provisionen für Erstellung von Schein- bzw. Deckungsrechnungen:

Auf Wunsch der Rechnungsempfänger wurden vom Abgabepflichtigen ***S*** Schein- bzw. Deckungsrechnungen von einem in der oben stehenden Aufstellung genannten Unternehmen erstellt und dem Rechnungsempfänger zugeführt. Die Rechnungsbeträge wurden per Banküberweisung an das in den Rechnungen angegebene Kreditinstitut überwiesen.

Der Abg.Pfl. ***S*** tätigte entweder selbst mittels Bankvollmacht, oder im Zusammenspiel mit vorgeschobenen "Stroh Männern" die Barabhebungen des Rechnungsbetrages.

Abzüglich einer Provision für den Rechnungsaussteller ***S*** erfolgten Rückflüsse (sogenannte KickBack-Zahlungen).

Nach Ansicht der BP handelt es sich bei sämtlichen der oben genannten Ausgangsrechnungen um Schein- bzw. Deckungsrechnungen, denen keine Leistung von Seiten des als Rechnungsaussteller genannten Unternehmens zu Grunde liegt.

Der Abgabepflichtige ***S*** wurde im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen zu den erhaltenen Provisionen befragt (Beschuldigtenvernehmung durch die LPD Wien vom 21.9.2013 und Amtsvermerk vom 12.11.2013).

Zu den vorgelegten Rechnungen der Fa. ..., ... GmbH und ... GmbH gab der Abg.Pfl. an, diese Rechnungen geschrieben zu haben und dafür 4% Provision erhalten zu haben.

Die vernehmenden Polizeibeamten hielten dem Abg.Pfl. vor, dass bei einem Rechnungsschlüssel 4% von 370.000,- (für zum damaligen Zeitpunkt vorliegende Rechnungen der Fa. GmbH) Hr. ***S*** insgesamt € 14.800,- erhalten hätte sollen.

Tatsächlich hat Hr. ***S*** aber (wie selbst ausgesagt) € 50.300,- an Provision für diese Rechnungen erhalten.

Dazu gab der Abg.Pfl. an, ... J..., der Geschäftsführer der C... GmbH hätte ihm Geld geschuldet und er (***S***) hätte sich Geld einbehalten, außerdem waren auch Hrn. J...

Provisionen zugestanden.

Laut dem Abg.Pfl. hatte J... bei ihm einige Tausend Euro Schulden.

Auch Hr. J... wurde vom LPD Wien einvernommen und gab dabei an nur zwischen 4.000 und 7.000 Euro Schulden bei Hrn. ***S*** gehabt zu haben. Weiters gab Hr. J... an tatsächlich nie Geld oder Lohn vom Abg.Pfl. ***S*** erhalten zu haben.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung durch die LPD Wien gab Hr. ***S*** an auch für andere Firmen Scheinrechnungen geschrieben zu haben und dafür 10% der Rechnungssumme als Provision erhalten zu haben.

Nach den Feststellungen der Finanzverwaltung werden branchenüblich für die Ausstellung von Schein- bzw. Deckungsrechnungen zwischen 6-12% der auf der Scheinfaktura

ausgewiesenen Gesamtsumme an die ausstellende Firma bzw. die ausstellende Person - de facto als Provision - bezahlt.

Die Aussagen des Abg.Pfl. im Rahmen der Vernehmungen durch die LPD Wien er hätte Provisionen in Höhe von 4% des Rechnungsbetrages erhalten, wurde durch die Beamten des LPD widerlegt. In der gleichen Vernehmung sagte der Abg.Pfl. aus, er hätte 10% an Provisionen erhalten.

Wie schon in Tz. 2.2. ausgeführt, gab der Abg.Pfl. im Rahmen der Betriebsprüfung an, "nicht mehr als 5 % Provision" für die Erstellung der Rechnungen erhalten zu haben.

Diese Behauptung des Abg.Pfl. im Rahmen der Betriebsprüfung wurde weder durch entsprechende Unterlagen, noch durch andere Nachweise belegt.

Unter Berücksichtigung sämtlicher festgestellter bzw. der Außenprüfung bekannt gewordener Sachverhalte (auf die Ausführungen in Tz. 1 - 3 wird in diesem Zusammenhang verwiesen) mussten die Besteuerungsgrundlagen für die Jahre 2007 bis 2013 im Schätzungswege gem. § 184 BAO ermittelt werden.

Von der BP werden erhaltene Provisionen in Höhe von 10 % der von ihm ausgestellten Schein- bzw. Deckungsrechnungen festgesetzt.

...

Tz. 4.2. Provisionen für Erstellung von Schein-Dienstnehmeranmeldungen:

Ausführungen zu den Schein-Dienstnehmeranmeldungen siehe Tz. 3

Tz. 4.3. Steuerbarer Umsatz:

Tz. 4.3.1. Verkauf von Scheinrechnungen:

Der aus dem Verkauf der Rechnungen erzielte Provisionserlös ergibt sich wie folgt:

[vgl. die obige Aufstellung]

...

Tz. 4.6. Einkünfte aus Gewerbebetrieb:

Der Verkauf der Rechnungen sowie der Dienstnehmeranmeldungen wird als "nachhaltige Tätigkeit" betrachtet, die auf Erlangung vermögenswerter Vorteile gerichtet ist.

Die Betriebseinnahmen dazu sind in Tz. 4.3 — 4.4. berechnet.

7.

Am 12. März 2008 erfasste die Bauservice F. gemäß dem in den Strafakten einliegenden Stunden- und Wochenbericht folgende Arbeiter (Strafakten Band V, Teil 5):

Stunden-und Wochenbericht von 12.03.08 bis [blank]:

Name	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
------	----	----	----	----	----	----	----

Mujanovic	-	-	9	-	-
Omer					

Tosun Halil	-	-	9	-	-
-------------	---	---	---	---	---

Bagislamis Ali	-	-	9	-	-
----------------	---	---	---	---	---

Bagislamis	-	-	9	-	-
Mustafa					

Insgesamt (für alle vier Eisenbieger) errechnen sich (4 Eisenbieger x 9 h =) **36 Regiestunden**.

Die Verlegeleistung eines Eisenbiegers beträgt in der Regel **100 kg pro Stunde** (vgl. bspw. das am 25. Jänner 2006 angefertigte Besprechungsprotokoll 'Bezug: Vergabe an Fa. ***B*** GmbH').

Die in den Strafakten (eine Seite davor) einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 28. März 2008 weist Folgendes aus:

J GmbH

1100 Wien Laxenburgerstr. 33/2a Tel/Fax.: 01-966 77 ...

(Bf.) ...

Rechnungsnummer. 007/001/2008

BVH: Bauservice Aushilfe

Leistungszeitraum: 03/2008

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
Stabstahl Verr.Lt.Plan	3.600,00 kg	a 0,240	€ 864,00

Übergang der Steuerschuld gemäß § 19 Abs. 1a UStG. (Bf.)

UID-ATU: 543...3

Zahlungsziel: Prompt

(Stampiglie und Paraphe "L")

Bankverbindung: BAWAG KtNr: 0401...185 BLZ: 14000

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 12.03.2008	Lohnzettel von - bis
------	---------------------------------	----------------------

Bf.	0901-1812 2008
Bf.	0101-1712 2008
Bf.	0901-2503 2008
Bf.	0901-1712 2008

Ab 17. April 2008 wurden auf I. Baustahl GmbH- Druckvorlagen gemäß den in den Strafakten einliegenden ausgefüllten Druckvorlagen folgende Arbeiter erfasst (Strafakten Band IV, Teil 4):

Datum 17-04-2008 Tag Do (und 18. April 2008)

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***6***	Eduard Gärtner St.
Name	Regie	
	8 *	
	8 *	

* am 18.04.: je 4,5 h

Für den 17. und 18. April 2008 errechnen sich insgesamt (für beide Eisenbieger) folgende Regiestunden:

17. April 2008:	8 h + 8 h =	16 h
18. April 2008:	4,5 h + 4,5 h =	9 h
Regiestunden insgesamt:		25 h

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 17.04.2008	Lohnzettel
------	-----------------------------	------------

J

von 1504-3005 2008

Bf.

von 0901-1812 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 18. April 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***Str.

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
Stabstahl Verr.Lt.Plan	2.500,00 kg	a 0,240	€ 600,00

Datum 22.04.2008

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***6***	Transportbeton Erdberg
Name		Regie

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 17.04.2008	Lohnzettel
	Bf.	von 0901-1712 2008
	keiner	nie steuerlich erfasst

Datum 22.04.2008

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***6***	Klenkweg 1
Name		Regie
		9 STD

9 STD

9 STD

Die Abgabeninformationssystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 22.04.2008	Lohnzettel
	17 GmbH *	***17***: 1203-2504 ***J*** :2804-2105

Bf. von 0901-1812 2008

* Konkurs eröffnet am 13. Juni 2008 - nie Steuererklärungen eingereicht

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. April 2008 weist Folgendes aus:

...
BVH: ***weg

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
Stabstahl ...	...		

Datum 23.04.2008 (und 24.04.2008, 29.04.2008)

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***6***	Eduard Gärtner St.

Name	Regie
	9
	9

Die Abgabeninformationssystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 22.04.2008	Lohnzettel
	J	von 1504-3005 2008
	J	von 1504-0808 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. April 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***str.

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
-------------	---------	------------	--------

Stabstahl ...

Datum 24.04.2008 Donerstag (und 25.04.2008)

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
	6	Unterweggasse 18
		Regie
		9
		9

Die Abgabensinformationssystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 24.04.2008	Lohnzettel
	Bf.	von 2104-1305 2008
	Bf.	von 2104-1107 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. April 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: K..., ***gasse

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
-------------	---------	------------	--------

Stabstahl ...

Datum 24.04.2008

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
	6	Steinbruch Grusmann

Name	Regie
	9
	9
	9
	9

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 24.04.2008	Lohnzettel
	-	
	J	von 0804-1807 2008
	J	von 1703-0407 2008
	J	von 1703-0108 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. April 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
-------------	---------	------------	--------

Stabstahl ...

Datum 24.04.2008

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
	15	Ziegelhof Str.

Name	Regie
	5
	5

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 24.04.2008	Lohnzettel
	J	von 1504-0808 2008
	J	von 1504-0108 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. April 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***str.

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
Stabstahl ...			

Datum 08.05.2008 (und 15. und 16.05.2008)

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
	15	Ziegelhof Str.

Name	Regie
	9
	9
	9
	9

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 08.05.2008	Lohnzettel
	J	von 1504-3105 2008
	J	von 1504-3005 2008
	J	von 1504-0808 2008
	J	von 1504-0108 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. April 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***str.

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
-------------	---------	------------	--------

Stabstahl ...

Datum 19.05.2008 (bis 21.05.2008)

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***15***	Ziegelhof Str
Name	Regie	
	9	
	9	

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 19.05.2008	Lohnzettel
	J	von 1504-3005 2008
	J	von 1504-0808 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. Mai 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***str.

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
-------------	---------	------------	--------

Stabstahl ...

Datum 28.05.2008

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
	6	Tokio Str. 6

Name	Regie
------	-------

7

7

Die Abgabensinformationssystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 28.05.2008	Lohnzettel
	J	von 1504-3005 2008
	J	von 1504-0108 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 30. Mai 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***strasse

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
-------------	---------	------------	--------

Stabstahl ...

Datum 02.06.2008 (und 03., 06., 07., 11., 12.06.2008)

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
-------------	-------	-----------

	15	Ziegelhofstrasse
Name		Regie
		10
		9
		9

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 02. bis 12.06.2008	Lohnzettel
	histor. Lohnzettel ***J***	von 1504-3105 2008 historische Meldung: von 1504-0108 2008
	kein Lohnzettel ***J***	von 1504-3005 2008 von 1504-0808 2008
	J	von 1504-0108 2008

Datum 13.06.2008

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
	15	Ziegelhofstr
Name		Regie
		5
		5
		5
		5

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 13.06.2008	Lohnzettel
	histor. Lohnzettel ***J***	vgl. oben
	J	vgl. oben
	J	vgl. oben
	Bf.	von 0901-1508 2008

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 16. Juni 2008 weist Folgendes aus:

...

BVH: ***strasse

Bezeichnung	Gewicht	Mischpreis	Gesamt
-------------	---------	------------	--------

Stabstahl ...

Datum 25.06.2008

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
	6	BMTI Trumau

Name	Regie
------	-------

9

9

Die Abgabensinformationssystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 25.06.2008	Lohnzettel
	J	von 1703-0108 2008
	J	von 2506-0108 2008

* betreffend *** vgl. unten ***L***

Datum 15.07.2008 Tag Di

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***6***	Parhamer Platz 13-14
Name		Regie
		9
		9
		9

Die Abgabensinformationssystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 15.07.2008	Lohnzettel
	J	seit 15.04.2008
	J	seit 15.04.2008
	J	seit 14.04.2008

Datum 09.08.2008 Tag Mittwoch

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***6***	Technikzentrum
Name		Regie
		8 Std
		8 Std
		8 Std

Die Abgabensinformationssystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 09.08.2008	Lohnzettel
------	-----------------------------	------------

kein Lohnzettel	bis 0808 2008 ***J*** ab 1108 2008 ***K***
kein Lohnzettel	bis 0108 2008 ***J*** ab 2010 2008 ***L***

Auf I. Baustahl GmbH- Druckvorlagen (ausgefüllte Druckvorlagen, Strafakten Band IV, Teil 4), auf welchen Arbeiter namentlich erfasst wurden, wurden auf derselben Druckvorlage betreffend dieselbe Baustelle am selben Tag mehrere Eisenbieger wie folgt erfasst:

Baustelle ***str.:

30. Juni bis 02. Juli, 07. bis 10. Juli 2008:

*** (***J***) / *** (***J***) / *** (***J***)

03. und 04. Juli 2008:

[...] (alle ***J***)

Baustelle Korneuburg

10. und 11. Juli 2008:

[...] (alle ***J***)

Baustelle Pa. Platz:

14. und 15. Juli 2008:

[...] (alle ***J***)

16. Juli 2008:

[...]

17. Juli 2008:

[...]

18. Juli 2008:

[...]

22. Juli 2008:

[...]

30. Juli 2008:

[...] (***J*** von 1703-0108) / [...] (alle ***J***)

31. Juli 2008:

*** (***J*** von 1703-0108 2008) / *** (Bf. von 0306-1508 2008)

Baustelle ***zentrum:

08. und 09. August 2008

*** (***J*** bis 0808 2008) / *** (***K*** von 0408-1710 2008) / **** und *** wurden von der I. Baustahl GmbH als Arbeiter auf derselben Baustelle am 08. und 09. August 2008

erfasst. *** war bis 08. August 2008 bei der ***J*** GmbH und ab 11. August 2008 bei der ***K*** als Arbeiter gemeldet.

*** war (seit 04. August 2008) bei der ***K*** als Arbeiter gemeldet.

8.

Der Masseverwalter konnte im Oktober 2008 einen "Kontakt zum Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin" nicht herstellen und lagen ihm keine Buchhaltungsunterlagen vor. Der Zwischenbericht des Masseverwalters vom 20. November 2008 enthält Folgendes: Der Masseverwalter hat in Erfahrung gebracht, dass vor Konkurseröffnung bei der Gemeinschuldnerin bis zu 170 Dienstnehmer gemeldet waren. Da keine Lohnabgaben abgeführt wurden, hat sich nunmehr ... eine beträchtliche Nachforderung an Lohn- und Kommunalsteuer ... ergeben.

9.

Gemäß Tagsatzungsprotokoll vom 1. Dezember 2008 wurden die Forderungen 1 - 36 geprüft. Abgesehen von Forderungen bei der GmbH angemeldeter Dienstnehmer handelt es sich um folgende: BUAK Bauarbeiter-Urlaubskasse, Bundessozialamt, Finanzamt, Magistrat Wien, Wiener Gebietskrankenkasse

10.

Am 02. August 2010 hielt das Finanzamt in einem Aktenvermerk fest (LO 02.08.2010): Sämtl. Erhebungen den GF+Ges. ***J*** *** negativ ---> ZMR, FOB, GOB, SV eine Haftungsinanspruchnahme wäre weder zweckmäßig noch billig, auch betr. Firma ist lt. Fibu eine für Zustellungen maßgebliche Geschäftsanschrift unbekannt u. erscheint die LO des Rü. gem. § 235 BAO als sinnvoll.

11.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt ca. *vier Monate*.

12.

Der Konkurs wurde ca. *2 Monate* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit*.

13.

Der inländische Wohnsitz wurde *2 Tage vor* Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 06. Februar 2008 stellte das Finanzamt Wien 4/5/10 folgende Bescheinigung an die Firma ***J*** aus:

Es wird bescheinigt, dass gegen

J GmbH gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei S... Stahl Handels-S...

Am selben Tag wurden gleiche Bescheinigungen zur Vorlage an die Fa. Swie., Dipl.Ing. Sedl.

Ges.m.b.H, Er. Baustahl GmbH, R. Baustahlver. GmbH und Bauservice F. GmbH ausgestellt.

Diese Bescheinigung liegt zeitlich vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK (bzw. der Anfertigung des Bauvertrages).

Am 12. März 2008 richtete die Bauservice F. folgendes Schreiben an die Bf. (Schreiben vom 10. Juli 2018, Beilage a98):

Einsatz der Fa. ***J*** am BVH PP...

Sehr geehrter Herr (Geschäftsführer der Bf.)

Im Anhang senden wir Ihnen ein Schreiben der Bauleitung des BVH PP... zu Ihrer weiteren Verwendung.

Wie Sie daraus entnehmen können, wurde Ihrem Ansuchen die Firma ***J*** GmbH als Subunternehmer einzusetzen nicht stattgegeben. Wir bitten Sie dies zu akzeptieren und einzuhalten.

Als Zeichen Ihrer Kenntnisnahme senden Sie uns dieses Schreiben firmenmäßig unterfertigt bis spätestens Montag, 17.03.2008 an FaxNr: 02... retour.

Das Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft PP... lautet:

Bewehrung liefern und verlegen - Auftrag vom 15.06.2007

Beabsichtigte Subunternehmervergabe Fa. ***J*** GmbH - Ihr Schreiben vom 04.03.2008

Ihr Schreiben vom 04.03.2008 bezüglich des beabsichtigten Einsatzes der Fa. ***J*** GmbH haben wir erhalten.

Die von Ihnen übergebenen Unterlagen haben wir geprüft. Die

Unbedenklichkeitsbescheinigung BUAK liegt uns nicht vor und ist entsprechend nachzureichen.

Wir stimmen dem Einsatz der Fa. ***J*** unter der Voraussetzung zu, dass ein direkter Werkvertrag zwischen der Fa. Bauservice F... und der Fa. ***J*** geschlossen wird. Der entsprechende Werkvertrag sowie die ausstehende o.g. Unbedenklichkeitsbescheinigung sind vor Einsatz der Fa. ***J*** an uns zu übermitteln.

Einem Sub-Sub-Verhältnis können wir aus organisatorischen Gründen (z.B. erschwerter Zugriff auf die Fa. ***J***) nicht zustimmen.

Am 17. März 2008 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 10. Juli 2018, Beilage a100)

Senden an: I... (Baustahl)

Betreff: Anmeldungen SUB Firma ***J*** Bau

Sehr geehrter Herr ...!

Laut Telefonat übersenden wir Ihnen die Anmeldungen von unserem Sub-Unternehmen Fa. ***J*** Bau GmbH.

Weiters geben wir bekannt, auf welchen Baustellen das SUB Personal in Spitzenabdeckung beschäftigt ist.

K...str.: ***

Su...: ***

W...str.: [...]

Die beigelegten Anmeldungen weisen unter der Rubrik 'Beschaeftigt ab:' folgende Datumsangabe und 22 Personen aus:

17.03.2008:

[...]

Am 23. Juni 2008 richtete die I. Baustahl folgendes Fax an die Bf. (Beilage a99):

Betrifft: Baustellenordnung

Bitte beiliegende Baustellenordnung jeweils einmal von (der Bf.) und einmal von Fa. ***J*** unterzeichnen und mir dringend retour faxen (02...).

Baustellenordnung ***zentrum Wien ...

Betreffend diese Schreiben bzw. Unterlagen wurde vorgebracht:

Die ***J*** war nachweislich operativ tätig. Dazu im Einzelnen:

Sie war zumindest beim BVH PP... direkt für (Bauservice) F... tätig. Ein 'Sub-Sub-Verhältnis' mit (der Bf.) als Zwischenglied wurde 'aus organisatorischen Gründen' abgelehnt. Diese Korrespondenz aus dem März 2008 beweist ein weiteres Mal schlüssig: Der Anzeige, die Prüferin, das Finanzamt und das BFG stehen mit ihren wirklichkeitsfremden Spekulationen meterweit im Abseits.

J war zudem auch für (Baustahl) I... tätig. Das von dort stammende Telefax vom 23.6.2008 lässt an Klarheit und Eindeutigkeit keine Wünsche offen. So heißt es auf der Titelseite wortwörtlich: 'Bitte beiliegende Baustellenordnung jeweils einmal von (der Bf.) und einmal von Fa. ***J*** unterzeichnen und mir retour faxen.'

Um genau zu sein: Besagte Baustellenordnung hat das BVH ***zentrum Wien ... betroffen, an dem ***J*** im Subauftrag für (die Bf.) mitgearbeitet hat. Damit ist zugleich der Nachweis erbracht, dass ***J*** auf einer konkreten Baustelle von (Baustahl) I... operativ tätig gewesen ist.

Das ist noch lange nicht alles: Wie sich aus dem Telefax (der Bf.) an (Baustahl) I... vom 17.3.2008 schlüssig ergibt, war ***J*** bei vier weiteren, namentlich genannten BVH im Subauftrag für (die Bf.) tätig. Zu diesem Zweck hat sie (Baustahl) I... die Namen der Arbeitskräfte von ***J*** - getrennt nach BVH - bekannt gegeben.

Dafür, dass ***J*** sehr wohl leistungserbringend gewesen ist, spricht weiters der mit ihr abgeschlossene Bauvertrag, der am 6.6.2008 um 11.03 Uhr nachweislich an (Baustahl) I... gefaxt worden ist.

Daraus folgt zusammengefasst: ***J*** war nachweislich für (Bauservice) F... (./a98) und für (Baustahl) I... tätig (./99 und ./100), um ausgerechnet für (die Bf.) nicht leistungserbringend gewesen zu sein, obwohl die beiden zuletzt genannten Beilagen das genaue Gegenteil beweisen. Trotzdem ist dieser Fremdleister noch immer auf der 'schwarzen Liste' des vom Sachverhalt noch immer völlig uninformierten BFG.

Am 12. März 2008 teilte die Bauservice F. der Bf. mit, dass 'Ihrem Ansuchen die Firma ***J*** GmbH als Subunternehmer einzusetzen' - also dem Ansuchen der Bf.! - nicht stattgegeben wurde. Am Vortag, dem 11. März 2008, hatte die Arbeitsgemeinschaft PP. in ihrem Schreiben an die Bauservice F. festgehalten: 'Ihr Schreiben vom 04.03.2008 bezüglich des beabsichtigten Einsatzes der Fa. ***J*** GmbH haben wir erhalten.'

Am 04. März 2008 und in den rd. 3 Monaten seit der Gründung der GmbH Ende November 2007 waren bei der ***J*** bei der GKK folgende Dienstnehmer gemeldet:

- der gewerberechtliche Geschäftsführer vom 29.01.2008 bis 02.05.2008
- *** vom 19.02.2008 bis 15.09.2008 und
- *** vom 25.02.2008 bis 31.03.2008

Am 12. März 2008 und bis zum 16. März 2008 waren ebenfalls der gewerberechtliche Geschäftsführer und zwei Arbeiter bei der GKK gemeldet.

Am 17. März 2008 kamen zu diesen drei GKK-Meldungen 23 Anmeldungen hinzu:

Name	in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet:
------	---

nicht enthalten

ja

nicht enthalten, aber:

C : 15.05.-14.06.2006

D : 10.07.-13.10.2006

H : 01.09.-17.10.2007

I : 22.01.-14.03.2008

J : 17.03.-01.08.2008

K : 04.08.-14.11.2008

L : 17.11.-22.12.2008

AMS: 23.12.2008-06.01.2009

L : 07.01.-27.02.2009

Bf.: 02.03.-04.09.2009

ja

ja

ja

nicht enthalten, aber:

A : 09.12.2005-27.01.2006

ADEM S.: 30.01.-03.03.2006

C : 15.05.-14.06.2006

D : 19.06.-21.06.2006

03.07.-28.07.2006

11.09.-22.09.2006

E : 20.11.-20.12.2006

F 15.01.-19.01.2007

I : 22.01.2008-14.03.2008

J : 17.03.2008-04.07.2008

ja

ja

ja

ja

ja

ja

ja

ja

ja

ja, Anmeldungskette

ist zu ergänzen:

I : 11.02.-14.03.2008

J : 17.03.-01.08.2008

K : 04.08.-17.09.2008

nicht enthalten, aber:

Bf.: 10.04.-22.09.2006

G : 16.04.-01.08.2007

I : 30.01.-14.03.2008

J : 17.03.-18.07.2008

ja

ja

ja

ja

Betreffend die 25 am 17. März 2008 gemeldeten Arbeiter wurden für 22 die GKK-Anmeldungen vorgelegt; keine wurden betreffend drei Arbeiter vorgelegt.

Von den vorgelegten 22 GKK-Anmeldungen entfallen

- 17 auf Arbeiter, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind und zwar alle 16 Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***I*** abgemeldet worden sind und an diesem Tag bei der GKK als Dienstnehmer der ***J*** angemeldet wurden sowie ***, der (ebenfalls 3 Tage) zuvor bei der Bf. gemeldet war und
- 4 weitere auf Arbeiter mit einer Anmeldungskette (Meldungen bei mehreren der eingeschaltet gewesenen GmbHs).

Die bei der ***J*** am 17. März 2008 gemeldet gewesenen weiteren drei Arbeiter:

*** (gemeldet vom 19.02.2008 bis 15.09.2008)

*** (gemeldet vom 25.02.2008 bis 31.03.2008) und

*** (gemeldet vom 17.03.2008 bis 17.03.2008)

waren keine Arbeiter mit einer Anmeldungskette.

*Alle 22 Dienstnehmer, deren Anmeldung von der Bf. an die I. Baustahl übermittelt wurde, wurden somit am Tag der Versendung des Telefax bei der ***J*** bei der GKK angemeldet.*

Die 8 Dienstnehmer, hinsichtlich derer von der Bf. der I. Baustahl bekannt gegeben wurde, auf welchen Baustellen diese Arbeiter beschäftigt sind,

- wurden **alle** am Tag der Versendung des Telefax bei der ***J*** bei der GKK angemeldet und waren alle 3 Tage davor bei der ***I*** abgemeldet worden und
- waren alle Arbeiter, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind (7 Dienstnehmer) oder Arbeiter mit einer Anmeldungskette (Meldungen bei mehreren der eingeschaltet gewesenen GmbHs) (ein Dienstnehmer).

Am 14. Mai 2008 stellte das Finanzamt Wien 1/23 folgende Bescheinigung an die Firma

J GmbH, zur Vorlage an die Fa. F. Bau GmbH, aus:

Es wird bescheinigt, dass gegen die oben angeführte Firma gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen.

Im Zeitraum 21. Mai 2008 bis 17. Juni 2008 wurden vom Finanzamt auf dem ***J*** - Konto folgende Buchungen vorgenommen:

21.05.08 01	15.05.08	-0,00	
01 L	03/08 15.04.08	3.045,25	
01 DB	03/08 15.04.08	1.171,33	
01 DZ	03/08 15.04.08	104,12	4.091,87
29.05.08 01	20.05.08	-0,00	
01 L	04/08 15.05.08	21.401,70	
01 DB	04/08 15.05.08	6.534,84	
01 DZ	04/08 15.05.08	580,87	32.609,28
09.06.08 48 SZA	2008 16.07.08	60,90	
48 SZA	2008 16.07.08	428,03	
48 SZA	2008 16.07.08	130,70	33.228,91
17.06.08 48 BAL	2008 17.06.08	3,20	33.232,11

Diese Bescheinigung betrifft, die L-, DB- und DZ- Buchungen 03/08 und 04/08 nicht enthaltend, den Zeitraum vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK: Mitte März 2008 waren, wie im Vormonat, *3 Dienstnehmer gemeldet, am 1. Mai 2008 116 Dienstnehmer.*

Am 03. Juni 2008 richtete die Wiener GKK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***J*** GmbH:

Die Wiener GKK bescheinigt, dass (die ***J*** GmbH) der Verpflichtung zur Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachkommt.

Das Beitragskonto besteht erst seit 1.1.2008.

Derzeit sind 69 Dienstnehmer gemeldet.

Diese Bescheinigung bezieht sich auf den Zeitraum vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK.

Am 07. Mai 2009 richteten die rechtsfreundlichen Vertreter der Wr. GKK folgendes Schreiben an die M. ('Eingang I. Oe. 14. Mai 2009'; Schreiben vom 12. Februar 2018, Beilage a63):

Die ***J*** GmbH FN ... schuldet meiner Mandantin per 25.03.2009 Rückstände an Sozialversicherungsbeiträgen in der Höhe von € 407.039,28. ...

Im Zuge der diesbezüglichen Klärung des Sachverhaltes hat sich unter anderem durch Aussagen von ehemaligen Mitarbeitern der ***J*** GmbH heraus gestellt, dass auch Ihr Unternehmen, die M..., die ***J*** bei diversen Bauvorhaben eingesetzt hat.

Meine Mandantin geht daher auch davon aus, dass die ***J*** GmbH für Ihr Unternehmen

Leistungen erbracht hat, für die Entgelt bezahlt wurde. ...

Namens und auftrags der Wiener GKK bitte ich Sie daher um Bekanntgabe,

- bei welchem Bauvorhaben oder in welchem sonstigen Zusammenhang die ***J*** GmbH Leistungen für die M... erbracht hat, sodass Entgelte auf deren Konten (welche?) bezahlt wurden;

welche ehemaligen Mitarbeiter der ***J*** GmbH die diesbezüglichen Vereinbarungen mit Ihnen abgeschlossen und die Bauvorhaben /Leistungen abgewickelt haben, wobei uns neben dem vollständigen Namen auch eine ladungsfähige Anschrift bekannt gegeben werden möge; und welche Mitarbeiter der M... diese Baustellen oder sonstigen Leistungen der ***J*** GmbH gegenüber betreut bzw. abgewickelt haben.

Dieses Schreiben wird "zum Nachweis, dass ***J*** auch für diesen Auftraggeber gearbeitet hat" vorgelegt.

Dass '***J*** für (die Bf.) nicht gearbeitet hat', ergibt sich aus den obigen Ausführungen.

Die ***J*** hatte nicht nur einen faktischen Machthaber, der als Rechnungsaussteller gegen Provision fungierte, hinzu kam insbesondere

- dass eine Reihe von Dienstnehmern der Anmeldungsketten auch bei der ***J*** bei der GKK angemeldet wurden und alle 16 Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***I*** angemeldet worden sind, am 17. März 2008 bei der GKK als Dienstnehmer der ***J*** angemeldet wurden,

- dass die von der Bf. auf das ***J*** - Bankkonto überwiesenen Beträge am selben Tag in voller Höhe in Bar abgehoben wurden,

- dass von Dienstnehmern der Bf. (an die I. Baustahl GmbH) verrichtete Arbeiten in ***J*** - Rechnungen als von der ***J*** an die Bf. erbrachte Leistungen aufscheinen,

- dass die I. Baustahl GmbH- Druckvorlagen, in welchen Arbeiter namentlich erfasst wurden, gemischte Baustellenpartien ausweisen.

Bei der ***J*** handelt es sich um die 10. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen. Auf die hinzutretenden zusätzlichen Feststellungen wird verwiesen.

Die ***J*** ist die erste jener *drei der eingeschaltet gewesenen GmbHs* - der ***J*** GmbH (als 10. eingeschaltete), der ***L*** GmbH (als 12. eingeschaltet) und der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. (als 15. eingeschaltet) - bei welchen der rechtskräftig verurteilte ***S***, geb. ***R***, bei folgenden Betrugsszenarien mitgewirkt hat:

- Ausstellen von Schein- bzw. Deckungsrechnungen
- Scheinanmeldungen von Arbeitern bei einer nicht (mehr) tätigen Gesellschaft anstatt der Anmeldung beim tatsächlichen Beschäftigten.

Auf Grund dieser Betrugsszenarien gelangten bei *** **S***, geb. ***R***, Einkünfte aus Gewerbebetrieb "Verkauf von Rechnungen und Dienstnehmeranmeldungen" und steuerbare Umsätze bezüglich der hier in Rede stehenden 3 GmbHs in folgender Höhe in Ansatz:

Verkauf von Scheinrechnungen:

Rechnungsbeträge:

GmbH	Jahr	Rechnungsbetrag
J GmbH	2008	2.777.860,39 €
L H. GmbH	2008	1.544.429,26 €
O Handels GmbH	2009	1.766.312,83 €

Verkauf von Dienstnehmer-Anmeldungen:

Provisionen Dienstnehmer-Anmeldungen:

GmbH	Jahr	Provisionserlös
J GmbH	2008	118.285,80 €
L H. GmbH	2008	21.413,10 €
O Handels GmbH	2009	37.487,31 €

*** **S*** tätigte entweder selbst mittels Bankvollmacht, oder im Zusammenspiel mit vorgeschobenen "Strohmännern" die Barabhebungen des Rechnungsbetrages.

Abzüglich einer Provision für den Rechnungsaussteller *** **S*** erfolgten Rückflüsse (sogenannte KickBack-Zahlungen).

Bezüglich der weiteren Umstände wird auf den obigen Pkt. 6. verwiesen.

Damit stimmt überein,

- dass die *Unterschriften* laut Musterfirmazeichnungserklärung und Erklärung der Errichtung einer Gesellschaft, der Fertigung des Bewerbungsschreibens und des Bauvertrages bzw. der Auftragsbestätigung *unterschiedlich sind (was die Folge des Umstandes ist, dass keine der Unterschriften (abgesehen jene auf dem Reisepass) von *** **J*** geleistet wurde)* (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).

- dass die auf dem ***J*** - Bankkonto eingegangenen Beträge wurden bis auf wenige Überweisungen bar behoben wurden.

- dass die von der Bf. auf das ***J*** - Bankkonto überwiesenen Beträge in Höhe von € 80.000,00 und € 42.896,00, € 150.000,00, € 50.509,17 und € 90.000,00 *jeweils am Tag der Wertstellung in voller Höhe bar abgehoben wurden.*

- das oben unter Pkt. 7. beschriebene Geschehen:

a)

12. März 2008:

Erfassung von 4 Namen (Vor- und Nachnamen) mit der Stundenangabe von jeweils 9 Std. in einem - in den Strafakten einliegenden - Bauservice F.- Stunden- und Wochenbericht.

Für alle vier Eisenbieger errechnen sich auf Grund dieses Berichtes **36 Regiestunden.**

Die Verlegeleistung eines Eisenbiegers beträgt in der Regel **100 kg pro Stunde.**

28. März 2008:

Die in den Strafakten (eine Seite davor) einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 28. März 2008 weist die Bezeichnung: Stabstahl Verr.Lt.Plan und das Gewicht: **3.600,00 kg** aus.

Betreffend drei der im Bericht erfassten Personen wurden **von der Bf.** für den gesamten Monat März 2008 jeweils der Lohnzettel ausgestellt (wie für die Monate davor und danach), betreffend einen umfasste der von der Bf. ausstellte Lohnzettel den Zeitraum vom 09. Jänner bis 25. März 2008.

b)

17./18. April 2008:

Erfassung von zwei Namen mit den Stundenangaben von je 8 Std. am 17. April und je 4,5 Std am 18. April sowie die Baustelle: E.G. St. auf einer - in den Strafakten einliegenden - I. Baustahl- Druckvorlage.

Für beide Tage und beide Eisenbieger errechnen sich auf Grund dieser Druckvorlage

25 Regiestunden.

Die Verlegeleistung eines Eisenbiegers beträgt in der Regel **100 kg pro Stunde.**

18. April 2008:

Die in den Strafakten einliegende ***J*** - Rechnung an die Bf. vom 18. April 2008 weist die Baustelle: E.G. St. und die Bezeichnung: Stabstahl Verr.Lt.Plan und das Gewicht: **2.500,00 kg** aus.

Betreffend eine der in der Druckvorlage erfassten Personen wurde **von der ***J***** für den Zeitraum 15. April bis 30. Mai 2008 der Lohnzettel ausgestellt, betreffend die zweite Person für den gesamten Monat April 2008 (wie für die Monate davor und danach) **von der Bf.**

c)

gemischte Baustellenpartien bspw. am 22. April und am 13. Juni 2008

Dieses Geschehen *komplettiert* die Darstellung des Sozialbetrugs.

Betreffend in Einsatz gelangte Eisenbieger ist auszuführen:

Unterlagen, die eine Zuordnung von Arbeitnehmern zu Baustellen der Auftraggeber der Bf. zulassen, wurden, von zwei Ausnahmen abgesehen, nicht vorgelegt. In den Strafakten lagen (sich auf 12 Tage beziehende) Unterlagen ein: Gemäß den in den Strafakten einliegenden ausgefüllten I. Baustahl GmbH- Druckvorlagen wurden namentlich Arbeiter (betreffend Baustellen, auf welchen ihr Subunternehmer die Bf. war) erfasst.

Der Vergleich der Eisenbieger, die in den von der Bf. vorgelegten Unterlagen und den in den Strafakten einliegenden Unterlagen ausgewiesen sind einerseits und jenen, die in der Beilage des BFG-Schreibens vom 27. Juni 2017: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 ausgewiesen sind andererseits ergibt Folgendes:

Name	von der Bf. vorgelegt oder aus Strafakten	in Aufstellung enthalten
------	--	--------------------------

Strafakt:

Strafakt	nicht enthalten a)
Strafakt	ja, Bf. 0901-1812
Strafakt	ja, ***J*** 2804-2105
Strafakt	ja, ***J*** 1703-1807
Strafakt	ja, ***J*** 1703-0407
Strafakt	ja, ***J*** 1703-0108
Strafakt	ja, ***J*** 1504-0108
Strafakt	nicht enthalten b)
Strafakt	nicht enthalten - ***E*** : 0611-1412 06
Strafakt	ja, ***J*** 1703-0108
Strafakt	ja, ***J*** 1703-0108

Strafakt	ja, ***J*** 2404-0108
Strafakt	ja, ***J*** 1703-0108
Strafakt	ja, ***J*** 1703-0808
Strafakt	ja, ***L*** 2010-1812
Strafakt	nicht enthalten c)
Strafakt	ja, ***L*** 2010-1812
Strafakt	ja, ***L*** 2010-2212
Strafakt	ja, ***L*** 2010-1812
Strafakt	ja, ***L*** 2010-1812
Strafakt	nicht enthalten
Strafakt	ja, ***K*** 0408-1411
Strafakt	ja, ***K*** 0408-1411
Strafakt	ja, ***K*** 1710-2111
Strafakt	ja, ***L*** 2010-2212
Strafakt	ja, Bf. 0306-1712
Strafakt	ja, ***L*** 1711-1712

von Bf. vorgelegt

Bf.	ja, ***L*** 1201-2702
Bf.	ja, ***L*** 1201-2702
Bf.	ja, ***L*** 2201-2702
Bf.	ja, ***L*** 2201-2702

a) ***D*** : 26.06.-06.10.2006, ***E*** : 09.10.-27.10.2006 und 06.11.-22.12.2006, ***I*** : 03.03.-14.04.2008, ***J*** : 15.04.-30.05.2008

b) ***D*** : 26.06.-22.09.2006, ***E*** : 20.11.-14.12.2006, ***I*** : 10.03.-14.04.2008, ***J*** : 15.04.-08.08.2008

c) ***C*** : 01.03.-19.05.2006, ***D*** : 06.06.-03.11.2006, ***E*** : 06.11.-14.12.2006, ***I*** : 31.03.-14.04.2008, ***K*** : 04.08.- 16.10.2008, ***J*** : 15.04.-01.08.2008, ***L*** : 20.10.-18.12.2008, 13.01.-27.02.2009

Die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhalteten 25 Dienstnehmer waren Dienstnehmer, die auf den Baustellen des Auftraggebers der Bf., der I. Baustahl, namentlich erfasst worden sind.

Die sich (nur) auf 12 Tage beziehenden Unterlagen weisen somit 25 Dienstnehmer, die in den 66 Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind, aus. Diese Übereinstimmung zeigt die Bindung der Dienstnehmer an die Bf.

Die hiermit dokumentierte Bindung der Dienstnehmer an die Bf. tritt zu den **Aussagen der einvernommenen Zeugen** hinzu.

Legte die Bf., wie betreffend die ***E***, ***F***, ***H***, ***I*** und ***L***, eine Unterlage, die von der Bf. angefertigte Telefax-Nachricht vom 17. März 2008, vor, die Namen von für die Bf. tätig gewordenen Eisenbiegern beinhaltet, führte dies zu einem **die Bf.**

belastenden Beweisergebnis:

Die vorgelegte Nachricht bestätigt, wie oben im Einzelnen dargelegt, die Richtigkeit der die Bindung der Dienstnehmer an die Bf. dokumentierenden Anmeldungsketten.

Das Betreiben des 'Einsatzes' der ***J*** 'als Subunternehmer' durch die Bf. bei einer Arbeitsgemeinschaft

- in einem Zeitpunkt,

-- in dem die Gründung der GmbH rd. 3 Monate zurücklag,

-- die Anmeldung des gewerberechtl. Geschäftsführers rd. 1 Monat zurücklag und

-- die Anmeldungen betreffend das gesamte weitere Personal - zwei Arbeiter - rd. zwei bzw. eine Woche zurücklag,

- die rd. zwei Wochen danach vorgenommene Anmeldung aller (16) Dienstnehmer, die drei Tage davor bei der ***I*** abgemeldet wurden und

- die Beschäftigung namentlich genannter Dienstnehmer, die alle Arbeiter waren, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind (7 Dienstnehmer) oder Arbeiter mit einer Anmeldungskette (Meldungen bei mehreren der eingeschaltet gewesenen GmbHs) (ein Dienstnehmer) sind, auf Baustellen der Bf.

zeigt, in welchem Zeitpunkt und auf welche Weise die Bf. ihre Absicht verfolgt hatte.

Die Arbeiter, die bezogen auf das Schreiben vom 04. März 2008 noch 10 Tage bei der ***I***

gemeldet blieben, wurden mit 14. März 2008 bei der ***J*** abgemeldet und drei Tage danach, am 17. März 2008, bei der ***J*** angemeldet. Diese Chronologie lässt, selbst wenn man die weiteren in dieselbe Richtung weisenden Umstände außer acht lässt, darauf schließen, dass die Arbeiter sowohl vor dem 14. März 2008 als auch nach dem 17. März 2008 für die Bf. arbeitende, in den betrieblichen Organismus der Bf. eingegliederte Eisenbieger waren.

Wird in einem Schreiben geäußert, man stimme dem Einsatz der ***J*** unter der Voraussetzung zu, dass ein direkter Werkvertrag zwischen der Fa. Bauservice F... und der Fa. ***J*** geschlossen wird, stellt ein solches Schreiben einen Nachweis, dass die ***J*** (auch) für die Bf. operativ tätig wurde, nicht dar. In diesem Zusammenhang wird auf die obigen Ausführungen betreffend die ***D*** und insb. die ***F*** hinsichtlich der vorgelegten mit Bauservice überschriebenen Aufstellungen zu verwiesen.

Ein vom Auftraggeber der Bf. an die Bf. gerichtetes Telefax des Inhaltes, die beiliegende Baustellenordnung jeweils einmal von der Bf. und einmal von Fa. ***J*** zu unterzeichnen und retour zu faxen, stellt weder einen Nachweis dafür dar, dass die ***J*** im Subauftrag für die Bf. mitgearbeitet hat noch dass ***J*** auf einer konkreten Baustelle von I. Baustahl operativ tätig gewesen ist. Das Telefax vermag (nur) nachzuweisen, dass die I. Baustahl dahingehend informiert war, dass die ***J*** als 'Geschäftspartner' der Bf. eingeschaltet war. Ob und vor allem welche der ***J*** zuzurechnende Leistungen von der ***J*** tatsächlich erbracht wurden, kann ein Schreiben dieses Inhalts nicht nachweisen.

Das Telefax der Bf. an die I. Baustahl vom 17.3.2008 vermag, wie das o.a. Telefax (nur) nachzuweisen, dass die I. Baustahl dahingehend informiert war, dass die ***J*** als 'Geschäftspartner' der Bf. eingeschaltet war. Ob und vor allem welche der ***J*** zuzurechnende Leistungen von der ***J*** tatsächlich erbracht wurden, kann ein Telefax dieses Inhalts nicht nachweisen. Nachgewiesen wurde nicht, dass ***J*** bei vier weiteren, namentlich genannten BVH im Subauftrag für die Bf. tätig war, nachgewiesen wurde vielmehr (nur), dass die namentlich angeführten Arbeiter auf den genannten Baustellen der I. Baustahl/Bf. beschäftigt wurden. Ob die auf den Baustellen tätig gewordenen Arbeitskräfte der ***J*** oder des Bf. waren, kann ein Schreiben dieses Inhalts nicht nachweisen.

Das Faxen eines Bauvertrages spricht dafür, dass der in einem solchen ausgewiesene Auftragnehmer leistungserbringend gewesen ist. Diese Beurteilung kann jedoch nicht losgelöst von allen gegenteiligen Umständen erfolgen, beginnend mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag: Weist die Unterschrift der Fertigung des Bauvertrages (seitens der ***J*** GmbH) keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut

Musterfirmazeichnungserklärung und laut Erklärung der Errichtung einer Gesellschaft auf und die Unterschrift der Fertigung des Bewerbungsschreibens (seitens der ***J*** GmbH) keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und laut Erklärung der Errichtung einer Gesellschaft, bleibt bei der Einmann-GmbH *im Dunkeln*,

wer den Bauvertrag (und zuvor das Bewerbungsschreiben) unterfertigte.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 10. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH handelt es sich betreffend

- ***26***, da er nicht bei der ***J*** angemeldet wurde, (weiterhin) um die **11.**

Anmeldung bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK.

- ***29***, da er nicht bei der ***J*** angemeldet wurde, (weiterhin) um die

12. Anmeldung bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK.

- Özdemir N., da er nicht bei der ***J*** angemeldet wurde, (weiterhin) um die

8. Anmeldung bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK.

- Dinkic M. im **23 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab 03. April 2006 bei der ***J*** -

Anmeldung um die **7. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 6 Anmeldungen ab 03. April 2006: vgl. oben ***I***]

-- 17. März 2008: ***J***

Betreffend die ***J*** konnte festgestellt werden, wer durch welche Aktivitäten die 10. eingeschaltet gewesene GmbH "geführt" hatte (*** ***S***): ***** ***S*** war faktischer Machthaber der ***J***, ***L*** und ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. und fungierte als ***J*** -, ***L*** - und ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H.- Rechnungsaussteller gegen Provision.**

Die ***J*** GmbH hat die in den ***J*** GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht.

Die ***J*** GmbH (mit dem wahren Machthaber Wolfgang ***S***) wurde von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt.

11. *K*** Bau & Gebäudereinigung Ges.m.b.H.**

erste Eingangsrechnung: 14. August 2008, letzte Eingangsrechnung: 14. November 2008

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH wurde im Firmenbuch (am 18. Juli 2008) ein Ausländer, ***22***, ein kroatischer Staatsangehöriger, auf Grund eines **2 Wochen vor erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen.

22 war am 18. Juli 2008 der kroatischen, *nicht aber der deutschen Sprache kundig* (und wurde bei der Errichtung des Abtretungsvertrages die gerichtlich zertifizierte Dolmetscherin für die kroatische Sprache Frau S. zugezogen) (Notariatsakt/ Abtretungsvertrag).

Der gleiche Umstand - des der deutschen Sprache nicht kundigen Ausländers - war bei der ***F*** und der ***H*** gegeben.

2.

Der bezogen auf den (am 1. August 2008 angefertigten) Bauvertrag **zwei Wochen** zurückliegende Abtretungsvertrag (vom 18. Juli 2008), bezogen auf die erste Rechnungslegung am 14. August 2008 einen Monat, weist den **Abtretungspreis** in Höhe von **€ 1.000,00** aus.

3.

Zwei Wochen nach der Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer, am 01. August 2008, wurde ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 11 Eingangsrechnungen vom 14. August 2008 mit einem Betrag von insgesamt **€ 103.664,84**.

4.

Im Zeitpunkt der Anfertigung des Bauvertrages verfügte die (völlig substanzlos 2 Wochen zuvor übernommene) ***K*** über vier Gewerbeberechtigungen, aber

- seit dem Vortag betreffend das Gewerbe Baumeister,
- 3 Wochen danach betreffend das Gewerbe Überlassung von Arbeitskräften,
- 3 Wochen danach betreffend das Gewerbe Hausbetreuung, bestehend in der Durchführung einfacher Reinigungstätigkeiten,
- 3 Wochen danach betreffend das Gewerbe Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen oder Kraftfahrzeugen mit Anhängern, deren höchst zulässiges Gesamtgewicht insgesamt 3.500 kg nicht übersteigt,

über keinen gewerberechtlichen Geschäftsführer mehr.

5.

Von den in die Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 aufgenommenen Eisenbiegern, die im Zeitraum Juli bis Anfang August bei der ***J*** angemeldet waren, 23 Dienstnehmer, wurden bei der ***K*** 19 Dienstnehmer (überwiegend nach 3 Tagen), einer bei der Bf. und drei bei anderen Unternehmen angemeldet.

*Alle (12) Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, die 3 Tage zuvor bei der GKK als Dienstnehmer der ***J*** abgemeldet worden sind, wurden am 04. August 2008 bei der GKK als Dienstnehmer der ***K*** angemeldet.*

6.

Im Zuge der - betreffend die ***H*** Bau GmbH - in der Wohnung von ***33*** durchgeführten Hausdurchsuchung wurden auch blanko Kassaeingangsbestätigungen der ***K*** Bau-Gebäudereinigung GesmbH und blanko Kassaausgangsbestätigungen einer Person namens ... sichergestellt.

Die Kassaeingangsbestätigungen tragen den Firmenstempel der ***K*** GesmbH und eine

[zu ergänzen: lesbare] Unterschrift ***22***, dem im Firmenbuch eingetragenen Geschäftsführer-Gesellschafter dieser Firma.

7.

- ☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Anbotschreibens (seitens der ***K*** GmbH) weist weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag noch mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag auf.
- ☐ Die Unterschriften Bauvertrag und Auftragsbestätigung weisen keine Ähnlichkeit mit der Unterschrift des (Alleingesellschafter-Geschäftsführers) ***22*** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag auf.
- ☐ Die Unterschrift der Fertigung des Kassa-Ausgangs (Empfangsbestätigung seitens der ***K*** GmbH betreffend Barbetrag) weist keine Ähnlichkeit mit der Unterschrift des (Alleingesellschafter-Geschäftsführers) ***22*** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag auf.

8.

- ☐ Das Anbotschreiben ***K*** GmbH und das Anbotschreiben ***G*** ***13*** GmbH sind nahezu ident (die Passagen in Kursivschrift sind ident):
 Sehr geehrte Herren und Damen!
Wir sind ein neues Bauunternehmen, konzessioniertes Personalbereitstellungsunternehmen, Gebäudereinigungsunternehmen und hiermit möchten wir Ihnen gerne unsere Dienste anbieten.
*Unsere Dienstleistungen umfassen Eisenverlegungsarbeiten, Maurerarbeiten, Zimmererarbeiten, Fassadenarbeiten, Sanierungen sowie alle anderen Bauarbeiten in unserem Unternehmen **an** (Hervorhebung durch den Sachbearbeiter) sowie Gebäudereinigung.*
 Unser Personal bietet langjährige Erfahrung und fachgerechte Ausführung.
Wir hoffen Ihr Interesse geweckt zu haben und würden uns freuen, auf eine Positive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihnen und verbleiben.
Mit freundlicher Hochachtung) und beinhalten sie weiters idente Auffälligkeiten.
- ☐ Passagen sind ident den Anbotschreiben ***D*** HANDELS GmbH vom 7. Juni 2006 bzw. ***E*** Handels GmbH vom 26. September 2006.

9.

Am 30. September 2008 "wurde im Zuge des Aktionstages 'Bau' durch das Finanzamt Gänserndorf Mistelbach/Team KIAB eine Baustellenkontrolle in der neu errichteten

Wohnhausanlage ... in ***dorf durchgeführt. Diese Kontrolle war nicht gezielt auf eine bestimmte Firma gerichtet, sondern der Hintergrund war die Kontrolle der Baustelle selbst, da es sich um einen Aktionstag „Bau“ handelte.

Vor Ort wurden die Arbeiter:

[vier Namen und SV.Nrn.]

beim Aufbringen des Reibputzes an der Außenfassade angetroffen. Die Arbeiter waren mit Arbeitskleidung mit Firmenlogo der A...-Bau, Baumeister Ing. M... M..., bekleidet und waren auch mit dem Firmenfahrzeug dieses Betriebes mit selbiger Firmenaufschrift auf der Baustelle.

Eine durchgeführte Abfrage im Hauptverband der Sozialversicherung ergab jedoch, dass diese Arbeiter bei der Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH, Troststraße 50/105, 1100 Wien, gemeldet waren. Eine Überprüfung der arbeitsmarktbehördlichen Bewilligungen ergab, dass die Arbeiter im Besitz einer solchen waren. Auf Befragung, ob sie nun für die Firma Ing. M... M... oder für die Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH tätig wären, gaben die Arbeiter an, dass sie für die Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH tätig wären, aber man ihnen aufgetragen hätte, die Arbeitsbekleidung und den Firmenwagen der Firma Ing. M... M... zu verwenden. Daher wurde von mir im FinPol-Online der Vermerk „Kein Hinweis auf Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH“ eingetragen, welcher so zu verstehen ist, dass optisch im Zuge der Baustellenkontrolle kein Hinweis ersichtlich war (sei es durch Firmenfahrzeuge, Firmenbekleidung, Firmentafel,...), dass es sich bei den vor Ort tätigen Arbeitern um Arbeiter der Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH handelt, sondern dies optisch so dargestellt werden sollte, als ob es sich um Arbeiter der Firma A...-Bau, Baumeister Ing. M... M..., handeln würde. Tatsächlich war jedoch die Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH tätig. Diesbezüglich wurde durch mich auch eine Anzeige an die zuständige Gewerbeabteilung der Bezirkshauptmannschaft gelegt. Laut Sozialversicherungsanmeldung und eigenen Angaben der Arbeiter waren diese jedoch für die Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH tätig.

Als Nachweis dafür legten sie auch einen mit 03.06.2008 datierten Auftragsschreiben-Rahmenauftrag vor (im FinPol-Online archiviert), indem die Firma Ing. M... M... die Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH mit der Durchführung von Innen- und Außenputzen, Estrichen und Vollwärmeschutz beauftragt, obwohl die Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH zu diesem Zeitpunkt noch über keine solche Gewerbeberechtigung verfügte (Gewerbe Baumeister erst nach Auftragsschreiben-Rahmenauftrag mit 05.06.2008, Registernummer 990 102153R10, erlangt). Arbeiter der Firma A...-Bau, Baumeister Ing. M... M..., waren zu diesem Zeitpunkt keine vor Ort sondern nur die oben angeführten Arbeiter der Firma ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH, welche jedoch mit Firmenwagen und Arbeitskleidung der Firma A...-Bau, Baumeister Ing. M... M..., auftraten (Schreiben des Finanzamtes Gänserndorf Mistelbach).

Zwei der bei der ***K*** angemeldet gewesenen Arbeiter, die in ***dorf einen Reibputz an der Außenfassade eines neu errichteten Wohnhauses aufgebracht hatten, machten folgende Aussagen:

M.:

Wenn ich gefragt werde, wie ich zur ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH gekommen bin, gebe ich an:

Ich habe gearbeitet für den oben genannten M.M. dann kam ein mir unbekannter Mann, kein Österreicher, ich vermute es war ein Ex-Jugoslawe, und hat er mir die Papiere für die ***K*** gegeben. Auf diese Art wurde und war ich bei der Sozialversicherung bei der ***K*** angemeldet. Das Geld habe ich bar erhalten, so weit ich mich erinnern kann, auf der Baustelle. Ich war in keinem ***K*** -Büro. Ich kann nur vermuten, dass dieser Mann mit M.M. in Verbindung gestanden ist. Ich habe ja auch keine Firma gesucht. Das ist organisiert worden, dass ich bei der ***K*** angemeldet war. Es hat sich nur die Anmeldung bei der Sozialversicherung geändert. Nicht die Baustelle, das Firmenauto mit dem wir gefahren sind und auch nicht unsere Arbeitskleidung - ich [zu ergänzen: meine] damit [zu ergänzen: mit wir] unsere Partie aus vier oder fünf Leuten.

Ich war vorher bei M.M. und danach bei dessen A. Bau GmbH. Ich habe aktiv zum Wechsel nicht beigetragen. Ich wurde einfach umgemeldet.

D. ***:

Ich lege die Arbeitsbescheinigung vom 20.10.2008 vor.

Diese Bescheinigung hat mir Herr Emir C... übergeben.

Ich habe nicht nachgefragt und daher auch nicht überprüft, um wessen Unterschrift es sich auf der Bescheinigung gehandelt hat.

Dieser Emir C. saß im Büro des M.M. in Mistelbach.

Die aus mir und drei weiteren Personen bestehende Gruppe war zuerst bei der Firma M.M. angemeldet, dann wurden wir auf die ***K*** umgemeldet und dann auf die Firma A. Bau GmbH umgemeldet.

Ich habe damals auch Herrn M.M. kennengelernt, es war damals ein junger, blonder Mann.

Emir C. hat mir damals gesagt, dass ich auf der Baustelle in ***dorf zu arbeiten habe.

Meinen Lohn habe ich auf die Hand bekommen, also auf kein Konto. Emir hat mir und meinen Kollegen gesagt, dass er für uns der Chef ist. Daher haben wir unseren Lohn von einem älteren Herrn bekommen, der in Verbindung mit Emir. C. gestanden ist. Dieser ältere Herr saß im Büro im 1. Stock bei Herrn Emir C.

Wenn mir gesagt wird, dass die Unterschrift auf der Bescheinigung nochmals gezeigt wird und gesagt wird: ***22***: Den Namen habe ich noch nie gehört.

Ich war damals Fassader und bin auch jetzt als Fassader tätig.

10.

Dem Finanzamt gegenüber **gab sich** am 17. Oktober 2008 telefonisch **eine Person mit der**

Namensnennung D als Geschäftsführer der *K*** aus.**

Ein D. war bei der GKK wie folgt angemeldet (Sozialversicherungsabfrage):

17.08.2007 bis 20.12.2007: ***H*** Bau

08.01.2008 bis 22.04.2008: ***I*** Bau

21.04.2008 bis 13.05.2008: Bf.

14.05.2008 bis 01.08.2008: ***J*** GmbH

04.08.2008 bis 05.11.2008: ***K*** GmbH

06.11.2008 bis 18.12.2008: ***L*** GmbH

12.01.2009 bis 27.02.2009: ***L*** GmbH

02.03.2009 bis 07.08.2009: Si... Bau GmbH

10.08.2009 bis 17.12.2009: HEDEF GesmbH

10.

Sead, bei der ***K angemeldet vom 18. August bis 16. Oktober 2008, befragt u.a. betreffend die ***K*** GmbH, hat keine Räumlichkeiten (z.B. Büro, Wohnung) betreten. Die Fragen: Wer hat Sie eingestellt? Wer war der Chef (Geschäftsführer) der GmbH? Wer ist Ihnen gegenüber als Chef aufgetreten? beantwortete er wie folgt: ***22***. Wo und welche Arbeit er zu verrichten hat, hat ihm der Vorarbeiter mitgeteilt. Sein Lohn wurde ihm nicht bezahlt (schriftliche Zeugenaussage vom 01.05.2017).

11.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *drei Monate*.

12.

Der Konkurs wurde **1 Woche** nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit*.

13.

Der inländische ***22***- Wohnsitz wurde ca. *7 1/2 Monate* nach Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 03. Juli 2008 bescheinigte das Finanzamt Wien 4/5/10 zur Vorlage bei der Firma Bauservice ..., betreffend die ***K*** Bau u. Gebäudereinigung GmbH, dass gegen die oben angeführte Firma gegenwärtig keine fälligen Abgabenforderungen bestehen (Rev., Beilage ./24 = Schreiben 12.1.2018 Beilage ./i).

Diese Bescheinigung liegt zeitlich vor der Eintragung des ***22*** als Gesellschafter-Geschäftsführer ins Firmenbuch.

Am 28. Oktober 2008 richtete das Finanzamt Wien 4/5/10 einen Bescheid über die Einstellung einer Vollstreckung an die Bauservice F. (Beilage ./k).

Eine Ausfertigung erging an den Abgabenschuldner ***K***

Am 29. Oktober 2008 stellte das Finanzamt Wien 4/5/10 folgende Bescheinigung an die ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH aus:

Es wird bescheinigt, dass gegen die oben angeführte Firma gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei Firma Bauservice F... GmbH

Diesbezüglich wird auf die unten folgenden Erwägungen verwiesen.

Am 21. November 2008 richtete die Bf. folgendes Schreiben an die ***K*** Bau & Gebäudereinigung GesmbH:

Betrifft: Kündigung Vertrag vom 01.08.2008

Sehr geehrte Geschäftsführung

Am 21.11.2008 haben Sie abermals Ihr Personal nicht auf dem vereinbarten BVH nicht zur Verfügung gestellt.

Wir mussten einige unserer Arbeiter von diversen Baustellen abziehen, um Sie auf Ihrer vorgesehenen Baustelle zu schicken, um die Weiterführung zu ermöglichen.

Dadurch sind für uns erhebliche Erschwernisse aufgetreten. (neue Personaleinteilung, Ersatzmaßnahmen, Wartezeiten aufgrund des fehlenden Personals etc.)

Diesbezüglich sehen wir uns gezwungen, den Vertrag vom 01.08.2008 mit heutigem Datum zu kündigen.

Wurden die Eisenbieger lediglich pro forma bei der ***K*** angemeldet und von der Bf. entlohnt (vgl. die unten folgenden Erwägungen), wurde diese Unterlage aus demselben Grund wie das Anbotsschreiben und der Bauvertrag angefertigt.

Bei der ***K*** handelt es sich um die 11. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen, insbesondere auf die unmittelbar davor eingeschaltet gewesene ***J*** beinhaltend die *Feststellungen auf Grund polizeilicher Ermittlungen und weiterführender Ermittlungen der Finanzverwaltung*.

Der bezogen auf den (am 1. August 2008 angefertigten) Bauvertrag **zwei Wochen** zurückliegende Abtretungsvertrag (vom 18. Juli 2008), bezogen auf die erste Rechnungslegung am 14. August 2008 einen Monat, mit einem **Abtretungspreis** in Höhe von **€ 1.000,00** weist die ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH als **substanzlos** aus.

Weisen die Unterschriften, wie oben unter Pkt. 7 angeführt, keine Ähnlichkeit auf, bleibt bei der Einmann-GmbH, als deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Kroat im

Firmenbuch eingetragen wurde, der *zwei Wochen danach erstmalig einen inländischen Wohnsitz angemeldet hatte, im Dunkeln, von wem* das Anbotsschreiben, der Bauvertrag, die Auftragsbestätigung und den Beleg Kassa-Ausgang (Empfangsbestätigung seitens der ***K*** GmbH betreffend Barbetrag) (mit keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag aufweisenden Unterschriften) **unterfertigt** wurden (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).

Ein derartiges Geschehen lässt im Übrigen - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor eingeschaltet gewesenen GmbHs - außerdem den Schluss zu, dass ***22*** von einer im Dunkeln gebliebenen Person als Strohmann eingesetzt worden ist, liegen doch zwischen der Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer und der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes zwei Wochen. Von ***22***, der die Funktion als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der substanzlosen Einmann-GmbH hatte, wurden - wie beim Unterschriftenvergleich augenfällig zu sehen ist - weder das Anbotsschreiben noch der Bauvertrag oder der Kassa-Ausgang (Empfangsbestätigung seitens der ***K*** GmbH betreffend Barbetrag) unterfertigt. Seine Funktion als Strohmann nahm er bei Unterfertigung des Abtretungsvertrages und der Musterfirmazeichnungserklärung wahr, die weiteren Unterschriftsleistungen betreffend das Anbotsschreiben, den Bauvertrag und den Kassa-Ausgang (Empfangsbestätigung seitens der ***K*** GmbH betreffend Barbetrag) nahm er nicht mehr vor.

War im Firmenbuch ein im Übrigen der deutschen Sprache nicht kundiger Ausländer als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***K*** GmbH auf Grund eines *2 Wochen vor erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes* unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen worden und weisen die Unterschriften, wie angeführt, keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf, ist es konsequent, dass *anstelle des vorgeschobenen eingetragenen Alleingesellschafter und -geschäftsführer **gegenüber dem Finanzamt ein Dritter** (eine Person, die den Namen*** nannte) in Erscheinung trat*. Eine Person mit diesem Nachnamen war bei der ***K*** und davor bei der ***J*** GmbH und der Bf. jeweils als Arbeiter angemeldet.

Dem Anfertigenden des ***K*** - Anbotsschreibens stand das ***D*** - und/oder ***G*** - Anbotsschreiben zur Verfügung. Dieser Umstand zeigt, dass die vier Anbotsschreiben der vier Einmann-GmbHs ***D*** GmbH, ***E*** Handels GmbH, ***G*** ***13*** GmbH und ***K*** Bau GesmbH, bei welchen allesamt weiters im Dunkeln blieb, von wem die Geschäftspapiere unterfertigt wurden und es sich allesamt um Sozialbetrugsfirmen handelt, mittels Vorlageverwendung angefertigt wurden oder von einer Person veranlasst, durch das Zur-Verfügung-stellen der Vorlage, entstanden.

Die ***dorf- Vorgänge unter Pkt. 9.

- ❓ **beweisen, dass die ***K*** im in Rede stehenden Zeitraum als Zumeldungs-GmbH fungierte und**
- ❓ **dokumentieren, welche Umstände im Jahr 2008 ausgereicht hatten, damit die Arbeiter als Dienstnehmer der ***K*** angesehen wurden: deren sozialversicherungsrechtliche Anmeldung und die Vorlage eines Auftragsschreibens.**

Im Schreiben vom 12. Jänner 2018 wird (auf Seite 16) vorgebracht:

"Wenn ... ***K*** für (die Firma Bauservice F.) nachweislich tätig gewesen ist, bricht die gesamte Argumentation der Prüferin, des Finanzamtes und des Gerichtes in sich zusammen: Zum einen ist ***K*** dann operativ tätig gewesen. Zum anderen muss diese GmbH dann logischerweise über eigenes Personal verfügt haben, weil sie mit unserem (= dorthin ausgelagerten) Personal nicht für andere Auftraggeber tätig gewesen sein kann."

Vorweg ist festzuhalten,

- dass die in Rede stehenden Vorgänge zwischen der Bauservice F. und der ***K*** von der Abgabenbehörde nicht überprüft wurden - es wurde betreffend diesen Zeitraum keine Außenprüfung durchgeführt.
- dass von der Bauservice F. über Ersuchen um Vorlage "sämtlicher Unterlagen, die ab dem ersten Geschäftskontakt mit der PM GmbH bis zur Beendigung des Geschäftskontaktes angefallen sind", bekannt gegeben wurde, dass Unterlagen darüber nicht mehr vorliegen.

Die von der Bauservice F. in diesem Antwortschreiben gemachten Angaben, wonach das Vertragsverhältnis seitens der Bauservice "aufgrund mangelhafter Leistungserbringung noch vor der Insolvenz der ***K*** Bau aufgekündigt werden musste und hier sicherlich auch Gegenforderungen aufgrund entstandener Mehrkosten durch Ersatzvornahmen mit dem Masseverwalter zu regulieren waren", sind so zu verstehen, dass die Bauservice F. ihren Angaben folgend von der ***K*** Leistungen erhalten hat.

Der anhand der Geschäftsunterlagen vorzunehmenden Beurteilung der Gestaltung dieser Beziehungen zwischen der Bauservice F. und der ***K*** steht der Umstand entgegen, dass die Unterlagen darüber nicht mehr vorliegen.

Handelt es sich bei der Bauservice F. nicht um eine GmbH, die die Sozialbetrugsmerkmale der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs aufweist, stünde der Zugänglichmachung von Ermittlungsergebnissen, welche die Bauservice F. betreffen, die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht entgegen.

Trifft es, wie vom steuerlichen Vertreter angegeben, zu, dass "die gesamte Argumentation der Prüferin, des Finanzamtes und des Gerichtes in sich zusammen(bricht)", wenn die ***K*** für die Bauservice F. tätig gewesen ist?

Diese Frage wäre dann zu bejahen, wenn bei der ***K*** folgende Voraussetzungen gegeben wären:

- ☐ Bei der ***K*** würde es sich um eine GmbH handeln, die nur als leistungserbringende Gesellschaft - und nicht auch als Zumeldungs- GmbH - tätig geworden ist.

Diese Voraussetzung ist nicht gegeben. Auf die Ermittlungsergebnisse im Zusammenhang mit den bei der ***K*** angemeldet gewesenen Arbeiter, die in ***dorf einen Reibputz an der Außenfassade eines neu errichteten Wohnhauses aufgebracht hatten, wird verwiesen.
- ☐ Die ***K*** hätte gegenüber der Bf. nicht - wie betreffend die Fassader - die Zumeldungs- Funktion übernommen gehabt, sondern - wie gegenüber der Bauservice F. - Leistungen erbracht:

Wenn der steuerliche Vertreter vorbringt: "... diese GmbH (muss) dann logischerweise über eigenes Personal verfügt haben, weil sie mit unserem (= dorthin ausgelagerten) Personal nicht für andere Auftraggeber tätig gewesen sein kann", ist auszuführen:

 - Im Zeitraum 01.09.2008 - 31.10.2008 waren bei der ***K*** 139 Dienstnehmer angemeldet (darunter die erwiesenermaßen bloß zugemeldet gewesenen 4 ***dorf-Fassader).
 - Von diesen 139 Dienstnehmern durchliefen 40 Dienstnehmer die Anmeldungsketten der Beilage zum Schreiben vom 27. Juni 2017: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009.
 - Von diesen 139 Dienstnehmern waren im Zeitraum 01.07.2008-31.08.2008 45 Dienstnehmer bei der ***J*** angemeldet. Von diesen 45 Dienstnehmern wiederum sind 9 Dienstnehmer solche, die weder die Anmeldungsketten durchliefen noch sonst einen Bezug zu den 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs oder der Bf. aufweisen.

Lassen sich demzufolge Dienstnehmer, die nach Beendigung der ***J*** - Anmeldungen bei der ***K*** angemeldet wurden, mit einem erkennbaren Bezug zur Bauservice F. (anders als betreffend die Bf.) nicht ausmachen, ergibt sich betreffend die Bauservice F. die Schlussfolgerung: Seitens der Bauservice F. wurden keine Dienstnehmer bei der ***J*** und sodann bei der ***K*** zugemeldet.

Hinsichtlich der Bauservice F. ist somit das charakteristische Geschehen, das hinsichtlich der Bf. mit dem alle paar Monate erfolgten Zumelden einer weitgehend aus denselben Personen bestehenden Reihe von Dienstnehmern von einer auf die nächste GmbH in augenfälliger Weise gegeben ist, **nicht** vorliegend. Dementsprechend ist der vom steuerlichen Vertreter ins Treffen geführten o.a. Argumentation nicht zu folgen.

Von den in die Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 aufgenommenen Eisenbiegern, die im Zeitraum Juli bis Anfang August bei der ***J*** angemeldet waren, 23 Dienstnehmer, wurden bei der ***K*** 19 Dienstnehmer (überwiegend nach 3 Tagen), einer bei der Bf. und drei bei anderen Unternehmen angemeldet.

Die Meldungen der Dienstnehmer der Anmeldungsketten setzte sich bei der ***K*** fort.

Bezogen auf die GKK-Anmeldung bei der 11. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesenen GmbH handelt es sich betreffend

- ***26***, im **2 Jahre und 11 1/2 Monate umfassenden Zeitraum** ab Anfang September 2005 bei der ***K*** - Anmeldung um die **12. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK.

- ***29***, da er nicht bei der ***K*** angemeldet wurde, bei der Bf. angemeldet blieb, (weiterhin) um die **12. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK.

- Özdemir N., im **2 Jahre und 11 Monate umfassenden Zeitraum** ab 12. September 2005 bei der ***K*** - Anmeldung um die **9. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK.

- Dinkic M. im **2 Jahre und 4 Monate umfassenden Zeitraum** ab 03. April 2006 bei der ***K*** - Anmeldung um die **8. Anmeldung** bei der Bf. und bei Sozialbetrugsfirmen bei der GKK:

[die 7 Anmeldungen ab 03. April 2006: vgl. oben ***I*** und ***J***]

-- 04. August 2008: ***K***

Das Anmeldungskarussell wurde somit bei der ***K*** fortgesetzt.

Wie betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH die in den ***K*** Bau & Gebäudereinigung Ges.m.b.H.- Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht hat.

Die ***K*** Bau und Gebäudereinigung GmbH (mit dem (für die Prüferin *nicht greifbaren*) *Ausländer R. ***22****) wurde von der Bf. - wie von der Baufirma, deren Fassader in ***dorf einen Reibputz an der Außenfassade eines neu errichteten Wohnhauses aufgebracht hatten und bei der ***K*** bei der GKK angemeldet (zugemeldet) worden sind - als Zumeldungsfirma benutzt.

12. ***L*** Handels GmbH

erste Eingangsrechnung: 16. Oktober 2008, letzte Eingangsrechnung: 01. Februar 2009

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***L*** Handels GmbH wurde im Firmenbuch "**** ***L****" auf Grund des Auftretens einer *Person mit gefälschten Papieren lautend auf den Namen *** ***L*** (slowakischer Staatsangehöriger) auf Grund eines zwei*

Wochen nach erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes am 03. Juni 2008 unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen.

Von 03. Juni 2008 bis 25. Februar 2009 lenkte *** **S*** alleine und ausschließlich die wirtschaftlichen Geschicke der ***L*** GmbH, deren faktischer Geschäftsführer er in dieser Zeit war (Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien 013 Hv 42/14k).

2.

Der bezogen auf den (am 29. September 2008 angefertigten) Bauvertrag **vier Monate** zurückliegende Abtretungsvertrag (vom 03. Juni 2008), bezogen auf die erste Rechnungslegung am 16. Oktober 2008 viereinhalb Monate, weist den **Abtretungspreis** an die Hauptgesellschafterin (90% der Stammeinlage) in Höhe von **EUR 1.350** aus.

3.

Der am 14. November 2008 zwischen Frau A. Ilias als Vermieterin und der ***L*** als Mieter abgeschlossene Untermietvertrag beinhaltet Folgendes:

"Die Vermieterin überlässt den Mietern einen Büroraum von ca 18m2 mit Nutzungen

Der im Büro vorhandenen PC, FAX, Telefon sowie auch Küchenbenutzung.

Die Vermietung ist auf 4-maximal 5 Monate beschränkt bis dahin verpflichtet sich

Die Firma ***L*** Handels GmbH sich ein geeignetes Büro zu eröffnen.

Die Vermieterin Fr. Ilias wird in dieser Anfangphase die Lohnverrechnung führen, und auch Bei Büroarbeiten behilflich sein.

Die Miete Beträgt € 180.00 inkl. 20% USt und ist im vorhinein bar zu hinterlegen.

Kündigung kann von beiden Seiten jederzeit mit Ablauf des Monats durchgeführt werden.

Die Firma ***L*** Handels GmbH kann die Büroräume zu den Geschäftszeiten Benutzen.

3.

Sämtliche Eisenbieger laut der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen, die bei der GKK als Dienstnehmer der ***K*** angemeldet waren (im Zeitraum Mitte Oktober bis

24. November 2008) wurden, von 3 Eisenbiegern abgesehen, *entweder bei der ***L*** (24) oder bei der Bf. (13) bei der GKK als Dienstnehmer angemeldet.*

4.

☐ Die **Unterschrift** der Fertigung des Anbotschreibens (seitens der ***L*** GmbH) weist weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag noch mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag auf.

☐ Die Unterschrift der Fertigung des Bauvertrages (seitens der ***L*** GmbH) weist betreffend die ersten beiden Buchstaben eine Ähnlichkeit mit der Unterschrift des

*** **L*** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag auf, nicht betreffend den dritten und vierten Buchstaben.

- ☐ Die Unterschrift der Fertigung der Rechnung (seitens der ***L*** GmbH) weist keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag auf.

5.

Die Passagen des Anbotschreibens in *Kursivschrift*:

Bewerbung für Eisenverlegearbeiten

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir wollen uns Ihnen hier als kompetenter Partner und Problemlöser anbieten.

Unser breit gefächertes Spektrum im Dienstleistungssektor erlaubt uns auf Ihre Wünsche einzugehen und Ihnen so Zeit und somit Geld zu sparen.

Nachfolgend einige Punkte um Ihnen einen besseren Überblick zu schaffen:

Maurerarbeiten, Zimmermann, Eisenbieger, Schalungen, Betonierer

Wärme, Schall und Brandschutzarbeiten, Sanierung.

Schnelle und zuverlässige Ausführung durch unser Fachpersonal sowie korrekte Preise sind für uns ein Muss um den Kunden zufrieden zu stellen.

Da wir Sie zu unseren Kunden zählen wollen, würden wir uns auf eine erste Kontaktaufnahme Ihrerseits freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Geschäftsleitung

(Stampiglie und Paraphe/Unterschrift N...)

- somit beinahe das gesamte Schreiben - sind ident den Passagen des Angebotes ***J*** GmbH vom 07. März 2008. Die Identität geht so weit, dass sich der im Anbot ***J*** fehlende Abstand zwischen "Schalungen, Betonierer" im Anbot ***L*** GmbH wiederfindet.

5.

Im Zeitraum Oktober 2008 bis Februar 2009 hat '*** **L***' - die Person, die mit gefälschten Papieren lautend auf den Namen *** **L*** auftrat, einen Betrag in Höhe von ...057 € vom Firmenkonto bar behoben, aber offensichtlich keine Verbindlichkeiten der Gesellschaft damit bezahlt.

Das ***L*** - Konto Nr. 000 ... 178 BLZ 20205, Ausgabezeitraum von 05.01.2009 bis 26.02.2009, beinhaltet folgende Ein- und Ausgänge:

Buchungsdatum: 12.02.2009 - Alter Saldo 10.731,08

Text	Valuta	Betrag
------	--------	--------

SB Auszahlung 11.02./18:17	11.02.2009	-3.000,00 EUR
A conto Rechnungen vom 30.01.09 (Bf.)	13.02.2009	70.000,00 EUR
SB Auszahlung 12.02./14:20	12.02.2009	-3.000,00 EUR
Bar Auszahlung	12.02.2009	-70.000,00 EUR

Buchungsdatum: 13.02.2009 Alter Saldo 4.731,08

Der von der Bf. überwiesene Betrag: A conto Rechnungen vom 30.01.09 in Höhe von € 70.000,00 wurde **am Buchungstag in voller Höhe bar behoben**.

6.

Von 11. Juli 2008 bis 01. Dezember 2008 war Ing. H.W. gewerberechtlicher Geschäftsführer der ***L*** Handels GmbH (Abfrage mit historischen Daten).

Am 11. September 2008 richtete Ing. H.W. folgendes Schreiben an die ***L***

Handels GmbH (Strafakt, Beilage zum Vernehmungsprotokoll):

Betrifft: Berechtigter Austritt aus meinem Dienstverhältnis

Wie in meinem Schreiben vom 25.08.2008 angekündigt erkläre ich hiermit, wegen Vorenthalt des Entgelts den berechtigten Austritt aus meinem Dienstverhältnis.

Dem Masseverwalter gab Ing. H.W. über Anfrage an, dass er am 12. September 2008 aus der ***L*** Handels GmbH ausgetreten ist und dass er *bis zu seinem Austritt auf keiner Baustelle gearbeitet* hat (Sachverhaltsbekanntgabe des Masseverwalters an die Staatsanwaltschaft vom 02.07.2009).

7.

Der Masseverwalter Dr. S. wollte sich am 27. Februar 2009 an der Adresse 1030 Wien, lt. Gerichtsauftrag einen Überblick über die Vermögenslage verschaffen. An der Adresse des gs. Unternehmens musste er feststellen, dass *das gs. Unternehmen an dieser Adresse schon seit Monaten nicht mehr aufhältig ist*. An dieser Adresse hat Anna Ilias ein Büro und macht dort Lohnverrechnung für mehrere Unternehmen (Schreiben des Masseverwalters Dr. S.).

8.

Der Masseverwalter der ***L*** erhob bei den in der Buchhaltung ausgewiesenen Geschäftspartnern (Rechnungsempfängern) der GmbH, dass diesen von der ***L*** folgende Leistungen in Rechnung gestellt wurden:

Re. 09.09.2008	V... GmbH	Umbau Keller: MF-Decke, Spachtelung, VSS 17,60 m ²
----------------	-----------	--

26.09.2008	B... GmbH	Rep. von Deckenausschnitten
30.09.2008	M... Bau GmbH	Baureinigung
Rahmenauftrag 01.10.2008	DI F... Bau GmbH	Fliesenlegerarbeiten
Re. 10.10.2008	B... GmbH	Deckenverkleidung, Dämmung, Spachtelung
Re. 13.10.2008	R... Trockenbau	Montage GK-Wände u. MF-Decken
Re. 23.10.2008	B... GmbH	Deckenverkleidung inkl. Dämmung und Spachtelung
Re. 31.10.2008	DI F... Bau GmbH	Wand-Boden Verfl.
Re. 03.11.2008	B... GmbH	Deckenverkleidung inkl. Dämmung und Spachtelung
Re. 13.11.2008	DI F... Bau GmbH	Wand-Boden Verfl.
Re. 01.12.2008	DI F... Bau GmbH	Wand + Boden Verfliesung
Re. 22.12.2008	DI F... Bau GmbH	Verfl. Wand-Boden
Re. 22.12.2008	DI F... Bau GmbH	Verfl. Wand-Boden
...		
Re. 28.11.2008	H... Bauprojekt.	Rep. n. undichter Fußbodenheizung Abbruch Fliesenbelag u. Estrich ... neue Fliesen
Re. 12.01.2009	DI F... Bau GmbH	BHV: 1200 Wien, ... Wand-Boden Verfl./ Bodenausgleich
Re. 12.01.2009	DI F... Bau	BVH: 1150 Wien, ... Verfliesung, Wand/Boden Bodenausgleich, Isolierung

Re. 28.01.2009

DI F... Bau GmbH

Verfliesung Wand/Boden Bad

Re. 18.02.2009

DI F... Bau GmbH

Verfliesung Wand/Boden Bad

9.

Rechtsanwalt Dr. Stanek *teilt als Masseverwalter der ***L*** Handels GmbH mit, dass sich Herr Bf. unter der Telefonnr. lautend auf Hrn. ***L*** *** gemeldet hat. Auf die Frage warum er mit einem Handy des Hrn. ***L*** telefoniere bekam der Masseverwalter keine Antwort und es wurde aufgelegt.*

Dr. Stanek hat im Zuge seiner Ermittlungen festgestellt, dass der Geschäftsführer der ***L*** GmbH (in Folge kurz ***L***) u.a. mit der ***Bf1*** Betrugshandlungen gesetzt hat.

Herr Z. zeigte sich eine Zeit lang kooperativ u. stellte dem Masseverwalter Unterlagen/Rechnungen zur *Verfügung*. Die ***L*** war in Spitzenzeiten als Subunternehmer für die Bf. GmbH tätig. Hr. Bf. habe sich jedoch **geweigert, entsprechende Subaufträge vorzulegen**, was den Verdacht erhärtete, dass es sich bloß um Scheinrechnungen handle (Gewinnminderung bei der ***Bf1***). Das Geld sei nach Abhebung durch Hrn. ***L*** an Hrn. Bf zurückgeflossen. Momentan sei es üblich das Geld zu überweisen, damit das Finanzamt nicht den Verdacht auf eine Scheinfirma haben kann.

Als Masseverwalter der ***L*** wurden "bei den Banken des gemeinschuldnerischen Unternehmens Kontoauszüge angefordert und bei der Durchsicht festgestellt, dass relativ viele Zahlungen von der ***Bf1*** eingegangen sind. In weiterer Folge haben wir sämtliche Firmen, welche Zahlungen an diese Konten geleistet haben angeschrieben und um Übermittlung der Ausgangsrechnungen des gemeinschuldnerischen Unternehmens (***L***) ersucht. Zunächst hat der Geschäftsführer der ***Bf1*** mitgeholfen und war dieser kooperativ. Dieser hat mir sämtliche Rechnungen in Kopie zur Verfügung gestellt. Ich ersuchte Hrn. Bf mir die den Rechnungen zugehörigen Subaufträge vorzulegen. Daraufhin war Hr. Bf nicht mehr kooperativ und hat mir mitgeteilt, ich bekäme keine Unterlagen mehr. Grund war, dass *wir* in der Zwischenzeit einige Baustellen kontrolliert hatten und *mit den jeweiligen Auftraggebern Kontakt aufgenommen hatten und nachfragten, ob sie eine Firma ***L*** Handels GmbH kennen, bejahendenfalls wer die Ansprechperson gewesen sei. Die Aussagen der jeweiligen Auftraggeber waren immer die gleichen, die ***L*** sei unbekannt, der Auftrag sei an die Firma ***Bf1*** erteilt worden. ...*

Üblicherweise ist es so, dass Dienstnehmer die ausständigen Löhne entweder durch die AK, selbst oder Rechtsanwalt im Konkurs zur Anmeldung bringen. In weiterer Folge wird (vom jeweiligen Vertreter) der Antrag auf Insolvenzausgleichsgeld bei der IEF Service GmbH

eingebraucht und üblicherweise die Bankverbindung der vertretenden Partei angeführt. Speziell in diesem Fall war es so, dass wir sämtliche Dienstnehmerforderungen mit der Begründung 'Scheinfirma' bestritten haben und bis zur Aufhebung des Konkurses keiner der Dienstnehmer eine sogenannte Feststellungsklage eingebracht hat gg. uns." (Zeugenaussage der Sachbearbeiterin des Masseverwalters vom 14.3.2011).

10.

Das - vom Masseverwalter der ***L*** Handels GmbH gefundene - FAX mit der Liste "Daten für die Anmeldungen" **mit dem Absender** (Bf.) beinhaltet

- die Datumsangabe 13-01-09 und

- 3 Personen:

***; 1120 Wien, ...gasse ...

(Geb.datum); Serbien; Eisenbieger;

***; 1100 Wien, ...str. ...;

(Geb.datum); Mazedonien; Vorarbeiter

***; 1100 Wien, ...platz ...;

(Geb.datum); Mazedonien; Eisenbieger

(Stampiglie ***L*** Handels GmbH und Unterschrift)

11.

Am 16. Februar 2009 wurde an Anna Ilias folgendes E-Mail weitergeleitet (E-Mail vom 16.02.2009, 15:45 Uhr):

Von: *** **L***[***L*** .@gmx.at]

Gesendet: Montag, 16. Februar 2009 15:45

An: office@buchhaltunglv.info

Betreff: Fwd: Anmeldungen

Original-Nachricht

Datum: Mon, 16 Feb 2009 13:21:01 +0100

Von: *** **L*** <***L*** .***L***@gmx.at>

Betreff: Anmeldungen:

* 04.1965; 1200 Wien;Österreich Eisenb.

*12.1991; 1200 Wien; Österreich Eisenb.

Beide ab 16.02.2009

*03.1988; 1150 Wien; Türkei Eisenb.

*05.1977; 2136 Laa/Thaya; Österreich Eisenb.

Beide ab 17.02.2009

L Danke

Die Bestätigung für den Dienstgeber des Elektronischen Datensammelsystems der Sozialversicherungsträger für die WGKK weist folgende Daten aus (Bestätigung, eingelangt 16.02.2009):

Elektronisches Datensammelsystem
der Sozialversicherungsträger
für die WGKK

Bestätigung für den
Dienstgeber

ANMELDUNG

VSNR: ***0465
GebDat.:
Staat: AUT
O-Beg.: 9...
WO-Beg.: 79 140

Beschäftigt als: Arbeiter(in)
Tätigkeit: Eisenbieger
Gesetzl. Regelung: Entgeltfortzahlungsgesetz

Beschäftigt ab: 16.02.2009

Geldbezüge (Monatslohn Brutto)
inkl. Prov., Trinkgelder, usw.

1.826,89 EUR

Beschäftigungstage: 5

Stunden: 39,00 pro Woche

Bauarbeiter-UK: zuständig

Dienstgeber: ***L***
DG-Kontonummer: 19...
Uebersender:

Protokollnr.: 40...
Seriennummer: 1...82

Elektronisches Datensammelsystem
der Sozialversicherungsträger
für die WGKK

Bestätigung für den
Dienstgeber

ANMELDUNG

VSNR: *1291
GebDat.:
Staat: AUT
O-Beg.: 9...
WO-Beg.: 79 141

Beschäftigt als: Arbeiter(in)
Tätigkeit: Eisenbieger
Gesetzl. Regelung: Entgeltfortzahlungsgesetz

Beschäftigt ab: 16.02.2009

Geldbezüge (Monatslohn Brutto)
inkl. Prov., Trinkgelder, usw.

1.826,89 EUR

Beschäftigungstage: 5

Stunden: 39,00 pro Woche

Bauarbeiter-UK: zuständig

Dienstgeber: ***L***
DG-Kontonummer: 19...
Uebersender:

Protokollnr.: 40...
Seriennummer: 1...82

Elektronisches Datensammelsystem
der Sozialversicherungsträger
für die WGKK

Bestätigung für den
Dienstgeber

ANMELDUNG

VSNR: ****
GebDat.: ***1988
Staat: TUR
O-Beg.: **
WO-Beg.: **

Beschäftigt als: Arbeiter(in)
Tätigkeit: Eisenbieger
Gesetzl. Regelung: Entgeltfortzahlungsgesetz

Beschäftigt ab: 17.02.2009

Geldbezüge (Monatslohn Brutto)
inkl. Prov., Trinkgelder, usw.

1.826,89 EUR

Beschäftigungstage: 5

Stunden: 39,00 pro Woche

Bauarbeiter-UK: zuständig

Dienstgeber: ***L***

DG-Kontonummer: 19...

Uebersender:

Protokollnr.: 40...

Seriennummer: 1...82

Elektronisches Datensammelsystem
der Sozialversicherungsträger
für die WGKK

Bestätigung für den
Dienstgeber

ANMELDUNG

VSNR: *0577

GebDat.:

Staat: AUT

O-Beg.: 9...

WO-Beg.: 79 143

Beschäftigt als: Arbeiter(in)

Tätigkeit: Eisenbieger

Gesetzl. Regelung: Entgeltfortzahlungsgesetz

Beschäftigt ab: 17.02.2009

Geldbezüge (Monatslohn Brutto)
inkl. Prov., Trinkgelder, usw.

1.826,89 EUR

Beschäftigungstage: 5

Stunden: 39,00 pro Woche

Bauarbeiter-UK: zuständig

Dienstgeber: ***L***

DG-Kontonummer: 19...

Uebersender:

Protokollnr.: 40...

Seriennummer: 1...82

12.

Die **43** - bis 27. Februar 2009 - **bei der ***L*** bei der GKK angemeldet gewesen**
Dienstnehmer der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 wurden - von
zwei Ausnahmen abgesehen (welche Dienstnehmer bei der S. Bau angemeldet wurden) - **ab**
02. März 2009 bei der Bf. bei der GKK angemeldet.

Am **01. März 2009** waren bei **der Bf.** bei der GKK **42 Dienstnehmer** gemeldet, einen Tag
danach, am **02. März 2009, 91 Dienstnehmer, am 01. April 2009 70 Dienstnehmer und am**
01. Mai 67 Dienstnehmer.

*Die **Anzahl der Angestellten (6) veränderte sich weder im März 2009 noch im April 2009***
(Sozialversicherungsdatenabfrage von 01. März bis 01. Mai 2009).

13.

***, Dienstnehmer dieser GmbH laut vorgelegter Belegsammlung und war auch
Dienstnehmer der ***K*** GmbH, befragt u.a. betreffend die ***L*** GmbH, hat keine
Räumlichkeiten (z.B. Büro, Wohnung) betreten. Die Fragen: Wer hat Sie eingestellt? Wer war
der Chef (Geschäftsführer) der GmbH? Wer ist Ihnen gegenüber als Chef aufgetreten?
beantwortete er wie folgt: Name weiß ich nicht, hat nicht gesagt. Wo und welche Arbeit er zu
verrichten hat, hat ihm der Vorarbeiter mitgeteilt. Seinen Lohn hat ihm der Partieführer in bar
ausbezahlt (schriftliche Zeugenaussage vom 01.05.2017).

14.

Das Arbeits- und Sozialgericht Wien erkannte in der Sozialrechtssache der klagenden Partei
*** wider die beklagte Partei ***32*** wegen Insolvenzentgelt ... zu Recht:

Das Klagebegehren, die beklagte Partei sei schuldig, der klagenden Partei Insolvenzentgelt in
der Höhe von ... zu zahlen, wird abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

...

Nicht festgestellt werden konnte, dass unter der Geschäftsführung von ***

L die Gemeinschuldnerin irgendeine operative Geschäftstätigkeit entfaltet hat.

Bei dem im Firmenbuch genannten Geschäftssitz 1030 Wien, handelt es sich um keinen
realen Geschäftssitz (Aktenseite 70 des Anstaltsaktes).

Der Kläger wurde von G..., einem Kollegen, zur Gemeinschuldnerin vermittelt

und arbeitete in weiterer Folge auf Baustellen in der ...straße (Neubau von Wohnungen anstelle der ***), in Erdberg (Büros bei der U-Bahn-Downtown), am ***weg und zuletzt in Korneuburg auf der Autobahnumfahrung. Nicht festgestellt werden konnte, von wem der Kläger angeworben wurde. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass es keine Person war, die Bevollmächtigte der Gemeinschuldnerin ... war.

...

Grundsätzlich konnte dem Kläger zwar gefolgt werden, dass er im klagsgegenständlichen Zeitraum gearbeitet hat, jedoch war nicht feststellbar für welches Unternehmen bzw. für welchen Dienstgeber. Mit Sicherheit konnte ausgeschlossen werden, dass auch die Gemeinschuldnerin dort gearbeitet hat.

...

Wesentliche Voraussetzung für die Auszahlung von Ansprüchen in Form eines Insolvenzentgelt ist somit das Vorliegen eines gültigen Dienstverhältnisses bzw. dass dieses zu einem früheren Zeitpunkt bestanden hat. Im vorliegenden Fall bestand jedoch kein solches Dienstverhältnis zwischen dem Kläger und der ***L*** Handels GmbH, weshalb das Klagebegehren schon aus diesem Grund abzuweisen war. Aufgrund des festgestellten Sachverhaltes hat der Kläger mit keinem vertretungsbefugten Organ der ***L*** Handels GmbH einen Dienstvertrag geschlossen. Es konnte nicht festgestellt werden, für wen, also für welchen Arbeit(auftrag)geber, der Kläger tätig wurde und Arbeiten verrichtet hat. Ausgeschlossen werden konnte, dass er diese Arbeiten für die Gemeinschuldnerin erbracht hat.

Auch muss im vorliegenden Fall ein etwaiges Zustandekommen des Dienstverhältnisses aufgrund einer "Anscheinsvollmacht" des vom Kläger beschriebenen Mannes verneint werden: ...

Im vorliegenden Fall findet sich überhaupt kein Umstand, der dem Kläger einen begründeten Glauben hinsichtlich einer Vertretungsbefugnis des von ihm beschriebenen Mannes (wobei dessen Existenz nicht festgestellt werden konnte) für die ***L*** Handels GmbH erwecken konnte. Auch belegen dies (nicht nur) die festgestellten Umstände, sondern insbesondere die fehlenden Hinweise auf ein Tätigwerden der ***L*** Handels GmbH (fehlende Arbeitskleidung, fehlende Bautafeln etc.). Da auch eine in Österreich allgemein übliche Firmeninfrastruktur, wie Büroräumlichkeiten, Firmenschilder, Betriebsmittel, Anlagevermögen, etc. nicht vorhanden war, gab es sonst auch keinerlei Umstände, auf die der Kläger berechtigterweise hätte vertrauen können bzw. dürfen. Es sind die Voraussetzungen einer Anscheinsvollmacht weder zum Zeitpunkt des angeblichen Vertragsabschlusses, noch während der gesamten Dauer der behaupteten Beschäftigung je vorgelegen. Im Ergebnis bestand zwischen dem Kläger und der ***L*** Handels GmbH kein Arbeitsverhältnis. Das Klagebegehren war daher im vollen Umfang abzuweisen (vgl. auch Pkt. 14).

15.

Auf den I. Baustahl GmbH- Druckvorlagen wurden folgende Arbeiter erfasst (ausgefüllte Druckvorlagen, Strafakten Band IV, Teil 4):

Datum 20.10.2008 (bis 24.10.2008), Tag Mo:

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	***6***	***
Name		Regie
		9
		9
		9
		9

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 20.10.2008	Lohnzettel seit
	L	20.10.2008
	L	20.10.2008
	L	20.10.2008

Datum 03.11.2008:

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	Fa. ***15***	***
Name		Regie
		9.0
		9.0

9.0

9.0

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 03.11.2008	Lohnzettel seit/bis
	L	seit 20.10.2008
	L	seit 20.10.2008
	L	seit 20.10.2008
	K	***K*** 0408-1411 2008
		L 1711-1712 2008

Datum 11.11.2008, Tag [blank]:

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	Fa. ***15***	***

Name	Regie
	9.0
	9.0
	9.0
	9.0
	9.0

Die Abgabensystemabfragen bzw. Sozialversicherungsdaten ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 11.11.2008	Lohnzettel seit/bis SV-Anm.
	L	seit 20.10.2008
	L	seit 20.10.2008

L

seit 20.10.2008

kein Lohnzettel

bis 20.08.2008 ***J***

SV-Anm.: ***K***

ab 17.11.2008 ***L***

SV-Anm. bis 14.11.

K

bis 21.11.2008 ***K***

ab 24.11.2008 Bf.

SV-Anm.:

07.10. - 21.11.2008

Datum 18.11.2008, Tag [blank]:

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]	Fa. ***15***	***
Name		Regie
		9.0
		9.0
		9.0
		5.0

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name	Lohnzettel am 18.11.2008	Lohnzettel seit/bis
L		seit 20.10.2008
L		seit 20.10.2008
L		seit 17.11.2008
K		bis 21.11.2008 ***K*** ab 24.11.2008 Bf.

Datum 18.11.2008, Tag DIENSTAG

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
-------------	-------	-----------

[blank] Mol Korneuburg

Name Regie

3 Mann Regie

je 11 std

Gesamt: 33 std

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name Lohnzettel am 18.11.2008 Lohnzettel

L seit 20.10.2008

Bf. seit 03.06.2008

L seit 17.11.2008

Datum 18.11.2008:

Vorarbeiter Firma Baustelle

[blank] Str.

Name Regie

9 Std.

9 Std.

9 Std.

Die Abgabensystemabfragen ergeben Folgendes:

Name Lohnzettel am 18.11.2008 Lohnzettel von bis

L von 2010 - 1712 2008

K von 1809 2008 - 2111 2008

K

von 0209 2008 -
2111 2008

16.

Der Masseverwalter bestritt sämtliche **Dienstnehmerforderungen** mit der Begründung 'Scheinfirma' und hat bis zur Aufhebung des Konkurses **keiner der Dienstnehmer** eine sogenannte Feststellungs**klage** eingebracht.

17.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *3 1/2 Monate*.

18.

Der Konkurs wurde *3 Wochen* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit*.

19.

Der inländische Wohnsitz wurde *am Tag der Anmeldung wieder abgemeldet*.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Im Zeitraum 29. September 2008 bis 21. Jänner 2009 wurden 7 Auftragsbestätigungen mit der Passage erstellt: Es dürfen nur den österreichischen Gesetzen entsprechend angemeldete Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Dem Vermerk auf den Auftragsbestätigungen stehen

- die den Bestätigungen vorangegangenen Umstände
- bei der unmittelbar davor eingeschalteten GmbH und
- bei den davor eingeschalteten GmbHs und
- die oben angeführten und nachfolgend erörterten Umstände bei der ***L*** gegenüber.

Am 28. Oktober 2008 fertigte die Bf. folgende Telefax-Nachricht an (Schreiben vom 10. Juli 2018, Beilage a102)

Senden an: I... (Baustahl)

Betreff: SUB Vertrag + Anmeldungen BVH To...

Sehr geehrter Herr ...!

In der Anlage übersenden wir Ihnen den SUB Vertrag zwischen uns und der Fa. ***L*** GmbH

Weiters erhalten Sie Anmeldungen vom Personal, welches auf dem BVH T... in nächster Zeit beschäftigt wird.

Die beigelegten Anmeldungen weisen unter der Rubrik 'Beschaeftigt ab:' folgende Datumsangabe und 6 Personen aus:
20.10.2008:
[...]

Von den vorgelegten 6 GKK-Anmeldungen entfallen alle 6 auf Arbeiter
- die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind und
- die 3 Tage vor ihrer Anmeldung bei der GKK als Dienstnehmer der ***L*** bei der ***K*** abgemeldet worden sind.

De Pinho Carvalho ist ferner in dem am 22. Jänner 2008 von der Bf. an die I. Baustahl gerichteten Telefax der Bekanntgabe, auf welchen Baustellen die Arbeiter des 'Sub-Unternehmens' ***I*** Bau GmbH beschäftigt sind, angeführt (vgl. oben ***I***).
Dinkic M. ist ferner in der am 22. Februar 2007 von der Bf. an die ***F*** gerichteten Telefax-Nachricht, in der um Zusendung der Anmeldungen der Dienstnehmer, die auf Baustellen der Bf. beschäftigt sind, gebeten wurde, angeführt (vgl. oben ***F***).
Weiters betreffend eine ***J*** - Rechnung auf der I. Baustahl GmbH- Druckvorlage mit dem Datum 30. Juli 2008 angeführt (vgl. oben ***J***).

Panic D. wurde ferner auf der I. Baustahl- Druckvorlage mit dem Datum 09.08.2008 erfasst (vgl. oben).

Vasiljevic D. wurde ferner betreffend eine ***J*** - Rechnung auf I. Baustahl GmbH- Druckvorlagen mit dem Datum 10. bzw. 11. Juli 2008 angeführt (vgl. oben ***J***).

Am 24. November 2008 wurde folgender Regie-/Arbeitsbericht Bauservice F. erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a67):
[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***A*** mit gleichen Inhalten]

Am 15. Jänner 2009 wurde folgende I. Baustahl- Aufstellung erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a68):

Datum 22.01.2009 Tag DONNERSTAG

Vorarbeiter	Firma	Baustelle
[blank]		Str.
Name		Regie
		9
		9 / gestrichen

9

9

= 27 Std.

Auf den obigen Pkt. 14. wird verwiesen. Die gemischte Baustellenpartie war (auf derselben Baustelle) bereits zwei Monate davor, am 18. November 2008, tätig.

Am 27. Februar 2009 richtete die Bf. folgendes Schreiben an die ***L*** (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a66):

Betrifft: Kündigung Vertrag vom 29.09.2008

Sehr geehrte Geschäftsführung!

Trotz mehrmaliger Rücksprachen haben Sie es abermals versäumt, Ihr Personal auf den vereinbarten Baustellen zur Verfügung zu stellen.

Dadurch sind für uns erhebliche Erschwernisse aufgetreten, wie z.B.: neue Personaleinteilung, Ersatzmaßnahmen, Wartezeiten aufgrund des fehlenden Personals und Weitergabe der BVH. Aufgrund Ihrer unseriösen Arbeiten und unzuverlässigem Verhalten betreffend der Führung der für Sie vorgesehenen BVH sind wir gezwungen, den Vertrag vom 29.09.2008 mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Daraus resultierende Mehrkosten werden Ihnen am Ende des BVH mitgeteilt, und letztendlich Gegenverrechnet.

Dieses Schreiben wurde mit dem Datum jenes Tages verfasst, an dem der Masseverwalter Dr. S. sich an der ***L*** - Adresse 1030 Wien lt. Gerichtsauftrag einen Überblick über die Vermögenslage verschaffen wollte und an der Adresse des gs. Unternehmens feststellen musste, dass das gs. Unternehmen an dieser Adresse schon seit Monaten nicht mehr aufhältig ist. An dieser Adresse hat Anna Ilias ein Büro und macht dort Lohnverrechnung für mehrere Unternehmen (Schreiben des Masseverwalters Dr. S.) (vgl. oben Pkt. 7.). Die taggenaue Übereinstimmung lässt darauf schließen, dass mit dem Schreiben auf die der Bf. zur Kenntnis gelangten Ermittlungen des Masseverwalters reagiert wurde.

Bei der ***L*** handelt es sich um die 12. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen. Auf die hinzutretenden zusätzlichen Feststellungen wird verwiesen.

Der bezogen auf den (am 29. September 2008 angefertigten) Bauvertrag **vier Monate** zurückliegende Abtretungsvertrag (vom 03. Juni 2008), bezogen auf die erste Rechnungslegung am 16. Oktober 2008 viereinhalb Monate, mit dem **Abtretungspreis** an die

Hauptgesellschafterin (90% der Stammeinlage) in Höhe von **EUR 1.350** weist die *****L***** Handels GmbH als **substanzlos** aus.

Die *****L***** ist die zweite jener *drei der eingeschaltet gewesenen GmbHs* - der *****J***** GmbH (als 10. eingeschaltete), der *****L***** GmbH (als 12. eingeschaltet) und der *****O***** Handelsgesellschaft m.b.H. (als 15. eingeschaltet) - bei welchen der rechtskräftig verurteilte *****S*****, geb. *****R*****, bei den oben unter *****J***** bereits angeführten Betrugsszenarien mitgewirkt hat.

Damit stimmt überein,

- dass die Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag, auf dem Anbotschreiben, Bauvertrag und Rechnungen unterschiedlich sind, was die Folge des Umstandes, dass keine der Unterschriften von *****L***** geleistet wurde (vgl. den obigen Pkt 1.) (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).

- dass das vom Masseverwalter **bei der ***L*** Handels GmbH gefundene FAX mit der Liste "Daten für die Anmeldungen" und dem Absender** (Bf.) (mit anderen Worten: das von der Bf. an die *****L***** gesandte FAX beinhaltend die Liste der von der *****L***** Handels GmbH anzumeldenden Eisenbieger) **betreffend die 3 Personen taggenau umgesetzt wurde, wie der Vergleich mit den GKK- Anmeldungen laut Versicherungsdatenauszug ergibt:**

von	bis	Art der Monate / meldende Stelle
19.12.2008	12.01.2009	Arbeiter Arbeitslosengeldbezug
13.01.2009	27.02.2009	***L*** Handels GmbH

von	bis	Art der Monate / meldende Stelle
19.12.2008	12.01.2009	Arbeiter Arbeitslosengeldbezug
13.01.2009	27.02.2009	***L*** Handels GmbH

von	bis	Art der Monate / meldende Stelle
19.12.2008	12.01.2009	Arbeitslosengeldbezug

13.01.2009

27.02.2009

L Handels GmbH

- dass es sich bei ***, der mittels des weitergeleiteten '***L***'- E-Mail als Dienstnehmer der ***L*** angemeldet, um einen Arbeiter handelte, der zuvor wie folgt angemeldet war:

13.10.2008 bis 21.11.2008: ***K*** GmbH

24.11.2008 bis 26.11.2008: Bf.

01.12.2008 bis 15.02.2009: Arbeitslosengeldbezug

16.02.2009 bis 27.02.2009: ***L*** GmbH (das weitergeleitete E-Mail) und sodann wieder bei der Bf. angemeldet wurde:

02.03.2009 bis 25.03.2009. Bf.

- dass es sich bei *** um einen Arbeiter handelte, der zuvor wie folgt angemeldet war:

22.07.2008 bis 01.08.2008: ***J***

04.08.2008 bis 21.11.2008: ***K***

24.11.2008 bis 26.11.2008: Bf.

27.11.2008 bis 14.01.2009: Arbeitslosengeldbezug

17.02.2009 bis 27.02.2009: ***L*** (das weitergeleitete E-Mail) und sodann wieder bei der Bf. angemeldet wurde:

02.03.2009 bis 30.04.2009. Bf.

- dass der **Masseverwalter** der ***L*** Handels GmbH **unter der Telefonnr. 0699/17098 100 lautend auf Hrn. ***L*** *** anrief und sich der Geschäftsführer der Bf. gemeldet hat. Auf die Frage warum er mit einem Handy des Hrn. ***L*** telefoniere bekam der Masseverwalter keine Antwort und es wurde aufgelegt.**

- dass sich der Geschäftsführer der Bf. dem Masseverwalter eine Zeit lang kooperativ zeigte und dem Masseverwalter Unterlagen/Rechnungen zur *Verfügung stellte*, sich jedoch geweigert hat, entsprechende Subaufträge vorzulegen.

- dass der Masseverwalter einige Baustellen kontrollierte und **mit den jeweiligen Auftraggebern Kontakt aufnahm und nachfragte, ob sie eine Firma ***L*** Handels GmbH kennen, bejahendenfalls wer die Ansprechperson gewesen sei. Die Aussagen der jeweiligen Auftraggeber waren immer die gleichen, die ***L*** sei unbekannt, der Auftrag sei an die Firma ... (die Bf.) erteilt worden.**

- dass der Masseverwalter sämtliche Dienstnehmerforderungen (von bei der ***L*** bei der GKK angemeldet gewesenen Dienstnehmern) mit der Begründung 'Scheinfirma' bestritt und bis zur Aufhebung des Konkurses keiner der Dienstnehmer eine sogenannte Feststellungsklage eingebracht hat.

- dass das Arbeits- und Sozialgericht in der Sozialrechtssache der klagenden Partei wider die beklagte Partei ***32*** wegen Insolvenzentgelt zu Recht erkannte, dass das Klagebegehren,

die beklagte Partei sei schuldig, der klagenden Partei Insolvenzentgelt zu zahlen, abgewiesen wird. In den Entscheidungsgründen wird u.a. ausgeführt, dass nicht festgestellt werden konnte, dass unter der Geschäftsführung von ***L*** die Gemeinschuldnerin irgendeine operative Geschäftstätigkeit entfaltet hat (vgl. oben Pkt. 14.).

- dass dem Anfertigenden des ***L*** - Anbotschreibens das ***J*** - Anbotschreiben, wie die oben angeführten identen Passagen zeigen, zur Verfügung stand (vgl. Pkte. 1., 6. ff). Mit diesem Umstand stimmt wiederum überein, dass die ***L*** und die ***J*** denselben faktischen Machthaber hatten.

- dass der von der Bf. überwiesene Betrag: A conto Rechnungen vom 30.01.09 in Höhe von € 70.000,00 **am Buchungstag in voller Höhe bar behoben** wurde.

- dass die I. Baustahl GmbH- Druckvorlagen, in welchen Arbeiter namentlich erfasst wurden, gemischte Baustellenpartien ausweisen:

Auf derselben I. Baustahl GmbH- Druckvorlage wurden betreffend dieselbe Baustelle am selben Tag mehrere Eisenbieger wie folgt erfasst
am 03.11.2008 sowie am 18.11.2008

- drei bei der ***L*** (der 12. eingeschalteten GmbH) angemeldete und

- ein bei der ***K*** (der 11. eingeschalteten GmbH) angemeldeter,
am 11.11.2008

- drei bei der ***L*** (der 12. eingeschalteten GmbH) angemeldete und

- zwei bei der ***K*** (der 11. eingeschalteten GmbH) angemeldete
am 17.11.2008 sowie am 18.11.2008

- zwei bei der ***L*** (der 12. eingeschalteten GmbH) angemeldete und

- ein bei der Bf. angemeldeter.

- dass die sich auf einzelne Tage beziehenden Unterlagen der Strafkten 14 Dienstnehmer ausweisen,

-- und 12 dieser Arbeiter in den 66 Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind: [...] -- und die zwei weiteren Arbeiter bei einer Reihe der eingeschaltet gewesenen GmbHs angemeldet waren:

Sabanovic R: ***C*** , ***D*** , ***E*** , ***F*** , ***I*** , ***J*** , ***K*** , ***L*** , Bf.

: ***J , ***K*** , ***L*** , Bf.

- dass die letzte ***L*** - Rechnung vom 01. Februar 2009 stammt (vgl. BP-Bericht Beilage A/13), die Abmeldung der Dienstnehmer der Dienstnehmerketten bei der ***L*** erst am 27. Februar 2009 erfolgte und weitere Rechnungserstellungen wegen der Ermittlungen des Masseverwalters unterblieben (vgl. unten die ***M*** - Rechnungserstellungen, die ab 16. Februar 2009 vorgenommenen wurden).

- dass die Rechnungsinhalte, die vom Masseverwalter der ***L*** bei den in der Buchhaltung ausgewiesenen Rechnungsempfängern der GmbH erhoben wurden, diverse Bauarbeiten wie Verfließungen und Deckenverkleidungen waren, nicht jedoch Eisenbiegerarbeiten.

Die GKK-Anmeldungen, die laut der von der Bf. an die I. Baustahl angefertigten Telefax-Nachricht vom 28. Oktober 2008 die Anmeldungen jenes 'Personal' sind, welches auf der I. Baustahl/Bf.- Baustelle BVH To. 'in nächster Zeit beschäftigt wird', führen zu einem **die Bf. belastenden** Beweisergebnis:

Die vorgelegte Nachricht in Verbindung mit den Anmeldungen bestätigt, wie oben im Einzelnen dargelegt, die Richtigkeit der die Bindung der Dienstnehmer an die Bf. dokumentierenden Anmeldungsketten.

Weist die Unterschrift der Fertigung des Bauvertrages (seitens der ***L*** GmbH) betreffend die ersten beiden Buchstaben eine Ähnlichkeit mit der Unterschrift des ***L*** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag auf, nicht betreffend den dritten und vierten Buchstaben und die Unterschrift der Fertigung der Rechnung (seitens der ***L*** GmbH) keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Abtretungsvertrag, wird auf das diesbezüglich oben unter ***J*** Gesagte verwiesen.

Hatten die Ermittlungen des Masseverwalters den Geschäftsführer der Bf. zur Anmeldung der 49 bei der ***L*** angemeldet gewesenen Eisenbieger (davon sind 41 Dienstnehmer der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009) bei der Bf. veranlasst und *führte diese etwa doppelt so hohe Eisenbiegerbelegschaft (wenn man von der Annahme ausgeht, die ***L*** wäre eine leistungserbringende GmbH gewesen!), dass weder binnen Wochen noch binnen Monaten zur Aufstockung auf Angestelltebene, dient das als Dokumentation der Funktionsfähigkeit des Zumeldungskarussells.*

Hinter der Person des mit einem gefälschten Reisepass des ***L*** Aufgetretenen, der die Funktion als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der *substanzlosen* Einmann-GmbH hatte, existierte gemäß den obigen Feststellungen kein ***L*** - Betrieb, in den die Arbeiter eingegliedert sein konnten.

Bezogen auf die von Oktober 2008 bis Jänner 2009 von den Eisenbiegern erbrachten Arbeitsleistungen

1. wäre, **wenn man die Ermittlungen bzw. Ermittlungsergebnisse des Masseverwalters und die oben unter ***J*** GmbH angeführten polizeilichen Ermittlungen und weiterführenden Ermittlungen der Finanzverwaltung außer acht lassen würde**, nicht zu erkennen a) wer b) durch welche Aktivitäten die ***L*** Handels GmbH geführt hatte.

Verbindet man all diese Umstände mit den oben unter ***J*** GmbH angeführten Feststellungen - die die ***J*** GmbH, die ***L*** Handels GmbH und die ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. betreffen - passt die Vielzahl der sich auf die Bf. beziehenden Feststellungen und die sich auf ***S***, geb. ***R***, beziehenden Feststellungen nahtlos und widerspruchsfrei zusammen. Es ergibt sich ein jeden Zweifel ausschließendes deckungsgleiches Gesamtbild und wird bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs. Auf das oben unter ***J*** GmbH Gesagte wird verwiesen.

Betreffend die ***L*** konnte festgestellt werden, wer durch welche Aktivitäten die 12. eingeschaltet gewesene GmbH "geführt" hatte (***S***): *****S*** war faktischer Machthaber der ***J***, ***L*** und ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. und fungierte als ***J*** -, ***L*** - und ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H.- Rechnungsaussteller gegen Provision.**

Die ***L*** GmbH hat die in den ***L*** GmbH- Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht.

Die ***L*** GmbH (mit dem wahren Machthaber Wolfgang ***S***) wurde von der Bf. als Zumeldungsfirma benutzt.

Diese Feststellungen stehen der - auf Seite 9 des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes angesprochenen - Schlussfolgerung entgegen, dass der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. (wahrer) Machthaber der ***L*** GmbH war und über diese Gesellschaft Aufträge abgewickelt hat. Weiters war ***S*** Rechnungsaussteller für eine Reihe weiterer Personen - die Liste erstreckt sich auf 13 (!) verschiedene Rechnungsempfänger.

Die Zusammenschau der Feststellungen betreffend die 4 im Jahr 2008 eingeschaltet gewesenen GmbH ergibt u.a.:

- ☐ ausländischer Alleingesellschafter und -geschäftsführer bei allen 4 GmbHs im Firmenbuch eingetragen (wie bei allen GmbHs der Jahre 2006 und 2007)
- ☐ Zeitraum zwischen erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und Unterzeichnung des Abtretungsvertrages, der zur Eintragung als Gesellschafter-Geschäftsführer führte: 2 Tage, Wohnsitz danach: 1 Tag, 11 Tage, Wohnsitz danach: 13 Tage, 1 Tag in Österreich gemeldet (vergleichbar den Jahren 2006 und 2007)
- ☐ Substanzlosigkeit (auf Grund vorhandener Angabe im Abtretungsvertrag) bei 2 GmbHs
- ☐ Unterschriftenfälschungen bei 3 der 4 GmbHs

- ☐ Aufgaben des inländischen Wohnsitzes bei allen 4 GmbHs (wie bei allen GmbHs der Jahre 2006 und 2007)
- ☐ Konkurs und amtswegige Löschung bei allen 3 GmbHs (wie bei allen GmbHs der Jahre 2006 und 2007)

13. *** **M*** HandelsgmbH

erste Eingangsrechnung: 16. Februar 2009, letzte Eingangsrechnung: 12. Juni 2009

1.

Betreffend die * **M*** Handels GmbH als Subunternehmer erwog das Bundesfinanzgericht** im Erkenntnis vom 27.04.2015, RV/7100326/2013:

**** **M*** Handels GmbH (2009)*

*Rechnungen (Adresse Wien) an die Bf. wurden von 30. April 2009 bis 24. Juli 2009 i.H.v. gesamt € 22.100,- gelegt. Vorgelegt wurde laut Bf. in Entsprechung der Aufforderung zur Empfängerernennung folgende Unterlagen, die die Existenz der *** **M*** Handels GmbH rechtfertigen sollen:*

- Ein Firmenbuchauszug vom 23. Jänner 2009;
 - eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Wiener Gebietskrankenkasse vom 3. Dezember 2008;
 - eine Kopie eines Personalausweises von ***2***;
 - ein ZMR-Auszug betreffend ***2***;
 - ein Bescheid des Magistrates der Stadt Wien über die Geschäftsführerbestellung vom 10. Juli 2007;
 - Steuerkontodaten vom 6. November 2008;
 - ein UID Nummernvergabebescheid (ohne Datum);
 - eine Verständigung des Magistrates der Stadt Wien über eine Standortverlegung vom 19. Jänner 2009,
- sowie 1 Mobiltelefonnummer als Nachweis, wie der Kontakt zur Firma gehalten worden sein soll.*

Den vorgelegten Unterlagen stehen nachfolgende Erhebungsergebnisse der Ap. bzw. des BFG gegenüber die gegen die Existenz der angeführten Firma sprechen:

- Die Gesellschaft ist seit 29. Juni 2009 (Eintragung im Firmenbuch 8. Juli 2009) in Konkurs. Mehrere Rechnungen wurden nach Eröffnung des Konkurses ohne Wissen des Masseverwalters gelegt.
- Nach Angaben des Masseverwalters war der Geschäftsführer bereits zu diesem Zeitpunkt unauffindbar und es fanden kriminalpolizeiliche Ermittlungen gegen die Firma bzw. deren

Machthaber statt.

- *Das Unternehmen war nach Erhebungen des Masseverwalters (laut Information des Hauseigentümers) nie in der ***gasse, Wien, tätig. Es handelte sich um eine reine Scheinadresse. Es ist zwar zu Gesprächen mit der vorherigen Geschäftsführerin Z ***M*** gekommen, ein Mietvertrag wurde jedoch schlussendlich nicht abgeschlossen.*
- *Die Musterzeichnung laut Firmenbuch stimmt nicht mit der Unterschrift auf dem Personalausweis überein. Keine der Unterschriften stimmt mit jenen auf den Kassenquittungen überein.*
- *Die Unbedenklichkeitserklärung der Wiener Gebietskrankenkasse wurde mehrere Monate vor der Leistungserbringung an die Bf. und zu einem Zeitpunkt erstellt, als der Geschäftsführer der Subunternehmung mit dem die Bf. in Kontakt trat, ***2*** noch keine Funktion in dieser Unternehmung hatte.*

*Die *** ***M*** Handels GmbH wurde am 26. Oktober 2011 aus dem Firmenbuch gelöscht.*

*Die Unauffindbarkeit des Gf. der Subunternehmerin, die Nichtexistenz der Firma an der in den Rechnungen aufscheinenden Adresse sowie die Tatsache, dass die Kassaquittungen nicht von dem Gf. unterzeichnet worden war und keine ausreichende Erklärung, wer an dessen Stelle die Gelder in Empfang genommen hat gegeben werden konnte, die Tatsache, dass Rechnungen noch nach Eintritt der Insolvenz ausgestellt wurden sowie die übrigen Darstellungen des Masseverwalters waren ausreichend maßgebliche Gründe für die Annahme, dass die *** ***M*** Handels GmbH nicht Empfänger der Zahlungen war und die in den Rechnungen abgerechneten Leistungen nicht erbracht hat.*

2.

Zuvor hatte betreffend die *** ***M*** Handels GmbH als Subunternehmer **der unabhängige Finanzsenat** in der Entscheidung vom 06.05.2013, RV/1337-W/12, **erwogen (VwGH-Beschwerde zur Zl. 2013/13/0071 eingebracht. Behandlung der Beschwerde mit Beschluss vom 31.7.2013 abgelehnt.)**:

Die Bw wurde als Subunternehmerin von Generalunternehmern mit der Durchführung von Bauarbeiten bei verschiedenen Großprojekten betraut, wobei die Bw Bauarbeiten wiederum durch Dritte durchführen ließ.

Als Subunternehmer der Bw wurde der Abgabenbehörde gegenüber eine Vielzahl vermeintlicher Unternehmen genannt.

Die Außenprüfung hat - und hier ist auf den oben wiedergegebenen Außenprüfungsbericht sowie die Stellungnahme des Außenprüfers zu verweisen - in einem aufwendigen Verfahren, das in 12 Aktenordnern dokumentiert ist und durch Ermittlungsergebnisse der Kriminalpolizei gestützt wird, festgestellt, dass von der Bw als Vertragspartner genannten Subunternehmen Scheinunternehmen waren und die an die Bw erbrachten strittigen Leistungen tatsächlich nicht von diesen Scheinunternehmen, sondern von Dritten erbracht wurden. Die von der Bw

gewählte Konstruktion habe dem Sozialversicherungs- und Steuerbetrug gedient. Hinsichtlich der einzelnen strittigen Scheinunternehmen sowie der die jeweiligen Feststellung, dass es sich nicht um ein real existierendes, sondern um ein Scheinunternehmen handelt, stützenden Ermittlungsergebnisse wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf den oben wiedergegebenen Außenprüfungsbericht sowie die Stellungnahme des Außenprüfers zu verwiesen.

3.

Der (Lohnsteuer)Bericht vom 10. September 2009 betreffend die *** ***M*** Handels GmbH enthält folgende Sachverhaltsdarstellung:

Außer den Lohnkonten 2009 für 30 Dienstnehmer wurden keinerlei Unterlagen vorgelegt. Bei der Wiener GKK sind für den Zeitraum 2009 147 Dienstnehmer gemeldet. Die meisten Dienstnehmer wurden per März u. April angemeldet. Es wurden lediglich die Lohnkonten 2009 von 30 Dienstnehmern durch die ehemalige Steuerberatung ... vorgelegt.

4.

Bis Mai 2008 waren bei der *** ***M*** drei Dienstnehmer angemeldet - Wirtschaftsklasse Cafehäuser (Sozialversicherungsabfrage); Gegenstand des Unternehmens war laut der Erklärung über die Errichtung der GmbH u.a. das Gastgewerbe mit allen seinen Betriebsformen, insbesondere der Betrieb der Cafe-Konditorei P.

5.

Seitens der *** ***M*** Handels GmbH wurden betreffend das Jahr 2008 *keine Steuererklärungen eingereicht und ergingen (am 17. Juni 2013) Schätzungsbescheide (Einkünfte aus Gewerbebetrieb € 0,00) (Abgabeninformationssystemabfrage).*

6.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der *** ***M*** Handels GmbH wurde im Firmenbuch ein Ausländer, ***2***, ungarischer Staatsangehöriger, auf Grund eines **am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages (am 23. Dezember 2008) eingetragen.

7.

Mit Wirksamkeit vom 12. Jänner 2009 wurde die Verlegung des Betriebes des Gewerbes: **Räumungen wertlosen Gutes aus Wohnungen, Häusern, Kellern, Dachböden, Höfen, Garagen, Geschäftslokalen und Industrieanlagen unter Ausschluss der dem Handelsgewerbe und Handelsagenten, Güterbeförderungsgewerbe und sonstigen reglementierten Gewerben vorbehaltenen Tätigkeiten (Entrümpler), nach Wien, angezeigt und mit 19. Jänner 2009 in das Gewerberegister eingetragen (Verständigung an die ***M***).**

8.

Am 24. Jänner 2009 hatte die *** **M*** Handels GmbH bei der GKK - wie in den Wochen davor - **keinen Dienstnehmer** angemeldet

Am 25. Jänner 2009 wurde der erste Dienstnehmer, ein Arbeiter, angemeldet, am 2. Februar 2009 weitere Dienstnehmer. **Fünf Wochen danach**, am 10. März 2009 waren **52 Dienstnehmer** gemeldet und am 1. Juni 2009 86 Dienstnehmer.

9.

Keiner der Dienstnehmer, die zuvor bei der ***L*** bei der GKK angemeldet waren, wurde bei der *** **M*** Handels GmbH als Dienstnehmer bei der GKK angemeldet.

Die 43 zuvor - bis 27. Februar 2009 - bei der ***L*** bei der GKK angemeldet gewesenen Dienstnehmer der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 wurden - von zwei Ausnahmen abgesehen (welche Dienstnehmer bei der S. Bau angemeldet wurden) - ab 02. März 2009 bei der Bf. bei der GKK angemeldet.

10.

Fünf Wochen danach, am 30. Jänner 2009, wurde ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 7 Eingangsrechnungen vom 16. Februar 2009 mit einem Betrag von insgesamt **€ 88.953,87**.

11.

Als *Geschäftsanschrift* der GmbH und als *Wohnanschrift* des als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragenen ***2*** wurden *identische Anschriften angegeben* und gab es mit der ehem. Gesellschafterin-Geschäftsführerin *lediglich Gespräche betreffend eine Anmietung durch die GmbH oder ***2****, die Wohnung wurde jedoch weder an die GmbH noch an ***2*** vermietet.

12.

Von 09. Februar 2009 bis 31. Mai 2009 war Ing. P.M. Angestellter der *** **M*** Handels GmbH (Versicherungsdatenauszug), von 26. Mai 2009 bis 1. Juni 2009 war er gewerberechtlicher Geschäftsführer.

Konkrete Handlungen setzte er im Betrieb keine, "*da es für mich keine Arbeiten gab*, ich aber aufgrund meiner finanziellen Situation und in Ermangelung von Alternativen auf die Gehaltszahlung, welche ich pünktlich am 1. des Monats bekommen habe, angewiesen war. Ich erhielt die Zahlung in bar, da ich aufgrund des Schuldenregulierungsverfahren kein Konto hatte." *Die Frage, ob er, Ing. P.M., je am Firmenstandort Wien war, verneinte er.*

13.

Die **Unterschrift** der Fertigung des Anbotschreibens (seitens der *** **M*** HandelsgmbH) weist weder eine Ähnlichkeit mit den Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung, Umlaufbeschluss vom 23. Dezember 2008 und

Reisepass noch mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag auf.

Die *Unterschriften* auf dem Bauvertrag und der Musterfirmazeichnungserklärung sind in einem Ausmaß ähnlich, sodass nicht gesagt werden kann, dass bzw. ob diese beiden Unterschriften von derselben Person geleistet worden sind. Gleiches gilt betreffend die klein ausgeführte Unterschrift auf dem Reisepass.

14.

1 gibt in der Vernehmung v. 2.11.09 an, dass ***2***, der GF der Fa. "****" ***M*** Handels GmbH **über Auftrag der ***1*** Brüder Unterschriften leistete und Geld behob** (Aktenvermerk Fa. *** ***M*** Handels GmbH).
Vom 16. Februar 2009 bis 29. Juni 2009 war X ***1*** als Arbeiter der *** ***M*** Handels-GmbH gemeldet, vom 03. März bis 29. Juni 2009 Y ***1*** (Versicherungsdatenauszug).

15.

Die Rechnung, Rechnungsnummer: 123/2009, vom 16. April 2009 hat folgenden Inhalt:

„****" ***M*** HandelsgmbH
Wien

FN: 27...
UID-Nr.: ATU 624...
Steuernummer: 040/...
Kontonummer: ...
Bankverbindung:
BLZ:

Wien, 16.04.2009

Firma
(Bf.)

Rechnungsnummer: 123/2009 Leistungszeitraum Mo. 04/2009 Bauvorhaben L...

Leistung	Menge	EH	EP	Summe
Stabstahl	13.887,38	kg	0,210	€ 2.916,33
Endsumme				€ 2.916,33

Übergang der Steuerschuld gem. § 19 Abs. 1a USTG 1194

lt. Abgabenänderungsgesetz 2002 (BGBl. Nr. 132/2002 vom 13.08.2002) hin

Die weiteren Rechnungen vom 16. April 2009 haben folgende Inhalte:

Datum	Re.Nr.	Inhalt
16.04.2009	124	Stabstahl BSTG + DS Element Decke
16.04.2009	125	Stabstahl
16.04.2009	126	Stabstahl
16.04.2009	127	Stabstahl
16.04.2009	128	Stabstahl
16.04.2009	129	Stabstahl
16.04.2009	130	Stabstahl

Die *** **M*** HandelsgmbH- Rechnung *an die Wiener Fa. LA...*, Rechnungsnummer: 123, vom 30. April 2009 hat folgenden Inhalt:

*** **M*** HandelsgmbH
Wien, Tel: 0...

Firma
LA...
(Wiener Anschrift)

RECHNUNG: 123

Wien, 30.04.2009

LW 16 / 2009

Objekt: 1... Schwarzdeckerarbeiten
Abtragen der Wärmedämmung und Blechdach, Schutt und
Flachdach auf Deponie verführen.
1-lagig EKV5 geflämmt + HZ.

1 x	Pauschalpreis	1.100,00	1.100,00
-----	---------------	----------	----------

I	NETTO	kg	1.100,00
	GESAMT		1.100,00

Die Steuerschuld wird gemäß § 19 Abs. 1a USTG 1994 vom Empfänger der Leistung geschuldet.

Zahlbar nach Erhalt der Rechnung

Bankverbindung: ... Konto-Nr. ... BLZ ...

Handelsgericht Wien: FN ... St.-Nr.1... UID-Nr.ATU ...

Die weiteren *** **M*** HandelsgmbH- Rechnungen *an die Wiener Fa. LA...* haben folgende Inhalte:

Datum	Re.Nr.	Inhalt
30.04.2009	121	Schwarzdeckerarbeiten
30.04.2009	125	Schwarzdeckerarbeiten
30.04.2009	128	Schwarzdeckerarbeiten
03.07.2009	209	neuer Anstrich auf altem Blechdach
15.07.2009	213	Abtragung alter Dachziegel und Holzlatten
15.07.2009	214	Schwarzdeckerarbeiten
24.07.2009	211	Flachdach abdichten, flämmen

16.

, ein kroatischer Staatsbürger, auf einer *Baustelle in Oberösterreich* bei *Vollwärmeschutz-Arbeiten* an der *Fassade eines Einfamilienhauses* vom Team Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung am 16. Juni 2009 kontrolliert, gab an, dass sein Arbeitgeber die Fa. *** **M HandelsgmbH aus Wien ist, und dass er zur Fa. ***M*** "über einen Kollegen (gekommen ist), er heißt David - sonst weiß ich keinen Namen. Ich glaube er ist dort Bauleiter. Wir haben uns *bei einer Tankstelle getroffen und alles ausgemacht.* ... Frage: Waren Sie od. die Kollegen *bereits einmal bei der Firma in Wien?*

Antwort: Nein. Frage: Wie erfolgt die Lohnauszahlung? Antwort: Das erledigt David von

Fa. ***M***. Wir vereinbaren einen Treffpunkt, meist einmal im Monat. Dann erhalten wir den Lohn in bar." (Niederschrift, aufgenommen mit *** am 16. Juni 2009).

***, er hatte 2009 seinen Wohnsitz (wie seit seiner Einreise nach Österreich) in der Nähe von Graz, war im Jahr 2009 beschäftigt wie folgt (Abgabeninformationssystemabfrage):

3 (2)	0101-3103	ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERRE ALG
69 (4)	2608-2608	BUAK
3 (2)	1812-3112	ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERRE ALG

17.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *4 Monate*.

18.

Der Konkurs wurde *2 Wochen* nach der letzten Eingangsrechnung - am 25. Februar 2009 - eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit*.

19.

Der inländische ***2***- *Wohnsitz* wurde *3 Wochen vor* Konkurseröffnung bzw. *2 Wochen vor* der mit 12. Juni 2009 datierten letzten Eingangsrechnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 30. Jänner 2009 wurden 5 Auftragsbestätigungen mit der Passage erstellt: Es dürfen nur den österreichischen Gesetzen entsprechend angemeldete Arbeitskräfte eingesetzt werden. Auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen zu den davor eingeschaltet gewesenen GmbHs wird verwiesen.

Am 24. Februar und 27. April 2009 stellte das Finanzamt Wien 8/16/17 folgende

Bescheinigungen an die *** ***M*** HandelsgesmbH aus:

Es wird bescheinigt, dass gegen *** ***M*** Handels- GmbH, Anschrift ... gegenwärtig keine fälligen Abgabenforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient für Auftraggeber.

Diesen Bescheinigungen stehen die Umstände der Pkte 3., 5. und insbesondere 14. gegenüber.

Am 03. Dezember 2008 und 23. Februar 2009 richtete die Wiener GKK eine

Unbedenklichkeitsbescheinigung an die *** ***M*** Handels- GmbH:

Die Wiener GKK bestätigt, dass der im Betreff genannte Dienstgeber der Verpflichtung zur

Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachgekommen ist. Es bestehen keine Beitragsrückstände.

Diesen beiden Bescheinigung liegt der Umstand zugrunde, dass *die Anmeldung der ersten Arbeiter (von 1 Arbeiter abgesehen, der am 25. Jänner 2009 angemeldet wurde) erst im Laufe des Februar 2009 bei der ***M***, wie oben angeführt, erfolgt war.*

Vorgelegt wurde eine dritte "Wiener GKK"- Bescheinigung mit der Datierung "15.06.2009":

Waren am 10. März 2009 **52 Dienstnehmer** gemeldet und am 1. Juni 2009 86 Dienstnehmer, stellt sich die Frage, ob es Mitte Juni 2009 tatsächlich noch zur Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung kam. Die Überprüfung ergibt Folgendes:

Diese "Bescheinigung" gleicht - mit Ausnahme der Datierung - der Bescheinigung vom 23. Februar 2009:

Abgesehen vom Datum ist der Inhalt ident:

Ihr Zeichen	[blank]
Ihre Nachricht vom	Vorsprache
Unser Zeichen	BE-1946 4075 Schw
Durchwahlklappe	2350
Faxdurchwahl	2540
Wien,	[einzig nicht ident]

Betrifft: Ordnungsgemäße Entrichtung von Beiträgen ...

Mit vorzüglicher Hochachtung
 WIENER GEBIETSKRANKENKASSE
 Abteilung Beitragseinhebung
 [Unterschrift]

Die Unterschriften sind zu 100% ident UND befinden sich an exakt der gleichen Stelle oberhalb der Passage:

Mit vorzüglicher Hochachtung
 WIENER GEBIETSKRANKENKASSE
 Abteilung Beitragseinhebung

Bei den weiteren Bescheinigungen desselben Bediensteten der WrGKK:

a) an die ***F*** Handels GmbH vom 30. Oktober 2006

(unser Zeichen ... Schw.; Durchwahlklappe 2350) und

b) an die ***D*** Handels GmbH vom 01. Juni 2006

(unser Zeichen ... Schw.; Durchwahlklappe 2350)

sind die Unterschriften weitgehend ähnlich aber nicht annähernd ident und befinden sich (auch) NICHT an der gleichen Stelle oberhalb der Passage:

Mit vorzüglicher Hochachtung ... und erweist dadurch die vorgelegte "Bescheinigung" mit der Datierung: "15.06.2009" als **Fälschung**. Einzig die Datierung wurde gefälscht (ein anders Datum in die Februar- Bescheinigung hineinkopiert).

Am 23. Juni 2009 wurde folgendes *** **M*** - Schreiben an die Bf. erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a72):

Betrifft: Kündigung Vertrag vom 30.01.2009

Sehr Geerte Damen und Herren!

Hiermit müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass wir gezwungen sind den bestehenden SUB-Vertrag vom 30.01.2009 mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Aufgrund der Wirtschafts- & Auftragslage, z.B.: unregelmäßige Aufträge von Ihnen, wo wir unsere Leute nicht täglich einsetzen können mussten wir sämtliche Mitarbeiter abmelden.

Wir bitten im Verständnis!!!

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift und Stampiglie)

Die *Unterschrift* der Fertigung des Schreibens, lesbar wie: Pr..., weist weder eine Ähnlichkeit mit den Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung, Umlaufbeschluss vom 23. Dezember 2008 und Reisepass noch mit der Unterschrift auf dem Bauvertrag oder dem Anbotsschreiben auf. Auf den die Unterschriften betreffenden Pkt. 12. wird verwiesen.

Mit 30. Juni 2009 wurden, abgesehen von einem am 06. Juli 2009 abgemeldeten Arbeiter, sämtliche Dienstnehmer bei der GKK abgemeldet.

Am 23. April und 07. Juni 2009 wurden folgende I. Baustahl- Aufstellungen erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilagen a73, a74):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***I*** mit gleichen Inhalten]

Am 27. März 2009 wurde folgendes Bauservice- F. Abnahmeprotokoll erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a75):

[vgl. das obige Abnahmeprotokoll betreffend die ***G*** mit gleichen Inhalten]

Das Aufmaßblatt Firma: ***M***, Zeitraum 03/09, wurde erstellt wie folgt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a76):

[vgl. das obige Aufmaßblatt betreffend die ***C*** mit gleichen Inhalten]

Diese Unterlagen lassen erkennen, a) dass Arbeiten (für die I. Baustahl bzw. die Bauservice) verrichtet wurden, nicht jedoch, von wem die Arbeiten verrichtet wurden und b) dass Rechnungen '*** **M*** HandelsgmbH' erstellt wurden.

Bei der *** **M*** handelt es sich um die 13. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltete gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor

eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen. Auf die hinzutretenden zusätzlichen Feststellungen wird verwiesen.

Ist das Bundesfinanzgericht in der oben unter Pkt. 1. angeführten Entscheidung zur Ansicht gelangt, dass die *** **M*** Handels GmbH die in den Rechnungen abgerechneten Leistungen nicht erbracht hat und ist der unabhängige Finanzsenat davor in der oben unter Pkt. 2. angeführten Entscheidung, ebenfalls betreffend die *** **M***, zur Ansicht gelangt, dass die gewählte Konstruktion dem Sozialversicherungs- und Steuerbetrug gedient hat (der Verwaltungsgerichtshof lehnte die Behandlung der Beschwerde ab), gilt es zu beurteilen, ob die *** **M*** HandelsgmbH die in den *** **M*** HandelsgmbH-Rechnungen aufscheinenden Leistungen erbracht hat oder nicht erbracht hat und steht letztere Beurteilung mit den o.a. Entscheidungen im Einklang.

Gegen eine Leistungserbringung durch die *** **M*** spricht,

- ☐ dass betreffend die GmbH die unter den Pkten 4. bis 6. angeführten Verhältnisse vorlagen (bis Mai 2008 drei Dienstnehmer, dann keine mehr usw.).
- ☐ dass im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer ein Ausländer auf Grund eines **am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen wurde.
- ☐ dass als *Geschäftsanschrift* der GmbH und als *Wohnanschrift* des als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragenen V. ***2*** *identische Anschriften angegeben wurden*, es mit der ehem. Gesellschafterin-Geschäftsführerin *lediglich Gespräche betreffend eine Anmietung durch die GmbH oder ***2*** gab*, die Wohnung jedoch weder an die GmbH noch an ***2*** vermietet wurden, somit sowohl die **Geschäftsanschrift** der GmbH als auch die **Wohnanschrift** des als Alleingesellschafter und -geschäftsführer Eingetragenen **im Dunkeln** blieb.
- ☐ dass es nach der Eintragung des V. ***2*** zu einem explosionsartigen Anstieg der *Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* kam (am 24. Jänner 2009, wie in den Wochen davor, kein Dienstnehmer, am 10. März 2009 52 Dienstnehmer).
- ☐ dass Ing. P.M., von 09. Februar bis 31. Mai 2009 als Angestellter bei der *** **M*** Handels GmbH bei der GKK angemeldet, von 26. Mai 2009 bis 1. Juni 2009 gewerberechtlicher Geschäftsführer war und keine 'konkreten Handlungen im Betrieb' setzte, "*da es für mich keine Arbeiten gab*, ich aber aufgrund meiner finanziellen Situation und in Ermangelung von Alternativen auf die Gehaltszahlung [der dem Finanzamt übermittelte Lohnzettel weist betreffend den o.a. Zeitraum Gehaltszahlungen von insgesamt € 1.550,00 aus], welche ich

pünktlich am 1. des Monats bekommen habe, angewiesen war und nie *am Firmenstandort* Wien, war.

- ☐ dass *****2*****, im Firmenbuch eingetragener Geschäftsführer der ***** ***M*****, laut A. *****1*** über Auftrag der ***1*** Brüder Unterschriften leistete**. Dies erklärt, dass im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der *dienstnehmerlosen GmbH* ein Ausländer, wie oben festgehalten, auf Grund eines *am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes* unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen wurde und dass als *Geschäftsanschrift* der GmbH und als *Wohnanschrift* des als Alleingesellschafter und -geschäftsführer Eingetragenen *identische Anschriften angegeben wurden* und es mit der ehem. Gesellschafterin-Geschäftsführerin *lediglich Gespräche betreffend eine Anmietung durch die GmbH oder ***2*** gab*, die Wohnung jedoch weder an die GmbH noch an *****2***** vermietet wurde. Nahm *****2***** seine Funktion als im Firmenbuch eingetragener (Allein)Geschäftsführer bspw. bei Unterfertigung der Musterfirmazeichnungserklärung und des Bauvertrages wahr, bestehen bei dieser GmbH - anders als bei den anderen GmbHs - abgesehen vom Anbotsschreiben keine augenfälligen Unterschriftenunterschiede. Diese Umstände stimmen mit der Angabe des *****1***** überein, dass *****2*****, der GF der Fa. **"****" ***M*** Handels GmbH** über Auftrag der *****1*** Brüder Unterschriften leistete**.
- ☐ dass sämtliche an die LA... gerichteten Rechnungen **Schwarzdeckerarbeiten, keine Eisenbiegearbeiten**, beinhalten.
- ☐ dass die **2 Wochen nach** der an die Bf. gerichteten Rechnung an die LA... gerichtete Rechnung die **gleiche Rechnungsnummer** 123 (ohne Beisetzung des Jahres 2009) beinhaltet.
- ☐ dass die **Rechnungsköpfe** der an die Bf. gerichteten Rechnung und der an die LA... gerichteten Rechnung **dreifach voneinander abweichen**:
- deutlich unterschiedliche Größen: ***** ***M***** ...
 - „*****M*****“ / *****M*****
 - Anschrift und Tel im rechtsseitigen Block / unterhalb *****M***** Gru...
- ☐ dass die **Leistungsblöcke** und das **Rechnungsende** der an die Bf. gerichteten Rechnung und der an die LA... gerichteten Rechnung **vielfach voneinander abweichen**:
- Rechnungsnummer / RECHNUNG:
 - Leistungszeitraum / nur: LW
 - Bauvorhaben / nur: Objekt: 1...
 - Rubriken: Leistung, Menge, EH, EP und Summe / 1 x Pauschalpreis, Betragsangaben
 - Endsumme und € / NETTO GESAMT ohne €

- Übergang der Steuerschuld .. / Die Steuerschuld ...
- Bankverbindung usw. im Block oben rechts / Bankverbindung usw. am Rechnungsende

☐ dass der **Vollwärmeschutz-Arbeiten** an einer Einfamilienhaus-Fassade auf einer Baustelle **in Oberösterreich** ausführende (vom Team Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung kontrollierte) Arbeiter, ein kroatischer Staatsbürger, angab, sein Arbeitgeber sei die Fa. *** **M*** HandelsgmbH aus Wien.

Im Vergleich mit der in Rede stehenden Einschaltung dieser GmbH ist *zweierlei auffällig*:

- Das Vorliegen einer *anderen Leistungsart*: Vollwärmeschutz-Arbeiten an der Fassade eines Einfamilienhauses (und keine Eisenbiege-Arbeiten - im Anbotschreiben an die Bf. ist angeführt, dass das Unternehmen hauptsächlich spezialisiert ist auf Zimmererarbeiten sowie Eisenbiegerarbeiten)

- eines *anderen örtlichen Einsatzbereiches*: eine oberösterreichische Baustelle. Hinzu kommt, dass betreffend *** von der *** **M*** Handels GmbH kein Lohnzettel an das Finanzamt übermittelt wurde (Abgabeninformationssystem) und dass er bei der GKK bei der *** **M*** Handels GmbH als Arbeiter vom 01.04.2009 bis 29.05.2009 (2 1/2 Wochen vor der Kontrolle) gemeldet war. Auf Grund dieser Umstände kann auch unter Bedachtnahme auf die Angaben des *Vollwärmeschutz-Arbeiten in Oberösterreich* ausführenden Fassaders Art und Ausmaß einer betrieblichen Organisationsstruktur bei der *** **M*** Handels GmbH nicht festgestellt werden: Ausgehend von den beiden Entscheidungen des BFG und des UFS - beide Male war das Ergebnis der Erwägungen, dass die *** **M*** Handels GmbH *die in den Rechnungen abgerechneten Leistungen nicht erbracht hat* - besteht bei Berücksichtigung der obigen Punkte *und der Verhältnisse bei den vorgegangenen und nachfolgenden GmbHs*, auch im vorliegenden Fall kein Zweifel daran, dass die *** **M*** Handels GmbH auch die in den hier zu beurteilenden Rechnungen abgerechneten Leistungen nicht erbracht hat.

Im Übrigen ist (wie betreffend die zuvor und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs; vgl. oben und unten) nicht zu erkennen, dass eine der *** **M*** Handels GmbH zuzuordnende betriebliche Organisationsstruktur vorhanden war.

14. ***N*** Express Transport Dienst GmbH

erste Eingangsrechnung: 01. Juli 2009, letzte Eingangsrechnung: 15. Juli 2009

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH

(die sich seit 15. April 2008 laut Firmenbuch in Liquidation befand) wurde im Firmenbuch ein Ausländer, Dezsö K., ungarischer Staatsangehöriger, auf Grund eines **am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages (am 27. November 2008) eingetragen.

2.

Betreffend den Mietvertrag: 'Immobilientreuhandkanzlei Hauseigentümer(in) vertreten durch Dr. ***3***, ... als Vermieter(in) und Firma ***N*** ... als Mieter(in)' (mit demselben Datum wie die Unterzeichnung des Abtretungsvertrages) konnte die *im Mietvertrag angegebene Immobilientreuhandkanzlei ***3*** nicht gefunden werden und war die Firma der Hausverwaltung völlig unbekannt.*

Im Mietvertrag fehlt die Angabe, welche Wohnung im Hause Nr. 34, Stiege 2, angemietet werden soll: beide Rubriken: 'Stock ... , Tür ...' wurden blank gelassen.

Als Geschäftsanschrift der GmbH und als Wohnanschrift des als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragenen Dezsö K. wurden idente Anschriften angegeben.

3.

Der bezogen auf den (am 4. Juni 2009 angefertigten) Bauvertrag 6 Monate zurückliegende Abtretungsvertrag (vom 27. November 2008), bezogen auf die erste Rechnungslegung am 01. Juli 2009 7 Monate, weist den **Abtretungspreis** in Höhe von **€ 4.000** aus.

Seitens der ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH wurden betreffend das Jahr 2008 keine Steuererklärungen eingereicht und ergingen Schätzungsbescheide (Einkünfte aus Gewerbebetrieb € 0,00), betreffend das Jahr 2007 war ein Gesamtbetrag der Bemessungsgrundlagen für Lieferungen und sonstige Leistungen (einschließlich Anzahlungen) in Höhe von € 0,00 erklärt und veranlagt worden (Abgabeninformationssystemabfrage).

4.

Die ***N*** hatte **im gesamten Jahr 2008 keinen Dienstnehmer** angemeldet. Am 10. März 2009 wurde der erste Dienstnehmer, ein Angestellter, angemeldet und wurde dieser am 15. April 2009 abgemeldet.

Die **ersten Arbeiter**, 10 Arbeiter, wurden am **22. April 2009** angemeldet, weitere 14 am folgenden Tag. Am **01. Juli 2009** waren **55 Dienstnehmer** gemeldet (Sozialversicherungsabfrage).

5.

In zeitlicher Nähe zur letzten *** ***M*** HandelsgmbH- Eingangsrechnung (vom 12. Juni 2009) wurde (am 04. Juni 2009) ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 5 Eingangsrechnungen vom 01. Juli 2009 mit einem Betrag von insgesamt **€ 73.570,73**.

6.

Am 01. Juli 2009 wurden bei der ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH **19 Dienstnehmer** angemeldet, die alle bis 30. Juni 2009, einen Tag davor, bei der *** ***M*** angemeldet waren.

7.

Passagen der Anbotsschreiben ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH und *** ***M*** HandelsgmbH sind ident (identische Passagen in *Kursivschrift*):

"Wir sind ein Unternehmen aus dem 19. Wiener Gemeindebezirk und möchten uns bei Ihnen für Baumeisterarbeiten vorstellen.

Wir bestehen in dieser Form seit dem 27.11.2008 und verfügen über qualifiziertes Personal, das wir Ihnen für den Großraum Wien und Umgebung anbieten können.

Unsere Facharbeiter verfügen über eine jahrelange Erfahrung, sodass Sie sich sicher sein können, dass die Arbeiten immer präzise und genau ausgeführt werden.

Sie können sicher sein, dass Ihre Erwartungen erfüllt werden, da es für uns Priorität ist, den Kunden zufrieden zu stellen.

Im Falle Ihres Interesses bitten wir Sie uns zu kontaktieren, um Sie bald als neuen Kunden begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen"

8.

Die ***N***-Rechnungen (vgl. bspw. Rechnung Nr.: 105/2009, vom 30. Juni 2009) beinhalten eine Reihe von Merkmalen, die auch die *** ***M*** HandelsgmbH-Rechnungen beinhalten: die Punktsetzung nach der Gewichtsangabe "kg.", am Rechnungsende die Zitierung "gem. § 19 Abs. 1A UStG" und "lt. Abgabenänderungsgesetz". Die erstgenannten Merkmale beinhalten auch die ***D***- und ***E***-Rechnungen (vgl. oben).

9.

Kein nach der Musterfirmazeichnung angefertigtes Schriftstück und die Stampiglie geben den Firmenwortlaut laut Firmenbuch und Musterfirmazeichnung wieder:

N Express Transport Dienst GmbH bzw. ***N*** EXPRESS TRANSPORT DIENST GmbH statt ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH.

10.

Das Abgabekonto der ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH weist vom 21. November 2008 bis 15. Juli 2009 (letzte Eingangsrechnung) folgende Buchungen aus (Abgabensystemabfrage):

25.11.08 60 K	10-12/08 17.11.08	439,00	906,58
30.12.08 78 U	11/08 30.12.08	-283,33	623,25
02.03.09 78 U	01/08	0,00	

78 U	02/08		0,00	
78 U	03/08		0,00	
78 U	04/08		0,00	
78 U	05/08		0,00	
78 U	06/08		0,00	
78 U	07/08		0,00	
*78 U	08/08		0,00	623,25
02.03.09*78 U	09/08		0,00	623,25
12.03.09 00	09.03.09	ERL	-623,25	0,00
06.08.09 ...				

Seitens der ***N*** erfolgten (nach Eintragung des Dezsö K. und wie in den Jahren davor) *keine L-, DB-, DZ- Meldungen* an das Finanzamt (Abgabeninformationssystemabfrage).

11.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *2 Wochen*.

12.

Der Konkurs wurde *2 1/2 Monate* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit*.

13.

Der inländische Dezsö K.- Wohnsitz wurde ca. *7 1/2 Monate* nach Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 04. Juni 2009 wurden 3 Auftragsbestätigungen mit der Passage erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a77): Es dürfen nur den österreichischen Gesetzen entsprechend angemeldete Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen zu den davor eingeschaltet gewesenen GmbHs wird verwiesen.

Am 31. März 2009 stellte das Finanzamt Wien 9/18/19 Klosterneuburg folgende Bescheinigung an die ***N***-Express-Transport-Dienst GmbH aus (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a78):

Es wird bescheinigt, dass gegen ***N***-Express-Transport-Dienst GmbH, Anschrift ... gegenwärtig keine fälligen Abgabeforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei [blank].

Die Bescheinigung liegt zeitlich vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK.

Am 19. Mai 2009 richtete die Wiener GKK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung an die ***N*** EXPRESS-TRANSPORT-DIENST GMBH (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a79):

Die Wiener GKK bestätigt, dass der im Betreff genannte Dienstgeber der Verpflichtung zur Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge ... nachgekommen ist. Es bestehen keine Beitragsrückstände.

Dieser Bescheinigung stehen die Umstände der Pkte. 4. und 10. gegenüber.

Am 15. Juli 2009 erstellte die Bf. folgendes Schreiben (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a80):

Betrifft: Kündigung Vertrag vom 04.06.3009

Sehr geehrter Herr K!

Laut Ihrer Aussage, dass 70% Ihres Personals im Urlaub sind, und daher die Baustellen nicht besetzt werden können, sind wir gezwungen, den Vertrag vom 04.06.2009 mit sofortiger Wirkung zu kündigen!

Falls uns somit Mehrkosten entstehen, werden wir diese in Rechnung stellen.

Diesem Schreiben stehen die Umstände der Pkte. 6. bis 8. - und damit auch die gesamten Umstände bei der ***M*** - gegenüber und war am 29. Juni 2009, also zwei Wochen davor, zwecks Einschaltung der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. der ***O***- Bauvertrag angefertigt worden (dazu vgl. unten).

Am 01. Juli 2009 wurde folgende I. Baustahl- Aufstellung erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a81):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***I*** mit gleichen Inhalten]

Am 14. Juli 2009 wurde folgendes Bauservice- F. Abnahmeprotokoll erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a82):

[vgl. das obige Abnahmeprotokoll betreffend die ***G*** mit gleichen Inhalten]

Bei der ***N*** handelt es sich um die 14. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Gegen eine Leistungserbringung durch die ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH spricht,

- ☐ dass die GmbH *Ende November 2008* **substantzlos** war und **im gesamten Jahr 2008 keinen Dienstnehmer** angemeldet hatte.

- ☐ dass im Firmenbuch ein Ausländer auf Grund eines ***am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes*** unterzeichneten Abtretungsvertrages eingetragen wurde.
- ☐ dass betreffend den Mietvertrag mit der ***N*** als Mieterin die *im Mietvertrag angegebene Immobilientreuhandkanzlei nicht gefunden werden konnte, die Firma der Hausverwaltung völlig unbekannt war und es dem Mietvertrag im Übrigen an einem Nichtfestlegen auf eine bestimmte Wohnung mangelte.*
- ☐ dass als Geschäftsanschrift der GmbH und als Wohnanschrift des als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragenen Dezsö K idente Anschriften angegeben wurden und somit nach dem obigen Pkt. 2. sowohl die *Geschäftsanschrift* als auch die Wohnanschrift im Dunkeln blieben.
- ☐ dass es nach der Eintragung des D. K zu einem explosionsartigen Anstieg der *Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK* kam (zuvor im gesamten Jahr 2008 kein Dienstnehmer, am 22. April 2009 erste Arbeiter, am 01. Juli 2009 55 Dienstnehmer).
- ☐ dass Passagen der Anbotsschreiben ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH und ***M*** HandelsgmbH im oben angeführten Ausmaß ident sind, wodurch steht fest, dass dem Anfertigenden das Anbotsschreiben ***M*** HandelsgmbH zur Verfügung stand. Dieser Umstand zeigt, dass das ***N*** Express-Transport-Dienst GmbH- Anbotsschreiben von einer Person mittels Vorlageverwendung des ***M*** - Anbotsschreibens angefertigt wurde oder von einer Person veranlasst, durch das Zur-Verfügung-stellen der (***M***-)Vorlage, entstand. Dieser Umstand zeigt - wie die beiden anschließenden - und der weitere, dass am 01. Juli 2009 bei der ***N*** 19 Dienstnehmer angemeldet wurden, die alle bis 30. Juni 2009, einen Tag davor, bei der ***M*** angemeldet waren, das Fortsetzen der Malversationen bei der ***M*** bei der ***N***.
- ☐ dass die ***N***- Rechnungen eine Reihe von Merkmalen beinhalten, die auch die ***M*** HandelsgmbH- Rechnungen beinhalten.
- ☐ dass kein nach der Musterfirmazeichnung angefertigtes Schriftstück und die Stampiglie den Firmenwortlaut laut Firmenbuch und Musterfirmazeichnung wiedergeben.
- ☐ dass seitens der ***N*** nach Eintragung des D. K (und wie in den Jahren davor) *keine L-, DB-, DZ- Meldungen* an das Finanzamt erfolgten.

- ☐ dass (wie betreffend die zuvor und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs; vgl. oben und unten) nicht zu erkennen ist, dass eine der ***N*** zuzuordnende betriebliche Organisationsstruktur vorhanden war.

Das dargestellte Geschehen ist, insbesondere unter Bedachtnahme auf die Pkte. 6. bis 8., die Fortsetzung des Geschehens bei der ***M***. Es lässt - bekräftigt durch das Geschehen im Zusammenhang mit den zuvor eingeschaltet gewesenen GmbHs - den Schluss zu, dass Dezsö K. wie sein Landsmann ***2*** als Strohmann eingesetzt worden ist, erfolgten doch die erstmalige Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und die Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer am **selben Tag**. Nahm er seine Funktion, wie (sein Landsmann) ***2*** bei der ***M*** Handels GmbH, als Strohmann wahr, bestehen bei dieser GmbH wie bei der ***M*** Handels GmbH - anders als bei **13 der anderen GmbHs** - keine augenfälligen Unterschriftenunterschiede.

15. ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H.

erste Eingangsrechnung: 17. Juli 2009, letzte Eingangsrechnung: 18. September 2009

1.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. wurde im Firmenbuch "****10****", auf Grund des Auftretens einer Person mit *gefälschtem Reisepass lautend auf den Namen ****10**** (slowakischer Staatsangehöriger)* auf Grund eines **am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes** unterzeichneten Abtretungsvertrages (am 02. April 2009) eingetragen.

Drei Monate zuvor (am 30. Dezember 2008) hatte Walter Johann Bartholner die gesamte Stammeinlage der GmbH übernommen und war Alleingesellschafter-Geschäftsführer der GmbH (Firmenbuchauszug mit historischen Daten).

Der gleiche Umstand (der Eintragung eines Alleingesellschafter und -geschäftsführers auf Grund des Auftretens einer Person mit gefälschtem Reisepass) war bei der ***B***, der ***J*** und der ***L*** gegeben.

Am 02. April 2009 wurde - von ***9*** * (er war vom 04. Mai bis 01. September 2009 bei der ***O*** bei der GKK als Angestellter gemeldet) mit einem total gefälschten slowakischen Reisepass, welcher mit dem Lichtbild des ***9*** versehen war - unter dem Namen "****10****, slowakischer Staatsangehöriger", an der Anschrift 1100 Wien, ***gasse, ein Hauptwohnsitz angemeldet (Behördenanfrage aus dem Zentralen Melderegister, Tagesdatum: 29.03.2011 und Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien 013 Hv 42/14k).

*** **S*** lenkte von März 2009 bis Oktober 2009 alleine und ausschließlich die wirtschaftlichen Geschicke der ***O***, deren *faktischer Geschäftsführer* er war (Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien 013 Hv 42/14k).

* betreffend M. ***9*** vgl. unten ***O*** Pkt. 4.

2.

Im gesamten Jahr 2008 hatte die ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. einen Dienstnehmer, einen geringfügig beschäftigten Angestellten, angemeldet (Sozialversicherungsabfrage).

3.

Am 18. März 2009 erteilte der Magistrat der Stadt Wiener Neustadt der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. die Bewilligung zur Ausübung des Gewerbes Baumeister gemäß § 94 Z. 5 der GewO 1994 im Standort 2700 Wiener Neustadt, ... und genehmigt gleichzeitig die Bestellung des Herrn Ing. H... , wohnhaft in 74... zum Geschäftsführer (Bescheid vom 18.03.2009).

4.

Die bezogen auf den am 29. Juni 2009 angefertigten Bauvertrag **drei Monate** zurückliegende Unterzeichnung des Abtretungsvertrages am 02. April 2009, bezogen auf die erste Rechnungslegung am 17. Juli 2009 dreieinhalb Monate, weist den **Abtretungspreis** in Höhe von **EUR 3.000** (Stammeinlage ATS 950.000, hierauf geleistet ATS 950.000 - das sind EUR 69.039,19) aus.

5.

Laut dem (vorgelegten) Firmenbuchauszug mit aktuellen Daten, Stichtag 4.5.2009, vertrat der Geschäftsführer die GmbH seit 02. April 2009, somit seit einem Monat und 2 Tagen.

6.

Am **16. April 2009** wurden bei der ***O*** bei der GKK die **ersten Arbeiter, 32 Arbeiter**, angemeldet, **5 Tage danach**, am 21. April 2009, **weitere 32 Arbeiter**. Am 01. Juli 2009 waren 55 Dienstnehmer gemeldet.

7.

Der gewerberechtliche Geschäftsführer der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. im relevanten Zeitraum Juli bis September 2009, Ing. H.W., antwortete auf die Fragen wie folgt: Über welches Vermögen bzw. Betriebsmittel hat die GmbH verfügt (wie z.B. Lager(Räumlichkeiten), Kfz, Werkzeug, Büro, (Büro)Ausstattung)?
Ist mir nicht bekannt.

Welche konkreten Wahrnehmungen in Bezug auf ein wirtschaftlich tätiges Unternehmen bzw. einen Betrieb können Sie angeben?

Wurden vom in Rede stehenden Betrieb Bauaufträge entgegengenommen und abgewickelt?

Wenn ja: Welche? Welchen Umfang?

Soweit erinnerlich wurde mir mitgeteilt, dass die Firma noch keinerlei Aufträge habe bzw. ausführe. Meinerseits gab es auch keinerlei Wahrnehmungen, dass das Unternehmen auch tatsächlich tätig wäre und Bauaufträge entgegennehme und ausführe.

Welche Handlungen haben Sie im Einzelnen in welchem Ausmaß

a) vor Juli bis September 2009 im Betrieb gesetzt?

b) im Zeitraum Juli bis September 2009 gesetzt?

Da das Unternehmen *meinen Informationen nach noch keinerlei Aufträge ausführte wurden meinerseits auch keine Handlungen gesetzt.*

8.

Drei Monate nach der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages wurde am 29. Juni 2009 ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten 3 Eingangsrechnungen vom 17. Juli 2009 mit einem Betrag von insgesamt **€ 26.003,58.**

9.

Die **Unterschriften** der Fertigung des Bauvertrages und der Rechnungen weisen keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften des als Alleingesellschafter-Geschäftsführer eingetragenen ***10*** laut Musterfirmazeichnungserklärung, laut Abtretungsvertrag und laut Reisepass auf.

*Die unterschiedlichen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung, Abtretungsvertrag, Reisepass, Bauvertrag und Rechnungen (bei der Einmann-GmbH, als deren Alleingesellschafter und -geschäftsführer eine sich als ***10*** ausweisende Person mit gefälschten auf diesen Namen lautenden Papieren im Firmenbuch eingetragen wurde) sind die Folge des Umstandes, dass keine der Unterschriften, abgesehen jene auf dem Reisepass, von ***10*** geleistet wurde (vgl. die diesbezüglichen Feststellungen betreffend die anderen GmbHs).*

10.

Der gewerberechtliche Geschäftsführer erlangte *weder von einem Tätigwerden noch von einem Firmenstandort* der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. *Kenntnis* (war nicht persönlich am Firmenstandort, Mitteilung bei Beginn des Dienstverhältnisses, dass es sich bei dem Firmenstandort um die Wohnung des Geschäftsführers handle und die Firma einen entsprechenden Bürostandort suche, soweit erinnerlich kam es dazu in der Zeit seiner Anstellung nicht mehr). Da das Unternehmen seinen Informationen nach noch *keinerlei Aufträge* ausführte, wurden *von ihm keine Handlungen gesetzt.*

11.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *2 Monate.*

12.

Der Konkurs wurde *1 Monat* nach der letzten Eingangsrechnung eröffnet, *in der Folge kam es zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.*

13.

Der inländische ***10***- Wohnsitz wurde *3 Wochen vor* Konkurseröffnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 04. März 2009 stellte das Finanzamt Wien 2/20/21/22 folgende Bescheinigung an die ***O*** HandelsgmbH aus (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a84): :

Es wird bescheinigt, dass gegen ***O*** HandelsgmbH, Anschrift ... gegenwärtig keine fälligen Abgabenforderungen bestehen.

Diese Bescheinigung dient bei [blank]

Diese Bescheinigung liegt zeitlich vor der explosionsartigen Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK; am 04. März 2009 waren der gewerberechtliche Geschäftsführer (seit 2 Tagen) und ein geringfügig beschäftigter Angestellter angemeldet.

Am 29. Juni 2009 wurden 3 Auftragsbestätigungen mit der Passage erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a83): Es dürfen nur den österreichischen Gesetzen entsprechend angemeldete Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen zu den davor eingeschaltet gewesenen GmbHs wird verwiesen.

Am 29. Juli 2009 wurde folgender Arbeitsbericht Bauservice F. erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a87):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***A*** mit gleichen Inhalten]

Am 16. September 2009 wurde folgende I. Baustahl- Aufstellung erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a86):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***I*** mit gleichen Inhalten]

Am 21. September 2009 fertigte die Bf. folgendes Schreiben an die ***O*** HandelsgmbH an (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a85)

Betrifft: Kündigung Vertrag vom 29.06.2009

Sehr geehrte Geschäftsführung!

Da Sie zum wiederholten Male die Vereinbarungen nicht ein gehalten haben(Personaleinteilung auf diversen Baustellen), und Ihre Facharbeiter die Baustelle verlassen haben, sehen wir uns gezwungen den Vertrag vom 29.06.2009 mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Dadurch sind für uns Erschwernisse aufgetreten, die falls uns in Rechnung gestellt werden

sollten, an Sie weiterverrechnet werden.

Wir bitten um Verständnis und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

Diesem Schreiben stehen die Umstände des Pktes. 1. - und damit auch die gesamten Umstände bei der ***J*** und der ***L*** - gegenüber und war am 18. September 2009, also 3 Tage davor, zwecks Einschaltung der ***P*** ***TT*** GmbH der ***P*** ***TT***-Bauvertrag angefertigt worden (dazu vgl. unten).

Bei der ***O*** handelt es sich um die 15. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Die ***O*** ist die dritte jener *drei der eingeschaltet gewesenen GmbHs* - der ***J*** GmbH (als 10. eingeschaltete), der ***L*** GmbH (als 12. eingeschaltet) und der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. (als 15. eingeschaltet) - bei welchen der rechtskräftig verurteilte ***S***, geb. ***R***, bei den oben unter ***J*** bereits angeführten Betrugsszenarien mitgewirkt hat.

Dementsprechend wird auf die obigen Ausführungen betreffend die ***J*** und die ***L*** verwiesen.

Wie bei der ***J*** und der ***L***

- ☐ wurde im Firmenbuch ein Alleingesellschafter und -geschäftsführer auf Grund des Auftretens einer Person mit *gefälschtem Ausweis (Reisepass)* eingetragen.
- ☐ war zwischen der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und der Unterzeichnung des Gründungs- bzw. Abtretungsvertrages nur ein kurzer Zeitraum verstrichen:
*bei der ***J*** 4 Tage, bei der ***L*** zwei Wochen, bei der ***O*** selber Tag*
- ☐ kam es zu einem explosionsartigen Anstieg der Anmeldung von Dienstnehmern bei der GKK.
- ☐ weisen diverse "Geschäftsführer"- Unterschriften (Fertigung des Bauvertrages und der Rechnungen) keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften des als Alleingesellschafter-Geschäftsführer Eingetragenen laut Musterfirmazeichnungserklärung, laut Abtretungsvertrag und laut Reisepass auf.

Wie bei der ***L***

- ☐ weist der Abtretungspreis die ***O*** als *substanzlos* aus:
er betrug bei der ***L*** für 90% der Stammeinlage € 1.350, bei der ***O*** für die gesamte Stammeinlage € 3.000; bezogen auf die erste Rechnungslegung lag die Unterzeichnung des Abtretungsvertrages bei der ***L*** viereinhalb Monate und bei der ***O*** dreieinhalb Monate zurück.
- ☐ verstrich von der letzten Eingangsrechnung an die Bf. *bis zur Eröffnung des Konkurses ein sehr kurzer Zeitraum*: bei der ***L*** 3 Wochen, bei der ***O*** 1 Monat.

Auf die obigen Erwägungen bzw. die Beurteilung betreffend die ***J*** und die ***L*** wird verwiesen.

16. ***P*** ***TT*** GmbH

erste Eingangsrechnung und letzte Eingangsrechnung: 30. September 2009

1.

2005/2006 ist *** *** *** ***P*** wegen Unterschlagung von Miet-Kfz in Erscheinung getreten (Anfragebeantwortung des Bundeskriminalamtes: Antwort von Interpol Wiesbaden).

2.

Als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***P*** ***TT*** GmbH war im Firmenbuch ab Gründung bis zur Löschung der Firma (Stammeinlage EUR 35.000, hierauf geleistet EUR 35.000) *** *** *** ***P*** eingetragen (Firmenbuchauszug mit historischen Daten).

3.

Betreffend *** *** ***TT*** wurde im Zentralen Melderegister ein Hauptwohnsitz wie folgt angemeldet (Behördenanfrage aus dem Zentralen Melderegister):
Favoritenstraße ...

Unterkunftgeber * ***R*****

Gemeldet 27.11.2007 - 18.11.2009

Betreffend *** ***S***, geb. ***R***, wird auf die obigen Ausführungen ***J***, ***L*** und ***O*** verwiesen.

4.

Die ***P*** ***TT*** GmbH hatte *im Jahr 2008* folgende Dienstnehmer gemeldet:

Bartholner Walter *23.02.2008 - 21.03.2008 Arbeiter

g *23.02.2008 - 21.03.2008 Angestellter

S *07.01.2008 - 03.03.2008 Angestellter

S... 23.02.2008 - 21.03.2008 geringfügig beschäftigter Arbeiter

B... 23.02.2008 - 19.03.2008 06.05.2008 - 30.06.2008 Arbeiter

P... 23.02.2008 - 19.03.2008 06.05.2008 - 30.06.2008 Arbeiter

* *Walter Johann Bartholner* hatte drei Monate vor "****10****" (am 30. Dezember 2008) die gesamte Stammeinlage der ***O*** übernommen und war Alleingesellschafter-Geschäftsführer der GmbH (vgl. oben zur ***O***).

** Von ***9*** (er war vom 04. Mai bis 01. September 2009 bei der ***O*** bei der GKK als Angestellter gemeldet) wurde am 02. April 2009 - mit einem total gefälschten slowakischen Reisepass, welcher mit dem Lichtbild des ***9*** versehen war - unter dem Namen "****10***, slowakischer Staatsangehöriger", an der Anschrift 1100 Wien, ***gasse, ein Hauptwohnsitz angemeldet (vgl. oben unter ***O***).

Vom **01. Jänner bis 31. Dezember 2009** hatte die ***p*** ***TT*** GmbH **keinen Dienstnehmer** gemeldet.

5.

Im Juni 2009 hatte sich die Geschäftsanschrift der ***p*** ***TT*** GmbH von Laxenburger Strasse 33/2a, 1100 Wien, auf nunmehr Humboldtplatz 5/1, 1100 Wien, geändert.

Der Bauvertrag mit der über *3 Monate danach* liegenden Datierung 18. September 2009 und die Rechnungen am 30. September 2009 weisen die *Geschäftsanschrift* "1100 Wien, Laxenburger Strasse 33/2a" aus.

6.

Die ***p***- Rechnung beinhaltet eine *Reihe von auffälligen Merkmalen*, die auch die ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H.- **Rechnungen** beinhalten: in Fettdruck: "An (Bf.)", "Wien, ...2009", "Rechnung";

BVH: (anschließend zweimal Leertaste)

LZR: (anschließend einmal Leertaste);

identische Rubrikeneinteilung;

am Rechnungsende: Leertaste nach der Klammer "(gem", keine Leertaste nach gem.: "gem.§", keine Leertaste nach Abs.: "Abs.1a", "USTG" (nicht UStG), Leertaste nach der Klammer: "1994)", "Ges.mbH", Punkt nach ATU-Nummer: "3."

7.

Die **Unterschriften** laut Bauvertrag (vom 18. September 2009) und Rechnungen weisen keine Ähnlichkeit mit den identischen Unterschriften des (Alleingesellschafter und -geschäftsführer) ***
*** ***TT*** ***p*** laut Musterfirmazeichnungserklärung, laut Änderungsantrag und der Jahre zurückliegend abgegebenen Unterschrift laut Reisepass auf.

Die unterschiedlichen Unterschriften waren nachgewiesenermaßen bspw. bei der ***B*** und der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. die Folge des Umstandes, dass keine der Unterschriften vom vorgeblichen Unterschriftsleister geleistet wurde.

8.

Das Abgabenkonto der ***p*** **TT*** GmbH weist vom 27. November 2008 bis 16. Dezember 2009 folgende Buchungen aus (Abgabeninformationssystemabfrage):

27.11.08	78 U	09/08	0,00	389,31
29.12.08	78 U	10/08	0,00	389,31
09.01.09	01	05.01.09 UEP	-1.053,90	
	46 U	09/08	-298,27	-962,86
24.02.09	60 K	01-03/09 16.02.09	1.050,00	87,14
06.04.09	01	01.04.09 UEP	-1.050,00	-962,86
25.05.09	60 K	04-06/09 15.05.09	1.050,00	87,14
25.08.09	60 K	07-09/09 17.08.09	1.050,00	1.137,14
25.09.09	00	23.09.09 UEP	-87,14	1.050,00
25.11.09	60 K	10-12/09 16.11.09	1.053,90	2.103,90
10.12.09	48 EG	2009 09.12.09	21,04	
	48 BAL	2009 09.12.09	0,55	2.125,49
16.12.09	46 DZ	2007 15.01.08 25.01.10	14,41	
	46 DB	2008 15.01.09 25.01.10	484,43	
	46 DB	2007 15.01.08 25.01.10	162,20	
	46 L	2008 15.01.09 25.01.10	805,58	
	46 L	2007 15.01.08 25.01.10	514,57	
	46 DZ	2008 15.01.09 25.01.10	43,07	4.149,75

Seitens der ***p*** **TT*** erfolgten *keine L-, DB-, DZ- Meldungen* an das Finanzamt.

Die Lohnsteuer-Außenprüfung im Dezember 2009 umfasste den Zeitraum 2007 und 2008 und führte zu den obigen Buchungen (Abgabeninformationssystemabfrage).

9.

Es wurden nur an einem Tag Eingangsrechnungen ausgestellt.

10.

Ein **Insolvenzverfahren wurde mangels Kostendeckung nicht eröffnet**, es kam - wegen *Vermögenslosigkeit* - zu einer *amtswegigen Löschung* gemäß § 40 FBG.

11.

Der inländische *** **TT***- Wohnsitz wurde 1 1/2 Monate nach der Ausstellung der Eingangsrechnung abgemeldet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 18. September 2009 wurden 3 Auftragsbestätigungen mit der Passage erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a92): Es dürfen nur den österreichischen Gesetzen entsprechend angemeldete Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen zu den davor eingeschaltet gewesenen GmbHs wird verwiesen.

Am 23. September 2009 wurde folgender Arbeitsbericht Bauservice F. erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a95):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***A*** mit gleichen Inhalten]

Am 30. September 2009 wurde folgende I. Baustahl- Aufstellung erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a95):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***I*** mit gleichen Inhalten]

Am 14. Oktober 2009 teilte die Wiener GKK der Fa. ***P*** ***TT*** GMBH mit, dass auf dem oben angeführten Beitragskonto derzeit kein Personal gemeldet ist und auch kein Beitragsrückstand aushaftet (Rev.: Beilage ./22).

Die ***P*** ***TT*** GmbH hatte im Jahr 2009 **keinen** Dienstnehmer gemeldet.

Am 30. Oktober 2009 fertigte die Bf. folgendes Schreiben an die ***P*** ***TT*** GmbH an (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a93)

Betrifft: Kündigung Vertrag vom 18.09.2009

Sehr geehrter Herr ***P***!

Wir möchten uns hiermit für die vereinbarte kurzfristige Aushilfe bei Ihnen bedanken und kündigen wie vereinbart den Vertrag vom 18.09.2009 mit sofortiger Wirkung.

Mit freundlichen Grüßen

Diesem Schreiben stehen die Umstände der Pkte. 3., 4. und 6. - und damit auch die gesamten Umstände bei der ***J***, der ***L*** und der ***O*** - gegenüber und war am 02. Oktober 2009, also 4 Wochen davor, zwecks Einschaltung der ***Q*** der ***Q***- Bauvertrag angefertigt worden (dazu vgl. unten).

Wurden die Eisenbieger lediglich pro forma bei der ***P*** ***TT*** angemeldet und von der Bf. entlohnt, wurde diese Unterlage aus demselben Grund wie die Auftragsbestätigungen und der Bauvertrag angefertigt.

Bei der ***P*** handelt es sich um die 16. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

- ☐ Wurde betreffend *** ***TT*** im Zentralen Melderegister ein Hauptwohnsitz mit dem Unterkunftgeber ***R*** (***S***, geb. ***R***; vgl. oben zur ***J***, ***L*** und ***O***) angemeldet,

- ☐ hatte die ***P*** **TT*** GmbH vom 01. Jänner bis 31. Dezember 2009 keinen Dienstnehmer gemeldet,
- ☐ hatte die ***P*** **TT*** GmbH im vorangegangenen Jahr 2008 (bis März) zwei Dienstnehmer gemeldet, die (im Dezember 2008 bzw. April 2009) auf die oben unter Pkt. 4. angeführte Weise bei der ***O*** in Erscheinung getreten sind,
- ☐ weisen die Unterschriften laut Bauvertrag und Rechnungen keine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften des (als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragen) *** **TT*** **P*** auf,
- ☐ beinhaltet die ***P***- Rechnung eine Reihe von auffälligen Merkmalen, die auch die ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H.- Rechnungen beinhalten (dem Anfertigenden der ***P***- Rechnungen stand/en die/eine ***O***- Rechnung/en zur Verfügung) und
- ☐ fand in die Rechnungen (wie im zwei Wochen davor angefertigten Bauvertrag) eine seit drei Monaten überholte Geschäftsanschrift Eingang,

wird auf die obigen Ausführungen betreffend die ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. und die ***J*** GmbH verwiesen.

17. ***Q*** Bauservice&Schwarzdeckerei GmbH

erste Eingangsrechnung: 05. November 2009, letzte Eingangsrechnung: 03. Dezember 2009

1.

Betreffend die *Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH als Subunternehmer** nahm das **Bundesfinanzgericht** (BFG 03.02.2017, RV/7104671/2016; Revision nicht eingebracht) sachverhaltsmäßig folgende Umstände als erwiesen an:

- ☐ Bei sämtlichen im wörtlich wiedergegebenen Betriebsprüfungsbericht angeführten Subunternehmen [u.a. der ***Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH] hat es sich um Scheinfirmen gehandelt;
- ☐ dem Geschäftsführer der Bf. war bewusst, dass trotz den Verträgen mit diesen Firmen von diesen Firmen nicht die behaupteten Leistungen erbracht wurden;
- ☐ die Verträge dienten vielmehr der Verschleierung, dass in Wahrheit Schwarzarbeiter diese Leistungen erbracht haben.

Dies gründet sich auf folgende Beweiswürdigung:

Aufgrund der schlüssigen und überzeugenden Darlegung im Betriebsprüfungsbericht steht

fest, dass die Firmen an den angegebenen Adressen nicht tätig waren, die Geschäftsführer regelmäßig nur kurze Zeit agierten und in Österreich nur kurze Zeit gemeldet oder überhaupt nicht gemeldet waren. Die angebliche Bezahlung erfolgte durchgehend in bar.

Rechtlich folgt daraus:

Durch die sozialversicherungsrechtliche Anmeldung der Arbeitnehmer bei Scheinfirmen bzw. Firmen, die lediglich auf dem Papier bestanden, jedoch tatsächlich keine Leistungen erbringen und weder Sozial- noch Lohnabgaben abführen würden, sowie durch die Ausstellung sogenannter Deckungsrechnungen durch diese Firmen sollte verdeckt werden, dass tatsächlich ein Beschäftigungsverhältnis zwischen der Bf. und den auf deren Baustelle tätigen Arbeitnehmern bestanden hat. Die fingierten Deckungsrechnungen sollten bei der tatsächlichen Beschäftigten anstelle des von ihr getätigten Lohnaufwandes (der Lohnzahlungen) treten. Durch die äußere Erscheinungsform dieser Vorgangsweise soll das Dienstverhältnis der Beschäftigten mit den Arbeitnehmern durch das fingierte Dienstverhältnis zwischen den Scheinfirmen und den Arbeitnehmern verdeckt werden. Es war den Vertragspartnern bewusst, dass die behaupteten Leistungen nicht erbracht werden sollten und auch nicht erbracht worden sind.

Die in diesem Erkenntnis beurteilte Leistungserbringung betrifft die (***)Rechnung, die folgende Leistung zum Inhalt hat (BP 2000- Auskunft):

Wir möchten Ihnen für die durchgeführten Arbeiten am O.A. Bauvorhaben folgenden Betrag in Rechnung stellen:

Pos. 1 250m² Fassadengerüst herstellen inkl. Vorhalt.

Pos. 2 Abdeckung von Boden, Fenster und Türen

Pos. 3 Lockeren Fassadenputz abschlagen und Schutt Entsorgen

Pos. 4 Ges. Fassadenfläche mit KZM-Grob verputzen bzw. instandgesetzt

Pos. 5 Ges. Fassadenfläche mit Dolomit-Putz Abrieb Fertig gestellt

Pos. 6 Baustelle räumen und säubern 1 Pauschal 12.000.00 €

2.

Betreffend die * Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH als Subunternehmer** erwog das **Bundesfinanzgericht** im Erkenntnis vom 27.04.2015, RV/7100326/2013 (Revision eingebracht. Beim VwGH anhängig zur Zahl Ra 2015/13/0032. Zurückweisung mit Beschluss vom 24.1.2018):

***** Bauservice u. Schwarzdeckerei GmbH (2009-2010)**

*Rechnungen (Adresse 1160 Wien, ***straße) an die Bf. wurden vom 8. Oktober 2009 bis 11. Dezember 2009 i.H.v. gesamt € 27.720,- (2009) bzw. € 2.100,- (2010) gelegt. Vorgelegt wurde laut Bf. in Entsprechung der Aufforderung zur Empfängernennung folgende Unterlagen, die die Existenz der *** Bauservice u. Schwarzdeckerei GmbH rechtfertigen sollen:*

- Ein Internetausdruck www.firmenabc.at vom 8. Mai 2010;

- HFU-Abfragen vom 23. November 2009, 18. Jänner 2010, 29. Jänner 2010;
sowie 1 Telefonnummer über die Kontakt gehalten worden sein soll.

Den vorgelegten Unterlagen stehen nachfolgende Erhebungsergebnisse der Ap. gegenüber die gegen die Existenz der angeführten Firma sprechen:

- Bei der Gesellschaft wurde eine Betriebsprüfung am 19. Mai 2009 begonnen und mangels Ansprechperson abgeschlossen/abgebrochen. Der Geschäftsführer der Gesellschaft (**Gf**) war weder telefonisch erreichbar noch konnte er von Organen der Abgabenbehörde angetroffen werden. Erhebungen brachten zutage, dass die Firma verlassen und zugesperrt und seit geraumer Zeit niemand mehr dort tätig ist.

Die ***Q*** Bauservice u. Schwarzdeckerei GmbH wurde am 20. April 2011 im Firmenbuch gelöscht.

Im Falle der ***Q*** Bauservice u. Schwarzdeckerei GmbH wurden mit einer Ausnahme (HFU-Abfrage vom 23. November 2009) sämtliche Unterlagen, die die Existenz der Subfirma nachweisen sollen erst nach Beendigung der Leistungsbeziehung erstellt. Eine nähere Überprüfung des Geschäftspartners vor Aufnahme der Geschäftsbeziehungen hat ganz augenscheinlich nicht stattgefunden.

Die Unauffindbarkeit des Geschäftsführers der Subunternehmerin (im vorgeblichen Leistungszeitraum) sowie die Nichtmehrexistenz der Firma an der in den Rechnungen aufscheinenden Adresse waren ausreichend maßgebliche Gründe für die Annahme, dass die ***Q*** Bauservice u. Schwarzdeckerei GmbH die ihr zugeschriebenen Leistungen nicht erbracht hat.

Die Empfängerin der (***Q***)-Rechnungen erbrachte Leistungen als Dach- und Schwarzdecker (o.a. Erkenntnis, Entscheidungsgründe, 1. Absatz).

Die in diesem Erkenntnis beurteilte Leistungserbringung betrifft (***Q***)-Rechnungen, die folgende Leistungen zum Inhalt haben (BP 2000- Auskunft):

- ☐ WD Gefälledämmung verlegen
1 Lage KSA, 2 Lage EKV-5 inkl. Hochzug 1 Pauschal ...
- ☐ Dachhaut Elastom. KSD Selbstkl. Bachn 224m2
Dachhaut Elastom. EKV-5 Geflämmt 224m2
AZ. Dämmung mechanischer Befestig. 1 Pauschal ...
- ☐ Betrifft: Isolierarbeiten
Pos. 1 Dachhaut reinigen 1.145m2
Pos. 2 2-Lagig geflämmt EK-4+EK5mm inkl. HZ
Pos. 3 XPS verlegen 1.100m2
Pos. 4 Kiesschüttung abräumen + Lag. wieder verlegen
Pos. 5 Vlies verlegen Pauschale ...

3.

Am **19. Juli 2009** wurde (auf Grund von Auffälligkeiten im Rahmen der Aktenerledigung) bei der ***Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH **eine Außenprüfung "begonnen und mangels Ansprechperson** (s. Prüfbericht v. 5.5.2010 und Aktenvermerk v. 8.4.2010) mit der Ausstellung eines Sicherstellungsauftrages und eines Haftungsbescheides an den Geschäftsführer, ***Gf***, **abgeschlossen/abgebrochen**.

Es ist somit davon auszugehen, dass seitens der Behörde zumindest seit dem offiziellen Prüfungsbeginn 7/2009 keine Geschäftstätigkeit der genannten Firma feststellbar ist. Die zuletzt abgegebenen Umsatzsteuervoranmeldungen 6/2009 mit Umsatzangabe, 7 und 8/2009 ohne Umsatz, bekräftigen diese Folgerung." (Aktenvermerk, ***Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH, 16; ***str. 8)

Der Bericht über das Ergebnis der Außenprüfung bei ***Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH vom 05. Mai 2010 enthält folgende Feststellungen:

Tz. 1 Abbruch des BP-Verfahrens

Der Abgabepflichtige konnte weder telefonisch erreicht werden, noch vom ED angetroffen werden.

Kontakte mit der Steuerfahndung blieben für den konkreten Prüfungsfall ohne Ergebnis.

4.

Im Oktober 2009 waren bei der ***Q*** bei der GKK **6 Arbeiter** gemeldet, im November 2009 **6** (bis 9. des Monats) **bzw. 9 Arbeiter** (ab 10. des Monats) (Sozialversicherungsabfrage).

5.

Am 02. Oktober 2009 wurde ein Bauvertrag angefertigt und datieren die ersten Eingangsrechnungen vom 05. November 2009 und die letzten Eingangsrechnungen vom 03. Dezember 2009; die verrechnete Summe beträgt **€ 212.918,12** (BP-Bericht, Beilage A/18).

6.

Die zwei Wochen nach der ***Q***- Rechnung vom 03. Dezember 2009 (am 17. Dezember 2009) an die RI... Bau GesmbH gerichtete Rechnung beinhaltet **Schwarzdeckerarbeiten** und Abbrucharbeiten (mit dem Rechnungsbetrag in Höhe von € 999,30.

Die beiden weiteren Rechnungen an die RI... Bau GesmbH beinhalten Schwarzdeckerarbeiten bzw. Regiearbeiten - Hilfsarbeiterstunden (Rechnung vom 27. Oktober 2009:

Rechnungsbetrag € 1.912,50, Rechnung vom 19. Dezember 2009: 198 Hilfsarbeiter-Stunden, Rechnungsbetrag € 3.366,00).

7.

Die **2 Wochen nach** der an die Bf. gerichteten Rechnung an die RI... Bau GesmbH gerichtete Rechnung beinhaltet eine **niedrigere** Rechnungsnummer.

8.

Die **Rechnungsköpfe** der an die Bf. gerichteten Rechnung und der an die RI... Bau GesmbH

gerichteten Rechnung **weichen dreifach voneinander ab:**

- deutlich unterschiedliche Größen: „*****Q*****“ Bau...

- keine Abstände bzw. Abstände:

Bauservice&Schwarzdeckerei GmbH (Bf.) / Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH

- Tel.: Fax.: (Bf.) / Tel: Fax:

9.

Die **Leistungsblöcke** der an die Bf. gerichteten Rechnung und der an die RI... Bau GesmbH gerichteten Rechnung **weichen zweifach voneinander ab:**

- Positionsnummern mit / ohne der Bezeichnung Pos

- Rechnungssumme netto / Rechnungsbetrag

10.

Die **Unterschriften** der Fertigung des Bauvertrages vom 02. Oktober 2009 einerseits und des offenzulegenden Auszuges aus der Bilanz und des offenzulegenden Anhangs andererseits weichen ab.

11.

Der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung beträgt *1 Monat*.

12.

*Der inländische *****Gf*****- Wohnsitz wurde 1 1/2 Monate nach der letzten Rechnung abgemeldet - laut den Erwägungen des Erkenntnisses vom 27. April 2015 war der Alleingesellschafter und -geschäftsführer bereits im vorgeblichen Leistungszeitraum mit den Rechnungslegungen vom 8. Oktober 2009 bis 11. Dezember 2009 unauffindbar.*

13.

Ein Insolvenzverfahren wurde mangels Kostendeckung nicht eröffnet.

Aus den seitens der Bf. vorgelegten Unterlagen bzw. erhobenen Einwendungen ergibt sich Folgendes:

Am 02. Oktober 2009 wurden 4 Auftragsbestätigungen mit der Passage erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a88): Es dürfen nur den österreichischen Gesetzen entsprechend angemeldete Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen zu den davor eingeschaltet gewesenen GmbHs wird verwiesen.

Am 20. November 2009 wurde folgender Arbeitsbericht Bauservice F. erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a90):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die *****A***** mit gleichen Inhalten]

Am 12., 14., 16., 19. und 23. November 2009 wurden folgende I. Baustahl- Aufstellungen erstellt (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a91):

[vgl. die obigen Aufstellungen betreffend die ***I*** mit gleichen Inhalten]

Die Sozialversicherungsabfragen: 'Dienstgeber in der HFU-Gesamtliste suchen' brachten folgendes Ergebnis (Schreiben vom 15. Februar 2018, Beilage a89):

Stichtage: 11.12.2009, 14.12.2009 und 22.12.2009:

Das gesuchte Unternehmen ***Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH wurde in der HFU-Gesamtliste gefunden.

Den HFU-Abfragen stehen die Umstände der Pkte. 1. bis 9. gegenüber.

Bei der ***Q*** handelt es sich um die 17. im Prüfungszeitraum der Außenprüfung eingeschaltet gewesene GmbH und wird auf die obigen Feststellungen betreffend die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs verwiesen.

Ist das Bundesfinanzgericht in der oben

- unter Pkt. 1. angeführten Entscheidung zur Ansicht gelangt, dass den Vertragspartnern bewusst war, dass von der ***Q*** die behaupteten Leistungen nicht erbracht werden sollten und auch nicht erbracht worden sind und Deckungsrechnungen ausgestellt wurden und

- unter Pkt. 2. angeführten Entscheidung zur Ansicht gelangt, dass die Unauffindbarkeit des Geschäftsführers der Subunternehmerin (im vorgeblichen Leistungszeitraum) sowie die Nichtmehrexistenz der Firma an der in den Rechnungen aufscheinenden Adresse ausreichend maßgebliche Gründe für die Annahme, dass die ***Q*** Bauservice u. Schwarzdeckerei GmbH die ihr zugeschriebenen Leistungen nicht erbracht hat (die Revision wurde vom Verwaltungsgerichtshof zurückgewiesen),

gilt es zu beurteilen, ob die ***Q*** die in den ***Q***- Rechnungen aufscheinenden Leistungen erbracht hat oder nicht erbracht hat und steht letztere Beurteilung mit den o.a. Entscheidungen im Einklang.

Gegen eine Leistungserbringung durch die ***Q*** spricht,

- ☐ dass am **19. Juli 2009** bei der ***Q*** **eine Außenprüfung "begonnen und mangels Ansprechperson abgeschlossen/abgebrochen wurde**, der Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***Q*** weder telefonisch erreicht werden noch vom ED angetroffen werden konnte und Kontakte mit der Steuerfahndung für den konkreten Prüfungsfall ohne Ergebnis blieben.
- ☐ dass mit der ***Q***- Rechnung an die RI. Bau GesmbH **Schwarzdeckerarbeiten** und Abbrucharbeiten, entsprechend dem Firmenwortlaut, in Rechnung gestellt wurden

(und, wie die zitierten BFG-Erkenntnisse zeigen, (als Deckungsrechnungen beurteilte) Rechnungen mit ähnlichen und gleichen Leistungen (Fassadenflächen verputzen bzw. instand setzen bzw. Dachhaut reinigen, 2-Lagig geflämmt) ausgestellt wurden).

- ☐ dass im Oktober 2009 bei der ***Q*** bei der GKK **6 Arbeiter** gemeldet waren, im November 2009 **6** (bis 9. des Monats) **bzw. 9 Arbeiter** (ab 10. des Monats), welcher Personalstand es (trotz der im Pkt. 3 angeführten Umstände) ermöglichte, noch im Monat Dezember 2009 bspw. die unter Pkt. 6. angeführten Schwarzdecker- und Abbrucharbeiten, in angegebenen Umfang, zu erbringen, nicht jedoch *Eisenbiegearbeiten, geschweige denn im maximal zwei Monate umfassenden Zeitraum* (von 02. Oktober bis 03. Dezember 2009) *mit der verrechneten Summe von € 212.918,12* (von der ersten Eingangsrechnung am 05. November 2009 bis zur letzten Eingangsrechnung am 03. Dezember 2009).
- ☐ dass die 2 Wochen nach der an die Bf. gerichteten Rechnung an die RI... Bau GesmbH gerichtete Rechnung eine *niedrigere Rechnungsnummer* beinhaltet (vgl. oben ***
M Handels GmbH).
- ☐ dass sowohl die *Rechnungsköpfe* als auch die *Leistungsblöcke* der ***Q***-Rechnung an die Bf. und der ***Q***-Rechnung an die RI... Bau GesmbH *dreifach bzw. zweifach voneinander abweichen* (vgl. oben ***
M Handels GmbH).

- Das Erstellen des Angebotes vom 25. September 2009,
 - das Anfertigen des Besprechungsprotokolls vom 02. Oktober 2009,
 - das Anfertigen des Bauvertrages vom 02. Oktober 2009 und
 - das Erstellen der Rechnungen vom 05. November bis 03. Dezember 2009 (mit der im Zwei-Monate- Zeitraum verrechneten Summe von € 212.918,12)
 sind Folge des Umstandes, dass dem/den Ersteller/n, Anfertiger/n, Ausfertiger/n die Außenprüfung des Finanzamtes, begonnen am 19. Juli 2009, nicht zur Kenntnis gelangt war.

Die **Zusammenschau der Feststellungen** betreffend die 6 im Jahr 2009 eingeschaltet gewesenen GmbH ergibt u.a.:

- ☐ ausländischer Alleingesellschafter und -geschäftsführer bei allen 6 GmbHs (wie bei allen GmbHs der Jahre 2006 bis 2008)
- ☐ Zeitraum zwischen erstmaliger Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und Unterzeichnung des Abtretungsvertrages, der zur Eintragung als Gesellschafter-Geschäftsführer führte: 2 Tage, Wohnsitz danach: 1 Tag in Österreich gemeldet, am selben Tag (***, ***N*** und ***O***), Wohnsitz danach: 13 Monate (vergleichbar den Jahren 2006 bis 2008)

- ☐ Substanzlosigkeit (auf Grund vorhandener Angabe im Abtretungsvertrag) bei 3 GmbHs
- ☐ Unterschriftenfälschungen bei 5 der 6 GmbHs (vergleichbar den Jahren 2006 bis 2008)
- ☐ Aufgeben des inländischen Wohnsitzes bei allen 6 GmbHs (wie bei allen GmbHs der Jahre 2006 bis 2008)
- ☐ Konkurs und amtswegige Löschung bei allen 3 GmbHs (wie bei allen GmbHs der Jahre 2006 bis 2008)

Bezogen auf die im Oktober und November 2009 von den Eisenbiegern erbrachten Arbeitsleistungen ist auf Grund dieser Feststellungen nicht zu erkennen, dass eine der ***Q*** GmbH zuzuordnende betriebliche Organisationsstruktur, die Eisenbiege- Arbeiten im in Rede stehenden Umfang zu erbringen imstande war, vorhanden war.

Ausgehend von den beiden Entscheidungen des BFG - **beide Male war das Ergebnis der Erwägungen, dass von der ***Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH nicht die behaupteten Leistungen erbracht wurden bzw. dass sie die ihr zugeschriebenen Leistungen nicht erbracht hat** - besteht bei Berücksichtigung der obigen Punkte *und der Verhältnisse bei den vorgegangenen GmbHs*, auch im vorliegenden Fall kein Zweifel daran, dass die ***Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH auch die in den hier zu beurteilenden Rechnungen abgerechneten Leistungen nicht erbracht hat.

Rechtlich folgt daraus:

Die Bf. machte als Betriebsausgaben "Fremdleistungen" geltend, die in Rechnungen von 17 GmbHs ausgewiesen sind.

Vorweg sei festgehalten:

Von den 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs wurden 4 in Erkenntnissen des Bundesfinanzgerichtes bzw. Entscheidungen des unabhängigen Finanzsenates beurteilt:

- ***G*** ***13***:

Entscheidung des UFS vom 11.07.2013, RV/0243-W/13

- ***H***:

Entscheidung des UFS vom 06.05.2013, RV/1337-W/12 (VwGH-Beschwerde, Behandlung der Beschwerde abgelehnt.)

- ***M***:

Erkenntnis des BFG vom 27.04.2015, RV/7100326/2013 (Revision eingebracht zur Zahl Ra 2015/13/0032. Zurückweisung mit Beschluss vom 24.1.2018.)

Entscheidung des UFS vom 06.05.2013, RV/1337-W/12 (VwGH-Beschwerde, Behandlung der Beschwerde abgelehnt).

- ***Q***:

Erkenntnis des BFG 03.02.2017, RV/7104671/2016 (Revision nicht eingebracht.)

Erkenntnis des BFG vom 27.04.2015, RV/7100326/2013

In allen Fällen fiel die Beurteilung zu Lasten der angeführten GmbHs aus, und zwar:

- ☐ dass es sich bei den ***G*** ***13***- Rechnungen um Deckungsrechnungen handelte, um die eigenen Personalaufwendungen ("Schwarzarbeiter") der Bf. abzudecken,
- ☐ dass von der ***H*** die strittigen Leistungen an die Bf. tatsächlich nicht erbracht wurden,
- ☐ dass die ***M*** die in den Rechnungen abgerechneten Leistungen an die Bf. nicht erbracht hat und
- ☐ dass von der ***Q*** die behaupteten Leistungen nicht erbracht wurden (beide Erkenntnisse), was dem Rechnungsempfänger bewusst war (Erkenntnis vom 03.02.2017).

Alle 17 GmbHs waren, wie oben im Einzelnen dargetan (und bereits von der Prüferin ins Treffen geführt und insb. auf die Beilagen A/2 bis A/18 des BP-Berichtes gestützt),

- völlig substanzlos, substanzlos oder vor der Abtretung an den Alleingesellschafter-Geschäftsführer, der im Zeitraum des Erstellens der beschwerdegegenständlichen Rechnungen im Firmenbuch eingetragen war, inaktiv bzw. beinahe inaktiv (***E***, ***F***, ***G***, ***I***],
- kurzlebig nach Abtretung an den Alleingesellschafter und -geschäftsführer, der im Zeitraum des Erstellens der beschwerdegegenständlichen Rechnungen im Firmenbuch eingetragen war (betreffend alle 17 GmbHs wurde Konkurs eröffnet und kam es in der Folge zur amtswegigen Löschung wegen Vermögenslosigkeit; näheres vgl. unten),
- Einmann-GmbHs (Alleingesellschafter und -geschäftsführer, nur bei der ***A*** war vor dem beschwerderelevanten Zeitraum ein zweiter handelsrechtlicher Geschäftsführer eingetragen),
- mit einem im Firmenbuch eingetragenen ausländischen Alleingesellschafter und -geschäftsführer (der in der Folge ins Ausland zurückkehrte, wenn es sich nicht überhaupt um nicht existente Ausländer mit gefälschten Reisepässen gehandelt hat (gefälschte Reisepässe betreffend 4 der 17 GmbHs: ***B***, ***J***, ***L***, ***O***).

16 (!) der 17 eingeschalteten GmbH hatten vor Eintragung eines Ausländers als Alleingesellschafter und -geschäftsführer *keinen Eisenbieger-Bezug* (z.B. Handelsfirma, die bspw. mit Nudelmaschinen und Wärmekissen gehandelt hatte) - die eine GmbH mit einem solchen (die ***D***) wurde um € 2.000,00 einen Tag vor Anfertigung des Bauvertrages und bezogen auf die erste Rechnungslegung rd. 3 Wochen davor übernommen und hatte *im Mai 2006 9 Dienstnehmer* angemeldet - *im Juni 2006 waren 116 Dienstnehmer* angemeldet.

Bei 13 (!) GmbHs bestehen auf vorgelegten Unterlagen, den als die zentralen Schriftstücke anzusehenden Unterlagen), an erster Stelle: dem Bauvertrag, aber auch dem Anbot (betreffend drei GmbHs auch auf Kassabestätigungen: ***D***, ***G***, ***K***) *Unterschriften*, die *keine Ähnlichkeit* mit den Unterschriften bspw. auf dem Reisepass oder den Abtretungsverträgen bzw. den Musterfirmazeichnungserklärungen aufweisen, - ***A***, ***B***, ***C***, ***D***, ***E***, ***F***, ***G***, ***H***, ***J***, ***K***, ***L***, ***O*** und ***P*** und bei einer weiteren GmbH (der ***Q***) bestehen unterschiedliche Unterschriften.

Betreffend die im Firmenbuch eingetragenen ausländischen Alleingesellschafter und -geschäftsführer waren die *Zeiträume zwischen der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages*, der zur Eintragung in das Firmenbuch führte, wie ebenfalls bereits von der Prüferin festgehalten, *bei fast allen GmbHs sehr kurz*:

- betreffend 5 GmbHs war die Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes erst danach erfolgt (1 Monat, 4 Wochen, 13 Tage, 3 Tage, 2 Tage),
- betreffend 4 GmbHs am selben Tag, betreffend 2 GmbHs 1 Tag vorher,
- betreffend die weiteren GmbHs 2 Tage, 6 Tage, 11 Tage (2 GmbHs), 1 Jahr 3 Monate.

Vier der im Firmenbuch eingetragenen *Alleingesellschafter und -geschäftsführer* waren der *deutschen Sprache bei Unterzeichnung des Abtretungsvertrages nicht mächtig* und wurde der Bauvertrag bei der ***F*** 7 1/2 Monate danach, bei der ***H*** 3 Tage danach, bei der ***I*** 4 Wochen danach und bei der ***K*** 2 Wochen danach angefertigt.

Bei 7 GmbHs betrug der Zeitraum zwischen der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages, der zur Eintragung des im Zeitraum des Erstellens der beschwerdegegenständlichen Rechnungen im Firmenbuch eingetragenen Alleingesellschafter und -geschäftsführer führte und dem Bauvertrag (und der 1. Auftragsbestätigung) weniger als 1 Monat:

C 24 Tage, ***D*** 2 Tage, ***E*** 9 Tage, ***H*** 3 Tage, ***I*** 4 Wochen, ***K*** 14 Tage, ***M*** 3 Wochen

Bei 8 GmbHs betrug der Zeitraum zwischen der ersten und der letzten Eingangsrechnung bis zu ca. 2 Monaten: ***P***: Rechnungen an einem Tag, ***N*** 2 Wochen, ***C*** ca. 1 Monat, ***E*** ca. 1 Monat, ***Q*** 1 Monat, ***A*** ca. 2 Monate, ***I*** ca. 2 Monate, ***O*** 2 Monate; bei weiteren 5 GmbHs bis zu ca. 3 Monate:

B ca. 3 Monate, ***D*** ca. 3 Monate, ***F*** ca. 3 Monate,
 G 3 Monate, ***K*** 3 Monate

Bei 8 GmbHs betrug der Zeitraum zwischen der letzten Eingangsrechnung und der Konkursöffnung bis ca. 2 Monate, bei weiteren 4 GmbHs bis ca. 3 Monate, betreffend die ***P*** wurde ein Insolvenzverfahren mangels Kostendeckung nicht eröffnet.

- ☐ Auf der Grundlage der obigen Erwägungen betreffend die einzelnen GmbHs und die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen bzw. die Leistungserbringung und
- ☐ der in den vorangehenden Absätzen aufgezeigten Häufung an Gemeinsamkeiten

hat die Prüferin zurecht folgende Ansicht vertreten:

Für das wissentliche Mitwirken an Leistungsbeziehungen mit Sozialbetrugsfirmen (im Ausdruck vergreifend von der Prüferin als Scheinfirmen bezeichnet) spreche auch die Häufigkeit der Geschäftsverbindungen mit derartigen Unternehmen. Ein Fehler könne passieren, eine Kontrolle einmal versagen, die wiederholte Geschäftstätigkeit mit einer beträchtlichen Zahl an typischen 'Briefkasten-GmbHs' bewiese jedoch nach Ansicht der BP die Absicht des gegenständlichen Unternehmens. Der ... GmbHs hat sich die Bf. offensichtlich bedient, um Ausgaben in einer Höhe zu lukrieren, die nicht dem tatsächlichen Lohnaufwand entsprachen (siehe dazu auch die erklärten Jahresergebnisse), sowie um lohnabhängige Abgaben einzusparen.

Indem die Bf. - geleitet von der Absicht der Abgabenerparnis - eine um die andere Sozialbetrugsfirma, von der die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht wurden, eingeschaltet hat, bediente sich die Bf. der 17 GmbHs.

Die Bindung der bei den nach und nach eingeschalteten GmbHs gemeldet gewesenen Dienstnehmer an die Bf., wie sie an Hand einer Reihe von Beispielen in den 66 Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 dargestellt ist, zeigt die Übereinstimmung, dass die sich (nur) auf 12 Tage (!) beziehenden in den Strafakten einliegenden Unterlagen betreffend Dienstnehmer, die auf den Baustellen des Auftraggebers der Bf., der I. Baustahl, namentlich erfasst worden sind, 25 idente Dienstnehmer ausweisen. Die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhalteten 25 Dienstnehmer waren Dienstnehmer, die auf den Baustellen des Auftraggebers der Bf., der I. Baustahl, namentlich erfasst worden sind. Seitens der Bf. wurden Unterlagen, die eine Zuordnung von Arbeitnehmern zu Baustellen der Auftraggeber der Bf. zulassen, nur vereinzelt vorgelegt.

Gelingt mit Unterlagen, die sich auf 12 Tage beziehen, eine Zuordnung von 25 Arbeitnehmern der 66 Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009, ist das - unter Bedachtnahme auf den Umstand, dass alle in den Anmeldungsketten involvierten GmbHs Sozialbetrugsfirmen und keine an die Bf. leistungserbringenden GmbHs waren - eine sehr

gewichtige Dokumentation der Bindung der Arbeitnehmer an die Bf.

Der Vergleich der Eisenbieger, die in den von der Bf. vorgelegten Telefax-Nachrichten ausgewiesen sind einerseits und jenen, die in der Beilage des BFG-Schreibens vom 27. Juni 2017: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 ausgewiesen sind andererseits zeigt, dass die Unterlagen (Telefax-Nachrichten), die Namen der auf Baustellen der Bf. tätigen Arbeiter beinhalten, fast nur Dienstnehmer, die in den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 beinhaltet sind ausweisen und weitere Dienstnehmer mit einer Anmeldungskette (vgl. oben unter ***E*** , ***F*** , ***I*** , ***J*** , ***L***).

Die mit den Anmeldungsketten der Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 (Dienstnehmerstromanalyse) dokumentierte Bindung einer Vielzahl von Dienstnehmern an die Bf. tritt zu den Zeugenaussagen, die in die gleiche Richtung weisen, hinzu.

Die betriebliche Organisation und Geschehen stellten sich den einvernommenen und bei der ***A*** , ***B*** , ***D*** , ***F*** , ***G*** und ***H*** bei der GKK angemeldet gewesenen Eisenbiegern gegenüber so dar, dass ihre Ansprechperson für alle Angelegenheiten der Vorarbeiter/Partieführer war und alle Angelegenheiten auf der Baustelle/im Baucontainer erledigt wurden. Sie haben idR während ihrer Anmeldung bei der Bf. das Büro der Bf. gesehen, bei den anderen GmbHs aber weder ein Büro gesehen noch eine Sekretärin wahrgenommen.

Die übereinstimmenden Detailangaben der Zeugenaussagen
[...]

lassen keinen Zweifel an der Eingliederung der einvernommenen Eisenbieger in den betrieblichen Organismus und an ihrer Weisungsgebundenheit: sie waren in den Betrieb der Bf. eingegliedert und gegenüber der Bf. bzw. dem Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. weisungsgebunden.

Zu diesen am meisten präzisierten Zeugenaussagen treten weitere hinzu, die in die gleiche Richtung weisen (befragt betreffend ***B*** , ***D*** GmbH, ***F*** , "***G*** " ***13*** , ***H*** Bau GmbH und ***I*** Bau- und HandelsgmbH):

[...]

Betriebliche Organisation und Geschehen waren so aufgebaut, dass die weit überwiegende Anzahl der einvernommenen Zeugen keine Angaben zu machen imstande war, die erkennen ließen, im Rahmen welches Betriebes bzw. wessen Betriebes sie ihre Eisenbiegetätigkeit ausgeübt haben. Mehrere Zeugen vermochten trotz ihrer GKK-Anmeldungen bspw. bei der ***D*** , ***F*** , ***G*** und ***H*** anzugeben, dass sie ihren Lohn von der Bf. erhielten. Einem der Zeugen wurde vom Geschäftsführer der Bf. gesagt, dass er zwar bei einer anderen Firma 'angestellt' (gemeint: bei der GKK gemeldet) sei, er aber das Geld von 'ihm' (gemeint: der Bf.) erhalten würde und ist diese Aussage mit den Aussagen der Zeugen *** in Einklang zu bringen. Mit ihren Zeugenaussagen stimmen die (Lohn)Auszahlungslisten

September 2006 und Jänner 2007 überein: Sie sind bei Anmeldung bei der ***D*** bzw. der ***F*** bei der GKK in den Lohnauszahlungslisten der Bf. ausgewiesen (vgl. betreffend die Auszahlungslisten oben ***D*** und ***F***).

Die Eingliederung der Eisenbieger in den Organismus der Bf. (angesichts deren sozialversicherungsmäßigen "Auslagerung" (Schreiben vom 17. Jänner 2018, Teil 8) zu den "Subunternehmer-GmbHs") zeigen die Zeugenaussagen der Eisenbieger.

Weiters tritt hinzu, dass nicht auf Initiative/Betreiben der einvernommenen Dienstnehmer die Anmeldungen bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs erfolgten, vielmehr von Dienstgeberseite 'die Firmen getauscht' wurden, mit anderen Worten: die Dienstnehmer ohne ihr Zutun auf andere Firmen angemeldet wurden (vgl. die Aussagen ***26*** (wurde über Veranlassung des Geschäftsführers der Bf. bei den Firmen ***B***, "G*** " ***13*** Reinigung GmbH und ***H*** Bau GmbH angemeldet wurde und fungierten bei diesen Firmen als Ansprechpartner der Geschäftsführer der Bf., sein Sohn und der Bruder), Bilic J. (der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. hat die Firmen getauscht), Cakir M. ('vom Chef der einen Firma zur anderen Firma weiter gegeben'), ***19*** E. (Wenn eine Firma in Konkurs gegangen ist, hat der Vorarbeiter die neuen Papiere, die Anmeldungen auf die Baustelle mitgebracht.) und Seker E. (Der Geschäftsführer der Bf. sagte zu mir, dass ich zwar bei einer anderen Firma angestellt [gemeint: gemeldet] sei, dass ich aber das Geld von ihm erhalten würde.).

Weiters tritt das **synchrone Ablaufen**

- ☐ des Einschaltens (der substanzlosen, kurzlebigen) GmbHs (mit ausländischem Alleingesellschafter und -geschäftsführer mit kurz davor erstmalig angemeldetem inländischen Wohnsitz) und
- ☐ der Anmeldungen immer wieder derselben Dienstnehmer (u.a. auch von Dienstnehmern, die davor bei der Bf. angemeldet waren) bei den eingeschalteten GmbHs,

wie die oben (unter ***B***) angeführten Beispiele betreffend ***26*** und ***27*** zeigen, hinzu. Die Meldung immer wieder derselben Eisenbieger bei jenen GmbHs, die als Rechnungsaussteller an die Bf. eingeschaltet waren, sticht bei den nachfolgend eingeschalteten GmbHs wie der ***D***, ***E*** und *** mit besonderer Deutlichkeit ins Auge (vgl. oben insb. ***B***, ***D***, ***E***, ***).

Weiters treten die Lohn- Auszahlungslisten hinzu, die betreffend die 4. und 6. eingeschaltet gewesene GmbH nachweisen,

- dass die bei der ***D*** bei der GKK gemeldet gewesenen 46 Dienstnehmer von der Bf. entlohnt wurden,
- dass die bei der ***F*** bei der GKK gemeldet gewesenen 12 Dienstnehmer von der Bf.

entlohnt wurden, zudem weitere 9 Dienstnehmer, die arbeitslos gemeldet waren und weitere 6 Dienstnehmer, die während eines Teiles des Monats arbeitslos gemeldet waren und auch in diesem Zeitraum von der Bf. entlohnt wurden.

Weiters tritt hinzu, dass anhand der in den Strafakten einliegenden I. Baustahl- Druckvorlagen gemischte Baustellenpartien (bspw. am 22. April und am 13. Juni 2008) nachgewiesen werden konnten, obwohl Verlegeleistungen und nicht Regiestunden verrechnet wurden.

Weiters tritt hinzu, dass das vom Masseverwalter der ***L*** bei der ***L*** Handels GmbH gefundene FAX mit der Liste "Daten für die Anmeldungen" und *dem Absender* (Bf.) - mit anderen Worten: das von der Bf. an die ***L*** gesandte FAX beinhaltend die Liste der von der ***L*** Handels GmbH anzumeldenden Eisenbieger - *betreffend die angeführten Personen taggenau umgesetzt wurde.*

Weiters tritt hinzu,

- ☐ dass sich der Masseverwalter ***L*** an der ***L*** - Adresse einen Überblick über die Vermögenslage verschaffen wollte und an der Adresse des gs. Unternehmens feststellen musste, dass das gs. Unternehmen an dieser Adresse schon seit Monaten nicht mehr aufhältig ist. An dieser Adresse hat Anna Ilias ein Büro und macht dort Lohnverrechnung für mehrere Unternehmen.
- ☐ dass sich bei einem Anruf des Masseverwalters der ***L*** der Geschäftsführer der Bf. unter der Telefonnr. 0699 ... lautend auf Hrn. ***L*** *** gemeldet hat. Auf die Frage warum er mit einem Handy des Hrn. ***L*** telefoniere bekam der Masseverwalter keine Antwort und es wurde aufgehängt.
Der Geschäftsführer der Bf. benutzte somit ein Mobiltelefon mit einer Telefonnummer lautend auf *** ***L*** - jener *Person, die mit gefälschten Papieren lautend auf den Namen *** ***L*** (slowakischer Staatsangehöriger) auftrat und auf Grund eines Abtretungsvertrages im Firmenbuch als Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***L*** Handels GmbH eingetragen wurde.*
- ☐ dass sich der Geschäftsführer der Bf. dem Masseverwalter eine Zeit lang kooperativ zeigte und dem Masseverwalter Unterlagen/Rechnungen zur Verfügung stellte, sich jedoch geweigert hat, entsprechende Subaufträge vorzulegen.
- ☐ dass der Masseverwalter einige Baustellen kontrollierte und mit den jeweiligen Auftraggebern Kontakt aufnahm und nachfragte, ob sie eine Firma ***L*** Handels GmbH kennen, beziehungsweise wer die Ansprechperson gewesen sei. Die Aussagen der jeweiligen Auftraggeber waren immer die gleichen, die ***L*** sei unbekannt, der Auftrag sei an die Firma ... (die Bf.) erteilt worden.

- ☐ dass der Masseverwalter sämtliche Dienstnehmerforderungen (von bei der ***L*** bei der GKK angemeldet gewesenen Dienstnehmern) mit der Begründung 'Scheinfirma' bestritt und bis zur Aufhebung des Konkurses keiner der Dienstnehmer eine sogenannte Feststellungsklage eingebracht hat.
- ☐ dass die 43 - bis 27. Februar 2009 - bei der ***L*** bei der GKK angemeldet gewesenen Dienstnehmer der beiliegenden Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 - von zwei Ausnahmen abgesehen (welche Dienstnehmer bei der S. Bau angemeldet wurden) - ab 02. März 2009 bei der Bf. bei der GKK angemeldet wurden. Waren am 01. März 2009 bei der Bf. bei der GKK 42 Dienstnehmer gemeldet, einen Tag danach, am 02. März 2009, 91 Dienstnehmer, am 01. April 2009 70 Dienstnehmer und am 01. Mai 2009 67 Dienstnehmer, veränderte sich die Anzahl der Angestellten (6) weder im März 2009 noch im April 2009, zeigt das die Bindung von 43 Dienstnehmern an die Bf. und die ohne Aufstockung der Angestelltenebene bewerkstelligte Verdoppelung der Eisenbiegerbelegschaft - wenn man von der Annahme ausgeht, die ***L*** wäre eine leistungserbringende GmbH gewesen lag eine Verdoppelung vor - die Funktionsfähigkeit des Zumeldungskarussells bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs.

Weiters tritt hinzu,

- ☐ dass betreffend *drei der eingeschaltet gewesenen GmbHs* - der ***J*** GmbH (als 10. eingeschaltet), der ***L*** GmbH (als 12. eingeschaltet) und der ***O*** Handelsgesellschaft m.b.H. (als 15. eingeschaltet) - der rechtskräftig verurteilte ***S***, geb. ***R***, bei folgenden Betrugsszenarien mitgewirkt hat:
- Ausstellen von Schein- bzw. Deckungsrechnungen
 - Scheinanmeldungen von Arbeitern bei einer nicht (mehr) tätigen Gesellschaft anstatt der Anmeldung beim tatsächlichen Beschäftigten.
- Auf Grund dieser Betrugsszenarien gelangten bei ***S***, geb. ***R***, Einkünfte aus Gewerbebetrieb "Verkauf von Rechnungen und Dienstnehmeranmeldungen" und steuerbare Umsätze bezüglich der hier in Rede stehenden 3 GmbHs in der oben unter ***J*** angeführten Höhe in Ansatz.
- ☐ dass diese Umstände
- sowohl mit den o.a. Vorgängen im Zusammenhang mit dem vom Masseverwalter der ***L*** bei der ***L*** Handels GmbH gefundenen FAX mit der Liste "Daten für die Anmeldungen" und *dem Absender* (Bf.)
 - als auch mit den weiteren o.a. Vorkommnissen im Zuge der Ermittlungen des Masseverwalters der ***L***
 - und auch mit den o.a. Vorgängen im Anschluss an die Ermittlungen des Masseverwalters der ***L*** ab 02. März 2009

- und auch mit dem Urteil des Arbeits- und Sozialgericht in der Sozialrechtssache der klagenden Partei *** wider die beklagte Partei ***32*** wegen Insolvenzentgelt, mit dem zu Recht erkannt wurde, dass das Klagebegehren, die beklagte Partei sei schuldig, der klagenden Partei Insolvenzentgelt zu zahlen, abgewiesen wird. In den Entscheidungsgründen wird u.a. ausgeführt, dass nicht festgestellt werden konnte, dass unter der Geschäftsführung von *** **L*** die Gemeinschuldnerin irgendeine operative Geschäftstätigkeit entfaltet hat (vgl. oben ***L*** Pkt. 14.).
im Einklang stehen.

Ferner erklären sich dadurch die *bei allen drei GmbHs gegebenen umfangreichen Unterschriftsfälschungen* (z.B. ***J*** GmbH: die identen Unterschriften laut Musterfirmazeichnungserklärung und Erklärung der Errichtung einer Gesellschaft weisen keine Ähnlichkeit mit der Unterschrift 1. der Fertigung des Bewerbungsschreibens seitens der ***J***, 2. der Fertigung des Bauvertrages seitens der ***J*** und 3. der Auftragsbestätigung seitens der ***J*** auf) (*und erstrecken sich diese wie ein roter Faden auf alle eingeschaltet gewesenen GmbHs* - ausgenommen die ***I*** (betreffend welche GmbH das Finanzamt bereits im Monat der Anfertigung des Bauvertrages mit der Problematik konfrontiert war, wer der tatsächliche Geschäftsführer der GmbH ist (vgl. Schreiben vom 27. Juni 2017, Seite 117, Pkt. 3 und 4.) und die ***N*** (betreffend welche die Unterschriften in einem solchen Maße ähnlich sind, dass nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit gesagt werden kann, es liegen Unterschriftsfälschungen vor).

Weiters tritt hinzu, dass am 19. Juli 2009 bei der ***Q*** eine Außenprüfung "*begonnen und mangels Ansprechperson abgeschlossen/abgebrochen wurde*, der Alleingesellschafter und -geschäftsführer der ***Q*** weder telefonisch erreicht werden noch vom ED angetroffen werden konnte und Kontakte mit der Steuerfahndung für den konkreten Prüfungsfall ohne Ergebnis blieben. Die Einschaltung der ***Q*** erfolgte erst Anfang Oktober 2009, der Bauvertrag wurde am 02. Oktober 2009 angefertigt.

Weiters tritt hinzu, dass bspw.

- ❑ bei der ***B*** die Zugänge auf den Bankkonten, die Überweisungen seitens der Bf., im in Rede stehenden Zeitraum mittels **Scheck und Bar-Auszahlungen abgehoben wurden, dies, von zwei Ausnahmen abgesehen, am selben Tag.**
- ❑ bei der ***G*** - mit der Zahlungsmodalität 'überwiegend bar, nur am 7.5.07 Überweisung € 66.648,77' (vgl. BP-Bericht, Beilage A/8) - die Unterschrift der Fertigung des Kassa-Ausgangs (seitens der ***G*** ***13*** GmbH), zu lesen als: ***, weder eine Ähnlichkeit mit den identen Unterschriften des (Alleingesellschafter-Geschäftsführers) ***18*** laut Musterfirmazeichnungserklärung bzw. laut Abtretungsvertrag, zu lesen als: ***, noch mit der Unterschrift laut Anbot, nur der Anfangsbuchstabe K ist erkennbar, aufweist.

- ☐ das ***H*** Bau GmbH- Konto, auf das die Überweisungen der Bf. vorgenommen wurden, zwischen 26. Juli und 09. November 2007 Eingänge iHv € 691.346,88 ausweist. Die **Eingänge wurden am Tag des Einganges in voller Höhe oder gerundeten Beträgen bar abgehoben** (29x Ersatzscheck, 2x Barauszahlung), in ein paar Fällen am nächsten Tag. Die Summe der Barbehebungen belief sich auf € 681.754,25.
- ☐ die von der Bf. auf das ***J*** - Bankkonto überwiesenen Beträge in Höhe von € 80.000,00 und € 42.896,00, € 150.000,00, € 50.509,17 und € 90.000,00 **jeweils am Tag der Wertstellung in voller Höhe bar abgehoben wurden.**
- ☐ der von der Bf. auf das ***L*** - Konto überwiesene Betrag: A conto Rechnungen vom 30.01.09 in Höhe von € 70.000,00 **am Buchungstag in voller Höhe bar behoben** wurde.
- ☐ der im Firmenbuch auf Grund eines *am Tag der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes (an der Anschrift einer Wohnung, die weder an die GmbH noch an ***2*** vermietet wurde)* unterzeichneten Abtretungsvertrages als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eingetragene Ausländer, *****2***, über Auftrag der ***1*** Brüder Unterschriften leistete und Geld behob.**

Weiters tritt betreffend Baustellenkontrollen im in Rede stehenden Zeitraum hinzu:

*** ***M*** HandelsgmbH:

Der *Vollwärmeschutz-Arbeiten* an einer Einfamilienhaus-Fassade auf einer Baustelle *in Oberösterreich* ausführende (vom Team Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung kontrollierte) Arbeiter, ein kroatischer Staatsbürger, gab an, sein Arbeitgeber sei die Fa. *** ***M*** HandelsgmbH aus Wien. Im Vergleich mit der in Rede stehenden Einschaltung dieser GmbH ist *zweierlei auffällig*:

Das Vorliegen einer *anderen Leistungsart*: Vollwärmeschutz-Arbeiten an der Fassade eines Einfamilienhauses und

- eines *anderen örtlichen Einsatzbereiches*: eine oberösterreichische Baustelle.

Im an die Bf. gerichteten (oben wiedergegebenen) Anbotschreiben (vom 16. Jänner 2009) ist angeführt, dass das Unternehmen hauptsächlich spezialisiert ist auf Zimmererarbeiten sowie Eisenbiegerarbeiten. Vom Ausführen von Vollwärmeschutz-Arbeiten ist nicht die Rede.

Hinzu kommt, dass *der Kontrollierte* laut Abgabensinformationssystem *nicht als Beschäftigter der *** ***M*** Handels GmbH erfasst* wurde.

Zeugenaussage des Eisenbiegers Bilic J.:

Ich erinnere mich an einen Vorfall: Ich bin auf einer Baustelle kontrolliert worden und habe gesagt, dass ich für die (Bf.) arbeite. Der Kontrollierende hat mir gesagt, dass ich auf den Namen einer anderen Firma angemeldet bin.

Zeugenaussagen der bei der Sozialversicherung bei der ***K*** angemeldet (zugemeldet) gewesenen Fassader:

Auf die oben wiedergegebenen Zeugenaussagen wird verwiesen.

Die (bloßen) Anmeldungen (Zumeldungen) hatten somit bspw. im Jahr 2008 Beanstandungen selbst in Fällen, in welchen weitere Überprüfungshandlungen nahe lagen, erfolgreich hintanzuhalten vermocht.

Weiters tritt hinzu, dass (in den Strafakten einliegende) ***J*** - Rechnungen an die Bf. erstellt wurden,

- ☐ obwohl in dem (in den Strafakten einliegenden) Bauservice F.- Stunden- und Wochenbericht am 12. März 2008 Arbeiter erfasst wurden und betreffend drei der im Bericht erfassten Personen - anstatt von der ***J*** - von der Bf. für den gesamten Monat März 2008 jeweils der Lohnzettel (wie für die Monate davor und danach) ausgestellt wurde, betreffend einen umfasste der von der Bf. ausgestellte Lohnzettel den Zeitraum vom 09. Jänner bis 25. März 2008 und
- ☐ obwohl auf einer (in den Strafakten einliegenden) I. Baustahl- Druckvorlage am 17./18. April 2008 zwei Namen erfasst wurden und betreffend eine der in der Druckvorlage erfassten Personen von der ***J*** für den Zeitraum 15. April bis 30. Mai 2008 ausgestellt wurde, betreffend die zweite Person für den gesamten Monat April 2008 (wie für die Monate davor und danach) von der Bf. der Lohnzettel ausgestellt wurde.

welches **Geschehen** - das anhand der in den Strafakten einliegenden Unterlagen nachgewiesen werden konnte - die **Darstellung des Sozialbetrugs komplettiert**.

Bei den 17 GmbHs handelte es sich (in den jeweils relevanten Zeiträumen der zu beurteilenden Leistungserbringungen) um Firmen, die nicht die in den erstellten Rechnungen ausgewiesenen Leistungen erbrachten.

Die GmbHs wurden nach und nach in kurzen Zeitintervallen **zwecks Sozialbetrug eingeschaltet**:

- ☐ Bauarbeiter, Eisenbieger, die im Rahmen der bei der Bf. für deren bei ihr gemeldetes Personal existierenden betrieblichen Organisation - die bei der GKK als Dienstnehmer der eingeschalteten GmbHs angemeldet gewesenen Eisenbieger wurden ja "neben eigenem Personal" der Bf. (vgl. Beilage A/1 des Berichtes) herangezogen - eingesetzt, betreut und bezahlt wurden, wurden *bei der GKK als Arbeiter der jeweils eingeschalteten GmbH angemeldet* und bestand bereits bei der Anmeldung die Absicht, niemals entsprechende Sozialabgaben und Beiträge oder lohnabhängige Abgaben zu leisten (= Anmeldungsfunktion)

- ❓ Ausstellen von Rechnungen auf Anordnung des Rechnungsadressaten (Bf.) (= Rechnungsverkauf)
- ❓ Bei den eingeschalteten GmbHs existierten *Bankkonten, auf welche jene Beträge, die in den im Rechenwerk der Bf. enthaltenen Rechnungen ausgewiesen wurden, überwiesen wurden* (= Überweisungsfunktion, anschließend wurden die Beträge bar behoben und abzüglich der Provision für die erfüllten Funktionen an den Überweisenden, die Bf., rückausgefolgt). Bei 5 GmbHs wurde teilweise die Zahlungsmodalität Barzahlungen vorgenommen (*****D*****, *****F*****, *****G*****, *****H***** und *****K*****, vgl. BP-Bericht Beilage A/5, A/7, A/8, A/9, A/12), bei zwei davon, der *****G***** und der *****H*****, überwiegend Barzahlungen.

Der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. und die wahren Machthaber der 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs wirkten zusammen, welcher Umstand auch die Erklärung dafür abgibt, dass der Bf. bei den Einschaltungen der GmbHs weder daran Anstoß genommen hatte,

- ❓ dass die GmbHs alle Merkmale einer Sozialbetrugsfirma aufwiesen (vgl. zB die *sehr kurzen Zeiträume zwischen der erstmaligen Anmeldung eines inländischen Wohnsitzes und der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages*, der zur Eintragung des ausländischen Alleingesellschafter und -geschäftsführer im Firmenbuch führte, *und der Unterzeichnung des Abtretungsvertrages*, der zur Eintragung führte, *bei fast allen GmbHs, die zeitliche Nähe des Abtretungsvertrages zum Anbotschreiben, Einmann-GmbH, ausländischer Alleingesellschafter und -geschäftsführer, die Substanzlosigkeit der GmbHs*) und
- ❓ dass die Unterschriften auf den wesentlichen Geschäftsunterlagen bei 13 GmbHs *keine Ähnlichkeit* mit den Unterschriften bspw. auf dem Reisepass oder den Abtretungsverträgen bzw. den Musterfirmazeichnungserklärungen aufwiesen.

Bemerkung:

Von der **Etablierung dieses Malversationssystems in der Wiener Baubranche** hatte die Finanzbehörde, wie einem diesbezüglichen Bericht - in welchem u.a. zwei der hier in Rede stehenden GmbHs: die *****M*** HandelsgmbH** und die *****Q*** Bauservice & Schwarzdeckerei GmbH** als Betrugsfirmen beurteilt worden sind - zu entnehmen ist, im März 2012 Kenntnis erlangt (vgl. unten).

Auf die Ausführungen betreffend die 17 eingeschaltet gewesenen GmbHs und auf die voranstehenden Ausführungen betreffend die Gesamtschau stützt sich die Feststellung, dass die Rechnungen aller in Rede stehenden GmbHs als Deckungsrechnungen einzustufen sind.

Die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen wurden nicht von der jeweiligen GmbH erbracht.

Die mit den in die Buchhaltung der Bf. aufgenommenen Deckungsrechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten wurden von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren (und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH angemeldet waren), verrichtet.

Bediente sich die Bf. der Reihe nach (und in kurzen Zeitabständen) der GmbHs mit den im Einzelnen beschriebenen Merkmalen (Substanzlosigkeit, Eintragung eines ausländischen Alleingesellschafter und -geschäftsführers mit einem jüngst erstmalig angemeldeten inländischen Wohnsitz usw.) und mit den dargestellten Abläufen (Anfertigung von Bauverträgen mit Unterschriften, die keine Ähnlichkeit mit den Unterschriften auf der Musterfirmazeichnungserklärung bzw. dem Abtretungsvertrag aufweisen usw.), und konnten - wie bspw. bei der ***D*** - weitergehende Erkenntnisse als bei anderen GmbHs gewonnen werden, sind diese, insbesondere auf Grund der Dienstnehmerströme und der Zeugenaussagen, auf die davor eingeschaltet gewesenen GmbHs rückzuprojizieren bzw. auf die nachfolgenden GmbHs vorzuprojizieren, ergänzen die Beweislage bei diesen GmbHs.

Bezugnehmend auf das Beschwerdevorbringen ist auszuführen:

Zur Teileinstellung des gegen den Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. geführten Verfahrens:

Am 16. Juli 2013 erfolgte durch die Staatsanwaltschaft Wien die Teileinstellung des gegen den Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. geführten Verfahrens, weil kein tatsächlicher Grund zur weiteren Verfolgung besteht:

"Betrifft den gegen [den Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.] erhobenen Vorwurf, als faktischer Geschäftsführer der nachstehenden Gesellschaften bei diesen Scheingeschäftsführer eingesetzt zu haben, welche anlässlich der Übernahme der Gesellschaft unter falschem Namen auftraten und sich dabei mit einem gefälschten Ausweis legitimierten, für diese Gesellschaften als Dienstgeber Dienstnehmer bei der Sozialversicherung und der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse angemeldet und in der Folge keine Beiträge entrichtet zu haben, die Einnahmen dieser Gesellschaften beinahe zur Gänze beiseite geschafft zu haben, indem auf den Firmenkonten einlangende Überweisungsbeträge zeitnah und jeweils fast zur Gänze in Bar behoben und unternehmensfremden Zwecken zugeführt wurden, sowie Arbeitnehmer eingestellt und zur Erbringung von Arbeitsleistungen verleitet zu haben, wobei in der Folge diesen der Arbeitslohn vorenthalten wurde. Bei den involvierten Gesellschaften handelt es sich um die ... [Aufzählung von 6 der 17 beschwerdegegenständlichen Sub-GmbHs]. Verdacht des schweren

gewerbsmäßigen Betruges, des Vorenthaltens von Dienstnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung, des betrügerischen Vorenthaltens von Sozialversicherungsbeiträgen und Zuschlägen nach dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, der betrügerischen Krida und der Fälschung besonders geschützter Urkunden als Bestimmungstäter kein Nachweis eines strafbaren Verhaltens, daher Teileinstellung des Verfahrens".

Der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. war gemäß den nachfolgenden Ausführungen nicht der faktische Geschäftsführer der im Benachrichtigungs-Schreiben vom 16. Juli 2013 angeführten 6 GmbHs und auch nicht der 11 weiteren Sub-GmbHs.

Wenn im Schreiben vom 2. Mai 2017 u.a. diese Teileinstellung beinhaltend die Meinung vertreten wird, das Entlastende zu berücksichtigen, ist dazu auszuführen:

Der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. war zwar nicht faktischer Geschäftsführer der GmbHs, die GmbHs waren jedoch durch dessen Mitwirken *zwecks Erfüllung der obangeführten Funktionen eingeschaltet*, wodurch Sozialbetrugs- und Hinterziehungstatbestände erfüllt wurden.

Zur Angabe des Gesellschafter-Geschäftsführers der Bf.: Bei Eingehen von Sub-Werkverträgen wurden die Geschäftspartner [gemeint: die 17 in Rede stehenden GmbHs] stets vorher kontrolliert:

Firmenbuchauszug, Identität des Geschäftsführers, Gewerbeberechtigung, Steuernummer, UID-Nummer (Strafakt, Verantwortliche Stellungnahme des Gesellschafter-Geschäftsführers der Bf. vom 08.07.2010).

Anhand dieser Unterlagen wird eine/die Leistungserbringung nicht dokumentiert.

Hätte die Bf. ein Interesse daran gehabt, die Identität der *handelnden/aufgetretenen Personen* bei den nach und nach eingeschalteten GmbHs (nachweislich) zu eruieren und zu dokumentieren - und war bei allen ein Alleingeschäftsführer eingetragen, kam der Alleingeschäftsführer oder (ein) von diesem mit Vollmacht ausgewiesene(r) Dritte(r) in Betracht - wäre die Bf. betreffend all jene *handelnden/aufgetretenen Personen*, bei welchen die Unterschriften auf dem Anbot, dem Bauvertrag und auch auf Kassabestätigungen (***D*** , ***G*** , ***K***) gegenüber den Unterschriften auf dem Reisepass bzw. der Musterfirmazeichnungserklärung keine Ähnlichkeit mit den Unterschriften bspw. auf dem Reisepass oder der Musterfirmazeichnungserklärung aufwiesen oder unterschiedlich waren (vgl. oben), vor dem Problem gestanden, dass es an Nachweisen fehlt, wonach diese Personen berechtigt waren für die jeweilige GmbH aufzutreten bzw. Rechte und Pflichten zu begründen. Hatten diese augenfälligen Unterschriftenfälschungen - betreffend 13 GmbHs mit den keine Ähnlichkeit aufweisenden Unterschriften - keine Reaktion der Bf. hervorgerufen, war das Teil der systematischen Malversationen zwischen den tatsächlichen Machthabern der GmbHs und der Bf.

Wenn im Schreiben vom 2. Mai 2017 das Nichtvorhandensein von Anzeigen wegen Schwarzarbeit, illegaler Ausländerbeschäftigung udgl. als 'Entlastendes' angeführt wird, ist auf die diesbezüglichen Ausführungen betreffend die Baustellenkontrolle ***dorf zu verweisen (vgl. unter ***K***).

Wenn im Schreiben vom 2. Mai 2017 die *der Bf.* von der Wiener GKK am 01. April 2009 erteilte *Unbedenklichkeitsbescheinigung* als 'Entlastendes' angeführt wird, ist hieraus auf Grund der obigen Feststellungen *betreffend die 17 GmbHs* die zugunsten der Bf. nichts zu gewinnen.

Gleiches gilt hinsichtlich der Auskunft

- aus dem Verwaltungsstraftregister des Zentralgewerberegisters vom 26. November 2014, in welchem der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. nicht verzeichnet ist.
- aus der Zentralen Verwaltungsstrafevidenz nach § 28b des Ausländerbeschäftigungsgesetzes vom 11. Mai 2015, in dem keine Daten über das vom Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. vertretene Unternehmen (die Bf.) gespeichert sind.

Auf Grund des Umstandes, dass auf dem Firmenkonto Gutschriften in Höhe von € 687 Tsd erfolgten, trifft der steuerliche Vertreter (im Schreiben vom 17. Jänner 2018) die Schlussfolgerung: Inaktivität und Geldbeträge in dieser Größenordnung schließen einander wechselseitig aus. Da letzteres Faktum ist, ist Ersteres logischerweise unzutreffend, wirklichkeitsfremd, im beweisrechtlichen Sinn unwahr.

Diese Schlussfolgerung setzt voraus, dass die auf dem (***H*** Bau-)Bankkonto eingegangenen Geldbeträge bei der ***H*** Bau verblieben sind. Diese Voraussetzung ist nach den Erfahrungen des Wirtschaftslebens nur dann erfüllt, wenn bzw. insoweit die Gesellschaft Leistungserbringerin und nicht bloß Zumelderin war.

Der Formulierung (auf Seite 108, Pkt. 14. des Schreibens vom 27. Juni 2017): "Diese Abhebungsform (Beträge vom ***H*** Bau- Konto in bar und mittels Scheck abgehoben) gibt keinen Hinweis in Richtung der Mittelverwendung" tritt der steuerliche Vertreter wie folgt entgegen: "Das Gericht gesteht solcherart sein fundiertes sachverhaltsbezogenes Nichtwissen um die Mittelverwendung durch ***H*** Bau (und die übrigen Fremdleister) ein, um trotzdem verdeckte Ausschüttungen an (die Bf.) bzw. deren Machthaber ... zu unterstellen bzw. daran festzuhalten."

Dieser Punkt befasste sich - wie auf Seite 23 angeführt - mit den Angaben des Anzeigers: "die eingeschaltet gewesenen GmbHs waren nicht leistungserbringend, die Eisenbieger, mit denen die Bf. arbeitete, waren in Wahrheit Personal der Bf., nur angemeldet nicht bei der Bf., sondern bei den eingeschaltet gewesenen 17 GmbHs, ... dieses System (wurde) von der Bf. angewendet. Die Verifizierung erfolgt anschließend auf Grund der Erörterung betreffend die einzelnen GmbHs."

Ergaben die übrigen (16) Punkte, dass von der ***H*** Bau GmbH die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht wurden und waren die Eisenbieger bei der (***H*** Bau)GmbH nur angemeldet (lediglich so genannte Zumeldungen erfolgt), wurde mit dem hier in Rede stehenden Punkt - nur betreffend die ***H*** Bau GmbH - zum Ausdruck gebracht, dass auch auf diesem Weg kein Hinweis gegeben ist, dass und in welchem Ausmaß die Beträge zur Abdeckung welcher Aufwendungen (der ***H*** Bau GmbH) verwendet worden sind.

War die (***H*** Bau)GmbH an die Bf. nicht leistungserbringend und waren nur der Bf. zugute gekommene Zumeldungen erfolgt, war es geboten, die von der Bf. an die ***H*** Bau GmbH überwiesenen Beträge in der vorgenommenen Art und Weise vom Konto abzuheben (um diese bar, abzüglich der Zumeldungsprovision, retournieren zu können).

Der im Firmenbuch ausgewiesene Geschäftsführer der ***H*** Bau, ***16***, wurde als Strohmann beurteilt, entgegen dem Vorbringen im Schreiben vom 17. Jänner 2018 aber mangels Feststellungen keine Aussage dahingehend getroffen, wer ihn als solchen eingesetzt hatte.

Betreffend die ***D***, ***F***, ***J***, ***L*** und ***O*** - welche die 4., 6., 10., 12. und 15. eingeschaltete GmbH waren - gekonnte, wie oben dargestellt, das Malversationssystem insb. auf Grund der Lohnauszahlungslisten, der in den Strafakten einliegenden Unterlagen (Stunden- und Wochenberichte und korrespondierende Eingangsrechnungen) und Ermittlungen des Masseverwalters der ***L*** aufgedeckt werden. Standen bei den übrigen davor, dazwischen und danach eingeschaltet gewesenen GmbHs diese Beweismittel nicht zur Verfügung, deutet die Beweislage bei diesen fünf GmbHs, deren Einschaltung sich über den Zeitraum von Juni 2006 bis September 2009 erstreckte, in Verbindung mit dem Umstand, dass es sich bei allen 12 übrigen GmbHs um solche mit gleichen bzw. nahezu gleichen Verhältnissen wie bei den fünf genannten handelt, darauf hin, dass das betreffend diese eingeschaltet gewesenen GmbHs aufgedeckte Malversationssystem auch betreffend jene GmbHs angewendet worden ist. Die betreffend die 12 übrigen GmbHs oben im Einzelnen dargestellten Verhältnisse lassen keinen Zweifel daran, dass die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht von der jeweiligen GmbH erbracht wurden und die mit den in die Buchhaltung der Bf. aufgenommenen Deckungsrechnungen gedeckten Eisenbiegearbeiten von Eisenbiegern, die in Wahrheit Dienstnehmer der Bf. waren und nur pro forma bei den eingeschaltet gewesenen GmbH angemeldet waren, verrichtet wurden.

Hatte der Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf. an den systematischen Malversationen, wie (vom Anzeiger angegeben und) durch zahlreiche Feststellungen bestätigt - vgl. bspw. die an dieser Stelle hervorzuhebenden Feststellungen a) im Zusammenhang mit den Lohnauszahlungslisten, b) auf Grund der Erhebungen des Masseverwalters der ***L*** Handels GmbH, c) betreffend die keine Ähnlichkeiten aufweisenden Unterschriften,

*d) des Berichtes der Außenprüfung bei *** **S*** e) der 3 Erkenntnisse des BFG und der Entscheidung des UFS und f) der Angaben der Eisenbieger - mitgewirkt, ist der in der Berufungsschrift erhobene Vorwurf, es fehle die Feststellung, "wer also im Hintergrund die Fäden gezogen hat", nicht gerechtfertigt.*

Auf Seite 10, vorletzter Absatz der Berufungsschrift wird vorgebracht: *"Unsere Subunternehmen werden durch den Transfer ihres Personals zu uns gedanklich eliminiert. Richtigerweise hätte die Prüferin ... den Nachweis erbringen müssen, dass diese Vehikel ungeachtet ihrer rechtlichen Existenz nur auf dem Papier bestehen, dh am Markt selbst nicht in Erscheinung getreten sind. Folglich handelt es sich bei ihnen um 'Schachfiguren', die von anderen nach deren Vorstellungen bewegt und gelenkt worden sind."* und folgende Rechtsansicht vertreten: *"Nur unter dieser Voraussetzung wäre es zulässig, ihre (behauptete) unternehmerische Tätigkeit unter wirtschaftlichem Aspekt (§ 21 Abs. 1 BAO) einem anderen - hier: uns - steuerlich zuzurechnen."* Auf Grund der durch gemeinsames Zusammenwirken der wahren Machthaber der an die Bf. nicht leistungserbringenden GmbHs und des Gesellschafter-Geschäftsführers der Bf. gegebenen Zuordnung der systematischen Malversationen zum Bereich der Bf. bzw. des Gesellschafter-Geschäftsführers der Bf. wurden in das Rechenwerk Aufwendungen an die an sie nicht leistungserbringenden Gesellschaften (GmbHs) aufgenommen; auf die beschriebene Art und Weise wurde eine nach der anderen GmbH, von welchen die in den Rechnungen aufscheinenden Leistungen nicht erbracht wurden, eingeschaltet.

Auf Seite 13, letzter Absatz der Berufungsschrift heißt es: *"Damit ihre Überlegungen (gemeint: jene der BP) Sinn machen, hätte sie zumindest behaupten müssen, wir hätten diese Vehikel selbst in Szene gesetzt, deren Scheinhaftigkeit ... also von vornherein inszeniert. Doch wurde Derartiges - zu Recht - nicht einmal behauptet, geschweige denn durch (welche?) Beweise erhärtet."* Die auf Seite 4 der Berufungsschrift vorgetragene Argumentation lautet: *"Richtigerweise hätte die Prüferin (und damit das Finanzamt) den Nachweis erbringen müssen, dass diese [im Firmenbuch eingetragenen] Vehikel, nur auf dem Papier bestehen und wir (die Bf.) im Hintergrund die Fäden gezogen (haben)".*

Diese Meinung der Bf. ist auf Grund der obigen Ausführungen nicht zutreffend: Wurden die an die Bf. nicht leistungserbringenden GmbHs im gemeinsamen Zusammenwirken des Gesellschafter-Geschäftsführers der Bf. und der wahren Machthaber der eingeschaltet gewesenen GmbHs in der beschriebenen Art und Weise (bloß) zwecks Erfüllung der angeführten Funktionen gegen "Provision" eingeschaltet, ist der Einwand nicht stichhaltig.

War die Einschaltung gegen "Provision" an die wahren Machthaber der GmbHs erfolgt, setzte dies nicht voraus, dass die Bf. die an sie nicht leistungserbringenden GmbHs selbst in Szene gesetzt hatte.

Wenn die Bf. die Feststellungen der Prüferin:

"Für jedermann, und erst recht für die Bf. als Branchenkenner, sind die Scheinfirmen am Bau an ihren typischen Merkmalen eindeutig zu erkennen (GmbH ohne Vermögenssubstanz, mit ausländischen Gesellschaftsorganen, die erst kürzere Zeit in Österreich gemeldet sind, etc.). Für das wissentliche Mitwirken an Leistungsbeziehungen mit Scheinfirmen spricht auch die Häufigkeit der Geschäftsverbindungen mit derartigen Unternehmen. Ein Fehler kann passieren, eine Kontrolle einmal versagen, die wiederholte Geschäftstätigkeit mit einer beträchtlichen Zahl von typischen 'Briefkasten-GmbHs' beweist jedoch nach Ansicht der BP die Absicht des gegenständlichen Unternehmens.",
als nichtssagend betrachtet, kann dem - wenngleich anstelle der Bezeichnungen: Scheinfirmen bzw. Briefkasten-GmbHs die Bezeichnung: Sozialbetrugs-GmbH zu wählen ist - nicht gefolgt werden.

Gemäß § 47 Abs. 2 EStG 1988 liegt ein Dienstverhältnis vor, wenn der Arbeitnehmer dem *Arbeitgeber* seine Arbeitskraft schuldet. Dies ist der Fall, wenn die tätige Person in der Betätigung ihres geschäftlichen Willens unter der Leitung des *Arbeitgebers* steht oder im geschäftlichen Organismus des *Arbeitgebers* dessen Weisungen zu folgen verpflichtet ist.

Die Definition des § 47 Abs. 2 EStG 1988 ist eine eigenständige des Steuerrechts, weder dem bürgerlichen Recht, dem Sozialversicherungsrecht, noch anderen Rechtsgebieten entnommen. Die Absicht des historischen Gesetzgebers ging dahin, ein tatsächliches Verhältnis, oder mit anderen Worten, einen Zustand zu umschreiben (*Fellner in Hofstätter/Reichel*, Die Einkommensteuer III C § 47 Tz 27). Die Tatsache, dass das Einkommensteuergesetz eine eigenständige Definition des Dienstverhältnisses enthält, kann dazu führen, dass derselbe Sachverhalt im Steuerrecht anders zu beurteilen ist als im bürgerlichen Recht, Sozialversicherungsrecht oder Ausländerbeschäftigungsrecht. Etwaige unterschiedliche Ergebnisse erkannte der Verfassungsgerichtshof jedoch nicht als unsachlich (VfGH 8.6.1985, B 488/80).

Für die Beantwortung der Frage, ob ein Dienstverhältnis besteht, kommt es auch nicht auf die von den Vertragsparteien gewählte Bezeichnung (Dienstvertrag, freier Dienstvertrag, Werkvertrag, etc.) oder auf die Absicht des Beschwerdeführers oder auf die Branchenüblichkeit an. Es genügt, wenn die ausgeübte Tätigkeit in ihrer äußeren Erscheinungsform dem "Tatbild" des § 47 Abs. 2 EStG 1988 entspricht (VwGH 23.3.1983, 82/13/0063).

Ein Dienstverhältnis liegt dann vor, wenn der Arbeitnehmer dem *Arbeitgeber* seine Arbeitskraft schuldet. Der Legaldefinition des § 47 Abs. 2 EStG 1988 sind zwei Kriterien zu entnehmen, die für das Vorliegen eines Dienstverhältnisses sprechen, nämlich die Weisungsgebundenheit gegenüber dem *Arbeitgeber* und die Eingliederung in den

geschäftlichen Organismus des *Arbeitgebers*. In den Fällen, in denen beide Kriterien noch keine klare Abgrenzung zwischen einer selbständigen und einer nichtselbständig ausgeübten Tätigkeit ermöglichen, ist nach ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auf weitere Abgrenzungskriterien (wie etwa das Fehlen eines Unternehmerrisikos, oder die Befugnis, sich vertreten zu lassen) Bedacht zu nehmen (VwGH 18.12.2013, 2009/13/0230).

Maßgebend für die Beurteilung einer Leistungsbeziehung als Dienstverhältnis ist daher stets das Gesamtbild der vereinbarten Tätigkeit, wobei auch der im Wirtschaftsleben üblichen Gestaltungsweise Gewicht beizumessen ist (VwGH 1.12.1992, 88/14/0115).

Betreffend die Weisungsgebundenheit ist grundsätzlich zwischen den persönlichen Weisungen einerseits und den sachlichen Weisungen andererseits zu unterscheiden. Eine sachliche Weisungsgebundenheit, die sich lediglich auf den Erfolg einer bestimmten Arbeitsleistung bezieht, begründet für sich allein kein Dienstverhältnis.

Das für die Arbeitnehmereigenschaft sprechende persönliche Weisungsrecht hingegen ruft einen Zustand wirtschaftlicher Abhängigkeit und persönlicher Gebundenheit hervor (VwGH 19.9.2007, 2007/13/0071). Die persönlichen Weisungen sind auf den zweckmäßigen Einsatz der Arbeitskraft gerichtet. Der Arbeitnehmer verspricht nicht die Ausführung einzelner Arbeiten, sondern stellt seine Arbeitskraft zur Verfügung.

Arbeitgeber ist, wer Arbeitslohn iSd § 25 auszahlt; entscheidend dafür ist, wer den mit der Auszahlung verbundenen wirtschaftlichen Aufwand tatsächlich trägt (JAKOM/Lenneis EStG 2010, § 47 Rz 3 mit Verweis auf VwGH 26.1.1994, 92/13/0148 mwN).

Gemäß § 25 Abs. 1 Z 1 lit a EStG 1988 sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Arbeitslohn) Bezüge und Vorteile aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis.

Auf Seite 2 des Schreibens vom 17. Jänner 2018 erhebt der steuerliche Vertreter der Bf. folgenden Vorwurf:

Das Gericht behauptet Dienstverhältnisse des "***H*** Bau-Personals" zu meiner Mandantin, ohne auch nur anzudeuten, wie die Eingliederung in deren Organismus angesichts ihrer Auslagerung zu dieser fremden GmbH ausgesehen hat bzw. haben kann, und ohne auch nur zu behaupten, sie seien ihrem Machthaber (dem Gesellschafter-Geschäftsführer der Bf.) weisungsgebunden gewesen bzw. wie sich diese Weisungsgebundenheit in concreto zugetragen hat. Erst recht sucht man diese Begriffe oder Dienstverhältnis bzw. das Gesetzeszitat § 47 Abs. 2 EStG 1988 auf 200 Seiten vergeblich.

Hatte es sich bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs um Sozialbetrugsfirmen und an die Bf. nicht leistungserbringende GmbHs gehandelt und erfolgte dementsprechend, wie anhand der Lohnauszahlungslisten und der Aussagen einvernommener Eisenbieger nachgewiesen werden konnte, die Lohnauszahlung durch die Bf., bedarf es im Lichte der Anmeldungsketten und des

synchronen Ablaufen

- des Einschaltens (der substanzlosen, kurzlebigen) GmbHs (mit ausländischem Alleingesellschafter und -geschäftsführer mit kurz davor erstmalig angemeldetem inländischen Wohnsitz) und
 - der Anmeldungen immer wieder derselben Dienstnehmer (u.a. auch von Dienstnehmern, die davor bei der Bf. angemeldet waren) bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs
- keiner weiteren Erörterung, dass die seitens der Bf. bei den eingeschaltet gewesenen GmbHs bei der GKK zugemeldeten Eisenbieger - wie [...] usw. - in Wahrheit Arbeitnehmer der Bf. waren.

Gemäß § 23 Abs 1 BAO sind Scheingeschäfte und andere Scheinhandlungen für die Erhebung von Abgaben ohne Bedeutung. Wird durch ein Scheingeschäft ein anderes Rechtsgeschäft verdeckt, so ist das verdeckte Rechtsgeschäft für die Abgabenerhebung maßgebend.

§ 23 Abs 1 gilt nicht nur für Scheingeschäfte, sondern auch für *andere Scheinhandlungen*. Scheinhandlungen sind Handlungen, die nicht ernstlich gewollt sind, und die einen Tatbestand vortäuschen, der in Wirklichkeit nicht besteht (Ritz, BAO-Kommentar, § 23 Tz. 6 mwN).

Scheingeschäfte sind zivilrechtlich unwirksam, wirksam ist gegebenenfalls das verdeckte Geschäft. Dies gilt auch im Abgabenrecht.

In seinem Erkenntnis vom 22.09.2006, RV/1343-W/03, erwog der unabhängige Finanzsenat: Ein Scheingeschäft im Sinne des § 916 ABGB liegt vor, wenn sich die Parteien dahin gehend geeinigt haben, dass das offen geschlossene Geschäft nicht oder nicht so gelten soll, wie die Erklärungen lauten, wenn also die Parteien einverständlich nur den äußeren Schein des Abschlusses eines Rechtsgeschäftes mit bestimmtem Inhalt hervorriefen, dagegen die mit dem betreffenden Rechtsgeschäft verbundenen Rechtsfolgen nicht oder nicht so wie vertraglich vereinbart eintreten lassen wollen. Das Scheingeschäft setzt somit gemeinsamen Vorsatz voraus, der schon im Zeitpunkt des Zustandekommens des Scheinvertrages gegeben sein muss (vgl. Ritz, BAO-Kommentar3, § 23, Tz. 1).

Typischer Anwendungsfall ist der Abschluss eines Geschäftes zur Täuschung der Steuerbehörde, um eine bestimmte Steuerbelastung hierdurch zu vermeiden. Ein solches Scheingeschäft ist nach § 916 Abs. 1 erster Satz ABGB nichtig, weil es von beiden Teilen nicht gewollt war und auch keiner der Partner auf die Wirksamkeit der Erklärung vertraute (vgl. OGH 28. 9.2005, 7 Ob 116/05t).

Gemäß § 167 Abs. 2 BAO hat die Abgabenbehörde unter sorgfältiger Berücksichtigung der Ergebnisse des Abgabenverfahrens nach freier Überzeugung zu beurteilen, ob eine Tatsache als erwiesen anzunehmen ist oder nicht.

Die in § 115 BAO normierte amtswegige Ermittlungspflicht findet dort ihre Grenze, wo der Abgabenbehörde weitere Nachforschungen nicht zugemutet werden können. Dies ist

insbesondere dann der Fall, wenn ein Sachverhalt nur im Zusammenwirken mit der Partei geklärt werden kann, die Partei aber zur Mitwirkung an der Wahrheitsfindung nicht bereit ist bzw. eine solche unterlässt (vgl. VwGH 21.10.1993, 92/15/0002).

Liegen ungewöhnliche Verhältnisse vor, die nur der Abgabepflichtige aufklären kann, oder stehen die Behauptungen des Abgabepflichtigen mit den Erfahrungen des täglichen Lebens in Widerspruch, so besteht nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes für diesen eine erhöhte Mitwirkungspflicht (vgl. VwGH 19.5.1992, 91/14/0089).

In seinem Erkenntnis vom 20.09.2007, 2007/14/0007, erwog der Verwaltungsgerichtshof:
Die belangte Behörde hat ausgehend von den Feststellungen der Betriebsprüfung ... unter Auseinandersetzung mit den gegenteiligen Argumenten der beschwerdeführenden Partei dargelegt, warum sie zur Auffassung kam, dass es sich bei den beiden gegenständlichen Gesellschaften in Liechtenstein um "Briefkastenfirmen" gehandelt habe. Insbesondere hat die belangte Behörde auch die Gründe angeführt, die ihrer Ansicht nach dafür sprechen, dass beide Unternehmen die in Rechnung gestellten Leistungen nicht hätten erbringen können. Dem tritt die beschwerdeführende Partei vor dem Verwaltungsgerichtshof unter Hinweis auf die vorgelegten Urkunden (Handelsregistrauszug, Gewerbeberechtigung, Schreiben des Amtes für Volkswirtschaft und Nachweis der österreichischen UID-Nummer sowie Zollabrechnung) entgegen. Die dabei von der beschwerdeführenden Partei erhobene Rüge, die belangte Behörde habe diese Dokumente nicht (ausreichend) zu Gunsten der beschwerdeführenden Partei gewürdigt, vermögen jedoch im Rahmen der dem Verwaltungsgerichtshof zustehenden Kontrolle der Beweiswürdigung der Beschwerde nicht zum Erfolg zu verhelfen:

Zentrales Argument der Abgabenbehörde erster Instanz (im Anschluss an die Betriebsprüfung) wie auch der belangten Behörde im angefochtenen Bescheid war, dass die Geschäftsführertätigkeit von einem (amtsbekannten) Treuhänder ausgeübt werde, der diese Funktion auch noch bei einer Mehrzahl anderer Gesellschaften inne habe; eine personelle Ausstattung für eine eigene Geschäftstätigkeit sei bei beiden Gesellschaften nicht erkennbar. Dem ist die beschwerdeführende Partei im Abgabenverfahren (und vor dem Verwaltungsgerichtshof) nicht konkret entgegen getreten. Wenn die belangte Behörde daher zu dem Schluss kam, es lägen "Briefkastengesellschaften" vor, woran die vorgelegten Urkunden ebenso wenig wie der Umstand etwas ändern würden, dass zu einem früheren Zeitpunkt die beschwerdeführende Partei selbst Leistungen an die A. AG erbracht habe, vermag der Verwaltungsgerichtshof dies nicht als unschlüssig anzusehen.

Gemäß § 184 Abs. 1 BAO hat die Abgabenbehörde die Grundlagen für die Abgabenerhebung zu schätzen, soweit sie diese nicht ermitteln oder berechnen kann.

Gemäß § 184 Abs. 2 BAO ist insbesondere dann zu schätzen, wenn der Abgabepflichtige über seine Angaben keine ausreichenden Aufklärungen zu geben vermag oder weitere Auskunft über Umstände verweigert, die für die Ermittlung der Grundlagen wesentlich sind.

Zu schätzen ist gemäß § 184 Abs. 3 BAO ferner, wenn der Abgabepflichtige Bücher und Aufzeichnungen, die er nach den Abgabenvorschriften zu führen hat, nicht vorlegt, oder wenn die Bücher und Aufzeichnungen sachlich unrichtig sind oder solche formellen Mängel aufweisen, die geeignet sind, die sachliche Richtigkeit der Bücher und Aufzeichnungen in Zweifel zu ziehen.

Ziel der *Schätzung* ist es, die Besteuerungsgrundlagen festzustellen, die die größte Wahrscheinlichkeit für sich haben (VwGH 22.6.1983, 83/13/0051). Die Wahl der Schätzungsmethode steht dabei der Behörde im Allgemeinen frei, doch muss das Verfahren einwandfrei abgeführt und die zum Schätzungsergebnis führenden Gedankengänge schlüssig und folgerichtig sein.

In seinem Erkenntnis vom 16.05.2002, 96/13/0168, erwog der Verwaltungsgerichtshof in einem Baugewerbefall:

Dass die betreffenden Arbeiten durchgeführt wurden, ist unstrittig und wurde von der hinsichtlich des zweitangefochtenen Bescheides belangten Behörde dahingehend berücksichtigt, dass sie bei der Ermittlung der zur Kapitalertragsteuerpflicht führenden verdeckten Ausschüttung (§ 8 Abs. 2 KStG 1988) von den zugeschätzten Umsätzen einen mit 50% geschätzten Lohnaufwand abgezogen hat.

Der unabhängige Finanzsenat erwog in seinem Erkenntnis vom 11.07.2013, RV/0243-W/13: Im Schätzungswege wurde von der BP die Hälfte dieses Fremdleistungsaufwandes als Lohnaufwand und die andere Hälfte als verdeckte Ausschüttung an die beiden Gesellschafter der ... GmbH, ... behandelt. ...

Was die Deckungsrechnungen anbelangt, sind demnach die BP bzw. das FA aufgrund der Ermittlungsergebnisse zu Recht davon ausgegangen, dass nur ein Teil der angeblich den Subfirmen gegebenen Gelder zur Bezahlung von "Schwarzarbeitern" verwendet wurde. Die *Schätzung* der Höhe der Aufwendungen für "Schwarzarbeiter" mit 50 % entspricht, worauf auch die BP in ihrem Bericht hingewiesen hat, sowohl den Erfahrungen des Wirtschaftslebens als auch der Rechtsprechung (vgl. VwGH 19.9.2007, 2003/13/0115). Die "Schwarzarbeiter" werden hier "netto für brutto" entlohnt, demnach die Lohnabgaben und Sozialversicherungsbeiträge "eingespart".

In seinem Erkenntnis vom 13.05.2013, RV/2299-W/12, erwog der unabhängige Finanzsenat:

Die Berufungsbehörde teilt die Auffassung des Finanzamtes, dass es sich bei der streitgegenständlichen Akontozahlungen von € 201.000 im Zeitraum September bis Dezember 2010 an die C D Personalüberlassung und Bauunternehmen GmbH um Scheinaufwendungen gehandelt hat und tatsächlich 50% dieses Betrages für Aufwendungen

für die Beschäftigung von "Schwarzarbeitern" verwendet wurden, während 50% dieses Betrages dem Alleingesellschafter Ing. K A zufließen.

In seinem Erkenntnis vom 06.05.2013, RV/1337-W/12, erwog der unabhängige Finanzsenat: Für das Abgabenverfahren ist hingegen von Bedeutung, ob die Bw tatsächlich wirtschaftlich mit den ihr in Rechnung gestellten Beträgen belastet war.

Dies ist aber nach den Ergebnissen der Außenprüfung zu verneinen.

In den Berufungen wird selbst eingeräumt, dass es sein könne, dass "die Angaben über die jeweiligen Subfirmen" stimmen. Die daran anschließende Behauptung, dies habe aber nichts mit der Bw zu tun, ist lebensfremd und steht im Widerspruch zu den Feststellungen der Außenprüfung.

Dass derartige Scheinfirmenkonstruktionen nicht den wahren wirtschaftlichen Gehalt von Geschäftsbeziehungen wiedergeben, ist evident.

Auch die Berufsbehörde geht davon aus, dass tatsächlich Bauarbeiten durchgeführt wurden und hierfür tatsächlich Arbeitskräfte eingesetzt wurden.

Als erwiesen ist anzusehen, dass dafür gesorgt wurde, dass die tatsächlichen Arbeitskräfte ihren Lohn netto ausbezahlt erhalten, damit die Arbeiten auch durchgeführt werden.

Die Schätzung eines Aufwandes für die Arbeiter sowie für die für die vermeintlichen Subfirmen nach außen auftretenden Personen (siehe die Darstellungen über die Honorierung der Mühewaltung dieser Personen im Prüfungsbericht) durch die Außenprüfung ist daher zu Recht erfolgt. Die angesetzte Höhe dieses Aufwandes mit 50% trägt dem Umstand, dass Lohnabgaben tatsächlich nicht geleistet wurden, angemessen Rechnung.

Betreffend diese Entscheidung wurde VwGH-Beschwerde zur Zl. 2013/13/0071 eingebracht. Behandlung der Beschwerde mit Beschluss vom 31.7.2013 abgelehnt.

In seinem Erkenntnis vom 13.12.2011, RV/0769-L/08, erwog der unabhängige Finanzsenat:

Im berufsgegenständlichen Zeitraum 2006 und 2007 führte sie - meist als Subunternehmer - Bauaufträge aus. Teilweise arbeitete sie dabei mit eigenem Personal, hauptsächlich jedoch arbeiteten auf den Baustellen Arbeiter, die über diverse Scheinfirmen bei der Sozialversicherung angemeldet waren, wobei aber keine Lohnabgaben oder Sozialversicherungsbeiträge entrichtet wurden. Von den angeblichen Personalgebern wurden Eingangsrechnungen gebucht bzw. auch als Betriebsausgaben abgesetzt. Lohnsteuer wurde von keinem "Beschäftiger" (Personalverleiher bzw. tatsächlicher Beschäftiger (=Bwin)) einbehalten bzw. an das Finanzamt abgeführt.

Gemäß § 184 Abs. 1 BAO hat die Abgabenbehörde die Grundlagen für die Abgabenerhebung, soweit sie diese nicht ermitteln oder berechnen kann, zu schätzen. Dabei sind alle Umstände zu berücksichtigen, die für die Schätzung von Bedeutung sind.

Der Ansatz der Betriebsprüfung berücksichtigt bereits einen "Abschlag", da 50 % der Zahlungen als Lohnaufwand (und somit als Betriebsausgabe gewinnmindernd) eingestuft wurden.

In seinem Erkenntnis vom 29.06.2011, RV/3078-W/02, erwog der unabhängige Finanzsenat: Nach den im Verfahren vor dem Unabhängigen Finanzsenat durchgeführten Zeugeneinvernahmen, bestehen keine Zweifel daran, dass neben eigenen angemeldeten Arbeitskräften der Bw, weitere, nicht von der Bw. bei der Sozialversicherung angemeldete Arbeitskräfte zur Leistungserstellung herangezogen wurden. Deren Entgelt bzw. Entlohnung ist im Schätzungswege als Betriebsausgabe zu berücksichtigen, sodass der Berufung in diesem Punkt teilweise stattzugeben ist. Bei Berücksichtigung der Tatsache, dass der ausbezahlte Nettolohn wegen der darauf entfallenden Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge, Dienstgeberzuschläge etc. regelmäßig nur knapp die Hälfte der insgesamt anfallenden Lohnkosten ausmacht und Schwarzarbeitern regelmäßig nicht die Bruttolöhne zuzüglich Nebenkosten ausbezahlt werden, erscheint eine Schätzung von 50 % des in der Rechnung der Y.GmbH ausgewiesenen Rechnungsbetrages als Betriebsausgaben als angemessen.

In seinem Erkenntnis vom 20.03.2006, RV/0359-W/02, erwog der unabhängige Finanzsenat: Die fraglichen Rechnungen der T-GmbH werden als Schein- bzw. Deckungsrechnungen qualifiziert, die gegen Entgelt bezogen und zu dem Zweck erstellt wurden, die gegenüber den Rechnungsbeträgen wesentlich geringeren Betriebsausgaben für die tatsächlichen Leistungserbringer und zusätzlich lukriertes Schwarzgeld als Betriebsausgaben zu belegen bzw. abzudecken. Wesentlich geringere Betriebsausgaben ergeben sich hinsichtlich dieser Aufwendungen aus den *wegfallenden Gewährleistungsansprüchen* sowie aus dem Umstand, dass *keine Lohnabgaben* wie Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfond, DZ etc. abgeführt werden. Aus diesem Grund wurden im Schätzungswege 50% der Rechnungsnettobeträge als Betriebsausgabe der Bw. in Abzug gebracht. Bezüglich der zweiten Hälfte des Rechnungsbetrages, welcher nicht als Betriebsausgabe anzuerkennen ist, liegen jedoch in gleicher Höhe Mehrgewinne vor, die dem Betriebsvermögen der Bw. entzogen wurden.

In seinem Erkenntnis vom 25.02.2004, RV/3662-W/02, erwog der unabhängige Finanzsenat: Was schließlich die Kritik der Bw. am gewählten Schätzungsmodus betrifft, so wird darauf verwiesen, dass ein Ansatz von 50 % des Lohneinsatzes für "Schwarzarbeiter" - bezogen auf in den Eingangsrechnungen abgerechnete Arbeitslöhne - den wirtschaftlichen Erfahrungen entspricht, fallen doch in diesen Fällen weder Lohnabgaben noch Lohnnebenkosten an, wobei diese Kosten zuzüglich einer zu berücksichtigenden Gewinnmarge etwa 50 % eines Bruttolohnes ausmachen.

VwGH-Beschwerde zur Zl. 2004/13/0054 eingebracht. Mit Erk. v. 19.9.2007 als unbegründet abgewiesen.

In der *UFS-Entscheidung GZ RV/0052-W/02 vom 19. August 2003, auf welche in der Berufungsentscheidung 26.03.2008, RV/0892-W/07, verwiesen wurde*, wurde folgender Sachverhalt abgehandelt:

Eine Baufirma in der Rechtsform einer GmbH hatte sich hinsichtlich der Durchführung von Betonschalungen und Betonierarbeiten zweier Subunternehmen (ebenfalls GmbH's) bedient. Im Zuge einer Bp. wurde festgestellt, dass beide Subfirmen kein Personal angemeldet hatten und daher nicht in der Lage waren, die in den Rechnungen ausgewiesenen Leistungen zu erbringen. Die Bp. ging von der Annahme aus, dass als Leistungserbringer nur Schwarzarbeiter in Frage kamen und schätzte den erforderlichen Aufwand mit 100 ATS pro Arbeitsstunde bzw. mit 50% der Rechnungsbeträge. Der Prozentsatz 50% wurde von der Bp. mit Erfahrungswerten begründet, wonach bei Außerachtlassung des Gewinnaufschlages, der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnabgaben ein um 50% geringerer Aufwand anfalle.

Die Bf. bringt betreffend die Schätzung vor, die Schätzung der Besteuerungsgrundlagen lasse nicht einmal andeutungsweise erkennen, wie die BP zu diesem Ergebnis gelangt ist.

Die BP habe sich darauf beschränkt, den Fremdleistungsaufwand um die Hälfte zu kürzen, ohne auch nur anzudeuten, was für dieses Schätzungsergebnis spricht. Insbesondere sei die Ableitung der Schätzungsergebnisse (Darstellung der Berechnung) schlüssig darzutun und davon sei der BP-Bericht meterweit entfernt.

Auf Grund der vom Bundesfinanzgericht geteilten Schlussfolgerung der Prüferin, dass sich die Bf. der 17 eingeschalteten nicht leistungserbringenden GmbHs bedient hat, um Ausgaben in einer Höhe zu lukrieren, die nicht dem tatsächlichen Lohnaufwand entsprachen, und der konkret nicht in Abrede gestellten Beurteilung der Prüferin, dass der tatsächliche Aufwand im Prüfungszeitraum mangels Vorliegen vollständiger Aufzeichnungen nur geschätzt werden kann, entsprach die Vorgangsweise, 50% der erklärten Fremdleistungssummen als Lohnaufwand anzuerkennen, den zitierten Entscheidungen.

Zum Haftungsbescheid betreffend Kapitalertragsteuer

§ 224 Abs. 1 BAO bestimmt: Die in Abgabenvorschriften geregelten persönlichen Haftungen werden durch Erlassung von Haftungsbescheiden geltend gemacht. In diesen ist der Haftungspflichtige unter Hinweis auf die gesetzliche Vorschrift, die seine Haftungspflicht begründet, aufzufordern, die Abgabenschuld, für die er haftet, binnen einer Frist von einem Monat zu entrichten.

Ritz führt zu dieser Bestimmung im BAO-Kommentar, § 225 Tz 8 (mwN) aus:

Spruch des Haftungsbescheides ist die Geltendmachung der Haftung für einen bestimmten Abgabebetrag einer bestimmten Abgabe.

Mit Erkenntnis vom 25.7.2013, 2010/15/0012, erkannte der Verwaltungsgerichtshof über die Beschwerde gegen den Bescheid des unabhängigen Finanzsenates betreffend Haftung für Kapitalertragsteuer 1998 und 1999 zu Recht:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

In seinem Erkenntnis vom 16.07.2007, RV/0931-W/03, erwog der unabhängige Finanzsenat:

Bei Berücksichtigung der Tatsache, dass der ausbezahlte Nettolohn wegen der darauf entfallenden Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge, Dienstgeberzuschläge etc. regelmäßig nur knapp die Hälfte der insgesamt anfallenden Lohnkosten ausmacht und Schwarzarbeitern regelmäßig nicht die Bruttolöhne zuzüglich Nebenkosten ausbezahlt werden, ist eine *Schätzung* von 50% der in den Rechnungen der Subunternehmer ausgewiesenen Rechnungsbeträge als Betriebsausgaben angemessen. Gemäß § 93 Abs 1 EStG 1988 wird bei inländischen Kapitalerträgen die Einkommensteuer durch Abzug vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) erhoben. Dies gilt zufolge des Abs. 2 Z. 1 lit. a leg. cit. auch für verdeckte Ausschüttungen.

Gemäß § 95 Abs 2 EStG 1988 ist der Gläubiger beim Steuerabzug vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) Steuerschuldner. Der Schuldner der Kapitalerträge haftet aber dem Bund für die Einbehaltung und Abfuhr der Kapitalertragsteuer.

Nach der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes liegen verdeckte Gewinnausschüttungen vor, wenn Kapitalgesellschaften ihren Gesellschaftern Vermögensvorteile zuwenden, die ihrer Einkleidung nach nicht unmittelbar als Einkommensverteilung erkennbar sind, ihre Wurzel aber in den gesellschaftsrechtlichen Beziehungen haben (vgl. dazu das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 20. März 1974, 1157/72). Hiezu ist gemäß Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 23. November 1977, 410, 618/77 ein auf Vorteilsgewährung gerichteter Willensentschluss der Körperschaft erforderlich, welcher gemäß den Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes vom 14. September 1979, 1264/78, bzw. vom 10. Dezember 1985, 85/14/0080 bereits aus den objektiven Umständen des betreffenden Falles erschlossen werden kann. Es genügt dazu ein Verhalten des Organs, welches den Schluss erlaubt, dass dieses die Verminderung des Gesellschaftsvermögens geduldet habe (vgl. dazu das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 26. Mai 1993, Zl. 90/13/0155, allesamt in Doralt-Ruppe: Grundriss des österreichischen Steuerrechtes I, 7. Auflage, 2000, Seite 326).

Werden im Zuge einer Betriebsprüfung Mehrgewinne festgestellt, die im Betriebsvermögen der Kapitalgesellschaft keinen Niederschlag gefunden haben, so ist gemäß dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 10. März 1982, 81/13/0072 und 24. März 1998, 97/14/0119 (ÖStZB 1998, 737), davon auszugehen, dass sie den Gesellschaftern als verdeckte Ausschüttungen im Verhältnis ihrer Beteiligungen zugeflossen sind (oa. Doralt/Ruppe S 327). Wie sich aus den vorherigen Feststellungen ergibt, hat die Bw. Mehrgewinne in Höhe der in den Rechnungen ausgewiesenen Beträge abzüglich der tatsächlich an die billigeren Leistungserbringer bezahlten (geschätzten) Entgelte erzielt, die im Betriebsvermögen der Bw. keinen Niederschlag gefunden haben. Diese Vermögensminderung wurde von der geschäftsführenden Gesellschafterin Sa geduldet.

Die Bf. ist nicht die Schuldnerin der *Kapitalertragsteuer*, vielmehr haftet sie für die Einbehaltung und Abfuhr der *KESt*. Gegen sie ist also mit *Haftungsbescheid* gemäß § 224 BAO vorzugehen.

Seite 6 des Berichtes stellt die Änderungen der Besteuerungsgrundlagen - Kapitalertragsteuer wie folgt dar:

2006 bis 2008:

Zeitraum	2006 / EUR	2007 / EUR	2008 / EUR
Vor BP	0,00	0,00	0,00
Tz. 2 Fremdleist.	287.246,99	182.742,94	318.477,90
Nach BP	287.246,99	182.742,94	318.477,90

2009:

Zeitraum	2009 / EUR
Vor BP	0,00
Tz. 2 Fremdleist.	134.404,26
Nach BP	134.404,26

Aufsummiert ergibt sich folgender Betrag:

2006	287.246,99 EUR
2007	182.742,94 EUR
2008	318.477,90 EUR
2009	134.404,26 EUR
Summe	922.872,09 EUR

Diesen Betrag weist der gegenständliche Haftungsbescheid betreffend Kapitalertragsteuer aus.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Beilage: Aufstellung GKK-Anmeldungen 2006 bis 2009 samt Legende (5 Blatt)

Zulässigkeit einer Revision

Gegen ein Erkenntnis des Bundesfinanzgerichtes ist die Revision zulässig, wenn sie von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes nicht einheitlich beantwortet wird.

Da das im vorangegangenen Verfahren ergangene Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vorliegt (und die oben zitierten Erkenntnisse und den Beschluss), ist gegen dieses Erkenntnis eine ordentliche Revision nicht zulässig.

Wien, am 15. November 2018